

Wahlen und politische Einstellungen

Franz Urban Pappi · Anna-Sophie Kurella  
Thomas Bräuninger

# Parteienwettbewerb und Wählerverhalten im deutschen Mischwahlsystem



Springer VS

---

# Wahlen und politische Einstellungen

## Reihe herausgegeben von

Kathrin Ackermann, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg,  
Heidelberg, Deutschland

Evelyn Bytzek, Abteilung Politikwissenschaft, Universität Koblenz-Landau,  
Landau, Deutschland

Martin Elff, Lehrstuhl für Politische Soziologie, Zeppelin Universität,  
Friedrichshafen, Deutschland

Heiko Giebler, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin, Deutschland

Markus Steinbrecher, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der  
Bundeswehr, Potsdam, Deutschland

Wahlen sind ein zentrales Element aller Demokratien. Daher hat die Untersuchung des Wahlverhaltens der Bürgerinnen und Bürger und seiner Erklärungsfaktoren eine lange Tradition in der politikwissenschaftlichen Forschung, insbesondere in ihrem quantitativ-empirischen Zweig. Die Buchreihe „Wahlen und politische Einstellungen“, die vom Arbeitskreis „Wahlen und politische Einstellungen“ der DVPW herausgegeben wird, bietet ein Publikationsforum für die deutsche und internationale Wahl- und Einstellungsforschung, in dem unterschiedliche Richtungen gebündelt und aktuelle Forschungsergebnisse vorgestellt werden. Die Reihe steht sowohl „klassischen“ als auch interdisziplinären, vergleichenden sowie methodisch innovativen Arbeiten offen, um die Wahl- und Einstellungsforschung in ihrer gesamten Breite zu erfassen. Thematisch deckt die Reihe klassische Fragen der Politischen Soziologie bzw. der Wahlsoziologie, der Politischen Kommunikationsforschung, der Politischen Psychologie sowie der Politischen Ökonomie ab.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/15639>

---

Franz Urban Pappi · Anna-Sophie Kurella ·  
Thomas Bräuninger

# Parteienwettbewerb und Wählerverhalten im deutschen Mischwahlsystem

 Springer VS

Franz Urban Pappi  
MZES, Universität Mannheim  
Mannheim, Deutschland

Anna-Sophie Kurella  
MZES, Universität Mannheim  
Mannheim, Deutschland

Thomas Bräuninger  
Fakultät für Sozialwissenschaften  
Universität Mannheim  
Mannheim, Deutschland

## Wahlen und politische Einstellungen

ISBN 978-3-658-32860-3

ISBN 978-3-658-32861-0 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-32861-0>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert durch Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2021

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung der Verlage. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

## Danksagung

Das Buch entstand im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsprojekts „Parteienwettbewerb im gemischten Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland“. Die Autoren bedanken sich bei der DFG für die freundliche Unterstützung.

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
<b>Teil I Wahlrecht als institutioneller Rahmen und räumliche Theorie des Parteienwettbewerbs und Wählerverhaltens als Erklärungsinstrument</b>		
<b>2</b>	<b>Die personalisierte Verhältniswahl: Begriff, Einführung in Deutschland, Wirkung</b> .....	<b>9</b>
2.1	Begriff .....	9
2.2	Von der Mehrheitswahl zur personalisierten Verhältniswahl in Deutschland .....	12
2.3	Wirkungsparameter der personalisierten Verhältniswahl bei Bundestagswahlen von 1949 bis 2017 .....	18
2.4	Schlussfolgerungen für eine Untersuchung von Wählerverhalten und Parteienwettbewerb im deutschen Mischwahlsystem .....	25
<b>3</b>	<b>Die räumliche Theorie als Mikromodell der Wahlentscheidung und Makromodell des Parteienwettbewerbs</b> .....	<b>27</b>
3.1	Das räumliche Modell als Repräsentation der Nachfrage nach Politik .....	28
3.2	Wahlen als Aggregationsmechanismus .....	32
3.3	Zwei-Parteien-Wettbewerb mit ämterorientierten Parteien .....	35
3.4	Wettbewerb mit Parteien- oder Kandidatenvalenz .....	43
3.5	Mehrparteiensysteme .....	47
3.6	Ein empirisch anwendbares Modell des Mehrparteiensystems .....	50
3.7	Wettbewerb im gemischten Wahlsystem .....	54

<b>Teil II Die Anwendung der räumlichen Theorie des Parteienwettbewerbs auf deutsche Bundestagswahlen</b>	
<b>4</b>	<b>Das Parteiensystem aus Wählersicht</b> ..... 65
4.1	Parteiensysteme als Parteien und Wähler umfassende Systeme des Stimmenwettbewerbs ..... 66
4.2	Pauschalurteile über Parteien als Voraussetzung der Systemzugehörigkeit ..... 70
4.3	Systemabgrenzung mit ideologischen Signalen ..... 74
4.4	Systemabgrenzung mit Kommunikationsinhalten ..... 77
4.5	Schlussfolgerung ..... 82
	Anhang ..... 83
<b>5</b>	<b>Parteivalenzen und Links-Rechts-Dimension als Kriterien der Parteibeurteilung und der Wahlentscheidungen</b> ..... 89
5.1	Konzept und Messung von Parteivalenzen und Links-Rechts-Positionen ..... 90
5.2	Die eindimensionale Ordnung der Parteien und die Parteivalenzen im Zeitverlauf ..... 94
5.3	Parteivalenzen und Wahlergebnisse ..... 97
5.4	Ideologische Parteidistanzen und Wahlabsichten ..... 102
5.5	Das räumliche Grundmodell für Parteibewertung und Wahlentscheidung ..... 108
<b>6</b>	<b>Wählermobilisierung mit Wahlkampfthemen</b> ..... 111
6.1	Einige Bedingungen für den Einfluss von Wahlkampfthemen auf die Wahlentscheidung ..... 112
6.2	Methoden zur Skalierung von ideologischen und Policy-Distanzen zwischen Wählern und Parteien ..... 115
6.3	Die Auswahl von Wahlkampfthemen mit zugehörigen Parteipositionen ..... 118
6.4	Ideologische und policy-bezogene Wählerverteilungen und Parteipositionen 2009, 2013 und 2017 im Vergleich zu 1987 ..... 125
6.5	Räumliches Grundmodell und der Einfluss möglicher und tatsächlicher Wahlkampfthemen auf die Wahlabsichten 2009, 2013 und 2017 im Vergleich zu 1987 ..... 132
6.6	Schlussfolgerung ..... 137



<b>Teil III Empirische Analysen zu Wechselwirkungen der Mehrheits- und Verhältniswahl im deutschen Mischwahlsystem</b>	
<b>7</b>	<b>Zentripetale und zentrifugale Anreize für Parteien im deutschen Mischwahlsystem</b> ..... 143
7.1	Modellierung des Parteienwettbewerbs ..... 145
7.2	Daten und Operationalisierung ..... 150
7.3	Schätzung der Wahlfunktionen für Kandidaten und Parteilisten ..... 155
7.4	Parteiwettbewerb um Erst- und Zweitstimmen ..... 158
7.5	Der Einfluss der Valenz auf die Parteipositionierung ..... 161
7.6	Schlussfolgerung ..... 168
	Anhang ..... 170
<b>8</b>	<b>Valenzvorteile von Kandidaten und der Medianwähler. Strategische Positionswahl deutscher Wahlkreiskandidaten</b> ..... 177
8.1	Kandidatenwettbewerb im deutschen Mischwahlsystem ..... 178
8.2	Modellierung des lokalen Kandidatenwettbewerbs ..... 182
8.3	Messung ideologischer Positionen von Kandidaten und des Medianwählers im Wahlkreis ..... 184
8.4	Messung der Kandidatenvalenzen ..... 188
8.5	Hypothesentest ..... 190
8.6	Schlussfolgerung ..... 196
<b>9</b>	<b>Gegenseitige Einflüsse von lokalen und nationalen Parteimerkmale auf Erst- und Zweitstimmen in den Wahlkreisen</b> ..... 199
9.1	Kontaminationseffekte in Mischwahlsystemen: Nebenwirkungen der Erst- auf die Zweitstimmen ..... 201
9.2	Die Folgen von Nebenwirkungen auf die Parteienfragmentierung ..... 204
9.3	Daten und Operationalisierung ..... 206
9.4	Ergebnisse ..... 209
9.5	Schlussfolgerung ..... 214
<b>10</b>	<b>Schlussfolgerungen für das Wettbewerbsprinzip deutscher Bundestagswahlen: Lokale Wahlkreissiege unter bundesweiter Proporzbegrenzung</b> ..... 215
	<b>Literatur</b> ..... 221



# Einleitung

# 1

Die Bundestagsabgeordneten werden seit 1949 auf zwei Arten gewählt: ein Teil gewinnt sein Mandat mit relativer Stimmenmehrheit in einem der Wahlkreise, ein anderer Teil zieht in den Bundestag über eine Landesliste seiner Partei ein, der Mandate nach den Prinzipien der Verhältniswahl zugewiesen werden. Seit 1953 kann die Wählerin mit zwei Stimmen entscheiden, mit einer Erststimme für einen der Wahlkreiskandidaten und mit einer Zweitstimme für die Landesliste einer Partei. In der englischsprachigen Literatur wird dieses Wahlsystem als *mixed-member electoral system* bezeichnet, was man wörtlich, wenngleich un schön, als Abgeordneten-Mischsystem übersetzen könnte. Wir sprechen vereinfacht von einem Mischwahlsystem und sind uns natürlich bewusst, dass die Parteizusammensetzung des Bundestags bis 2009 in etwa und seit der Einführung von Ausgleichsmandaten 2013 genau den Zweitstimmenanteilen der Parteien entspricht, die sich mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen oder mindestens drei Wahlkreissitze sichern konnten. Diese Proportionalität kommt durch die Anrechnung der gewonnenen Wahlkreismandate auf die einer Partei nach den Zweitstimmen zustehende Quote zustande. Wegen dieser Verbindung zwischen den Ergebnissen der Mehrheits- und der Verhältniswahl sprechen wir von einem verbundenen Mischwahlsystem.

Dieses verbundene Mischwahlsystem bildet den institutionellen Rahmen unserer Untersuchung des Parteienwettbewerbs und Wählerverhaltens bei deutschen Bundestagswahlen. Dieser Rahmen ist seit den ersten Bundestagswahlen sehr stabil geblieben, während sich das Parteiensystem weiterentwickelt hat. Auf eine Konzentrationsphase in den 1950er Jahren und die etwa zwanzigjährige Periode eines Dreiparteiensystems folgten dann zwei Bundestage mit vier Fraktionen in den 1980er Jahren und seit der Wiedervereinigung bis 2013 ein Fünf- und

schließlich 2017 ein Sechsparteiensystem. Ein in den wesentlichen Regeln nicht verändertes Wahlsystem kann offensichtlich den Wandel des Parteiensystems im Sinne der Duvergischen Gesetze (1951) nicht verursacht haben, wonach die relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen ein Zweiparteiensystem und die Verhältniswahl Vielparteiensysteme fördere (vgl. dazu auch Riker 1982 oder Wagner 2013). In der deutschen Ausgabe lautet die entsprechende Stelle, „daß die einfache Mehrheitswahl den Parteiendualismus befördert“ (Duverger 1959, S. 232).<sup>1</sup> Diese allgemeinere Formulierung passt zur Auffassung Duvergiers vom grundsätzlich dualistischen Charakter politischer Konflikte und von Vielparteiensystemen als Systemen der Überlagerung von Dualismen (1959, S. 244–247). In anderen Worten: Die Mehrheitswahl fördert die Konzentration auf einen Hauptdualismus, die Verhältniswahl fördert Parteienvielfalt als Ausdruck „verschiedener Arten dualistischer Gegensätze“ (S. 244). Bei Mehrheitswahl habe die Wählerin z. B. nur die Entscheidung zwischen Plan- und Marktwirtschaft, bei Verhältniswahl könne sie auf jeder Seite z. B. eine klerikale oder eine laizistische Variante wählen.

Auf das deutsche Mischwahlsystem übertragen ist unsere These, dass die relative Mehrheitswahl mit der Erststimme den Parteiendualismus in dem ansonsten – d. h. wegen der Verhältniswahl – aus mehr als zwei Parteien bestehenden System fördert. In den westdeutschen Wahlkreisen hat sich seit 1961 ein klares Zweiparteiensystem durchgesetzt, bei dem alle Wahlkreise entweder von Direktkandidatinnen der Christdemokraten (CDU bzw. CSU) oder von Direktkandidaten der SPD gewonnen werden. *Labour* bzw. *Conservatives* in England können zumindest seit Ende der 1950er Jahre von einem so eindeutigen Hinweis auf ein Zweiparteiensystem nur träumen (vgl. dazu Shikano 2009). Eng mit dem Zweiparteiensystem auf Wahlkreisebene verbunden ist der Wettbewerb zwischen Union und SPD um die Regierungsführung. Nur CDU/CSU und SPD stellen bis dato einen Kanzlerkandidaten auf. Das mag sich in naher Zukunft ändern. Gründe dafür gibt es viele, angefangen vom gemeinsamen Regieren in sogenannten Großen Koalitionen über einen abgeschwächten Trend zum Dualismus dank einer größeren Parteienfragmentierung bis zum Scheitern des westdeutschen Dualismus in den ostdeutschen Wahlkreisen. Paradigmatisch für dieses Scheitern ist die Hauptstadt Berlin. Von den zwölf Wahlkreisen haben 2017 CDU und Linke je vier, die SPD drei und die Grünen einen gewonnen.

In den letzten 30 Jahren haben mehrere Länder für ihre Parlamentswahlen Mischwahlsysteme eingeführt. Bis dahin war Deutschland für die komparative

---

<sup>1</sup>Im Original: „le scrutin majoritaire à un seul tour tend au dualisme des partis“ (Duverger 1951, hier zitiert nach der 6. Auflage 1967, S. 247).

Wahlssystemforschung ein exotischer Fall und nur für den innerdeutschen Ländervergleich ein geeignetes Untersuchungsobjekt (vgl. Raabe et al. 2014). Die international vergleichende Wahlssystemforschung bedient sich als Datenbasis der amtlichen Wahlergebnisse, möglichst auf Wahlkreisebene, und analysiert die klassischen Fragen der Auswirkungen von Wahlssystemmerkmalen auf das Parteiensystem oder auf die Disproportionalität der Repräsentation. Eine wichtige Frage dabei ist, inwieweit man wenigstens die mechanischen Effekte der Mehrheits- und der Verhältniswahlkomponente unabhängig voneinander untersuchen kann, wenn die Wähler für jeden Teil eine eigene Stimme haben (vgl. z. B. Moser und Scheiner 2004) oder ob man von Anfang an Wechselwirkungen (*contamination*) zwischen den beiden Komponenten in Rechnung stellen muss (Herron und Nishikawa 2001; Ferrara et al. 2005). Geht man von der einzelnen Wählerin aus, die sich mit ihrer Erststimme für einen Wahlkreiskandidaten und mit ihrer Zweitstimme für die Landesliste einer Partei entscheiden muss, sind gegenseitige Einflüsse der zwei Stimmabgaben wahrscheinlich. Genauso werden die Parteien ihre Erfolgchancen in den beiden Komponenten in Rechnung stellen, wenn sie Kandidaten nominieren und Landeslisten aufstellen. Mit Aggregatdaten lassen sich Auswirkungen angenommener Handlungsziele der Parteien und Wähler auf das Ergebnis feststellen. Zum Verständnis der Handlungen selbst genügt eine Konzentration auf einzelne Regeln des Wahlsystems und die entsprechenden Wahlergebnisse nicht. Das Wahlsystem übersetzt nur die Summe der Wählerentscheidungen in Parlamentssitze, bezieht sich aber nicht auf die Hauptziele der Handelnden.

Mit unserer Fallstudie des Wahlsystems eines Landes gehen wir nicht den Weg der komparativen Wahlssystemforschung. Unsere Fragestellung ist die Erklärung des Parteienwettbewerbs auf Basis empirisch geschätzter Wahlfunktionen der Wählerinnen unter den Bedingungen des deutschen Mischwahlsystems. Die Wahlfunktionen sagen das individuelle Wählerverhalten mit politknahen Motiven voraus. Dabei bedienen wir uns einer Theorie, die Parteistrategien und Wählerverhalten aufeinander bezieht, indem sie Parteien als Politikanbieter und Wähler als Politiknachfrager konzipiert. Diese auf Downs (1957) zurückgehende Theorie des Parteienwettbewerbs und Wählerverhaltens geht von Wählern aus, die sich für Parteien entscheiden, deren Politikvorschläge sie gut finden, und die sie für regierungsfähig und kompetent halten. Die Parteien ihrerseits streben Regierungämter an und richten ihr Politikangebot an der Politiknachfrage der Wähler aus, die sie auf Basis der Wahlfunktion antizipieren. Das Wahlsystem gibt den institutionellen Rahmen für die individuelle Wählerentscheidung und die Regeln für die Aggregation der Entscheidungen und die Umsetzung in Parlamentssitze vor. So sieht das Bundestagswahlrecht eine Kandidaten- und eine Parteistimme vor, eine

Aggregation der Kandidatenstimmen auf Wahlkreisebene und der Parteistimmen auf Landes- und Bundesebene und die Zuteilung der Wahlkreissitze nach relativer Mehrheit und der Landeslistensitze letztlich nach den bundesweiten Parteistimmenanteilen. Weil die Parteistimmenanteile entscheidend für die Fraktionsstärken sind, werden in der deutschen Wahlforschung schwerpunktmäßig die Zweitstimmenentscheidungen der Wähler untersucht und Erklärungen in der Regel für die Bundesrepublik insgesamt mitgeteilt, unterteilt seit 1990 höchstens nach West- und Ostdeutschland.

Die Hauptfaktoren unserer Wahlfunktion für die Parteistimme (Zweitstimme) sind die Politikdistanz zwischen Wählerin und Partei und die Kompetenzeinschätzung der Partei. Zur Erklärung der Einwirkung des Mischwahlsystems auf die Ergebnisse müssen die Erststimmen und die Situation in den Wahlkreisen mitberücksichtigt werden. So ist für die Erststimme zu klären, ob man eigene Politikdistanzen zu den Direktkandidaten benötigt oder im deutschen, fest etablierten Parteiensystem auf die Politikdistanzen zur Partei zurückgreifen kann. Im Unterschied dazu gibt es viele Forschungsbelege für einen Einfluss der Qualität der Direktkandidaten auf den Wahlkreissieg. Hinzu kommt die Wettbewerbssituation im Wahlkreis, die sich, z. B. im Sinne des psychologischen Effekts von Duverger (1959, S. 240), zulasten von Kandidaten ohne Aussicht auf den Wahlkreissieg auswirken kann. Außerdem sind Auswirkungen auf die üblicherweise angenommene Parteimotivation zur Stimmenmaximierung zu beachten. Für die Wahlfunktion kommen zu den Einflüssen von Merkmalen, die sich unmittelbar auf das Entscheidungsobjekt, Kandidat oder Partei, beziehen, mögliche Übertragungs- oder Spillover-Effekte von Kandidatenmerkmalen auf die Parteistimme und Parteimerkmalen wie der Parteikompetenz auf die Erststimme. Diese für unsere Untersuchung der Auswirkungen des deutschen Mischwahlsystems auf die Wahlergebnisse zentralen Fragen werden in Teil III behandelt.

Davor werden wir in Teil II den Vorteil einer Ein-Land-Studie gegenüber der international vergleichenden Forschung herausarbeiten: bessere Messung der zentralen Variablen und Vergleiche über längere Zeiträume bei weniger kulturellen und sozialstrukturellen Störvariablen (vgl. Pepinsky 2019). Die von uns angewendete Theorie des Parteienwettbewerbs und Wählerverhaltens setzt auf politiknahe Erklärungen, die nicht blind sind gegenüber den Themen der Parteiauseinandersetzung und den Wählersorgen in konkreten Wahlkämpfen. Gleichzeitig sind Fragen der Systemabgrenzung zu klären: Welche Parteien soll man zu einem Parteiensystem zählen, wenn man am Parteiensystem aus Sicht der großen Mehrheit der Wähler interessiert ist? Dieses Parteiensystem aus Wählersicht gibt die den meisten Wählern gemeinsamen Wahloptionen vor. Wie sollen die zentralen Variablen der Wahlfunktion gemessen werden: die Politikstandpunkte von Parteien und

Wählern für wichtige Wahlkampfthemen und die Kompetenzeinstufung der Parteien? Und wie soll man über längere Zeiträume bestehende Prädispositionen der Wähler den Parteien gegenüber messen? Diese zentralen Anwendungsbedingungen für die Downsche Theorie werden wir in Teil II systematisch für mehrere Bundestagswahlen mit Hilfe von Umfragedaten überprüfen.

Zur Einleitung in Teil I beschreiben wir das für Bundestagswahlen seit 1949 gültige Wahlrecht als institutionellen Rahmen für Parteienwettbewerb und Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland. In Kap. 3 legen wir die theoretischen Grundlagen für die Anwendung der räumlichen Theorie des Parteienwettbewerbs und Wählerverhaltens in den Teilen II und III.

---

## Teil I

# Wahlrecht als institutioneller Rahmen und räumliche Theorie des Parteienwettbewerbs und Wählerverhaltens als Erklärungsinstrument

Teil I behandelt die Analysebestandteile getrennt, die in den Teilen II und III zur Beantwortung unserer Fragestellung nach der Wirkungsweise des deutschen Mischwahlsystems zusammengeführt werden: das Wahlsystem, das Parteiensystem und die räumliche Theorie des Parteienwettbewerbs als theoretischen Kern. Wir beginnen in Kap. 2 mit einer Typologie von Mischwahlssystemen, ordnen die personalisierte Verhältniswahl ein und vergleichen sie mit historischen Vorgängern der unmittelbaren Nachkriegszeit in einzelnen deutschen Ländern und der Weimarer Republik. Deren Reichstagswahlrecht hat bei allen Unterschieden eine Gemeinsamkeit mit dem Bundestagswahlrecht: Es gab nie eine fest vorgegebene Parlamentsgröße. Abschließend gehen wir in Kap. 2 auf die Entwicklung des Parteiensystems ein, indem wir die effektive Parteienzahl seit 1949 sowohl für die Erst- als auch die Zweitstimmen darstellen und für letztere die Disproportionalität der Repräsentation im Vergleich von Sitzverteilung und Zweitstimmen in der Entwicklung über die Zeit beschreiben.

Kap. 3 führt zum ersten Mal in deutscher Sprache grundlegend in die neuere räumliche Theorie des Parteienwettbewerbs und Wählerverhaltens ein. Wir gehen zunächst vom klassischen Fall des Zweiparteienwettbewerbs ämtermotivierter Parteien und politikorientierter Wähler nach Hotelling (1929) und Downs (1957) aus. Bei deterministischer Wahlfunktion führt dieser klassische Fall zum Medianwählertheorem: Annäherung der Politikangebote der zwei Parteien am Median der eindimensionalen Wählerverteilung. Dieses Basismodell wurde in den letzten Jahrzehnten schrittweise erweitert bzw. modifiziert: durch die Annahme policyorientierter Parteien, durch probabilistische Wahlfunktionen und unvollständige Information, durch Berücksichtigung von Kandidaten- und Parteivalenzen zusätzlich zu den Distanzen zwischen Wählern und Parteien im Hinblick auf mehrere Wettbewerbsdimensionen. Auf dieser Basis können wir die besondere Wettbewerbssituation in Mehrparteiensystemen analysieren und die Problematik von Mischwahlssystemen herausarbeiten: verschiedene Zielfunktionen der Parteien für die Mehrheits- und Verhältniswahlkomponente und gegenseitige Beeinflussung der Wählerentscheidungen für Wahlkreiskandidaten und Parteilisten.



# Die personalisierte Verhältniswahl: Begriff, Einführung in Deutschland, Wirkung

# 2

## 2.1 Begriff

Mehrheitswahl und Verhältniswahl sind die zwei Grundtypen von Wahlsystemen für Parlamente. Ein Wahlsystem legt Regeln für die Stimmgebung und die Umrechnung der Stimmen in Sitze fest. Der Grundtyp der Mehrheitswahl ist die Wahl eines Abgeordneten im Einerwahlkreis mit relativer oder absoluter Mehrheit, der Grundtyp der Verhältniswahl ist die Wahl einer Parteiliste im Mehrpersonenwahlkreis. Die deutsche personalisierte Verhältniswahl kombiniert die relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen mit der Verhältniswahl im gesamten Bundesgebiet.

In der englischsprachigen Wahlsystemliteratur wird das deutsche System heute überwiegend als *mixed-member proportional* bezeichnet und dem *mixed-member majoritarian electoral system* gegenübergestellt (Shugart und Wattenberg 2001; Gallagher und Mitchell 2018). *Mixed-member* bezieht sich auf das Parlament, in dem zwei Typen von Abgeordneten vertreten sind: direkt gewählte Wahlkreisabgeordnete und über Parteilisten nach Verhältniswahl gewählte Abgeordnete. Der Zusatz *proportional* bedeutet, dass ein Verhältnisausgleich der Mehrheitswahlergebnisse vorgenommen wird. Der empirisch häufigere Fall des *mixed-member majoritarian* Systems verzichtet auf den Verhältnisausgleich. Um die strikte Trennung der beiden Wahlsysteme bei der Sitzanzrechnung auszudrücken, spricht man im Deutschen von einem Grabensystem.

Mischwahlsysteme, wie sie verkürzt auch genannt werden, führen durch die Kombination von Wahlsystemen zu heterogen statt homogen gewählten Parlamenten. Der Doyen der deutschen Wahlsystemforschung, Dieter Nohlen, hält den



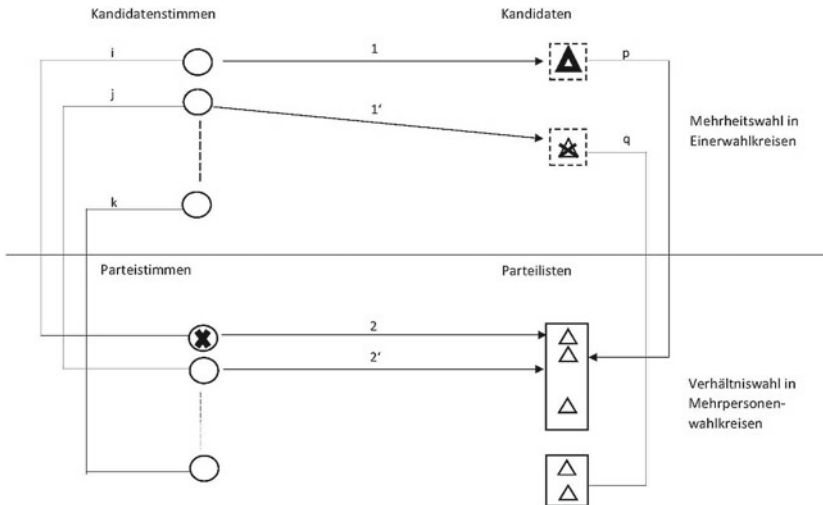
Begriff Mischwahlsysteme für fehlerhaft (2014, S. 156). Nohlen stellt Mehrheits- und Verhältniswahl antithetisch gegenüber (2014, S. 153–156) und begründet dies mit dem Gegensatz der Repräsentationsziele beider Systeme. Strebe die Verhältniswahl ein Abbild der Wählerschaft an, so dass die Parteiateile im Parlament den in der Wahl zum Ausdruck gebrachten Parteipräferenzen entsprechen, sei das Repräsentationsziel der Mehrheitswahl „die parlamentarische Mehrheit für eine Partei oder ein Parteienbündnis“ (2014, S. 153). Repräsentationsziele beziehen sich auf die „aggregierten, nationalen Wahlergebnisse mit Blick auf die parteipolitische Zusammensetzung des Parlaments“ (2014, S. 153) und auf dieser Ebene ließen sich die antithetischen Ziele nicht mischen. Nohlen verwendet die so verstandenen Repräsentationsprinzipien als oberstes Klassifikationskriterium für Wahlsysteme; so gesehen ist seine Ablehnung des Begriffs Mischwahlsystem verständlich.

Wir verwenden den Begriff Mischwahlsystem im Folgenden für die Kombination von Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen und Verhältniswahl in Mehrpersonwahlkreisen<sup>1</sup>. Das Gemeinsame dieser so verstandenen Mischwahlsysteme ist ein aus heterogen gewählten Abgeordneten zusammengesetztes Parlament (*mixed-member parliament*). Damit umfasst der Begriff nicht nur die personalisierte Verhältniswahl, wie aus unserer Übersicht über Typen von Mischwahlsystemen hervorgeht (Abb. 2.1).

Wähler und Kandidaten bzw. Parteilisten stehen sich wie in einem bipartiten Graphen gegenüber, in welchem Pfeile die Stimmgebung einzelner Wähler für Einzelkandidaten in einem Wahlkreis (oberer Teil) oder für eine Parteiliste (unterer Teil) darstellen. Die ungerichteten Verbindungen  $i, j$  und  $k$  stehen für Wähler  $i, j$  und  $k$ , die entweder zwei Stimmen abgeben können oder deren Kandidatenstimme auch als Parteistimme ausgezählt wird. Die Verbindungen  $p$  und  $q$  drücken die Parteizugehörigkeit der Wahlkreiskandidaten aus. Im einfachsten Mischwahlsystem spielen die ungerichteten Verbindungen  $i, j, k$  keine Rolle, weil die Wähler nur eine Stimme haben, mit der sie entweder einen Wahlkreiskandidaten oder eine Parteiliste wählen können. Das Mischwahlsystem ist in diesem Fall segmentiert nach Wählern. Sobald ein Wähler zwei Stimmen hat, kann er oder sie sowohl einen Einzelkandidaten als auch eine Parteiliste wählen. Wähler  $i$  wählt in unserem Beispiel einen Kandidaten, der der Partei  $p$  angehört (Pfeil 1) und gibt seine Parteistimme (Pfeil 2) der Liste derselben Partei. Wählerin  $j$  splittet dagegen ihre zwei Stimmen zwischen dem Kandidaten der Partei  $q$  und der Partei  $p$ . Wenn

---

<sup>1</sup>Für die Zahl der im Wahlkreis zu vergebenden Mandate ist im Englischen der Begriff *district magnitude* üblich. Man könnte ihn mit Mandatsmächtigkeit eindeutschen.



#### Typen nach Stimmgebung:

- 1.1) Eine Stimme (Kandidatenstimme), die Wahlkreissieger bestimmt, und als Listenstimme für Partei der Kandidaten in größeren Mehrpersonenwahlkreisen aufaddiert wird; oder
- 1.2) zwei Stimmen (Kandidaten- und Parteistimme).

#### Typen nach Stimmenverrechnung:

- 2.1) Getrennt für Mehrheits- und Verhältnisswahl (Grabenwahlsystem); oder
- 2.2) kombiniert mit
  - 2.2.1) Anrechnung der gewonnenen Wahlkreissitze auf Parteiateile laut Listenstimmen (mit Personenwahl verbundene Verhältnisswahl);
  - 2.2.2) Verteilung der Sitze nach Parteiateilen an der Summe von Kandidaten- und Listenstimmen („verbessertes Verhältnisswahlrecht“); oder
  - 2.2.3) negativem Stimmentransfer für Partei siegreicher Wahlkreiskandidaten (Mehrheitswahl mit Verhältnisausgleich).

#### Abb. 2.1 Typen von Mischwahlsystemen

Mehrheits- und Verhältnisswahl getrennt für die Sitzzuteilung berücksichtigt werden, liegt ein Grabenwahlsystem vor (auch *parallel system* oder *mixed-member majoritarian system*).

Mit einem Verhältnisausgleich soll die bei Mehrheitswahlen oft auftretende Disproportionalität zwischen Stimmen auf nationaler Ebene und Sitzanteilen der Parteien im Parlament verkleinert werden. Der Ausgleich der personalisierten Verhältnisswahl sieht die Anrechnung der gewonnenen Direktmandate auf die

einer Partei nach den Parteistimmen zustehenden Sitze vor. Bei Doppelkandidaturen im Wahlkreis und auf der Liste wird die Listenplatzierung gestrichen, wenn der Kandidat den Wahlkreis gewonnen hat (Kandidat von  $p$  in Abb. 2.1). Die Mandatsverteilung im Verhältniswahlsegment wird mit einem Wahlzahl- oder mit einem Divisor- bzw. Höchstzahlverfahren vorgenommen. Eine Partei erhält so viele Abgeordnete, wie die Wahlzahl (z. B. nach Hare: abgegebene Stimmen geteilt durch Zahl der Mandate) in ihrer Stimmensumme enthalten ist. Beim Höchstzahlverfahren werden die erreichten Zweitstimmen der Reihe nach durch Divisoren geteilt, z. B. nach d'Hondt durch 1, 2, 3 usw., und die Mandate nach der Höhe der so erzielten Divisionsergebnisse den Parteilisten zugeteilt. Ein Ausgleich kann hier auch dadurch zustande kommen, dass für Parteien, die  $x$  Direktmandate gewonnen haben, die Division nicht mit 1 beginnt, sondern mit dem Divisor  $x + 1$  (z. B. Wahl zum schottischen Parlament).

Statt den Verhältnisausgleich auf der Parteiseite vorzunehmen, kann man den Erfolgswert der Stimmen berücksichtigen und doppelte Erfolgswerte von Wählern ausschließen, die bereits zum Sieg eines Wahlkreis Kandidaten beigetragen haben. In Abb. 2.1 ist  $i$  ein solcher Wähler, wenn seine Stimme für den Sieg des Kandidaten der Partei  $p$  notwendig war. Als notwendig zählt man die Stimmen des ersten Wahlkreisverlierers plus 1, die dann von den Zweitstimmen der Partei des Wahlkreissiegers abgezogen werden (*negative vote transfer* oder Stimmenmalus).

Ein Verhältnisausgleich vermindert im Allgemeinen die Disproportionalität zwischen Stimm- und Sitzanteilen, was mit zunehmender Parteienfragmentierung bezahlt wird. Um letztere in Grenzen zu halten, hat sich eine legale Sperrklausel für die Anrechnung der Parteistimmen als wirkungsvoll erwiesen. Sie lässt sich mit allen Typen von Mischwahlsystemen verbinden.

---

## 2.2 Von der Mehrheitswahl zur personalisierten Verhältniswahl in Deutschland

Die absolute Mehrheitswahl mit Stichwahl war vor dem 1. Weltkrieg in Europa weit verbreitet (vgl. z. B. Schröder und Manow 2014, S. 521). Otto von Bismarck übernahm dieses allgemeine Männer-Wahlsystem in enger Anlehnung an den Wahlgesetzentwurf des Paulskirchen-Parlaments für den Norddeutschen Bund und ab 1871 für das Deutsche Reich (Schanbacher 1982, S. 23). Gewählt wurde in 397 Wahlkreisen (1871 ohne Elsass-Lothringen in 382 Wahlkreisen) und gewählt war, wer im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichte oder sich im zweiten Wahlgang gegen den Erstunterlegenen durchsetzte. Nur Kandidaten, für die im ersten Wahlgang die meisten oder zweitmeisten Stimmen abgegeben wurden,

durften zur Stichwahl antreten. Da die Wahlkreisgröße bis zur letzten Reichstagswahl im Kaiserreich 1912 nicht an die Bevölkerungsentwicklung angepasst wurde, waren Wahlberechtigte (Männer ab 25 Jahren) in ländlichen Wahlkreisen zunehmend über- und in städtischen Wahlkreisen zunehmend unterrepräsentiert. Dieses Ungleichgewicht zwischen den Wahlkreisen wirkte sich vor allem zum Nachteil der SPD aus (Schanbacher 1982, S. 30), genauso wie die Notwendigkeit, für die Stichwahl Koalitionen mit anderen Parteien zu bilden (Schröder und Manow 2014, S. 535).<sup>2</sup> 1891 nahm die SPD die Forderung nach einem Proportionalwahlssystem in ihr Erfurter Programm auf. Wenige Monate vor der Novemberrevolution 1918 verabschiedete der 1912 gewählte Reichstag noch eine Wahlreform, die für größere Wahlkreise die Mandatszahl auf 2 bis 10 erhöhte und als Verrechnungsverfahren d'Hondt vorsah (Schröder und Manow 2014, S. 541). Nach unserer Definition handelte es sich hierbei um ein Mischwahlssystem mit segmentierter Wählerschaft. Nach diesem Wahlrecht fand aber keine Wahl mehr statt.

Stattdessen legte sich der Rat der Volksbeauftragten bereits drei Tage nach der Ausrufung der Republik am 9. November 1918 auf die „Verhältniswahl für alle über zwanzigjährigen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts“ fest (Schanbacher 1982, S. 47). Das entsprechende Wahlgesetz vom 30.11.1918 legte unter der Vorgabe, dass auf 150.000 Einwohner ein Abgeordneter kommen solle, zunächst 38 Wahlkreise für das Vorkriegsreichsgebiet mit insgesamt 433 zu wählenden Abgeordneten (einschließlich Elsass-Lothringen, wo die Wahl dann nicht stattfinden konnte) in einer Anlage fest.<sup>3</sup> Die Wahlkreisgröße lag zwischen 6 und 16. Die Wahlordnung vom selben Tag sah das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt für die Mandatsverteilung in den Wahlkreisen vor. Die Wahl des Reichstags nach den Grundsätzen der Verhältniswahl wurde dann in Artikel 22 der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 vorgeschrieben. Das Reichswahlgesetz vom 27. April 1920<sup>4</sup> ersetzte das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt mit einer automatischen Zuteilung eines Sitzes an eine Parteiliste pro 60.000 Stimmen im Wahlkreis und einer Reststimmenverwertung in Wahlkreisverbänden (in der Regel zwei

---

<sup>2</sup>Die SPD lehnte auch von sich aus revisionistische Wahlabsprachen mit fortschrittlichen bürgerlichen Parteien im Kaiserreich ab und vertraute auf ihr Wachstumspotenzial als Klassenpartei (Hodge 1987).

<sup>3</sup>Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918. [http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4\\_h1\\_bsb00000144\\_00011.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4_h1_bsb00000144_00011.html). Abruf am 08.02.2021.

<sup>4</sup>Reichswahlgesetz vom 27. April 1920. [http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4\\_h1\\_bsb0000001\\_00057.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt4_h1_bsb0000001_00057.html). Abruf am 08.02.2021.

benachbarte Wahlkreise) und zusätzlich auf Reichsebene für verbundene Parteilisten. Mit der automatischen Zuteilung der Sitze pro 60.000 Wähler verzichtete man auf die Festlegung einer festen Parlamentsgröße. Die Wahlkreiseinteilung wurde trotz verbreiteter Forderungen nach kleineren Wahlkreisen im endgültigen Reichswahlgesetz von der Nationalversammlung übernommen. Bemerkenswert ist, dass das neue Reichswahlgesetz am 23. April 1920 von der Nationalversammlung „in namentlicher Abstimmung ohne Gegenstimme“ (Schanbacher 1982, S. 85) angenommen wurde.

In der einstimmigen Verabschiedung des Wahlgesetzes – wie schon zuvor in der Aufnahme der Verhältniswahl als Wahlprinzip in die Verfassung – kam sicher eine Zustimmung aller Parteien zu diesem Wahlsystem zum Ausdruck. Die SPD bekannte sich zu einem Wahlsystem, das sie seit dem Erfurter Parteitag, weil gerecht, gefordert hatte, und die bürgerlichen Parteien trugen den Konsens mit, weil sie die Gefahr absoluter Mehrheiten der Linken bei einer Mehrheitswahl fürchteten (Schanbacher 1982, S. 54–61; Lange 1975, S. 226–227; vgl. generell Boix 1999 zur Einführung der Verhältniswahl). Trotzdem setzte bald eine intensive Reformdebatte ein zur Verkleinerung der Wahlkreise, zur Einführung einer Sperrklausel, zur Abschaffung starrer Listen oder sogar zur Einführung der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen mit Verhältnisausgleich über zusätzliche Mandate (vgl. Schanbacher 1982, S. 113–159). Keiner der Vorschläge wurde umgesetzt, dafür konnte man nach dem 2. Weltkrieg direkt an diese Diskussion anknüpfen.

Bei aller Kritik am Wahlsystem der Weimarer Republik mag zunächst erstaunen, dass die ersten westdeutschen Landesverfassungen von Ende 1946 – die Verfassungen von Württemberg-Baden, Hessen und Bayern in der amerikanischen Besatzungszone – alle die Grundsätze der Verhältniswahl festschreiben. Ein vielleicht von den Amerikanern bevorzugtes Mehrheitswahlrecht hätte eine Vertretung der KPD in westdeutschen Landtagen höchstwahrscheinlich verhindert und wäre einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Kontrollrat schon damals im Wege gestanden (vgl. Lange 1975, S. 31). Die Sowjetunion legte ihrerseits für ihre Besatzungszone mit einer Wahlordnung vom 11. September 1946<sup>5</sup> die Verhältniswahl auf Landesebene ohne Sperrklausel und mit Verrechnungsverfahren nach d'Hondt für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen sowie die früheren preußischen Provinzen Mark Brandenburg und Sachsen fest. Außenminister Molotow wollte sogar die Verhältniswahl auf allen staatlichen Ebenen in

---

<sup>5</sup>Wahlordnung für die Landtags- und Kreistagswahlen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 11. September 1946. <http://www.verfassungen.de/bb/wahlordnung-landtag46.htm>. Abruf am 18.10.2019.

einem Friedensvertrag für Deutschland festgeschrieben wissen (Hermens 1964, S. 464).

Im Unterschied zum späteren Grundgesetz regelten die ersten Landesverfassungen nach Weimarer Vorbild das Wahlrecht genauer. Die Verfassung von Württemberg-Baden vom 28. November 1946 legt eine Verhältniswahl, getrennt nach Kreisen, und die Möglichkeit einer Sperrklausel von höchstens 10 % fest (Artikel 52).<sup>6</sup> Die Verfassung von Hessen vom 1. Dezember 1946 sah ebenfalls die Grundsätze der Verhältniswahl und die Möglichkeit einer Sperrklausel vor (Artikel 75).<sup>7</sup> Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 2. Dezember 1946 fordert in Artikel 14 die Wahl des Landtages immerhin „nach einem verbesserten Verhältniswahlrecht“ und legt auch gleich die Regierungsbezirke als Wahlkreise und die Landkreise bzw. kreisunmittelbare Städte (bzw. in größeren Städten Stadtbezirke mit über 60.000 Einwohnern) als Stimmkreise fest. Genauere Bestimmungen finden sich dann in den Landeswahlgesetzen. So enthält z. B. das bayerische Landeswahlgesetz vom 29. März 1949<sup>8</sup> die Einzelregelungen für eine personalisierte Verhältniswahl, die bei der Personalisierung weiter geht als spätere Bundeswahlgesetze, die aber der Sperrklausel der Verhältniswahl im Wahlkreis übergeordnete Bedeutung gegenüber einem Stimmkreissieg mit relativer Mehrheit gibt. Die Personalisierung ist weitergehend, weil man auf der Wahlkreisliste einen einzelnen Bewerber, wenn auch nicht den seines Stimmkreises, ankreuzen kann. Die später geänderte Sperrklausel sah vor, dass eine Partei im Wahlkreis, also im Regierungsbezirk, mindestens 10 % der gültigen Stimmen erreichen muss. Diese gültigen Stimmen sind die Summe aus Stimmkreis- und Wahlkreisstimmen. Erreicht eine Partei nicht 10 %, erhalten auch ihre Bewerber, auf die im Stimmkreis die meisten Stimmen entfielen, kein Mandat. Erreicht eine Partei aber mindestens 10 %, sind wegen der Summenbildung aus Stimmkreis- und Wahlkreisstimme auch die Erststimmen für Stimmkreisverlierer nicht verloren (Typ 2.2.2 nach Abb. 2.1).

Nicht alle Landeswahlgesetze legten sich auf die Verhältniswahl fest. So definierte das Wahlgesetz für den Landtag von Schleswig–Holstein vom 27. Februar

---

<sup>6</sup>Verfassung für Württemberg-Baden vom 28. November 1946. Regierungsblatt der Regierung Württemberg-Baden 25 vom 30. November 1946, S. 277–290. <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:31-33161>. Abruf am 08.02.2021.

<sup>7</sup>Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946. Gesetzes- und Ordnungsblatt für Hessen 1946, S. 229. <http://starweb.hessen.de/cache/GVBL/1946/00034.pdf>. Abruf am 18.10.2019.

<sup>8</sup>Gesetz über Landtagswahl, Volksbegehren und Volksentscheid (Landeswahlgesetz) vom 29. März 1949. Bayerisches Gesetz- und Ordnungsblatt 1949, S. 69. <https://www.verkuendung-bayern.de/files/gvbl/1949/08/gvbl-1949-08.pdf>. Abruf am 18.10.2019.

1950 das angewandte Wahlrecht als „Mehrheitswahl mit Verhältnisausgleich“. Es handelte sich dabei um ein Mischwahlsystem, welches nach Abb. 2.1 den Verhältnisausgleich aufseiten der Wähler vornimmt (Typ 2.2.3). 46 Abgeordnete wurden mit relativer Mehrheit in Einerwahlkreisen gewählt und 23 „nach Verhältniswahl aus den Landeslisten der Parteien“ (§ 1 (2)).<sup>9</sup> Der Wähler hatte eine Stimme für die Direktkandidaten der Parteien, die auch maßgebend war für die Verteilung der 23 Listensitze nach d’Hondt. Allerdings wurden für den Verhältnisausgleich nicht alle Stimmen berücksichtigt, sondern für die Partei des Wahlkreissiegers nur die Stimmen, „die der erfolgreiche Bewerber mehr als der erfolglose Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl (Stimmenüberschuß)“ (§ 3 (2)) erhalten hat. Dieser Stimmenmalus der Wahlkreissieger entspricht dem partiellen *scorporo* des italienischen Wahlrechts von 1994–2001 für die Abgeordnetenversammlung (D’Alimonte und Bartolini 2002).

Welche Schlussfolgerungen hat der Parlamentarische Rat aus der frühen Nachkriegs-Diskussion und Normsetzung des Wahlrechts auf Länderebene gezogen (vgl. zum Nachfolgenden Lange 1975, S. 329–408)? Zunächst ist festzuhalten, dass die Parteien nach den ersten Landtagswahlen ihre Wahlchancen sehr viel besser einschätzen konnten als in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Diese Wahlchancen spiegeln sich im Stärkeverhältnis der nach Parteienproporz von den Landtagen gewählten Vertreter im Parlamentarischen Rat: Je 27 Vertreter von CDU/CSU und SPD, fünf von der FDP/LDP/DVP und je zwei von Deutscher Partei, Zentrum und KPD. Ohne eine Koalition der beiden großen Parteien in der Wahlrechtsfrage, die dann nicht zustande kam, war eine Mehrheit nur mit einer großen und mindestens zwei bzw. drei kleinen Parteien möglich. Dabei bestand in einigen Punkten weitgehend Einigkeit: keine Festlegung des Wahlrechts im Grundgesetz und kleine Wahlkreise zur Stärkung der Beziehung zwischen Abgeordneten und Wahlkreiswählerschaft. Unter dem dominanten Einfluss von SPD und FDP verabschiedete der Wahlrechtsausschuss einen Entwurf für eine relative Mehrheitswahl in 200 Einerwahlkreisen und weiteren 200 Abgeordneten, ausgewählt durch ein auf die bundesweit addierten Stimmen der Parteien angewandtes Divisorverfahren. Eine Sperrklausel war nicht vorgesehen (Lange 1975, S. 355). Nach Befassung des Hauptausschusses wurde der Vorschlag vom Parlamentarischen Rat gegen die Stimmen von CDU/CSU und KPD angenommen. Die von den Militärgouverneuren geforderte breite Mehrheit wurde nicht erreicht. Das Ziel

---

<sup>9</sup>Wahlgesetz für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz) vom 27. Februar 1950. Gesetzes- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein 1950, S. 77. <http://liss.hlvn.parlanet.de/shlt/liss-h-dok/infotehk/gvb/1950/XQQGVBS012.pdf>. Abruf am 18.10.2019.

der Union, ein Mehrheitswahlrecht einzuführen, hatte trotz zwischenzeitlicher Kompromisse eine größere Mehrheit verhindert.

Die Militärgouverneure verlangten eine Reihe von Änderungen, die teils die Art der Verabschiedung des Gesetzes durch die Landtage oder Ministerpräsidenten und teils wichtige Details des Wahlrechts betrafen. Letztere Monita führten zu folgenden Änderungen: Länder als geschlossene Wahlgebiete mit vorgegebener Abgeordnetenzahl (§ 8 (1)), Verteilung der den „Ländern zugeteilten Sitze zwischen Wahlkreisen und Landesergänzungsvorschlägen im ungefähren Verhältnis von 60 zu 40“ (§ 8 (2)), Sperrklausel von fünf Prozent auf Landesebene für die „Landesergänzungsvorschläge“ (§ 10 (4)).<sup>10</sup> Es blieb bei der relativen Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen mit einer Stimme und Summe dieser Kandidatenstimmen als Ausgangsbasis für die Zuteilung von Listenmandaten (§ 10 (1)). Außerdem war die Anrechnung „der in den Wahlkreisen ... errungenen Mandate“ auf die einer Partei zustehenden Mandate (§ 10 (2)) und der Verbleib von Überhangmandaten für die jeweilige Partei vorgesehen und damit eine entsprechende Erhöhung der Mandatszahl für das Land und infolgedessen der Parlamentsgröße über 400 Abgeordnete hinaus (§ 10 (3)). Das Gesetz wurde von den Ministerpräsidenten der damals elf westdeutschen Länder am 15. Juni 1949 mit folgender Vorbemerkung verabschiedet: „Auf Grund der mit Schreiben der Militärgouverneure vom 13. Juni 1949 erfolgten Anordnung über das vom Parlamentarischen Rat am 10. Mai 1949 beschlossene Wahlgesetz verkünden wir hiermit dieses Gesetz mit den von den Militärgouverneuren mit Schreiben vom 28. Mai 1949 und 1. Juni 1949 vorgenommenen Änderungen wie folgt.“ Es war das Gesetz zur Wahl des ersten Bundestags, welches den Typ der personalisierten Verhältniswahl mit den wesentlichen Merkmalen für die späteren Bundestagswahlen festlegte.

Auch das nächste Wahlgesetz vom 8. Juli 1953 war nur für die Wahl eines Bundestags, des zweiten, vorgesehen. Es traten drei wesentliche Änderungen in Kraft: die Erhöhung der Parlamentsgröße auf 484 bei Gleichverteilung der Direkt- und Listenmandate von je 242 (§ 6 (1)), die Einführung einer Erststimme für einen Wahlkreiskandidaten und einer Zweitstimme für die Landesliste einer Partei (§ 7) und die Ausdehnung der Sperrklausel von fünf Prozent der Zweitstimmen auf das Bundesgebiet.<sup>11</sup> Erst das Bundeswahlgesetz vom 5. Mai 1956 sah keine Einschränkung auf eine bestimmte Wahl mehr vor. Jetzt wird zum ersten Mal das

---

<sup>10</sup>Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Juni 1949. BGBl. 1949, S. 21. [http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBL&jumpTo=bgbl149002.pdf](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl149002.pdf). Abruf am 21.10.2019.

<sup>11</sup>Wahlgesetz zum zweiten Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. Juli 1953. BGBl. 1953 I, S. 270. [http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBL&jumpTo=bgbl153s0470.pdf](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl153s0470.pdf). Abruf am 21.10.2019.



Wahlsystem als eine mit der Personenwahl verbundene Verhältniswahl (§ 1 (1)) bestimmt. Neu ist der Verzicht auf vorherige Festlegung der den Ländern zustehenden Mandate. Stattdessen wird die Möglichkeit verbundener Listen eingeführt, sodass die verbundenen Landeslisten einer Partei auf Bundesebene bei der Sitzverteilung als eine Partei zählen, die bei der Oberverteilung auf Bundesebene je nach der Summe ihrer Zweitstimmen nach d'Hondt Mandate erhält. Die Sperrklausel wird dadurch verstärkt, dass nicht mehr ein, sondern erst drei gewonnene Wahlkreise zur Beteiligung an der Vergabe von Listenmandaten berechtigen.

Die gesetzliche Mitgliederzahl des Bundestages wird nach der Eingliederung des Saarlands zum 1.1.1957 auf 494 erhöht, 1965 auf 496, 1990 zur ersten gesamtdeutschen Wahl auf 656 und ab 2002 wird sie schließlich auf 598 reduziert. Die gesetzliche Parlamentsgröße kann wie seit 1949 immer durch Überhangmandate erhöht werden und seit 2013 zusätzlich durch Ausgleichsmandate. Dass die Parlamentsgröße nicht fixiert ist, ist seit der Weimarer Republik deutsche Tradition.

Weitere Veränderungen des Wahlgesetzes betreffen das Verrechnungsverfahren für die Vergabe der Listenmandate. Hier wurde 1985 die Methode Hare/Niemeyer und 2008 Sainte-Laguë/Schepers eingeführt (Nohlen 2014, S. 368–372), immer im Bestreben, die mittelgroßen Parteien mit über fünf Prozent Zweitstimmen nicht durch d'Hondt zu benachteiligen. Eine größere Änderung sind die mit dem 22. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Mai 2013 eingeführten Ausgleichsmandate, mit denen bei vorhandenen Überhangmandaten wieder eine Übereinstimmung der Abgeordnetenanteile der Parteien mit den Zweitstimmenanteilen – ohne die Zweitstimmen der Parteien, die den Einzug in den Bundestag verfehlten – hergestellt wird.<sup>12</sup>

---

### **2.3 Wirkungsp Parameter der personalisierten Verhältniswahl bei Bundestagswahlen von 1949 bis 2017**

Wir bezeichnen als Wirkungsp Parameter Maßzahlen, die mögliche Wirkungen von Wahlsystemen beschreiben und deshalb als abhängige Variablen für empirische Untersuchungen des Einflusses auf das Parteiensystem bzw. zur Beschreibung der Unterschiede zwischen Wahlsystemen dienen können. Wir beschränken uns hier

---

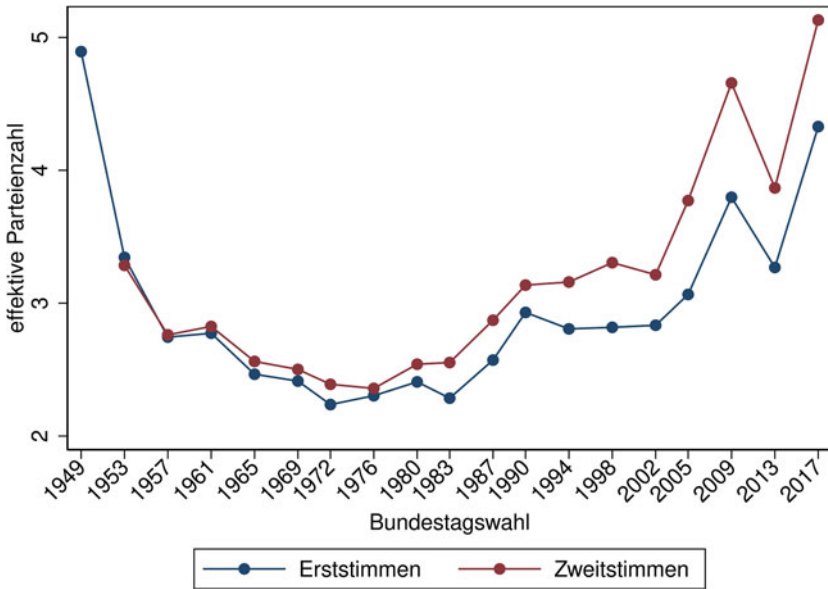
<sup>12</sup>Zweiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Mai 2013. BGBl. 2013 I, S. 2082. [http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger\\_BGBI&jumpTo=bgbl113s1082.pdf](http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl113s1082.pdf). Abruf am 21.10.2019.

auf die in der Forschung am häufigsten verwendeten Indizes: die effektive Parteienzahl nach Wählerstimmen und nach Parlamentssitzen (nach Laakso und Taagepera 1979) sowie die Disproportionalität zwischen Wähler- und Mandatsanteilen der Parteien (Gallagher 1991).<sup>13</sup> Dabei erlaubt ein gemischtes Wahlsystem einen Vergleich der Wirkungsparameter zwischen der Mehrheits- und der Verhältniswahlkomponente. Wir vergleichen die effektive Parteienzahl für die Erststimmen mit der für die Zweitstimmen und erwarten, dass sich die Erststimmen etwas mehr auf die in den Wahlkreisen aussichtsreichen Parteien konzentrieren, was sich in einer niedrigeren effektiven Parteienzahl auswirken sollte. Dieser Unterschied wird für die Fraktionsstärken im Bundestag größer sein, wenn wir die Mehrheitswahlkomponente mit dem Anteil einer Partei an allen direkt gewählten Abgeordneten erfassen und die Verhältniswahlkomponente mit den Anteilen an allen Abgeordneten, wie dies der proportionalen Mandatsverteilung beim deutschen Wahlsystem entspricht. Bei den Parlamentsparteien wird der Unterschied zwischen den beiden Komponenten größer sein, weil diese Anteile auch mechanisch vom Wahlsystem abhängen und bei der Mehrheitswahl nur *first past the post*, wie beim Siegen im Pferderennen, zählt.

In Abb. 2.2 ist die effektive Parteienzahl für die Erst- und Zweitstimmen-Anteile der Parteien bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2017 dargestellt. Einzeln berücksichtigt werden nur Parteien mit Stimmenanteilen größer oder gleich 0,5 %.<sup>14</sup> Der Zeitraum von Mitte der 1960er Jahre bis zum ersten Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 ist charakterisiert durch das Zweieinhalb-Parteiensystem (Blondel 1968) mit CDU/CSU und SPD als den großen Parteien und der FDP als der „halben“ Partei. Die Grünen und ab 1990 die PDS verursachten eine Erhöhung der effektiven Parteienzahl, wobei in den 1990er Jahren der Abstand der Zweit- zu den Erststimmen-Indexwerten größer wurde. Mit Beginn der Kanzlerschaft von Angela Merkel 2005 nahmen die effektiven Parteienzahlen stark zu, nur etwas unterbrochen von der Bundestagswahl 2013, als sowohl FDP als auch AfD den Einzug in den Bundestag verpassten. Die Fragmentierung des deutschen Parteiensystems hat damit 2017 wieder die hohen Werte erreicht, mit denen die alte Bundesrepublik 1949 begann, als die Wähler nur über eine Kandidatenstimme verfügten, die aber auch für die Verhältniswahl zählte.

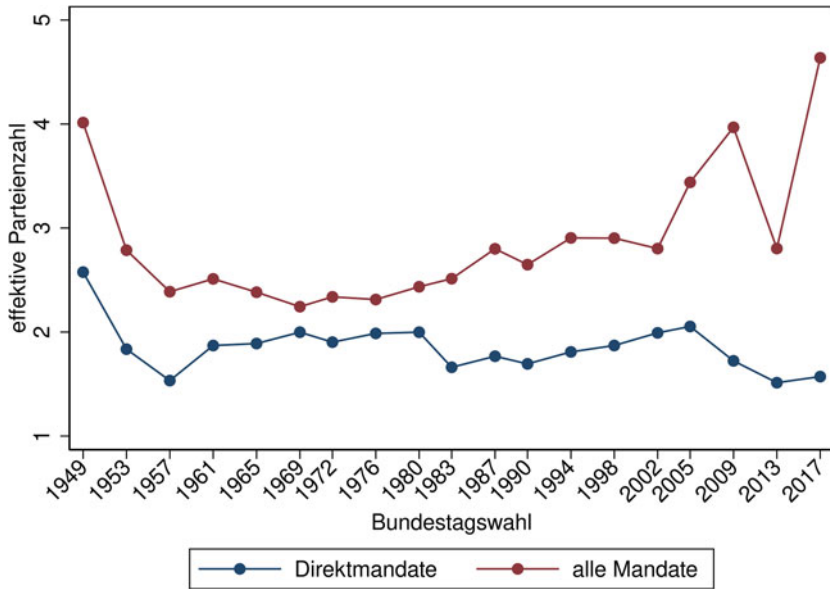
<sup>13</sup>Seien  $v_j$  und  $s_j$  der Stimmen- bzw. Sitzanteil einer Partei  $j$ , dann ist die effektive Parteienzahl nach den Wählerstimmen  $1/\sum_j v_j^2$  bzw. nach den Parlamentssitzen  $1/\sum_j s_j^2$ . Die Disproportionalität nach Gallagher berechnet sich zu  $(\frac{1}{2}\sum_j (s_j - v_j)^2)^{1/2}$ .

<sup>14</sup>Wir zählen CDU und CSU wegen der Fraktionsgemeinschaft im Bundestag sowohl bei den Stimmen als auch bei den Sitzen als eine Partei. Entsprechend verfahren wir mit Grünen und Bündnis 90/Die Grünen 1990.



**Abb.2.2** Die effektive Parteienzahl nach den Erst- und Zweitstimmen bei Bundestagswahlen

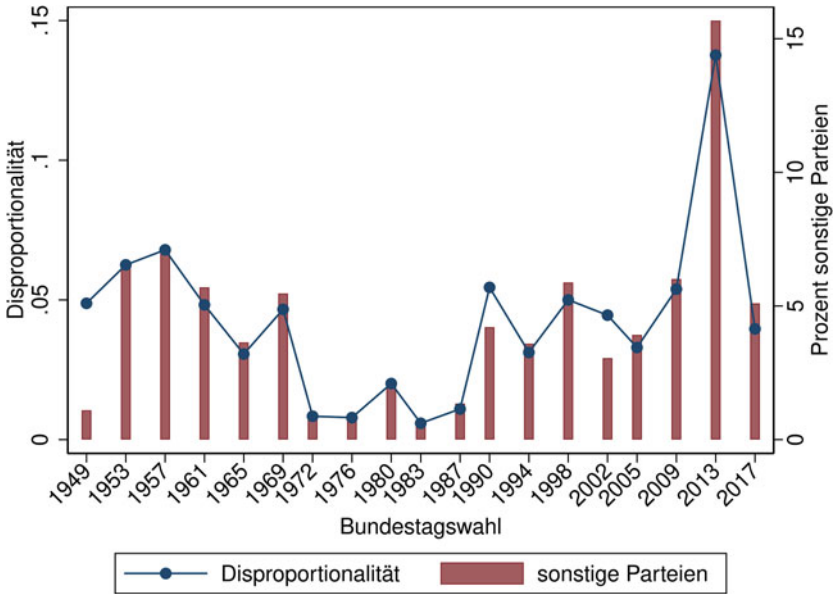
Die erneute Fragmentierung zeigt sich noch deutlicher für die effektive Parteienzahl der Bundestagsfraktionen (Abb. 2.3); allerdings gilt diese Aussage nur für die Verhältniswahlkomponente. Die direkt gewählten Abgeordneten bilden ein Zweiparteiensystem ab. Dass der Indexwert für die Direktmandate ab 2005 sogar sinkt, weist auf die immer dominantere Stellung der Unions-Abgeordneten unter den erfolgreichen Direktkandidaten hin. 2005 hatten CDU/CSU und SPD noch etwa gleich viele Wahlkreissieger gestellt. Vergleicht man wieder 1949 mit 2017, ist der Wert für alle Bundestagsmitglieder 2017 mit 4,64 sogar größer als für 1949 mit 4,01 und dies bei elf Bundestags-Parteien 1949 gegenüber nur sechs 2017. Grund des Auseinanderfallens von absoluter Parteienzahl – 1949 größer – und effektiver Parteienzahl – 2017 größer – sind die Unterschiede in der Größe der Parteien. Diese Unterschiede zwischen der Union und der SPD einerseits und den kleineren Parteien andererseits waren 1949 viel größer als 2017. Der Wert von 4,01 für 1949 entspricht vier gleich großen Parteien mit je 25 %, der Wert von 4,64 für 2017 entspricht eher fünf Parteien mit ungefähr 20 %. Offensichtlich privilegiert die 5%-Klausel, die 1949 noch nicht bundesweit galt, die mittleren



**Abb. 2.3** Die effektive Parteienzahl für die Direktmandate und alle Mandate im Bundestag

Parteien, die in den Bundestag einziehen, gegenüber den kleineren Parteien, die unter fünf Prozent bleiben.

Für Anhänger der Verhältniswahl ist die normative Richtgröße zur Beurteilung der Güte eines Wahlsystems eine Abweichung zwischen den Stimmen- und Sitzanteilen der Parteien nahe null. Existiert keine gesetzliche Sperrklausel, dann findet die Proportionalität der Repräsentation nur in der Anzahl der pro Wahlkreis zu wählenden Mandate eine Schranke. Für die Zweite Kammer der Niederlande mit ihren 150 Abgeordneten beträgt diese natürliche Sperrklausel  $1/150$ ; das bedeutet nur Parteien mit weniger als 0,7 % der Stimmen sind nicht vertreten. Die Niederlande finden sich – ähnlich wie Israel aus denselben Gründen – beim Vergleich von Wahlsystemen immer am untersten Ende der Verteilung der Disproportionalitätsindizes (vgl. z. B. Shugart und Taagepera 2017, S. 69). Wir stellen die Entwicklung der Disproportionalitätsindizes nach Gallagher (1991) bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2017 in den Abb. 2.4 und 2.5 dar, in Abb. 2.4 berechnet für alle Parteien<sup>15</sup> und in Abb. 2.5 berechnet nur

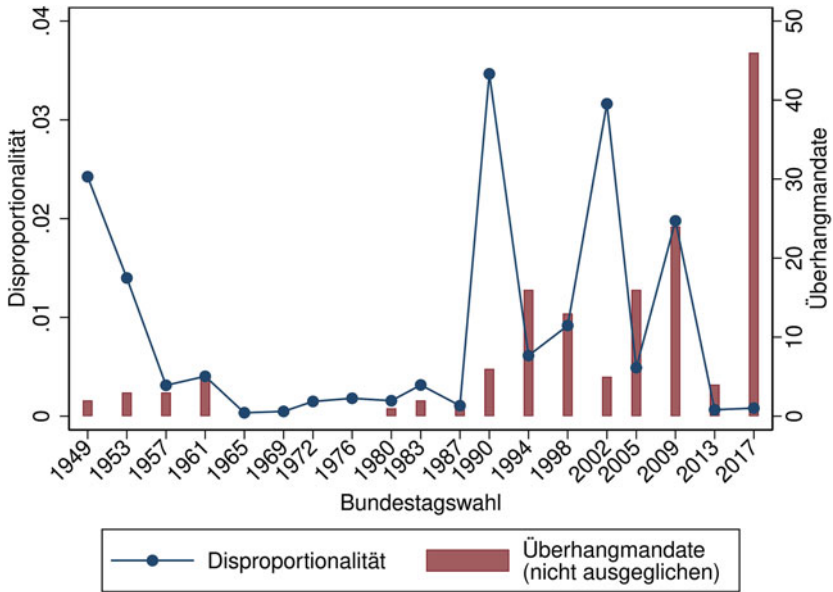


**Abb. 2.4** Disproportionalität zwischen Zweitstimmen- und Sitzanteilen aller Parteien sowie Zweitstimmenprozente der nicht im Bundestag vertretenen Parteien

für die im Bundestag repräsentierten Parteien. In letzterem Fall verwenden wir die Summe der Zweitstimmen für die im Bundestag repräsentierten Parteien als Prozentuierungsbasis.

Die Disproportionalität für alle Parteien (blau, verbundene Linie in Abb. 2.4) vergleichen wir mit dem Prozentsatz der sonstigen, d. h. nicht im Bundestag vertretenen, Parteien. Die Disproportionalität nahm von hohen Ausgangswerten Mitte der 1950er Jahre in 1972 stark ab, blieb in der alten Bundesrepublik dann auf sehr niedrigem Niveau und nahm mit der Wiedervereinigung wieder zu auf das Niveau der 1950er Jahre. Der Ausreißer in 2013 nach oben hängt wesentlich mit dem Scheitern von FDP und AfD an der Fünf-Prozent-Hürde zusammen. Auch andere hohe Disproportionalitäten werden von einzelnen sonstigen Parteien verursacht, die aus der Vielzahl sehr kleiner Parteien ohne echte Chance auf einen Einzug in den Bundestag herausragen. 2009 waren dies die Piraten mit 2 und die NPD

<sup>15</sup>Alle Parteien mit Stimmanteilen von 0,5 % und höher werden individuell berücksichtigt, die restlichen Parteien bzw. die parteiunabhängigen Einzelbewerber 1949 als Gruppe.



**Abb. 2.5** Disproportionalität zwischen Zweitstimmen- und Sitzanteilen der Bundestagsparteien (alle Mandate) sowie Anzahl der Überhangmandate ohne Kompensation durch Ausgleichsmandate

mit 1,5 %, 1998 die Republikaner mit 1,8 und die DVU mit 1,2 % oder 1969 die NPD mit 4,3 %. Die höchste Disparität in den 1950er Jahren trat 1957 auf, als der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten mit 4,6 % der Zweitstimmen an der bundesweiten Sperrklausel scheiterte. 1949 stellt wegen der einen Stimme und vieler parteiloser Kandidaten, die wir als eine Gruppe zählen und von denen drei direkt gewählt wurden, einen Sonderfall dar. Die fast perfekte Übereinstimmung zwischen dem Stimmenanteil der sonstigen Parteien, die keine Abgeordneten stellen konnten, und dem Disproportionalitätsindex im Zeitraum 1953 bis 2017 bestätigt die Rolle der Fünf-Prozent-Klausel für die Konzentrationstendenzen im deutschen Parteiensystem auf Kosten der Proportionalität des „Wählerabbaus“ im Bundestag.

Die Fünf-Prozent-Klausel und die von ihr verursachte Disproportionalität scheint die Bundestagsparteien weniger zu beunruhigen als die Abweichung von der Proportionalität zwischen ihren eigenen Stimmen- und Sitzanteilen, die auf

die Existenz von Überhangmandaten zurückgeht (vgl. Abb. 2.5). Bei der Bundestagswahl 2009 kam es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundestagswahlen zu so vielen Überhangmandaten wie nie zuvor, nämlich 24. 1994 war mit 16 zum ersten Mal ein hoher Wert erreicht worden, der sich 2005 wiederholte. Dem neuen Höchstwert von 24 folgte auf dem Fuße und nicht ohne Zutun des Bundesverfassungsgerichts die Einführung von Ausgleichsmandaten, die erwartungsgemäß ihren Auftrag erfüllten. Die entsprechende Disproportionalität hat 2013 und 2017 den Idealwert nahe null erreicht, allerdings auf Kosten einer starken Erhöhung der Abgeordnetenzahl. Die Korrelation der Disproportionalität zwischen den Stimmen- und Sitzanteilen für die Bundestagsparteien und der Zahl der Überhangmandate beträgt über die Zeitperiode von 1953 bis 2009 nur  $r = 0,33$ . Dieser äußerst schwache Zusammenhang lässt sich auch Abb. 2.5 direkt entnehmen. Mit der einen Ausnahme von 2009 erreichte die Disproportionalität oft Höchstwerte, wenn die Zahl der Überhangmandate im Vergleich zu zeitlich benachbarten Wahlen niedrig war. Was verursacht dann die ungleichen Chancen der Parlamentsparteien bei der Sitzzuteilung?

1949 waren die Bundesländer noch geschlossene Wahlgebiete, was den regional konzentrierten Parteien half und den Parteien mit regional stärker verstreuten Wählern wie zum Beispiel der KPD schadete. Der Hauptgrund der hohen Disproportionalität ist aber unsere Behandlung der parteilosen Einzelkandidaten als eine Gruppe. Für alle parteilosen Wahlkreiskandidaten wurden 1,1 Mio. Stimmen abgegeben, aber nur drei dieser Kandidaten wurden in den Bundestag gewählt. Mit nur 240.000 mehr Stimmen erreichte etwa die CSU 24 Mandate. Die hohe Stimmenzahl für parteilose Direktkandidaten wiederholte sich bei späteren Wahlen nicht mehr. Der Unterschied zu der geringen Disproportionalität laut Abb. 2.4 erklärt sich dadurch, dass 1949 zwar fast alle kandidierenden Parteien bzw. die Gruppe der Parteilosen im Bundestag vertreten waren, aber mit zum Teil sehr unterschiedlichen Erfolgswerten.

Bei der ersten Bundestagswahl nach der deutschen Wiedervereinigung wurden West- und Ostdeutschland als getrennte Wahlgebiete behandelt, mit getrennt geltender Sperrklausel. Auf diese Weise erzielte Bündnis 90/Die Grünen mit etwa einer halben Million Stimmen 8 Mandate, die westdeutschen Grünen erhielten mit der doppelten Stimmenzahl kein einziges Mandat. Wir haben aber die Disproportionalität für Deutschland insgesamt berechnet, was zu dem hohen Wert wegen ungleicher Chancen bestimmter Parteien in West und Ost führte. 1994 im jetzt gesamtdeutschen Wahlgebiet war die Chancenungleichheit der Bundestagsparteien schon relativ gering. Die hohe Disproportionalität 2002 schließlich hängt mit dem Abschneiden der PDS zusammen. Sie erzielte nur Zweitstimmen

in Höhe von 4 %, gewann aber zwei Wahlkreise. Damit war sie zwar im Bundestag vertreten, blieb aber von der Verteilung der Listenmandate ausgeschlossen. Dazu wären mindestens drei erfolgreiche Direktkandidaten oder 5 % der Zweitstimmen notwendig gewesen. Im Durchschnitt aller Bundestagswahlen war die Chancengleichheit der Bundestagsparteien gewährleistet.

---

## **2.4 Schlussfolgerungen für eine Untersuchung von Wählerverhalten und Parteienwettbewerb im deutschen Mischwahlsystem**

Der Vergleich der Wirkungsparameter effektive Parteienzahl und Disproportionalität zwischen der Mehrheits- und Verhältniswahlkomponente des deutschen Mischwahlsystems bestätigt die Erwartungen bezüglich der zwei Grundtypen von Wahlsystemen, wenn sie in Reinform und nicht kombiniert zum Einsatz kommen. Der mechanische Effekt der beiden Komponenten kommt am klarsten in der effektiven Parteienzahl für die Direktmandate und alle Mandate im Bundestag zum Ausdruck (Abb. 2.3). Die Mehrheitswahl führt zu einem Zweiparteiensystem, die Verhältniswahl zu einem Mehrparteiensystem (Duverger 1959). Dieser Vergleich ist kontrafaktisch, weil es keinen Bundestag gibt, der nur aus Wahlkreissiegern bestünde. Deswegen haben wir realistischerweise die Disproportionalität nur für die Zweitstimmen berechnet, einmal für alle Zweitstimmen als Basis und einmal nur für die Parteien als Basis, die dank Überschreitens der Sperrklausel von fünf Prozent bzw. der Grundmandatsklausel an der Verteilung der Listenmandate teilnehmen. Für letztere Parteien war die Disproportionalität, von einigen Sonderfällen abgesehen, immer klein und erreichte mit der Einführung von Ausgleichsmandaten den Idealwert null. Bezieht man dagegen die sonstigen Parteien in die Berechnung ein, erweist sich die Sperrklausel als Hauptursache einer höheren Disproportionalität. Nur in den 1970er und 1980er Jahren scheint das Parteiensystem der alten Bundesrepublik ein Gleichgewicht mit sehr niedriger Abweichung der Sitzanteile von den Stimmenanteilen erreicht zu haben und dies mit höchstens einmal zwei Überhangmandaten. Von einem solchen Gleichgewicht sind die Bundestagswahlen seit 1990 weit entfernt.

Die deutsche Wiedervereinigung erhöhte die Zahl der Wahlberechtigten von 45 auf 60 Mio. Sie erweiterte das parlamentarische Vierparteiensystem ab 1990 um eine Partei mit zunächst ostdeutschem Schwerpunkt, die PDS, deren Erweiterung als Linke 2005 den gesamtdeutschen Anspruch einlöste. Der 2017 gewählte Bundestag umfasst schließlich mit der AfD sechs Parteien. Diese Erweiterung des



Parteiensystems ist auch für die sonstigen Parteien zu konstatieren, die um Zweitstimmen konkurrieren, aber mit ihren Parlamentsambitionen scheitern. An der letzten Bundestagswahl der alten Bundesrepublik 1987 beteiligten sich 11 sonstige Parteien, die zusammen 1,4 % der Zweitstimmen erreichten. 2017 waren es schon 27 Parteien, auf die 5,1 % entfielen. Da das Wahlsystem in seinen Grundzügen gleichblieb, scheidet es als direkte Ursache dieser Entwicklung aus. Die Dynamik ist im Wählerverhalten und den von den Parteien geschaffenen Bedingungen des Stimmenwettbewerbs zu suchen. Zu diesen Bedingungen gehört auch der Umgang der Parteien mit der Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten und die Reaktion der Wähler darauf.

Eine wichtige Schlussfolgerung aus unserer Untersuchung der Wirkungsparameter im letzten Abschnitt ist, dass man die Entwicklungsdynamik eines Parteiensystems auf der Makroebene aggregierter Wahlergebnisse zwar beschreiben, aber nicht mit einem Wahlsystem erklären kann, das in seinen Grundzügen im gesamten Zeitraum unverändert blieb. Bei den Bundestagswahlen handelte es sich immer um eine personalisierte Verhältniswahl mit Kandidaten in Einerwahlkreisen und Landeslisten der Parteien. Zur Erklärung der Entwicklungsdynamik bedarf es einer Untersuchung des Verhaltens der zentralen Akteure, der Parteien einerseits und der Wähler andererseits. Erst in Verbindung mit den Akteurstrategien wird das Wahlsystem wirksam. Wir beginnen die Analyse mit einem theoretischen Ansatz, der beide Arten von Akteuren aufeinander bezieht, die Wähler mit ihrer Politiknachfrage und ihrer Einschätzung der Kompetenz der Parteien und die Parteien als Politikanbieter, Bewertungsobjekte für Wähler und Wettbewerber für andere Parteien. Diese gegenseitige Abhängigkeit thematisiert die räumliche Theorie des Parteienwettbewerbs. Empirisch werden wir dann untersuchen, wie sich Politikdistanz zu und Kompetenzeinschätzung der nationalen Parteien auf die Entscheidung für Wahlkreiskandidaten und Parteilisten bei Bundestagswahlen auswirken. Darauf aufbauend analysieren wir die besonderen Erfolgsbedingungen der nationalen Parteien im Stimmenwettbewerb und die Kandidateneigenschaften als Bedingungen für Wahlkreissiege. Eine besondere Forschungsfrage für Mischwahlsysteme ist schließlich der gegenseitige Einfluss von Kandidatenwahl auf die Parteienwahl und umgekehrt, in der Literatur als Kontaminationsproblem bezeichnet. Aus der kombinierten Wirkung von Akteurstrategien und Mischwahlsystem sollen abschließend mögliche Gleichgewichte zwischen Politikangebot der Parteien und Wählernachfrage unter leicht variierten Bedingungen eines Mischwahlsystems abgeleitet werden.



# Die räumliche Theorie als Mikromodell der Wahlentscheidung und Makromodell des Parteienwettbewerbs

# 3

Wahlen sind schlechthin das Definitionsmerkmal von Demokratie. Nach Joseph Schumpeter ist Demokratie „jene institutionelle Ordnung zur Erzielung politischer Entscheide, die das Gemeinwohl dadurch verwirklicht, daß sie das Volk selbst die Streitfragen entscheiden läßt und zwar durch die Wahl von Personen, die zusammzutreten haben, um seinen Willen auszuführen“ (1950: 397). Oft wird Schumpeters Definition als minimalistisch und prozedural bezeichnet (Przeworski 1999), weil sie die Voraussetzungen für freie und in der Folge zwingende Wahlen – Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Informationsfreiheit etc. – nicht explizit einschließt (im Gegensatz zu Dahl 1971) und mit trockener Nüchternheit ziel- und wertfrei ist (im Gegensatz zu Shapiro 1996), und seine Demokratietheorie gerne auch als elitär, da er, wie Max Weber, dem politischen Führungspersonal mehr zutraut als dem Wahlvolk.

Gleichzeitig benennt aber Schumpeter die wesentlichen Elemente des modernen Demokratieverständnisses: Individuen, die zum Zweck der kollektiven Entscheidungsfindung über politische Streitfragen ihre Entscheidungsbefugnis an Dritte delegieren; politisches Führungspersonal, welches über Streitfragen im Wille der Wähler entscheidet; Entscheide über Streitfragen, die zum Gemeinwohl werden, ohne ein solches a priori vorauszusetzen; und, implizit, kompetitive Wahlen zur Auswahl des Führungspersonals.

### 3.1 Das räumliche Modell als Repräsentation der Nachfrage nach Politik

Wenn Politik die kollektiv verbindliche Entscheidung gesellschaftlicher Streitfragen zum Zweck hat, dann wird man davon ausgehen können, dass die von der Entscheidung Betroffenen für gewöhnlich unterschiedliche Interessen oder Präferenzen über die möglichen Entscheidungsalternativen haben. Das einfache räumliche Modell kollektiver Entscheidung geht davon aus, dass die Präferenzen der Individuen eine besondere Struktur aufweisen: Erstens sollen die Präferenzen der einzelnen Individuen vollständig, reflexiv und transitiv sein. Dies charakterisiert die Individuen als rationale Akteure. Zweitens sollen die Präferenzen aller Individuen eingipflig bezüglich einer gemeinsamen, kollektiven Ordnung der Entscheidungsalternativen sein. Das heißt, es soll eine derartige strenge Totalordnung der Alternativen geben, dass jedes Individuum eine erstpräferierte Regelungsalternative oder einen Idealpunkt hat und von zwei weiteren Optionen, die entweder beide links oder rechts der erstpräferierten liegen, immer diejenige bevorzugt, die in der kollektiven Ordnung der Alternativen dem Idealpunkt nähersteht. Betrachtet man eine geordnete Menge von  $k$  Alternativen  $x^1 < x^2 < \dots < x^k$  und bezeichnet den Idealpunkt eines Individuums  $i$  mit  $x_i$ , dann soll für die Präferenzen aller Individuen gelten:

$x^j$  wird von  $i$  gegenüber  $x^l$  genau dann präferiert  
wenn  $x^l < x^j < x_i$  oder  $x_i < x^j < x^l$ .

Die Annahme der Eingipfligkeit spiegelt eine verbreitete Sichtweise von Politik wider, die sich auch im politischen Sprachgebrauch niederschlägt. Politische Akteure haben zu sachpolitischen Streitfragen „Standpunkte“ oder „Positionen“, die sie gerne durchgesetzt wissen wollen; alternative Politikoptionen lehnen sie tendenziell ab und zwar umso mehr, desto weiter diese vom eigenen Standpunkt „entfernt“ sind. Je nach Abstraktionsgrad kann es sich bei der Streitfrage um ein konkretes Thema oder „issue“ handeln, oder einen abstrakten grundlegenden Konflikt. Konkret könnte die Frage lauten: wie lange soll Kurzarbeitergeld in Zeiten der COVID-19-Pandemie längstens gewährt werden? 12 Monate wie bisher, 21 Monate (wie im April 2020 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales verordnet), oder gar 30 Monate? Demgegenüber kann die Wirtschaftspolitik einen abstrakten Regelungskonflikt darstellen: Inwieweit soll der Staat in das wirtschaftliche Geschehen regulierend eingreifen (eher links) oder soll er Allokationsprozesse dem freien Markt überlassen (eher rechts)? In beiden Fällen lassen sich für die Wähler eingipflige Präferenzen plausibel annehmen. Warum manche Wähler eine linke, andere eine rechte Politik präferieren, ist nicht von Bedeutung.

Für die Anwendung des räumlichen Modells ist die Betrachtung einer weniger allgemeinen Ausgangssituation hilfreich. Erstens gehen wir im Folgenden davon aus, dass die alternativen Regelungsoptionen durch einen konvexen und kompakten Teilraum  $X$  des euklidischen Vektorraumes  $\mathfrak{R}^m$  repräsentiert werden können und die Wählerpräferenzen durch eingipflige, symmetrische Nutzenfunktionen. Im Falle eines eindimensionalen Raums bedeutet dies, dass ein Wähler  $i$  mit Idealpunkt  $x_i \in \mathfrak{R}$  von zwei Alternativen  $y$  und  $x$  genau dann  $y$  gegenüber  $x$  präferiert, wenn  $y$  näher am Idealpunkt liegt als  $x$ , wenn also

$$|x_i - y| < |x_i - x|$$

gilt. Die Politikpräferenzen der Wähler lassen sich dann durch Nutzenfunktionen von einfacher Form repräsentieren, etwa durch sogenannte quadratische Nutzenfunktionen

$$u_i(x) = -(x_i - x)^2$$

oder lineare Nutzenfunktionen

$$u_i(x) = -|x_i - x|.$$

Im eindimensionalen Raum – und bei Abwesenheit von Unsicherheit oder Risiko – sind beide Repräsentationen der Präferenzen äquivalent.

Etwas komplizierter verhält es sich, wenn die möglichen Politikalternativen nur sinnvoll in einem zwei- oder mehrdimensionalen Raum repräsentiert werden können, zum Beispiel, wenn mit den Fragen des Kurzarbeitergelds und möglicher Kaufprämien für Automobile zwei relevante Sachthemen die politische Agenda beherrschen. Erstens können diese miteinander so verbunden sein, dass Wähler dann und nur dann hohe Kaufprämien für Automobile befürworten, wenn der Bezug von Kurzarbeitergeld längerfristig möglich ist. Umgekehrt könnten Wähler die Belastungen der öffentlichen Haushalte durch die Corona-Hilfsprogramme im Auge haben und deshalb die Finanzierung des einen oder des anderen Programms befürworten, keinesfalls aber Ausgaben für beide. Wir werden von diesen Fällen einer positiven oder negativen Komplementarität (vgl. Hinich und Munger 1997, S. 57) absehen und annehmen, dass die Präferenzen der Wähler grundsätzlich separabel sind: die Präferenzen über Alternativen des einen Themas sind unabhängig vom realisierten oder antizipierten Ergebnis der Entscheidung eines anderen Themas (zur Separabilität räumlicher Präferenzen, siehe Milyo 2000a, 2000b; Eguia 2013; Stötzer und Zittlau 2015).

Zweitens ist auch bei separablen Präferenzen nicht klar, ob und wie die Individuen die alternativen Regelungsoptionen auf den beiden Themendimensionen gegeneinander abwägen. Die natürliche, euklidische Metrik des reellen Zahlenraumes legt nahe, dass die Alternative (49, 49) „näher“ am Idealpunkt (100,100) eines Wählers liegt als die Alternativen (100,0) oder (0,100). Sofern es sich bei diesen Punkten aber um Lotto-Gewinne eines ersten und zweiten Spielscheines handelt, ist die Antwort sicherlich nein.<sup>1</sup> Entspricht der reelle Zahlenraum mit der natürlichen Metrik überhaupt der mentalen Repräsentation von Distanz und Nähe im politischen Raum bei den Wählern? Benoit und Laver (2006) und Humphreys und Laver (2010) führen Argumente aus der Psychologie an, welche die Verwendung einer alternativen, city-block-Metrik – die Distanz zu einem Objekt wird als Summe der Distanzen auf den einzelnen Dimensionen wahrgenommen – nahelegen. Entsprechende Evidenz für eine daraus abgeleitete linear-additive Nutzenfunktion der Form

$$u_i(x) = - \sum_{j=1}^m |x_{ij} - x_j|$$

findet sich in einzelnen empirischen Studien (Westholm1997; Grynaviski und Corrigan 2006; Shikano und Behnke 2009; Rivero 2011). In der theoretischen Literatur wird nicht zuletzt aus Gründen der analytischen Handhabbarkeit – die lineare Nutzenfunktion ist nicht stetig differenzierbar und nicht strikt quasikonkav – die Konzeption räumlicher Präferenzen durch quadratische Nutzenfunktionen der Form

$$u_i(x) = - \sum_{j=1}^m (x_{ij} - x_j)^2 \tag{3.1}$$

bevorzugt.

Und drittens ist zu bedenken, dass die einzelnen Sachthemen auf der politischen Agenda unterschiedliche Bedeutung haben können und entsprechend Abweichungen auf einer Dimension zu einem größeren Nutzenverlust führen als gleichgroße Abweichungen in einer anderen Dimension. Das heißt, das erste Thema ist für die Wähler wichtiger oder salienter als das zweite Thema. Wir berücksichtigen dies durch Salienzgewichte  $s_1, s_2, \dots, s_m$  in der Nutzenfunktion, die mit

---

<sup>1</sup>Welcher Spielschein gewinnt, ist wohl irrelevant. Es zählt nur die Höhe des Gesamtgewinns.

$$\sum_{j=1}^m s_j = 1$$

in der Summe auf 1 normiert sind.

Unter diesen Voraussetzungen lassen sich die Präferenzen der Individuen über Alternativen  $x = (x_1, \dots, x_m) \in X \subseteq \mathfrak{R}^m$  repräsentieren durch quadratische Nutzenfunktionen

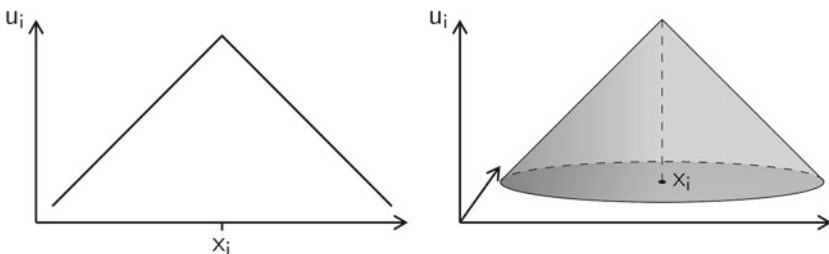
$$u_i(x) = - \sum_{j=1}^m s_j (x_{ij} - x_j)^2$$

oder lineare Nutzenfunktionen

$$u_i(x) = - \sum_{j=1}^m s_j |x_{ij} - x_j|.$$

Abb. 3.1 zeigt die Repräsentation von räumlichen Präferenzen durch lineare Nutzenfunktion für einen ein- und einen zweidimensionalen Politikraum.

In der empirischen Anwendung werden die Idealpunkte der Wähler bzw. ihre Distanzen zu den Angeboten der Parteien und die Salienz der einzelnen Themen aus Daten zu schätzen sein. Da für uns der Parteienwettbewerb und nicht die Idiosynkrasien der einzelnen Wähler oder ein möglichst genaues Abbild des Wählerverhaltens im Vordergrund stehen, konzipieren und schätzen wir ausschließlich die „wahre“ oder in der Wählerschaft geteilte Vorstellung vom Angebot der Parteien und von der Salienz der Themen. In anderen Kontexten sind gerade die

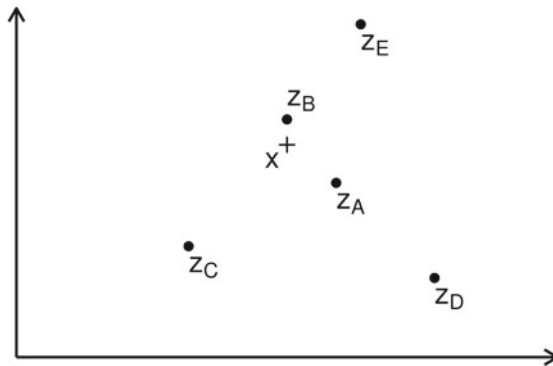


**Abb. 3.1** Lineare Nutzenfunktionen in ein- und zweidimensionalen Politikräumen

subjektive Wahrnehmung der Parteinähe oder die subjektive, individuelle Wichtigkeit der Themen von Interesse (z. B. bei Adams et al. 2005). Davon sehen wir hier ab.

### 3.2 Wahlen als Aggregationsmechanismus

Wie entscheidet nun, nach Schumpeter, „das Volk selbst die Streitfragen“? In repräsentativen Demokratien indirekt, durch die Wahl von Personen. In direkten Demokratien unmittelbar. Das bisherige Instrumentarium des räumlichen Modells reicht aus, Unterschiede und Schwierigkeiten beider Methoden der Präferenzaggregation aufzuzeigen. Abb. 3.2 stellt die Situation einer Gruppe von fünf Individuen dar, welche unterschiedliche Präferenzen über die Regelung zweier (gleich wichtiger) Streitfragen haben. Die Idealpunkte sind mit  $z_A$  bis  $z_E$  bezeichnet. Gibt es Alternativen, auf die sich eine Mehrheit der Gruppe einigen können? Wir stellen hier nur fest, dass es in solchen Situationen keine Politikalternative gibt, die sich gegenüber allen anderen per Mehrheitsentscheid durchsetzen könnte (Plott 1967). Es fehlt ein sogenannter Condorcet-Gewinner, weil sich für



**Abb. 3.2** Aggregationsproblem bei eingipfligen Präferenzen im zweidimensionalen Politikraum

jede vermeintliche Lösung der Streitfragen eine zweite findet, die von einer Mehrheit der Gruppe bevorzugt wird. Man muss damit rechnen, dass die Streitfragen nicht, nicht dauerhaft oder diktatorisch gelöst werden.<sup>2</sup>

Lässt sich dieses Problem, wenn man es als solches bezeichnen will, durch die Wahl von Personen lösen, die Entscheide für die Gruppe herbeiführen? Zur Vereinfachung nehmen wir an, es treten nur zwei der Gruppenmitglieder, *A* und *B*, als Kandidaten auf, von denen eines per Mehrheitswahl das Entscheidungsrecht über die beiden Streitfragen delegiert bekommt. Die Verteilung der Idealpunkte legt nahe, dass die Gruppenmitglieder *A*, *C* und *D* für Kandidat *A* stimmen, *B* und *E* für Kandidat *B*: In Antizipation, dass *A* und *B* ihr delegiertes Entscheidungsrecht so ausüben, dass die Regelung ihren eigenen Interessen entspricht, stimmt jeder für den Kandidaten, dessen Idealpunkt dem eigenen Idealpunkt am nächsten liegt. Im Ergebnis werden die Streitfragen durch eine Politik am Idealpunkt von *A* gelöst.

Das Beispiel zeigt erstens auf, dass die Delegation von Entscheidungsbefugnis durch eine Gruppe an einen gewählten Repräsentanten das Aggregationsproblem der Gruppenentscheidung lösen oder zumindest verringern kann. Dies liegt schlicht an der geschlossenen Agenda von Wahlen. Eine Bedingung ist freilich, dass das Aggregationsproblem nicht auch oder in geringerem Maße unter den gewählten Repräsentanten existiert. Die Wahl eines einzelnen Amtsträgers (Präsident) oder der Regierungspartei unter Mehrheitswahl bieten dafür gute Voraussetzungen.

Zweitens stellt sich die Frage, ob im Beispiel nicht Kandidat *B* versprechen könnte, im Falle einer Wahl eine Politik am Punkt *x* zu implementieren. Wäre ein solches Versprechen glaubwürdig, dann würde *B* die Wahl gewinnen, weil dann auch *C* gewillt wäre, für *B* zu stimmen. Die daran anschließende Frage wäre, ob dann nicht *A* ein alternatives und mehrheitsfähiges Politikangebot machen könnte? Wenn ja, was wäre dann das optimale Versprechen von *B*? Und so weiter.

Wir behandeln in diesem Kapitel die theoretischen Grundlagen zur Beantwortung dieser Fragen. Erstens, welchem Führungspersonal – konkret: Kandidaten, Parteien – vertrauen die Individuen als Wähler die Entscheidungsbefugnis an? Zweitens, mit welchen Politikversprechen können Kandidaten und Parteien die Zustimmung der Wähler gewinnen? Wir treffen dabei zwei Annahmen. Erstens gehen wir davon aus, dass die Wähler ihre Wahlentscheidung ausschließlich entsprechend ihrer Beurteilung der Objekte der Wahl, Kandidaten oder Parteien, wie

---

<sup>2</sup>Wir diskutieren hier nicht, ob zyklische Mehrheiten und Agenda-Manipulation (Riker 1982) empirisch häufig sind (Regenwetter et al. 2006), ob sie durch Deliberation entschärft werden können (Miller 1992; Dryzek und List 2003) oder letztere erst möglich machen (McGann 2006).



sie durch Nutzenfunktionen der obigen Form beschrieben werden, treffen. Es gibt weder explizite noch implizite Koordination der Wähler untereinander.<sup>3</sup> Aus Sicht der Wähler handelt es sich damit bei der Wahl um ein entscheidungstheoretisches Problem. Bezeichnet man die Politikangebote der insgesamt  $K$  Bewerber einer Wahl mit  $z = (z_1, z_2, \dots, z_K)$ , dann ergibt sich für die sogenannten beste Antwortstrategien (*best response functions*) der Wähler

$$b_i(z) = \operatorname{argmax}_{j \in \{1, \dots, K\}} u_i(z_j)$$

für den einfachen Fall zweier Kandidaten  $A$  und  $B$  sowie beispielsweise quadratischer Nutzenfunktionen:

$$b_i(z_A, z_B) = \begin{cases} A & \text{falls } (x_i - z_A)^2 < (x_i - z_B)^2 \\ B & \text{falls } (x_i - z_A)^2 > (x_i - z_B)^2 \\ \{A, B\} & \text{sonst} \end{cases}.$$

Zweitens nehmen wir an, dass die Politikversprechen der Bewerber verbindlich sind.<sup>4</sup> Gesucht sind dann stabile Konstellationen des Parteienwettbewerbs, also derartige Bündel von Angeboten oder Versprechen der Wahlbewerber, dass kein Bewerber einen Anreiz hat, von seinem Angebot abzuweichen. Dies entspricht dem Nash-Gleichgewicht. Bezeichnet  $U_j$  die Ziel- oder Nutzenfunktionen der Bewerber, dann ist ein Angebotsbündel  $z^*$  genau dann ein Nash-Gleichgewicht, wenn für die beste Antwortstrategien

---

<sup>3</sup>Wir schließen damit strategisches Wählen aus.

<sup>4</sup>Mit der Annahme der Verbindlichkeit der Kandidatenangebote treten Probleme der glaubhaften Zusicherung (*credible commitment*) und der Verantwortlichkeit (*accountability*) in der Prinzipal-Agenten-Beziehung von Wähler und Repräsentant in den Hintergrund. Diese stehen im Mittelpunkt der Literatur zu *political agency* (für einen Überblick siehe Ashworth 2012), die sich jedoch weitgehend mit Selektions- und *moral hazard*-Problemen zwischen Wählern und einem einzelnen Repräsentanten oder einem Amtsinhaber und einem Herausforderer beschäftigt (vgl. Fox und Shotts 2009). Ein gänzlich anderer Literaturzweig stellt in Rechnung, dass Politikergebnisse von den Angeboten der Kandidaten/Parteien abweichen können, allerdings aufgrund von exogenen Faktoren und nicht als Folge strategischen Handelns (vgl. Grofman (1985) zu *discounting* und Kedar (2005) zu Koalitionswahlen). Wähler können diese bei ihrer Wahlentscheidung (im Erwartungswert) antizipieren und berücksichtigen. Verbindlichkeitsprobleme treten ebenfalls in *citizen-candidate*-Modellen nicht auf, da hier policy-motivierte Wähler gleichzeitig Kandidaten sind und ihre Angebote ihren Idealpunkten entsprechen (Osborne und Slivinski 1996; Besley und Coate 1997).

$$B_j(z^*) = \operatorname{argmax}_{z_j \in X} U_j(z_1^*, \dots, z_j, \dots, z_K^*)$$

die Fixpunktbedingung

$$z_j^* = B_j(z^*)$$

für alle Bewerber  $j \in \{1, \dots, K\}$  erfüllt ist. Zur besseren Unterscheidbarkeit werden wir im Folgenden die Nutzenfunktionen der Wähler als Wahlfunktionen und die Nutzenfunktionen der Kandidaten oder Parteien als Zielfunktion bezeichnen.

---

### 3.3 Zwei-Parteien-Wettbewerb mit ämterorientierten Parteien

Im Basismodell nach Hotelling und Downs gibt es lediglich zwei Kandidaten, die mit (gleichzeitigen) Angeboten zur Entscheidung einer sachpolitischen Streitfrage um die Gunst der Wähler zur Erlangung eines politischen Amtes werben. Einziges Ziel der Kandidaten ist der Gewinn der Wahl; die Wähler umgekehrt machen ihre Wahlentscheidung für eine der beiden Kandidaten ausschließlich von der Lösung der politischen Streitfrage abhängig. Eine einfache Mehrheitswahl bestimmt einen der beiden Kandidaten zum Inhaber eines politischen Amtes und stattet diesen mit der Fähigkeit aus, das Politikangebot umzusetzen. Von Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Angebots, fehlender Motivation oder *moral hazard* seitens der Amtsinhaber soll abgesehen werden. Aus Wählersicht ist die Wahlentscheidung zwischen den beiden Kandidaten damit gleichzusetzen mit einer Entscheidung zwischen deren Politikangeboten. Da bei der Wahl lediglich ein einzelnes politisches Amt besetzt wird, kann man sich die beiden Kandidaten gleichfalls als zwei Parteien vorstellen, die bei Gewinn der relativen Mehrheit in einem nationalen Wahlkreis allein alle Mandate erhalten und so die Regierung übernehmen. Parteien wären dann, wie bei Downs, Teams von Kandidaten, die identische Ziele haben, nämlich den Wahlsieg der Partei.

Die politische Streitfrage soll relevant, einfach und wettbewerbsfähig sein. Sie soll für die Wähler relevant in dem Sinne sein, dass die Wähler ihre Stimmabgabe ausschließlich nach den Angeboten der Kandidaten ausrichten. Sie soll insofern einfach sein, als dass sich alle Regelungsoptionen auf einer einzelnen Dimension anordnen lassen. Das sind zwar zunächst restriktive Annahmen. Im politischen Wettbewerb, der eine vereinfachende Kommunikation zwischen politischen Eliten

und Wählern notwendig macht, ist die Fokussierung auf derart eindimensionale Problemstellungen und Problemlösungen jedoch oft nicht unplausibel.

Mit Wettbewerbsfähigkeit ist gemeint, dass die politischen Parteien vor einer Wahl in einen Wettstreit treten können, um mit einem besten Angebot den Zuspruch einer mitunter veränderten Wählerschaft zu erlangen. Das in den Parteiensystemen vieler europäischer Länder historisch verankerte ideologische Links-Rechts-Schema lässt sich zwar problemlos als eindimensionaler räumlicher Konflikt mit ideologischen Positionen der Parteien und Selbsteinstufungen der Wähler konzipieren, wettbewerbsfähig ist dieser Konflikt zumindest kurzfristig jedoch nicht. Da sich die ideologischen Parteipositionen – oder besser: ihre vom Wähler wahrgenommene Positionen – aus der Aggregation von konkreten Politikvorschlägen zu Sachthemen über die Zeit und über verschiedene Politikfelder hinweg zusammensetzen, sind sie kurzfristig stabil und liegen außerhalb des Handlungsspielraums der Parteien. Parteien können vor einer Wahl zwar neue oder veränderte Politikangebote zu konkreten Streitfragen machen, ihre wahrgenommene ideologische Position jedoch nicht ändern (Adams et al. 2011a; Kurella und Pappi 2015). Wie wir in Kap. 5 ausführen, berücksichtigen wir die ideologische Distanz deshalb zwar in den Wählerfunktionen, nicht jedoch im Strategieraum der Parteien.

Wähler sind demnach ausschließlich sachpolitisch oder policy-motiviert, die Kandidaten sind ausschließlich ämtermotiviert. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich das bekannte Medianwählerresultat: Die optimale Strategie der Wähler ist, den Kandidaten zu wählen, der das höher präferierte Angebot macht. Die optimale Strategie der beiden Kandidaten ist hingegen, ein Politikangebot am Idealpunkt des Medianwählers zu machen, das heißt ein Angebot, das dem Median der meistpräferierten Regelungsoptionen der Wähler entspricht. Im Ergebnis sollte man erwarten, dass jeder der beiden Kandidaten die Wahl mit gleicher Wahrscheinlichkeit gewinnt – da die Kandidaten den Wählern identische Politikversprechen machen, erhalten sie einzelne Stimmen auch mit gleicher Wahrscheinlichkeit.

Für die Zielfunktion der Kandidaten oder Parteien lässt sich im Downschen Basismodell annehmen:

$$EU_A(z_A, z_B) = \begin{cases} 1 & \text{falls } \#\{i|b_i = A\} > \#\{i|b_i = B\} \\ 0 & \text{falls } \#\{i|b_i = A\} < \#\{i|b_i = B\} \\ \frac{1}{2} & \text{sonst} \end{cases}$$

und analog  $EU_B$  für Partei  $B$ . Die Schreibweise  $EU$  soll verdeutlichen, dass es sich um einen Erwartungsnutzen handelt, da bei Stimmgleichheit das Los entscheidet.

Die beste Antwortstrategien der beiden Kandidaten ergeben sich damit zu:

$$B_A(z_A, z_B) = \{z \in X \mid |z_B - x_{med}| > |z - x_{med}|\}$$

$$B_B(z_A, z_B) = \{z \in X \mid |z_A - x_{med}| > |z - x_{med}|\}$$

wobei  $x_{med}$  den Median der Idealpositionen der Wähler bezeichnet. Das Strategienpaar der Positionierung am Median ( $x_{med}$ ,  $x_{med}$ ) bildet demnach ein Nash-Gleichgewicht des Kandidatenwettbewerbs. Keiner der beiden Kandidaten hat einen Anreiz, eine andere Position einzunehmen.

Das Medianwählermodell macht eine einfache Vorhersage. Die beiden Bewerber machen Politikangebote in der Mitte der Wählerverteilung, an der Position des Medianwählers. Das passt einerseits zum politischem Alltagsnarrativ, dass Wahlen „in der Mitte“ entschieden werden. Andererseits ist die empirische Vorhersage in dieser Präzision mit Sicherheit falsch. Kandidaten in Rennen um offene Kongresssitze in den USA zum Beispiel – eine Wettbewerbssituation, in der die Modellannahmen am ehesten erfüllt sind: zwei Kandidaten mit echten Siegchancen und in der Folge ein effektiv eindimensionaler Konflikt Raum – moderieren ihre Politikangebote zwar zur Mitte hin, sie nehmen aber klar unterscheidbare Positionen ein, demokratische Kandidaten links und republikanische Kandidaten rechts vom Median (z. B. Ansolabehere et al. 2001).

Macht die empirische Beobachtung von Divergenz im Zweikandidatenwettbewerb das Downsche Basismodell wertlos? Die Frage unterstellt, dass die Ableitung von präzisen und empirisch zutreffenden Vorhersagen der eigentliche Sinn und Zweck von Modellen sei. Modelle sind aber keine Abbildungen der Wirklichkeit, sondern vergleichbar mit Landkarten, die nützlich für bestimmte, aber nicht alle Zwecke sind (Clarke und Primo 2007). Wir verwenden das räumliche Basismodell, weil es in zweierlei Hinsicht hilfreich ist: es ist grundlegend, ordnet also eine allgemeine Klasse von Problemen und setzt sie miteinander in Beziehung (Wählerverhalten, Parteienwettbewerb, Politikgestaltung, Wahlsysteme). Und es ist als formales Modell generativ, weil es mit der expliziten Auflistung von Annahmen mögliche Ursachen für die Diskrepanz von Modellvorhersage und empirischer Beobachtung benennt – zum Beispiel von Konvergenz und Divergenz von Parteipositionen.

Wenn wir für unsere empirische Untersuchung des Parteienwettbewerbs im deutschen Mischwahlsystem die grundlegende Logik des Hotelling-Downs-Modells verwenden und, in den nächsten Abschnitten dieses Kapitels, verschiedene Erweiterungen des Basismodells besprechen, dann tun wir dies zu genau diesen beiden Zwecken.

### 3.3.1 Zwei-Parteien-Wettbewerb mit policy-orientierten Parteien

Das Basismodell nach Downs geht von policy-orientierten Wählern und ämterorientierten politischen Mandatsträgern aus. Hält man die Unterscheidung der beiden Akteurstypen aufrecht (siehe aber *citizen-candidate*-Modelle), dann erscheint die Annahme über ihre Motivation schlüssig. Wähler sind wohl an der Regelung politischer Streitfragen, die etwa ihr Einkommen und ihr Werteverständnis betreffen, interessiert, sie streben aber nicht selbst nach politischen Ämtern. Politische Mandatsträger sind in modernen Demokratien in der Regel Berufspolitiker im Weberschen Sinne, die nicht nur für die Politik, sondern auch von der Politik leben (Weber 1919, S. 12). Das erfolgreiche Bestehen in Wahlen zu politischen Ämtern ist dafür unabdingbar. Vieles spricht also für eine Ämterorientierung der Personen, die sich zu Wahlen stellen.

Calvert (1985) benennt zwei Gründe, warum Kandidaten auch an der Durchsetzung von bestimmten Politikinhalt interessiert sein könnten. Erstens mögen sie eine intrinsische Motivation haben: Kandidaten sind auch Wähler, dazu Steuerzahler und eventuell Kirchgänger, und als solche an der politischen Allokation von Werten und Ressourcen interessiert. Ihre Motivation kann zweitens extrinsisch sein: Insofern ihr Wahlerfolg von der Unterstützung bestimmter Gruppen oder der nominierenden Partei abhängig ist, könnten Kandidaten sich eine Politikpräferenz zu eigen machen, obwohl ihre eigentliche Motivation ausschließlich auf die Übernahme eines Amtes ausgerichtet ist. Letzteres ist der Logik des Downschen Modells nicht unähnlich. Der Unterschied ist aber, dass im Downs-Modell die Kandidaten ihr Angebot frei und nur im Hinblick auf ihre Siegeschancen wählen können, während bei extrinsischer Motivannahme jede Abweichung von der Gruppen- oder Parteipräferenz einen (nicht weiter spezifizierten) Nachteil mit sich bringt.

Wir berücksichtigen solche *constraints*, die ämterorientierte Wahlkreiskandidaten durch ihre Zugehörigkeit zu Parteien haben, in unserer empirischen Analyse mit der sogenannten Aktivisten-Valenz (siehe Kap. 8). An dieser Stelle wollen wir lediglich annehmen, dass Kandidaten eine Policy-Motivation besitzen, also

ausschließlich ein Interesse an der später implementierten Politik des Wahlsiegers haben. Mit einer Policy-Motivation, etwa entsprechend Gleichung 3.1, ergibt sich für die Zielfunktionen  $EU_j$  von A und B:

$$EU_j(z_A, z_B) = \begin{cases} u_j(z_A) & \text{falls } \#\{i|b_i = A\} > \#\{i|b_i = B\} \\ u_j(z_B) & \text{falls } \#\{i|b_i = A\} < \#\{i|b_i = B\} \\ \frac{1}{2}(u_j(z_A) + u_j(z_B)) & \text{sonst} \end{cases}$$

Behält man alle anderen Annahmen des Basismodells bei, dann ergibt sich wiederum ein eindeutiges Gleichgewicht ( $x_{med}$ ,  $x_{med}$ ) am Median der Wählerverteilung für den Fall, dass die Kandidaten Idealpositionen links und rechts des Medians einnehmen. Für den (empirisch weniger plausiblen) Fall, dass beide Kandidaten eine Politik links (oder beide rechts) des Medians präferieren, bildet der Idealpunkt, der dem Median am nächsten liegt, den Gleichgewichtspunkt (Wittman 197; Calvert 1985; Roemer 1994).

Unabhängig davon, ob die Annahme von policy-motivierten Kandidaten für unseren Fall der deutschen Wahlkreiskandidaten in einem ansonsten dominanten Verhältniswahlssystem angemessen ist, sind die Kandidaten in ihrer Positionierung als Vertreter nationaler Parteien, die die Parteidisziplin im Parlament betonen, sicherlich eingeschränkt. Während ein Parteivorsitzender, der als nationaler Spitzenkandidat kandidiert, in der Lage sein mag, seine oder ihre Partei auf eine bestimmte Politik festzulegen, hat der Wahlkreiskandidat nur einen begrenzten direkten Einfluss auf das nationale Parteiprogramm. Auch können Parteiaktivisten oder Spender den Handlungsspielraum im politischen Raum einschränken (Schofield 2003; Moon 2004; Schofield und Kurella 2015). Solche Beschränkungen des Handlungsspielraums sind nur selten Teil des theoretischen Rahmens, aber wir müssen sie berücksichtigen. Sie sind Rahmenbedingungen des politischen Systems, auf das wir die allgemeine Theorie anwenden.

### 3.3.2 Wählen und Parteienwettbewerb bei unvollständiger Information

Das Basismodell beschreibt Wählerverhalten und Parteienwettbewerb in präziser, aber auch deterministischer Weise: Die beiden Parteien kommunizieren eindeutig ihre Angebote  $z_A$  und  $z_B$  und die Wähler treffen ihre Entscheidung danach, ob ihr Idealpunkt links oder rechts des Indifferenzpunkts  $c = \frac{1}{2}(z_A + z_B)$  liegt. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die präferierte Politik des

Wählers eine dezidiert linke (oder rechte) ist oder in einem  $\varepsilon$ -Abstand links (bzw. rechts) vom Indifferenzpunkt liegt. Das erscheint, selbst wenn man an der ausschließlichen Policy-Motivation der Wähler festhält, in zweifacher Hinsicht unrealistisch. Zum einen könnte man vermuten, dass Wähler die Plattformen der Parteien nicht mit hinreichender Genauigkeit in ihr Kalkül einbeziehen, weil sie sich die entsprechende Information nicht beschaffen können oder wollen, weil die Kommunikation zwischen Parteien und Wählern notwendig Friktionen hat, oder weil die Parteien ungenaue Signale senden.<sup>5</sup> In allen Fällen ergäben sich Verschiebungen des Indifferenzpunkts aus Wählersicht. Von solchen Friktionen betroffen wären eher Wähler in der Umgebung des Indifferenzpunkts als Wähler mit extremen Präferenzen.

Zum anderen ist kaum zu erwarten, dass die Parteien oder Kandidaten die Wahlentscheidungen der Wähler perfekt zu antizipieren vermögen, sei es aus den oben genannten Gründen der Unbestimmtheit des Wählerverhaltens, oder weil die politischen Eliten – trotz der Errungenschaften der modernen Meinungsforschung – die Verteilung der Wählerpräferenzen nicht mit Sicherheit bestimmen können. Beide Fälle stellen Situationen unvollständiger Information dar und können mit sogenannten probabilistischen Wahlmodellen beschrieben werden (Hinich et al. 1972; Hinich 1977; Coughlin und Nitzan 1981). Im Folgenden gehen wir davon aus, dass das Wählerverhalten aus Sicht der Parteien nur unzureichend sicher vorhergesagt werden kann und untersuchen die Folgen des aus Parteiensicht probabilistischen Wählens für den Parteienwettbewerb.<sup>6</sup>

In einfacher Ergänzung der Grundannahmen des räumlichen Modells gehen wir von Nutzenfunktionen der Wähler aus, die neben dem deterministischen (quadratischen) Policy-Nutzen einen stochastischen Term  $\epsilon_{ij}$  einschließen:

$$u_i(z_j) = -(x_i - z_j)^2 + \epsilon_{ij}.$$

---

<sup>5</sup>Eine andere Frage ist dann, ob und wann Parteien bewusst unklare Signale senden (Shepsle 1972; Bräuninger und Giger 2018).

<sup>6</sup>Duggan (2008) bezeichnet dies als stochastic partisanship Modell unter der Annahme, dass die stochastischen additiven Nutzenterme individuelle Parteipräferenzen widerspiegeln, die unabhängig von den Politikangeboten der Parteien sind. Davon unterschieden werden sogenannte stochastic preference Modelle, bei denen die Parteien die Verteilung der Wähleridealpunkte nicht mit Sicherheit beobachten können (die Idealpunkte also Zufallsvariablen darstellen). Gehlbach (2013) differenziert entsprechend zwischen Modellen mit individueller und mit aggregierter Unsicherheit. Wir gehen auf die zweite Modellklasse nur am Rande ein.

Wir werden im Folgenden den deterministischen Teil des Nutzens stets mit  $u_i^*(z_j)$  bezeichnen. Für die  $\epsilon_{ij}$  wird man für gewöhnlich annehmen, dass sie unabhängig und identisch verteilte Zufallsvariablen sind, und die kumulierte Verteilung  $F$  ihrer Differenzen  $\eta_i = \epsilon_{iB} - \epsilon_{iA}$  stetig und monoton steigend über einem Intervall ist, das alle möglichen Nutzendifferenzen  $u_i^*(x) - u_i^*(y)$  für alle  $x, y \in X$  einschließt. Da wir lediglich Unsicherheit, aber keine systematische Verzerrung für einen der beiden Kandidaten modellieren wollen, gehen wir weiterhin von einer symmetrischen Verteilung aus, also von  $f(x) = f(-x)$ .

Legt man diese Annahmen zu Grunde, dann stimmt ein Wähler  $i$  genau dann für die Partei  $A$ , wenn, bei quadratischer Nutzenfunktion,  $-(z_A - x_i)^2 + \epsilon_{iA} \geq -(z_B - x_i)^2 + \epsilon_{iB}$  oder

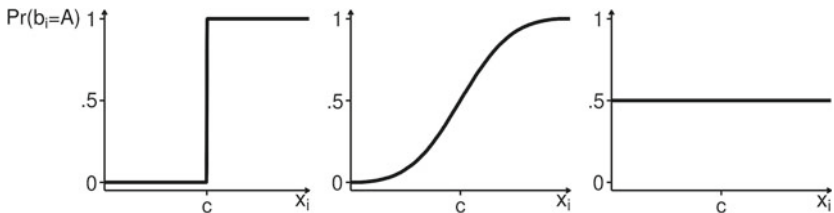
$$-(z_A - x_i)^2 + (z_B - x_i)^2 \geq \eta_i$$

gilt. Aus Sicht der Parteien ist die Wahlentscheidung von  $i$  nicht mit Sicherheit vorherzusagen. Vielmehr ergibt sich die Wahrscheinlichkeit, dass  $A$  gewählt wird zu

$$\rho_{iA} = \Pr(b_i = A) = \Pr(-(z_A - x_i)^2 + (z_B - x_i)^2 \geq \eta_i) = F(u_i^*(z_A) - u_i^*(z_B)).$$

und zu  $(1 - \rho_{iA})$  für die Wahrscheinlichkeit, dass  $B$  gewählt wird. Welche Folgen hat die Unsicherheit über das Wählerverhalten für die Strategien der Parteien? Wir erwarten, dass dies von der Größe der Unsicherheit und damit der Verteilung  $F$  abhängt. In Abb. 3.3 sind Wählerfunktionen für drei Szenarien abgebildet, wobei wir jeweils  $\eta_i$  als normalverteilt mit Mittelwert Null und Varianz  $\sigma^2$  annehmen.

Im ersten Panel ist die Unsicherheit der Parteien gering ( $\sigma^2 \approx 0$ ) und das Wahlverhalten ist mit dem des deterministischen Modells weitgehend identisch: Je



**Abb. 3.3** Erwartete Wahrscheinlichkeit der Wahl von Alternative  $A$  in Abhängigkeit des Wähleridealpunkts für geringere, mittlere und hohe Unsicherheit



nach Lage des Idealpunktes  $x_i$  des Wählers links oder rechts des Indifferenzpunkts  $c$  beträgt die Wahrscheinlichkeit für die Wahl von  $A$  entweder Null oder 1. Im dritten Panel ist die Unsicherheit so hoch ( $\sigma^2 \gg 0$ ), dass die Politikangebote der Parteien faktisch keine Rolle für die Wahlentscheidung spielen. Aus Sicht der Wettbewerber entscheiden die Wähler mit der Münze. In diesem Fall bilden alle Kombinationen von Angebotsstrategien ein Nash-Gleichgewicht.

Das mittlere Panel verdeutlicht die wohl realistischere Situation, in der die Wahl von Partei  $A$  von der relativen Lage des Wählers zu  $A$  und  $B$  abhängt, aber nicht von ihr determiniert wird. Genauer steigt die Wahrscheinlichkeit für die Wahl von  $A$  mit der zunehmenden Differenz der quadrierten Distanzen des Wählers zu  $A$  und zu  $B$ . Befindet sich eine Wählerin exakt in der Mitte von  $A$  und  $B$ , dann wählt sie mit gleicher Wahrscheinlichkeit eine der beiden Parteien. Für die Parteien ist die Unsicherheit dennoch von Bedeutung, da sich der Gleichgewichtspunkt der optimalen Angebotsstrategien in der Regel vom Medianwähler zum *mean voters*<sup>7</sup> verschiebt (Hinich 1977).

Genauer hängt die Existenz und Lage eines Gleichgewichts des Parteienwettbewerbs von der Verteilungsfunktion  $F$  und der Art der Ämtermotivation der Parteien ab. Unter der Annahme ämtermotivierter Parteien, die versuchen Stimmen, also  $\sum_i \rho_{ij}$ , zu maximieren, existiert ein eindeutiges Gleichgewicht am *mean voter*, insofern  $F(u_i(x))$  konkav in  $x$  und  $F(-u_i(x))$  konvex in  $x$  ist (Hinich et al. 1972, 1973; Lindbeck und Weibull 1993; Banks und Duggan 2005). Wenn die Unsicherheit sehr klein ist, sind diese Bedingungen nicht mehr erfüllt (Laussel und Le Breton 2002). Unter der Annahme, dass ämtermotivierte Parteien ihre Siegeswahrscheinlichkeit, also  $\Pr(\#\{i \mid \rho_{ij} > \frac{1}{2}\})$ , maximieren, existiert ein eindeutiges Gleichgewicht am *mean voter* unter der zusätzlichen Annahme, dass  $F(0) = \frac{1}{2}$  (Duggan 2000), was mit der obigen Symmetrieannahme für  $f$  erfüllt ist. Insgesamt kann man auch im probabilistischen Wahlmodell von einem zentripetalen Parteienwettbewerb ausgehen. Mehr noch, die obigen Resultate erhält man ebenfalls – und im Gegensatz zum deterministischen Modell – für mehrdimensionale Politikräume (z. B. Lin et al. 1999).

---

<sup>7</sup>Allgemeiner handelt es sich beim Gleichgewichtspunkt um das utilitaristische Optimum, also den Punkt  $x$ , der die Summe der individuellen Nutzenterme,  $\sum_i u_i(x)$ , maximiert. Bei quadratischen Präferenzen entspricht dieser dem Mittelwert der Idealpunkte.

### 3.4 Wettbewerb mit Parteien- oder Kandidatenvalenz

In einer frühen Diskussion über räumliche Modelle des Parteienwettbewerbs aus der Perspektive der empirischen Wahlforschung lenkte Stokes (1963) die Aufmerksamkeit auf Valenzfragen als Ergänzung zu Positionsfragen. Nicht bei allen politisch relevanten Themen könnten Parteien sinnvoll „Positionen“ in der Hoffnung einnehmen, damit Wählerstimmen zu gewinnen. Nahezu alle Wähler präferieren wirtschaftliches Wachstum gegenüber Stagnation, niedrige Kriminalitätsraten gegenüber höheren, Frieden gegenüber Krieg. Bei solchen Valenzdimensionen „unterscheiden sich Parteien oder politische Führer nicht durch was sie befürworten, sondern durch den Grad, mit dem sie in der öffentlichen Wahrnehmung mit allgemein akzeptierten oder missbilligten Bedingungen, Zielen oder Symbolen verbunden sind“ (Stokes 1992, S. 143, unsere Übersetzung): Inwieweit sie in der öffentlichen Meinung als kompetent oder krisenerprobt, oder aber als korrupt oder führungsschwach eingeschätzt werden. In Übertragung des Konzepts auf Parteien und Kandidaten kann man entsprechend von Kandidaten- oder Parteivalenzen sprechen.

Im Folgenden integrieren wir Valenzmerkmale in das räumliche Modell mit zwei Kandidaten und fragen nach den Konsequenzen für das Wählerverhalten und den Wettbewerb. Zur Vereinfachung der Darstellung betrachten wir die in der öffentlichen Wahrnehmung zugeschriebene Kompetenz der beiden Kandidaten als einziges Valenzmerkmal. Die Beantwortung der Frage, welche Eigenschaften sinnvollerweise als Valenz aufgefasst und wie diese empirisch gemessen werden können (z. B. Amtsinhaberschaft als Valenz oder als Proxy für Kompetenz) verschieben wir auf die nachfolgenden Kapitel. Wir folgen weiterhin Stokes, wenn wir von Makrovalenz (Green und Jennings 2012) sprechen und damit die in der öffentlichen Wahrnehmung geteilte Einschätzung der Bewerber meinen.

Drittens nehmen wir an, dass Valenzbewertungen und Politikangebot der Bewerber unabhängig voneinander von den Wählern wertgeschätzt werden und deshalb additiv in deren Wahlfunktionen eingehen. Man kann sich auch eine gegenseitige Abhängigkeit der Art vorstellen, dass man bei nahestehenden Parteien Kompetenz schätzt, weil so ein präferiertes Politikziel besser erreicht wird, während man Inkompetenz bei fernstehenden Politikern vorzieht (Gouret et al. 2011). Solche multiplikativen Verbindungen können bei policy-spezifischer Kompetenz Sinn machen (vgl. Enelow et al. 1993; Krasa und Polborn 2012). Nach unserem Konzept beschreiben Parteivalenzen die Partei insgesamt, einschließlich allgemein geschätzter qualitativer Eigenschaften ihres Führungspersonals. Viertens schließlich gehen wir von exogener Valenz aus und damit von Eigenschaften

der Kandidaten bzw. der Parteien, die zumindest kurzfristig von den Kandidaten bzw. den Parteien nicht verändert werden können. Weitergehende Literatur betrachtet Valenz als endogenen Faktor des Stimmenwettbewerbs (Ashworth und Bueno de Mesquita 2009; Zakharov 2009).<sup>8</sup> Davon soll hier abgesehen werden.

Es seien  $v_A, v_B \in \mathfrak{R}$  die Valenzen der beiden Bewerber, dann nehmen wir für den deterministischen Teil der Wahlfunktionen an:

$$u_i^*(z_j) = v_j - a(x_i - z_j)^2 \quad \text{für } j = A, B \quad (3.2)$$

wobei  $a$  das Gewicht widerspiegelt, das dem Vorteil aus der Nähe des Kandidatenangebots gegenüber dem Vorteil aus dessen Valenz zukommt. Wir gehen davon aus, dass dies für alle Wähler identisch ist. Das Gewicht  $a$  ist theoretisch nicht bestimmbar, in empirischen Anwendungen des Modells wird es als Parameter zu schätzen sein.

Die Einführung von Valenz hat unmittelbare Folgen für das Kalkül der Wähler, die nun bereit sein können, auch dem Bewerber mit dem entfernteren Politikangebot ihre Stimme zu geben, wenn dieser nur hinreichend kompetent ist. Für den Indifferenzpunkt, der die Wähler von  $A$  und  $B$  trennt, ergibt sich im deterministischen Hotelling-Downs-Modell:

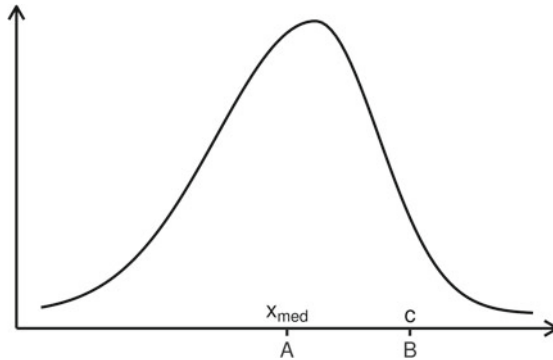
$$c = \frac{z_A + z_B}{2} + \frac{v_A - v_B}{2a(z_B - z_A)} \quad (3.3)$$

unter der Voraussetzung, dass die Angebote  $z_A$  und  $z_B$  verschieden sind. Erwartungsgemäß verschiebt sich der Indifferenzpunkt in Richtung des Kandidaten mit der geringeren Valenz und erhöht damit die Siegchancen des Bewerbers mit Valenzvorteil. Diese Verschiebung fällt umso deutlicher aus, je größer der Valenzvorsprung ist und – bei gegebenem Valenzvorsprung – je kleiner die Unterschiede in den Politikangeboten und je geringer das Gewicht der räumlichen Nähe ist. Bei identischen Angeboten erhält der Bewerber mit Valenzvorteil alle Stimmen.

Eine breite Literatur, beginnend mit Enelow und Hinich (1982a), Wittman (1983) und Feld und Grofman (1991), beschäftigt sich mit der Frage, wie die

---

<sup>8</sup>Dann kommt es auf die Ereignisfolge an. Ashworth und Bueno de Mesquita (2009) lassen die Kandidaten erst ihr Wahlprogramm wählen und dann in teure Valenzpolitik investieren. Das führt zu einem Trade-off zwischen Valenzinvestitionen und Politikpolarisierung. Ämtermotivierte Kandidaten werden divergente Programme wählen, weil ähnliche Politikangebote das Wahlergebnis zu abhängig von der Valenz machen und die Wettbewerbskosten in die Höhe treiben würden (vgl. auch Zakharov 2009). Serra (2010) diagnostiziert einen „Trade-off bezüglich der Eigenschaften von Kandidaten: sie werden eher ihre hohe Valenz oder die niedrige Polarisierung betonen, aber nicht beides“ (S. 426, unsere Übersetzung).



**Abb. 3.4** Zwei-Parteienwettbewerb mit Parteienvolenz

Existenz und die räumliche Lage von Gleichgewichten bei Vorliegen von Valenzdifferenzen zwischen Parteien beeinflusst wird. Im Extremfall hat ein Kandidat einen derart großen Valenzvorteil, dass er alle Stimmen erhält, wenn er sich in der Mitte des Raumes positioniert, während die Gleichgewichtsposition des benachteiligten Kandidaten überall sein kann. Dasselbe gilt, wenn Kandidaten nicht Stimmenmaximierung zum Ziel haben, sondern ihre Gewinnchancen maximieren (Ansolabehere und Snyder 2000).<sup>9</sup> Allerdings kann die Berücksichtigung von Valenzunterschieden auch zu weniger robusten Gleichgewichten führen. Ist der Valenzvorteil hinreichend klein und sind die Kandidaten stimmenmaximierend, dann gibt es kein Nash-Gleichgewicht in reinen Strategien.<sup>10</sup> Dies gilt auch, wenn die Kandidaten unsicher über die die Wählerverteilung sind (Calvert 1985), und unabhängig von der Dimensionalität des Raumes (vgl. Evrenk 2019).

Abb. 3.4 illustriert die unterschiedlichen Erwartungen bei Stimmen- und Gewinnmaximierung: Kandidatin A hat einen Valenzvorteil und positioniert sich in der Mitte, zum Beispiel am Median. Nimmt Kandidatin B dieselbe Position ein, dann erhält sie aufgrund des Valenzvorteils von A keine Stimmen. B kann Stimmen nur an den Rändern erhalten, muss also eine extreme Position entweder im

<sup>9</sup>Aragones und Palfrey (2002) finden Gleichgewichte mit gemischten Strategien in einem begrenzten Strategieraum, die sich dem Medianwähler annähern, wenn die Anzahl der verfügbaren Strategien groß ist. Dass es die Wähler mit Kandidaten zu tun haben, die ihren Wahlkampf mit „Lotterien“ als Politikangebot bestreiten (Ansolabehere und Snyder 2000, S. 334), macht den Ansatz weniger attraktiv.

<sup>10</sup>Das Ergebnis wird gemeinhin als *folk theorem* oder „Volkswisheit“ (Grosseclose 2001) bezeichnet, da es nicht einem einzigen Autor zugeschrieben werden kann.

linken oder im rechten Spektrum einnehmen. Da für  $z_B > z_A$  nach Gleichung 3.3 auch  $c > z_A$  gilt (und für  $z_B < z_A$  auch  $c < z_A$ ) erreicht  $B$  eine maximale Stimmenzahl, wenn der Indifferenzpunkt möglichst nahe an der Position von  $A$  liegt. Für  $z_A = x_{med}$  wird  $c > x_{med}$  minimal bzw.  $c < x_{med}$  maximal für

$$z_B = x_{med} \pm \sqrt{\frac{v_A - v_B}{a}}$$

was gerade dem Indifferenzpunkt  $c$  entspricht.<sup>11</sup> Dies ist somit ein Gleichgewicht bei Gewinnmaximierung, aber kein Gleichgewicht beim Ziel der Stimmenmaximierung, da  $A$  mit einer Bewegung in Richtung  $B$  stets Stimmen gewinnt.

Valenzmodelle mit policy-motivierten Kandidaten werden u. a. von Wittman (1990), Groseclose (2001), Adams et al. (2005), Serra (2010) und Peress (2010) diskutiert. Zusammengefasst haben die Kandidaten in diesen Modellen Anreize, ihre Position in Richtung ihres Idealpunktes zu bewegen. Der Valenzvorteil erlaubt es dem valenzbegünstigten Kandidaten, von einer moderaten Position abzuweichen. Bei Groseclose (2001) sind beide Kandidaten sowohl ämter- als auch policy-motiviert, allerdings sind sie sich unsicher über die Verteilung der Wähleridealpunkte (eine Situation aggregierter Unsicherheit im obigen Sinne). Geringe Valenzvorteile führen dann zu einer Divergenz der Kandidatenpositionen, wobei der Kandidat mit Valenzvorteil eine moderatere Position einnimmt als sein Gegner. In Adams et al. (2005) ist die Kandidatenvalenz den Wählern nur mit Unsicherheit bekannt. In ihrem Modell, in dem sowohl rein policy-orientierte als auch gemischte, policy- und ämterorientierte Kandidaten vertreten sind, divergieren auch die vorgeschlagenen Positionen der Kandidaten. Wenn jedoch der Valenzvorsprung zunimmt, nutzt die Kandidatin mit der höheren Valenz den Spielraum, um sich ihrem Idealpunkt anzunähern, während sich die benachteiligte Kandidatin in Richtung des Medianwählers bewegt. Bei Serra (2010) besteht

<sup>11</sup>Das Politikangebot  $z_B$  löst

$$\frac{\partial c}{\partial z_B} = \frac{1}{2} - \frac{v}{2a(z_B - x_{med})^2} = 0$$

und ist wegen

$$\frac{\partial^2 c}{\partial z_B^2}(z_B) > 0$$

ein lokales Minimum. Weiterhin gilt dann  $z_B = c$ .

keine Unsicherheit darüber, dass Kandidaten mit hoher Valenz Positionen vorschlagen, die nahe an ihrem eigenen Idealpunkt liegen. Im Gegensatz dazu kann der Kandidat mit der niedrigeren Valenz entweder jede Plattform wählen – dies gilt, wenn der Valenzvorteil groß ist – oder er findet seine Gleichgewichtsplattform auf der Position des Medianwählers – dies gilt, wenn der Vorteil klein ist, sodass der benachteiligte Kandidat den begünstigten Kandidaten zwingen muss, von allen gewinnbringenden Positionen die moderateste anzunehmen.

---

## 3.5 Mehrparteiensysteme

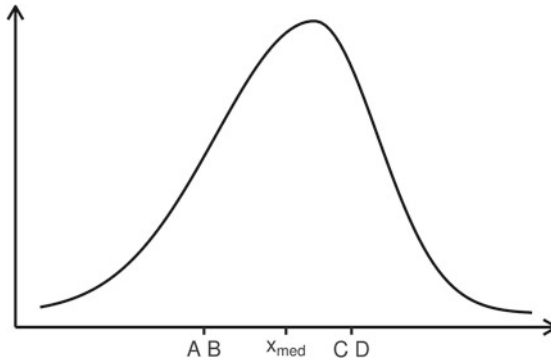
Wir waren bislang von einem Stimmenwettbewerb zwischen zwei Kandidaten oder zwei Parteien ausgegangen. Für das deutsche Mischwahlsystem könnte man nun, mit einiger Anstrengung und Rekurs auf Duvergers (1959) Gesetz, behaupten, die psychologischen und mechanischen Effekte der Mehrheitswahl konzentrierten den Wettbewerb um die Erststimmen in den Wahlkreisen auf effektiv zwei Kandidaten. Für den Parteienwettbewerb um Zweitstimmen gilt dies mit Sicherheit nicht. Während sich das räumliche Modell der Wahlentscheidung halbwegs direkt in Mehrparteiensysteme anwenden lässt – Wähler bilden Präferenzen über alle Parteien und geben ihre Stimme der erstpräferierten<sup>12</sup> – sind die Auswirkungen auf die Parteistrategien ungleich schwerer abzuschätzen. Zumindest legt die einschlägige Literatur zu Parteiensystemen nahe, dass manche Parteien in der Mitte des politischen Spektrums um Wählerstimmen kämpfen, während andere in extremen Policy-Positionen ihr Glück suchen, oder in manchen Systemen überhaupt zentrifugale, in anderen zentripetale Kräfte vorherrschend sind (Duverger 1951; Sartori 1976).

Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass es unter den sonstigen Voraussetzungen des Hotelling-Downs-Modells im Mehrparteienwettbewerb zwar zentrifugale und zentripetale Anreize für die Parteien gibt, im Allgemeinen jedoch keine gleichgewichtigen Positionierungen. Abb. 3.5 verdeutlicht das Problem für vier Parteien *A*, *B*, *C* und *D*, die mit Angeboten für eine unimodal verteilte Wählerschaft Stimmen zu maximieren versuchen.

In der abgebildeten Momentaufnahme kann, bei ausschließlicher Nähwahl und deterministischen oder probabilistischen Wahlfunktionen, jeder der vier Bewerber mit dem Zuspruch von ungefähr einem Viertel der Wähler rechnen. Dennoch stellt dies kein Gleichgewicht dar. Nehmen wir zunächst an, *B* und *C*

---

<sup>12</sup>Die Einschränkung bezieht sich auf den Umstand, dass es bei mehreren Parteien oder Kandidaten Anreize für strategisches Wählen gibt.

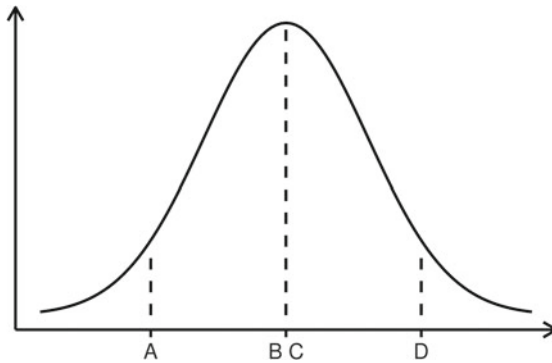


**Abb. 3.5** Vier-Parteienwettbewerb

positionieren sich wie abgebildet bei moderaten Positionen. Das generiert einen zentripetalen Anreiz für *A* bzw. *D*, sich von links bzw. rechts den Positionen der inneren Parteien anzunähern. Durch die Annäherung können sie moderate Wähler von *B* bzw. *C* gewinnen, ohne Wähler am linken oder rechten Rand zu verlieren. Da in diesem Fall die erwarteten Stimmenanteile von *B* bzw. *C* geringer werden, gibt es einen zentrifugalen Anreiz für die inneren Parteien den jeweiligen Gegner im linken oder rechten Lager nach außen zu drängen oder sogar zu überspringen (sogenanntes leap-frogging). Insgesamt können für den Fall des Mehrparteienwettbewerbs Gleichgewichte nur unter starken Annahmen über die Wählerverteilung (Anzahl der Modi im Verhältnis zur Anzahl der Parteien) oder Parteistrategien (Ausschluss von leap-frogging) erhalten werden (Eaton und Lipsey 1975; Cox 1987).

Gleichgewichte und damit stabile Muster des Wettbewerbs sind hingegen möglich in Wählermodellen mit Kandidaten- oder Parteienvolenz. In Abb. 3.6 ist wiederum die Situation mit vier Bewerbern abgebildet, wobei nun die beiden inneren Parteien, *B* und *C*, gleiche Valenz und einen gleich großen Valenzvorteil gegenüber *A* und *D* haben sollen. Die Wählerverteilung sei symmetrisch.

Wenn *B* und *C* die Medianposition besetzen und *A* und *D* die nach Gleichung 3.3 stimmenmaximierenden Positionen an den Indifferenzpunkten, dann erhält Kandidat *A* die Stimmen aller Wähler von extrem links bis *A*, *B* die Stimmen der Wähler zwischen *A* und *B* usw. Dann gibt es für *A* keinen Anreiz von seiner Position abzuweichen, da erstens jede Abweichung im offenen Intervall  $(-\infty, B)$  zu einer Linksverschiebung des Indifferenzpunktes führt und damit der Wählerbereich von *A* kleiner wird; zweitens eine Positionierung in  $[B, D)$  zu



**Abb. 3.6** Vier-Parteienwettbewerb mit Valenz

einem gänzlichen Stimmenverlust führt; und  $B$  drittens im Bereich  $[D, \infty)$  sich Stimmen mit  $D$  teilen muss. Dasselbe gilt analog für  $D$ .  $B$  wiederum (und gleiches gilt für  $C$ ) könnte Vorteile erzielen, wenn er mit einer Positionierung irgendwo zwischen  $A$  und  $C$  mehr Wählerstimmen von  $A$  gewinnt als er gleichzeitig an  $C$  verliert. Ganz offenbar hängt dies entscheidend von der Wählerverteilung ab.

Uns interessiert hier ein anderer Punkt. Aus Sicht der empirischen Parteienforschung erscheint es wenig plausibel, dass  $B$  einen Standpunkt *irgendwo* zwischen  $A$  und  $C$  einnehmen kann. Parteien können ihre Positionen kaum in dem Sinne frei wählen, dass sie heute eine dezidiert linke und morgen eine entschieden rechte Position vertreten. Das gilt sowohl für ihre Positionierung auf der ideologischen Links-Rechts-Dimension als auch zu konkreten Streifragen. Dies motiviert die Betrachtung von sogenannten lokalen Nash-Gleichgewichten (vgl. Tulkens 1978) als Strategien, bei denen die einzelnen Parteien keinen Anreiz haben, zu Positionen in der nahen Umgebung zu wechseln (Coughlin und Nitzan 1981a, 1981b; Schofield 2001; Duggan 2000; Patty 2005).<sup>13</sup>

Im Beispiel bildeten dann die abgebildeten Parteipositionen ein lokales Nash-Gleichgewicht, wenn  $B$  keinen Anreiz hat, sich um  $\varepsilon > 0$  marginal nach links zu bewegen. Verschiebt sich die Position von  $B$  um  $\varepsilon$  nach links, dann verliert  $B$  in der Wählermitte ungefähr  $\frac{1}{2}\varepsilon f(x_{med})$  Stimmen an  $C$ . Umgekehrt gewinnt  $B$  durch die Verschiebung des Indifferenzpunktes  $c$  Stimmen von  $A$ . Da die marginale

<sup>13</sup>Genauer ist ein Strategienvektor  $z^*$  genau dann ein lokales Nash-Gleichgewicht, wenn es für alle  $j$  eine Umgebung  $U_j \subseteq X$  von  $z_j^*$  gibt, so dass  $V_j(z_1^*, \dots, z_j^*, \dots, z_K^*) \geq V_j(z_1^*, \dots, z_j, \dots, z_K^*)$  für alle  $z_j \in U_j$  gilt.



Änderung des Indifferenzpunktes an der Stelle  $z_B = x_{med}$

$$\left. \frac{\partial c}{\partial z_B} \right|_{z_B=x_{med}} = \frac{1}{2} + \left. \frac{v}{a(z_B - z_A)^2} \right|_{z_B=x_{med}} = \frac{3}{2}$$

beträgt, gewinnt  $B$  marginal  $\frac{3}{2} \varepsilon f(z_A)$  Stimmen. Somit ergibt sich als Gleichgewichtsbedingung

$$f(x_{med}) > 3f(z_A^*).$$

Im Beispiel der Abbildung scheint dies erfüllt zu sein. Insgesamt sind dies bereits für den Fall eines eindimensionalen Politikraums restriktive Bedingungen für die Wählerverteilung.

---

### 3.6 Ein empirisch anwendbares Modell des Mehrparteienwettbewerbs

Für eine realistische Modellierung des Wettbewerbs im deutschen gemischten Wahlsystem scheint es allerdings notwendig die Möglichkeit vorzusehen, dass Parteien Angebote zu mehreren salienten Themen formulieren. Bei nur zwei Parteien ist der effektive Konfliktraum maximal eindimensional, bei  $K$  Parteien aber  $(K - 1)$ -dimensional.<sup>14</sup> Eine Strategie kleiner Parteien könnte gerade sein, in Nischen des politischen Raums nach Wählerstimmen zu suchen, wenn die übrigen Parteien auf einer salienten Dimension bestimmte Positionen nicht besetzen. Ein Beispiel ist die AfD, die mit einem „grundlegenden Paradigmenwechsel“ in der Migrationspolitik in eine Angebotslücke zu stoßen hofft, die ihr die übrigen Parteien trotz relativ großer Nachfrage nach einer restriktiven Zuwanderungspolitik gelassen haben. Gleichzeitig sind die Standpunkte der AfD zu anderen Themen nur wenig bekannt (vgl. Kap. 6). Wir werden in den nachfolgenden empirischen Analysen allgemein von mehrdimensionalen Wettbewerbsräumen ausgehen.

Weiterhin wollen wir die oben dargelegte Überlegung berücksichtigen, dass Kandidaten und Parteien durchaus so etwas wie eine Policy-Motivation zugeschrieben werden kann. Die Parteiführung und die nominierenden Parteigremien

---

<sup>14</sup>Effektiver Konfliktraum bezeichnet den Raum, der durch die Positionen der Parteien in einem höherdimensionalen Konfliktraum aufgespannt wird. Vgl. zum Zusammenhang von Zahl der cleavage-Dimensionen und Anzahl Parteien Taagepera und Grofman (1985) und zu Konfliktstruktur und Mehrkameralismus Humphreys (2008) und Bräuninger (2003). Die Frage der Kausalität bleibt dabei offen.

mögen den einzelnen Wahlkreiskandidaten zwar Spielraum zur Ausbildung eines Profils geben. Die Kandidaten sind in der Wahl der Positionen, die sie vertreten können, jedoch nicht frei. Und auch Parteiführungen werden die Interessen ihrer Basis und ihrer Parteimitglieder berücksichtigen müssen, deren Mobilisierung auch von der Wahl der vertretenen Positionen abhängen wird. Schofield (2003) schlägt deshalb die Berücksichtigung einer Partei- oder Aktivistenvalenz vor.

Bei probabilistischem Wählen lautet die Wahlfunktion (mit quadratischem Policy-Nutzen) der Wähler dann (vgl. Schofield und Sened 2005, S. 163–174):

$$u_i(z_j) = v_j - \mu_j(z_j) + \sum_{k=1}^m s_k (x_{ik} - z_{jk})^2 + \epsilon_{ij}$$

Für die Aktivistenvalenz  $\mu_j(z_j)$  nehmen wir nur an, dass sie konkav ist.<sup>15</sup> Den Term  $a$ , der das relative Gewicht aus dem Policy-Nutzen und der Valenz widerspiegelt (vgl. Gleichung 3.2), führen wir nicht explizit auf, sondern nehmen an, dass die Valenzterme  $v_j$  bzw. die Aktivistenvalenzen entsprechend skaliert sind.

Bezeichnet man wiederum den deterministischen Teil des Nutzens mit  $u_i^*$ , dann beträgt die Wahrscheinlichkeit für die Wahl von Partei (oder Kandidat)  $j$ :

$$\rho_{ij} = \Pr(b_i = j) = \Pr(u_i^*(z_j) - u_i^*(z_l) \geq \epsilon_{ij} - \epsilon_{ik} \text{ für alle } l \neq j)$$

Für die Fehlerverteilung bietet sich wiederum eine Normalverteilung mit Mittelwert Null an. Aus analytischen Gründen einfacher und in empirischen Analysen kaum unterschiedlich ist die Annahme einer Typ-I Extremwertverteilung (Gumbel-Verteilung) für die Fehler  $\epsilon_{ij}$ . Dann sind die Differenzen  $\eta_i = \epsilon_{ij} - \epsilon_{ik}$  logistisch verteilt. Unter dieser Annahme ist die Wahrscheinlichkeit, dass Wählerin  $i$  für eine Partei oder einen Kandidaten  $j$  stimmt

$$\rho_{ij}(z) = \frac{\exp(u_i^*(z_j))}{\sum_{l=1}^K \exp(u_i^*(z_l))}$$

bei gegebenem Politikangebot  $z \in \mathfrak{R}^{K \times m}$  der  $K$  Parteien auf  $m$  Politikdimensionen. Bei insgesamt  $n$  Wählerinnen und Wählern beträgt der erwartete Stimmenanteil einer Partei  $j$  dann

---

<sup>15</sup>Das schließt ein, dass es einen Standpunkt gibt, der von den Aktivisten präferiert wird.

$$V_j(z) = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^n \rho_{ij}(z)$$

Für ein Verhältniswahlssystem erscheint es plausibel anzunehmen, dass ämterorientierte Parteien versuchen, eine möglichst große Anzahl an Sitzen zu erringen. Die optimalen Antwortfunktionen der Parteien sind dann:

$$B_j(z) = \operatorname{argmax}_{z_j \in X} V_j(z).$$

Und nach der Definition des Nash-Gleichgewichts (in reinen Strategien) ist ein Parteienangebot  $z$ , das für alle Parteien die Fixpunktbedingungen  $z_j = B_j(z)$  erfüllt, ein Gleichgewicht des Parteienwettbewerbs.

Wie zu erwarten ist, hängt nicht nur die Art, sondern auch die Existenz eines Gleichgewichts entscheidend von der Wählerverteilung, also der Nachfrage der Wähler, ab. Bekanntlich ist eine (hinreichende) Bedingung für die Existenz eines Nash-Gleichgewichts die Quasikonkavität der Zielfunktionen (hier:  $V_j$ ) in der jeweiligen Strategievariablen (hier:  $z_j$ ) (Debreu 1952; Glicksberg 1952; Fan 1952).<sup>16</sup> Diese Bedingungen sind für empirische Wählerverteilungen sowie Parteienvalenzen nicht notwendig erfüllt. Quasikonkavität fordert, dass es bei gegebener Positionierung aller anderen Mitbewerber für jede Partei genau ein optimales, stimmenmaximierendes Politikangebot gibt und jede Abweichung davon zu einem kontinuierlichen Stimmenverlust führt.

Die Frage nach der Existenz eines Gleichgewichts wirft auch die nach den zentripetalen und zentrifugalen Anreizen für Parteien auf. Dazu betrachtet man die Bedingungen für ein (lokales) Nash-Gleichgewicht. In einem inneren Gleichgewicht  $z^*$  müssen für alle  $j$  die Bedingungen erster und zweiter Ordnung

$$\frac{\partial V_j}{\partial z_j}(z) = 0, \quad \frac{\partial^2 V_j}{\partial z_j^2}(z) \text{ positiv definit}$$

erfüllt sein. Zur Vereinfachung der Darstellung sehen wir im Folgenden von unterschiedlichen Salienzgewichten ab. Dann lautet wegen

---

<sup>16</sup>Die weiteren Bedingungen der Stetigkeit der Zielfunktionen in  $z$  sowie die Konvexität und Kompaktheit des Strategienraums  $X$  sind aufgrund der  $C^2$ -Differenzierbarkeit der  $V_j$  gegeben. Dies sind zusammen hinreichende, aber nicht notwendige Bedingungen für die Existenz eines Nash-Gleichgewichts in reinen Strategien.

$$\frac{\partial \rho_{ij}}{\partial z_j} = \left( 2(x_i - z_j) + \frac{\partial \mu_j}{\partial z_j} \right) (\rho_{ij} - \rho_{ij}^2)$$

die erste Gleichgewichtsbedingung

$$z_j^* = \frac{1}{2} \frac{d\mu_j}{dz_j} + \sum_{i=1}^n \frac{\rho_{ij}(z) - \rho_{ij}^2(z)}{\sum_{l=1}^n \rho_{lj}(z) - \rho_{lj}^2(z)} x_i.$$

Die Bedingung zeigt, dass die Kandidaten oder Parteien die Wählernachfrage und den Einfluss ihrer Partei(basis) ausbalancieren müssen, es also zentripetale und zentrifugale Kräfte gibt. Der erste Term beschreibt den marginalen Einfluss der Partei, der positiv für jede Bewegung in Richtung der Parteiaktivisten ist. Daraus ergibt sich ein Anreiz für die Partei oder die Kandidatin, sich von der elektoralen Mitte der Wählerverteilung weg und auf ihre Partei zuzubewegen. Umgekehrt beschreibt der zweite Term eine marginale Anziehungskraft der elektoralen Mitte, da sie einen gewichteten Erwartungswert der Wählerverteilung darstellt. Ein Gleichgewicht ergibt sich nur, wenn zentrifugale und zentripetale Kräfte ausgeglichen sind.

Ob (lokale) Nash-Gleichgewichte überhaupt existieren, ist für beliebige Wählerverteilungen und (empirisch plausible) Parametrisierungen der Wahlfunktionen nicht allgemein darstellbar. Für das hier skizzierte Modell (mit Valenz, Aktivisten, Typ I-extremwertverteilten Fehlern und Stimmenmaximierung) existiert ein globales Nash-Gleichgewicht, wenn die Hesse-Matrix der Aktivistenvalenzfunktion des Akteurs mit der kleinsten Valenz negativ und stark konvex ist. Im Falle linearer Nutzenfunktionen erhält man nach der Bedingung erster Ordnung ein Gleichgewicht am gewichteten Median (anstelle des gewichteten Mittelwerts) (Schofield und Sened 2005, S. 174) und für (identisch und unabhängig) normalverteilte Fehler ergibt sich die Existenz eines lokalen Nash-Gleichgewichtes aus der Konkavität der Aktivistenvalenzfunktion (Schofield 2003). Numerische Berechnungen deuten darauf hin, dass divergierende, nicht zentrumsbezogene lokale Nash-Gleichgewichte in einem breiten Spektrum plausibler Parameter und Annahmen zu den Funktionen von Wählern und Kandidaten existieren (siehe Schofield und Sened 2006; Schofield und Miller 2007; Schofield und Kurella 2015; Gallego und Schofield 2016 sowie die dort zitierten Studien). Andere Studien zeigen das Vorhandensein (und die Eindeutigkeit) von (lokalen) Nash-Gleichgewichten in ganz ähnlichen Mehrparteien-Settings, z. B. Merrill und Adams (2001) für allgemeine individuelle Merkmale von Kandidaten oder Bräuninger und Giger (2018) für Kandidaten, die strategisch mehrdeutige Plattformen annehmen. In der

empirischen Anwendung des Modells in den nachfolgenden Kapiteln werden wir ebenfalls auf numerische Berechnungsverfahren zurückgreifen.

Auch wenn die konkreten Gleichgewichtspositionen nicht analytisch bestimmbar sind, lässt sich die Frage nach der relativen Anordnung der Parteien im Politikraum beantworten. Schofield und Sened (2006, S. 165) können zeigen, dass Parteien sich dann näher an der „Position“ ihrer Aktivisten positionieren, wenn die Aktivistenvaleanzfunktion große Werte annimmt. Umgekehrt finden sich die Gleichgewichtspositionen von Parteien mit hoher Valenz näher an der elektoralen Mitte als die von Parteien mit niedriger Valenz. Dies entspricht exakt dem Befund des Valenzmodells des Zwei-Parteien-Wettbewerbs im eindimensionalen Raum bei deterministischem Wählen.

Wir bemerken abschließend, dass andere Arbeiten zum gegensätzlichen Ergebnis kommen. Nimmt man für die Parteien keine Ämtermotivation, sondern Policy-Motivation an, dann gibt es für Parteien mit hoher Valenz für gewöhnlich Anreize der Positionierung in der Nähe des eigenen Idealpunkts. Das gilt sowohl für den Fall zweier Parteien (Londregan und Romer 1993; Serra 2010) als auch für den Mehrparteienwettbewerb (Adams et al. 2005).

---

### **3.7 Wettbewerb im gemischten Wahlsystem**

Die bisherigen Ausführungen gehen entweder von einem Verhältniswahlsystem aus, in dem die Parteien möglichst viele Stimmen erzielen wollen, oder von einer Mehrheitswahl in einem einzelnen Einerwahlkreis, bei der das Ziel der Wahlkreissieg ist. Unmittelbar übertragen lässt sich dies auf Wahlen in mehreren Wahlkreisen unter der Voraussetzung, dass alle Wahlkreise in ihrer Wählerverteilung identisch sind. Das Bundeswahlgesetz kennt seit 2002 de facto 300 Wahlkreise: 299 Einerwahlkreise, in denen Bewerber um Direktmandate konkurrieren, und einen nationalen Wahlkreis, in dem 299 (oder mehr) Listenmandate nach dem Verhältniswahlprinzip vergeben werden. Weder wird man davon ausgehen können, dass die Wählernachfrage im Wahlkreis 19 (Hamburg-Altona) die selbe ist wie in Wahlkreis 157 (Görlitz), noch ist klar, wie Wähler zwei Stimmen in der verbundenen Wahlentscheidung eines Mischwahlsystems abgeben, und auch nicht, welche optimalen Strategien Parteien und Kandidaten verfolgen. Auf diese drei Fragen – mehrere Wahlkreise, Stimmgebung und Parteienwettbewerb im gemischten Wahlsystem – gehen wir im abschließenden Abschnitt dieses Kapitels ein.

### 3.7.1 Mehrere Wahlkreise

Im Idealtypus eines Mehrheitswahlsystems ergibt sich die Zusammensetzung des nationalen Parlaments aus der simplen Aggregation der Ergebnisse von formell voneinander unabhängigen Mehrheitswahlen in einzelnen Einerwahlkreisen. Treten nur unabhängige Kandidaten an, dann lassen sich die Wettbewerbssituationen in den Wahlkreisen auch unabhängig voneinander betrachten. In modernen Demokratien sind diese Wahlen aufgrund der Existenz nationaler Parteien verbunden, die einerseits mit dem Ziel der Übernahme der Regierungsverantwortung ihre lokalen Strategien koordinieren; andererseits ist Koordination aufseiten der Wähler möglich (Duverger 1951; Cox 1997). Uns interessiert hier die Parteienseite und zwar der Policy-Wettbewerb *zwischen* den Parteien (und nicht die Frage der Koordination der Kandidatenaufstellung *unter* Parteien).

Mit der Existenz mehrerer Wahlkreise lässt sich das Spektrum möglicher Parteistrategien – wir gehen im Folgenden immer von nationalen Parteien aus – an zwei Extremen festmachen: Entweder die Parteien haben vollständige Kontrolle über „ihre“ lokalen Kandidaten und damit deren Wahlkampfstrategien. Oder die Wahlkreiskandidaten sind frei in ihrer Strategiewahl und die resultierende Parlamentsfraktion ist nicht viel mehr als eine Fraktionsgemeinschaft Unabhängiger. Moderne britische Parteien kommen wohl eher dem ersten Typus nahe, US-amerikanische Parteien oder die Honoratiorenparteien des 19. Jh. stehen dem zweiten Typus näher.<sup>17</sup> Die deutschen Parteien kommen sicher ebenfalls eher dem ersten Typus nahe (Pappi et al. 2017). Aber auch wenn die nationale Partei perfekte Kontrolle über die Kandidatenauswahl und Kandidatenstrategie haben sollte, schließt dies nicht aus, dass die Partei den Kandidaten freie Hand in ihrer Wahlkampfstrategie gibt; freilich in der Hoffnung, dass dies die Partei ihrem Ziel der Gewinn- oder Sitzmaximierung im nationalen Parlament näherbringt. Ein einheitliches Politikangebot an alle Wähler muss sich dann nicht, könnte sich aber als optimale Strategie erweisen.

Damit wird eine zweite Randbedingung relevant und zwar die Handlungsorientierung der Wähler. Bei Heterogenität der politischen Standpunkte, zu denen sich die Kandidaten gegenüber ihren Wählern vor Ort bekennen und die dann eventuell noch von der nationalen Parteilinie abweichen, stellt sich für die Wähler die Frage, was sie eigentlich wählen: Eine Kandidatin, die lokale Interessen vertritt, die sie aber vielleicht nicht durchsetzen kann, oder eine Kandidatin, die sich

---

<sup>17</sup>Wir gehen hier auf die umfangreiche Literatur zu Parteiorganisation und Kandidatenauswahl im Allgemeinen und speziell in Deutschland nicht ein und verweisen nur auf Katz (2001) sowie auf Kap. 9.

		Handlungsorientierung der Wähler	
		lokal	national
Kontrolle über Strategie	Partei	Gleichgewicht an den lokalen Medianen $z_j^* = (\mu_1, \dots, \mu_r, \dots, \mu_d)$	Gleichgewicht am Median der Wahlkreismediane $z_j^* = \mu^*$ (Hinich/Ordeshook 1974)
	Kandidat	Gleichgewicht an den lokalen Medianen $z_j^* = (\mu_1, \dots, \mu_r, \dots, \mu_d)$	Lokale Gleichgewichte $(z_{Ar}^*, z_{Br}^*)$ mit $\text{median}(z_{jr}^*) = \mu^*$ (Austen-Smith 1984)

**Abb. 3.7** Wettbewerb zweier nationaler Parteien bei mehreren Wahlkreisen

in einem Parlament mit hoher Fraktionsdisziplin den Interessen der Parteiführung unterordnet. Insgesamt ergeben sich damit vier Fälle (Abb. 3.7). Für die in der Literatur betrachteten Zweiparteiensysteme sind dann unterschiedliche Strategien der Parteien und Kandidaten zu erwarten (vgl. auch Austen-Smith 1996).

Orientieren sich die Wähler ausschließlich am lokalen Politikangebot, dann macht es keinen Unterschied, ob die Partei die Wahlkampfstrategie der lokalen Kandidaten bestimmen kann oder nicht. An den lokalen Medianwähler des Wahlkreises angepasste Politikangebote  $\mu_r$  sind die optimale Strategie und bilden das erwartete Gleichgewicht. Die Kontrolle über die Strategie macht hingegen einen Unterschied, wenn Wähler die Wahlkreiskandidaten als perfekte Agenten der Parteien wahrnehmen. Den Fall, dass Parteien perfekte Kontrolle besitzen, haben Hinich und Ordeshook (1974) am Beispiel des Wahlmännerkollegiums der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen untersucht. Sie nehmen an, dass zwei Parteien  $A$  und  $B$  versuchen, die erwartete Anzahl an Siegen in insgesamt  $d$  Wahlkreisen zu maximieren und dazu ein Politikangebot der nationalen Partei,  $z_j$ , machen. Das heißt ihre beste Antwortstrategie ist

$$B_j(z) = \operatorname{argmax}_{z_j \in X} \sum_{r=1}^d r \times q_{jr}(z)$$

wobei  $q_{jr}$  Partei  $j$ 's Wahrscheinlichkeit für den Gewinn von genau  $r$  Wahlkreisen bezeichnet.<sup>18</sup> Dann ist die Position des Medianwählers der Wahlkreis-Mediane,

<sup>18</sup>Die alternative Annahme, dass die Parteien versuchen, die Wahrscheinlichkeit für den Gewinn genau einer einfachen Mehrheit von Wahlkreises zu maximieren, führt zum selben Ergebnis (Austen-Smith 1996, S. 137). Wenngleich plausibel, sind diese Zielfunktionen der Parteien in der empirischen Anwendung nicht gebräuchlich, da die Wahrscheinlichkeiten  $q$

$\mu^* = \text{median}(\mu_r)$ , ein Gleichgewichtspunkt. Den zweiten Fall hat Austen-Smith (1984) beschrieben. Wenn Kandidaten Kontrolle über ihre Strategie haben, ergibt sich – unter etwas restriktiveren Bedingungen – ein divergentes Gleichgewicht: Erwarten die Wähler, dass sich die endgültige Parteiposition als Median der Positionen aller (nicht nur der gewählten) Kandidaten der Partei ergibt, dann gibt es mehrere Gleichgewichte der Kandidatenstrategien, die jeweils zwar vom Median der Mediane abweichen (genauer muss gelten, dass in rechten (linken) Wahlkreisen die Politikangebote beider Parteien rechts (links) sind, das heißt für  $\mu_r \gtrless \mu^*$  auch  $z_{jr}^* \gtrless \mu^*$  gilt). Für alle Gleichgewichte gilt aber: Der Median aller Angebote der Kandidaten einer Partei entspricht wiederum dem Median der Wahlkreismediane.

Wie nach der bisherigen Diskussion der Literatur zu erwarten ist, können unter anderen Bedingungen auch divergente Gleichgewichte auftreten. Bei Polborn und Snyder (2017) beurteilen die Wähler die Kandidaten entsprechend der Position der nationalen Partei, aber zusätzlich nach einer wahlkreisspezifischen Kandidatenvalenz. Im Ergebnis stellt sich Polarisierung der (ämter-motivierten) zwei Parteien ein, die u. a. mit abnehmender Wichtigkeit der Kandidatenvalenz größer wird. Wähler in Krasa und Polborn (2018) haben gemischte Motive, für ihre Wahlentscheidung sind sowohl die Positionen der lokalen Kandidaten als auch das erwartete Politikergebnis (das wiederum vom Wahlausgang und der innerparteilichen Aggregation der Kandidatenpositionen bestimmt wird) relevant. Die Kandidaten selbst sind nur Agenten ihrer lokalen Parteiführer, die selbst policy-motiviert sind. Im Gleichgewicht divergieren die Positionen der nationalen Parteien.<sup>19</sup>

### 3.7.2 Stimmgebung im gemischten Wahlsystem

Bei Bundestagswahlen geben die Wähler zwei Stimmen ab, die erste für eine Wahlkreiskandidatin, die zweite für eine Parteiliste. Handelt es sich dabei aus Sicht der Wähler um eine oder zwei Wahlentscheidungen bzw. inwieweit sind

---

selbst komplexe Ausdrücke darstellen. In Kap. 7 verwenden wir als Zielfunktion der Parteien für die Mehrheitskomponente des deutschen Mischwahlsystems den Stimmenabstand zum ersten Verlierer bzw. den (negativen) Stimmenabstand gegenüber der führenden Kandidatin.

<sup>19</sup>Die Literatur zum Parteienwettbewerb in mehreren Wahlkreisen ist überschaubar. Neben den grundlegenden Arbeiten von Robertson (1976), Austen-Smith (1984, 1986) verweisen wir auf Snyder (1994), Ansolabehere et al. (2012) und die in Polborn und Snyder (2017) diskutierte Literatur.

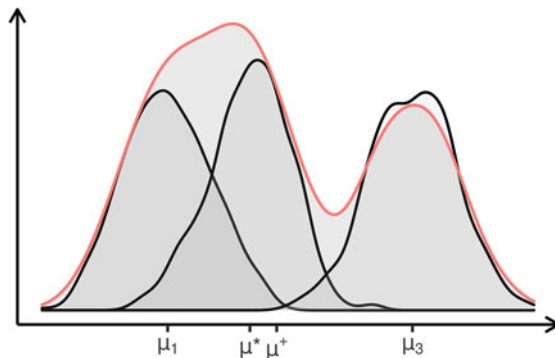


die beiden unabhängig oder miteinander verbunden? Für zwei Entscheidungskalküle spricht nicht nur, dass die Bewertungsobjekte (Kandidatin vs. Parteiliste) und damit eventuell deren Politikstandpunkte und zugeschriebene Kompetenz verschieden sind sowie unterschiedliche Aggregationsmechanismen (Mehrheits- vs. Verhältniswahl) zur Anwendung kommen. Auch die Gewichtung der Entscheidungsattribute durch die Wähler (etwa der Term  $a$  in Gleichung 3.2) könnte sich grundlegend unterscheiden, beispielsweise, wenn Parteien vor allem nach programmatischen Standpunkten, Wahlkreiskandidatinnen hingegen nach persönlicher Nähe oder politischer Erfahrung beurteilt werden (Moser und Scheiner 2005, S. 261). Für ein bzw. ein verbundenes Entscheidungskalkül spricht, dass aus Sicht vieler Wähler die Zweitstimme die wichtigere Stimme ist und Parteianhänger eventuell dazu tendieren, die Kandidatin der eigenen Partei zu unterstützen, mag sie auch unbekannt sein oder inkompetent erscheinen (das Phänomen des „sticky voting“, vgl. Cox und Schoppa 1998). Umgekehrt ist vorstellbar, dass die Amtsinhaberin eines Direktmandats, oder eine besonders sichtbare und kompetent erscheinende Kandidatin auch Zweitstimmen für ihre Partei generieren kann (für Deutschland, vgl. Hainmüller und Kern 2008); ein sogenannter Spillover- oder Kontaminationseffekt (Herron und Nishikawa 2001).

Die Fragen der Unabhängigkeit der beiden Komponenten bzw. der Kontamination der beiden Stimmabgaben lassen sich letztlich nur empirisch beantworten. Wir untersuchen diese in Kap. 9.

### 3.7.3 Parteienwettbewerb im gemischten Wahlsystem

Wie optimieren Parteien ihr Politikangebot in gemischten Wahlsystemen, in denen für die einzelnen Komponenten unterschiedliche optimale Strategien zu erwarten sind? Zwei Rahmenbedingungen scheinen essentiell zu sein. Erstens kann die Wichtigkeit der beiden Komponenten variieren, im degenerierten Extremfall wären unter der Verhältniswahl (fast) alle, unter Mehrheitswahl keine Sitze (oder gerade einer) zu erzielen. Zweitens ist von Bedeutung, ob und wenn ja, wie Sitze der beiden Komponenten miteinander verrechnet werden. In Grabenwahlsystemen (*mixed member majoritarian systems*) findet keine Verrechnung statt; das Ziel der Sitzmaximierung (zur Herstellung einer möglichst komfortablen Mehrheit bzw. hohen Fraktionsstärke in Koalitionsverhandlungen) lässt sich durch möglichst viele Sitze in der Mehrheitskompetente *oder* der Verhältniswahlkomponente erreichen. In verbundenen Mischwahlsystemen werden Sitze der Mehrheitskomponente bei der Sitzverteilung durch die Verhältniswahlkomponente berücksichtigt, oder, wie im deutschen Fall, auf das nach der Verhältniswahl

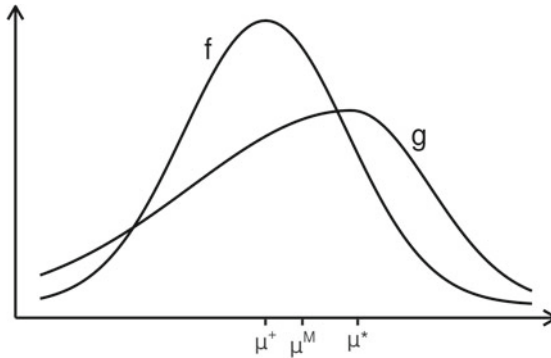


**Abb. 3.8** Zwei-Parteien-Wettbewerb im Grabenwahlsystem mit drei Wahlkreisen

zustehende Sitzkontingent angerechnet. Sitzmaximierung kommt in letzterem Fall der Stimmenmaximierung in der Verhältniswahlkomponente gleich – zumindest, wenn man von Überhangmandaten absieht bzw. letztere durch Ausgleichsmandate kompensiert werden.

Wie ein Mischwahlsystem die Strategien der Parteien im räumlichen Modell verändern kann, soll Abb. 3.8 am Beispiel von zwei Parteien A und B und einem Grabenwahlsystem veranschaulichen. Abgebildet sind die Wählerverteilungen von  $d = 3$  Wahlkreisen (in schwarz), in denen nach Annahme je ein Mandat zu besetzen ist. Für die Verhältniswahlkomponente ist die aggregierte, nationale Wählerverteilung (in rot) maßgeblich. Hier sind  $m$  Sitze zu vergeben. Im Beispiel liegt der Median der Gesamtwählerverteilung  $\mu^+$  rechts vom Median der Wahlkreis-Medianwähler  $\mu^*$ .

Wenn in der Verhältniswahlkomponente keine Sitze zu vergeben wären ( $m = 0$ ), dann würde es sich um den oben besprochenen Fall handeln: der Median der Wahlkreismediane  $\mu^*$  bildet für beide Parteien das Gleichgewichtsangebot. Es ist ganz offensichtlich auch eindeutig. Falls  $m = 1$ , dann ist  $(\mu^*, \mu^*)$  ebenfalls ein Gleichgewicht, da der erwartete Sitzanteil  $\frac{1}{2}(3 + 1) = 2$  beträgt und jede Abweichung von beispielsweise B nach links zum sicheren Gewinn des linken Wahlkreises, aber auch zum sicheren Verlust der beiden anderen Wahlkreise sowie des Sitzes aus der Verhältniswahl führt. Anders verhält es sich mit kleinen Abweichungen nach rechts, die weder zu einem Sitzgewinn noch zu einem Sitzverlust führen. Insgesamt sind alle Strategienpaare  $(z_A, z_B) \in [\mu^*, \mu^+] \times [\mu^*, \mu^+]$  Gleichgewichte. Der Fall einer Wahlkreisgröße von eins ist freilich artifiziell, da er die Verhältniswahlkomponente auf eine einfache Mehrheitswahl reduziert.



**Abb. 3.9** Zwei-Parteien-Wettbewerb im Grabenwahlsystem

Abb. 3.9 veranschaulicht die Bedingungen für das Grabenwahlsystem, die im allgemeinen Fall von  $d$  Einerwahlkreisen in der Mehrheitskomponente und  $m$  zu vergebenden Sitzen in der Verhältnisswahlkomponente für ein Parteiengleichgewicht notwendig sind. Die beiden Graphen zeigen die Verteilungsdichte der Wahlkreismediane,  $g$ , sowie die Verteilungsdichte der Gesamtwählerschaft,  $f$ .<sup>20</sup> Dann gibt es unter den Annahmen des Hotelling-Downs-Modells offenbar kein divergentes Gleichgewicht: Geht man von einer Orientierung  $z_A^* < z_B^*$  aus, dann liegt der Indifferenzpunkt bei  $c = (z_A^* + z_B^*)/2$  und  $A$  gewinnt einen Anteil von  $F(c)$  der Mehrheitswahlkreise sowie einen Anteil von  $G(c)$  der Verhältnisswahlstimmen, also insgesamt einen Sitzanteil von  $EV_A = (dF(c) + mG(c))/(d + m)$  und  $B$  entsprechend  $EV_B = (d(1 - F(c)) + m(1 - G(c)))/(d + m)$ . Damit weder  $A$  noch  $B$  einen Anreiz haben, ihre Position zumindest in einer lokalen Umgebung zu ändern – eine notwendige Bedingung für ein lokales Nash-Gleichgewicht – müsste gelten

$$\frac{\partial EV_A}{\partial z_A}(z^*) = \frac{\partial EV_B}{\partial z_B}(z^*) = 0$$

und damit

$$f(c) = -\frac{m}{d}g(c)$$

<sup>20</sup>Wir nehmen beide als stetig an. Die Verteilungsfunktionen seien  $G$  und  $F$ .

was wegen  $f, g > 0$  nicht möglich ist.

Es gibt aber ein konvergentes Nash-Gleichgewicht und zwar an dem Punkt  $\mu^M$ , der die Bedingung

$$\frac{d}{d+m}F(\mu^M) + \frac{m}{d+m}G(\mu^M) = \frac{1}{2}$$

erfüllt. Da  $F$  und  $G$  schwach monoton wachsend und stetig sind und Werte zwischen 0 und 1 annehmen, ist  $\mu^M$  auch eindeutig. Für  $z_A^* = z_B^* = \mu^M$  gilt aufgrund der Indifferenz der Wähler  $EV_A = EV_B = \frac{1}{2}$ . Demgegenüber führt jede Abweichung einer der Parteien um  $2\varepsilon$  nach links wegen

$$\frac{d}{d+m}F(\mu^M - \varepsilon) + \frac{m}{d+m}G(\mu^M - \varepsilon) \leq \frac{1}{2}$$

( $F$  und  $G$  sind schwach monoton wachsend) bzw. um  $2\varepsilon$  nach rechts wegen

$$\frac{d}{d+m}(1 - F(\mu^M + \varepsilon)) + \frac{m}{d+m}(1 - G(\mu^M + \varepsilon)) \leq \frac{1}{2}$$

zu Stimmenverlusten. Der Punkt  $\mu^M$ , den man als Median des Grabenwahlsystems bezeichnen könnte, liegt zwischen dem Median der Wahlkreis-Medianwähler und dem Medianwähler in der Gesamtwählerschaft. Insbesondere ist damit das zu erwartende Gleichgewicht im Grabenwahlsystem unterschiedlich vom Gleichgewicht im kompensatorischen Mischwahlsystem. Wie stark sich  $\mu^M$  und  $\mu^+$  unterscheiden, ist eine empirische Frage.

Unsere Betrachtung des Parteienwettbewerbs in Mischwahlsystemen veranschaulicht die zusätzliche Komplexität, die sich für die Strategien der Parteien aus dem Wettbewerb in zwei Komponenten ergeben. In der empirischen Anwendung werden wir von weniger restriktiven Annahmen ausgehen: mehr als zwei Parteien, mehrere saliente politische Streitfragen, Wähler, die Parteien und Kandidaten nicht nur nach politischen Standpunkten, sondern auch nach ideologischer Nähe sowie Kompetenz u.ä. bewerten, Parteien, die weitgehende, aber keine perfekte Kontrolle über die Wahlkampfstrategien ihrer Kandidaten haben. Da sich in derart komplexen Situationen einfache Gleichgewichtsangebote der Parteien nicht analytisch bestimmen lassen, werden wir in den nachfolgenden Kapiteln auf numerische Berechnungsverfahren zurückgreifen.

---

## Teil II

# Die Anwendung der räumlichen Theorie des Parteienwettbewerbs auf deutsche Bundestagswahlen

Teil II behandelt die Bedingungen für die Anwendung der räumlichen Theorie des Parteienwettbewerbs und Wählerverhaltens auf das Untersuchungsobjekt der deutschen Bundestagswahlen. Erklärt werden sollen individuelle Wahlentscheidungen und die daraus folgenden Wahlergebnisse im Aggregat. Das Ergebnis einer Wahl wird auf der Grundlage der für ein Parteiensystem länger bestehenden Prädispositionen durch den Wahlkampf vorbereitet und am Wahltag durch die Stimmabgabe der Bürger entschieden. In repräsentativen Demokratien parlamentarischen Typs sind die Parlamentswahlen die zentrale Institution, bei der Wähler als Politiknachfrager auf das Politik- und Personalangebot der Parteien reagieren und über die Parteizusammensetzung des Parlaments bestimmen. Die Verbindung zwischen Wählern und Parteien fassen wir als soziales System auf, in welchem Parteien sich gegenseitig als Konkurrenten um Wählerstimmen im selben Wählermarkt in Rechnung stellen.

Welche Parteien aus Wählersicht zu diesem System gehören, ist Thema von Kap. 4. Im Einzelnen geht es dabei um die Menge der Parteien, die die meisten Wähler kennen und über die sie sich erstens ein Pauschalurteil zutrauen, deren ideologische Signale sie zweitens so erkennen, dass sie diese auch zur Selbsteinstufung verwenden können, und drittens deren Politikangebote zu Themen, die ihnen selbst wichtig sind, sie als mehr oder weniger kongruent mit den eigenen Interessen beurteilen können.

Die weiteste empirische Systemabgrenzung im Hinblick auf Parteien und Wähler kann auf der Basis von Pauschalurteilen über Parteien erfolgen, die in Kap. 5 für die Bundestagswahlen von 1961 bis 2017 untersucht werden. Aus den Pauschalurteilen in Form von Partei-Skalometern werden die zwei Grundbestandteile räumlicher Wahlfunktionen extrahiert: die ideologische Distanz zwischen der einzelnen Wählerin und den Parteien und das Ansehen der jeweiligen Partei in der Wählerschaft insgesamt. Mit diesen Grundbestandteilen lässt sich die Entwicklung des deutschen Parteiensystems seit 1961 beschreiben und es lassen sich

die Wahlentscheidungen im Vierparteiensystem der 1980er Jahre und des Fünf-Parteiensystems nach der Wiedervereinigung in West- und Ostdeutschland bis 2013 im Vergleich erklären.

Eine engere Systemabgrenzung ergibt sich, wenn man den inhaltlichen Kommunikationsprozess zwischen Parteien und Wählerschaft im Wahlkampf einbezieht. Hier muss die Wählerschaft Anschluss an die öffentliche Debatte im Wahlkampf finden. Diese bezieht sich auf die Politikvorschläge für die kommende Legislaturperiode, mit denen die Parteien um größtmögliche Wählerunterstützung kämpfen. Die Systemabgrenzung erfolgt mit drei Kriterien: der öffentlichen Aufmerksamkeit für das entsprechende Thema; dem persönlichen Interesse und der eigenen Einstellung der Wähler; und möglichst übereinstimmend wahrgenommenen Parteistandpunkten. Sind diese Kriterien erfüllt, kann als vierte Bedingung für die Wahlrelevanz eines bestimmten Streitthemas geprüft werden, ob der Verteilung der Wählerpräferenzen ein entsprechendes Politikangebot in der ganzen Breite der Wählerverteilung auf der entsprechenden Themendimension gegenübersteht. Wenn das Parteienangebot zu kompakt nur auf einen engen Bereich der Wählerverteilung begrenzt ist, wird die Relevanz für die Wahlentscheidung notwendig gering sein.

In Kap. 6 prüfen wir, inwieweit diese Bedingungen für eine hohe Wählermobilisierung bei einzelnen, sozioökonomischen, ökologischen und migrati-onspolitischen Wahlkampfthemen erfüllt waren, für welche aus Umfragen zu den Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 vergleichbare Daten vorliegen. Um die Variationsbreite der Bedingungen zu erhöhen, ziehen wir weiterhin zwei strittige Themen des Wahlkampfes 1987 heran. Bei der Erklärung der Wahlentscheidung gehen wir stets von einem Grundmodell mit Parteivalenz und Links-Rechts-Distanz zwischen Wähler und Parteien aus, dessen Erklärungskraft durch die zusätzliche Berücksichtigung der Streitthemen erhöht werden sollte.



## Das Parteiensystem aus Wählersicht

# 4

Ein nationales Parteiensystem aus Wählersicht enthält die Optionen für die Wahlentscheidung der Staatsbürger bei nationalen Parlamentswahlen. Damit eine kollektive Entscheidung mit Mandatsauftrag an die Abgeordneten aus der Fülle der einzelnen Wahlakte zustande kommt, muss die große Mehrheit sich zwischen denselben Wahloptionen entschieden haben. Die *choice sets* der einzelnen Wähler sollten also, wenigstens zum Teil, dieselben Parteien bzw. Kandidaten derselben Parteien enthalten. In Ländern mit einem einzigen nationalen Wahlkreis ist diese Bedingung durch vorgedruckte Stimmzettel erfüllt, auf denen alle Optionen aufgeführt sind. Die formal erfüllte Bedingung garantiert nicht die Präsenz aller Optionen, aber zumindest einer Teilmenge in den einzelnen *choice sets*. Wir fragen in diesem Kapitel nach der Teilmenge der Parteien bei den Bundestagswahlen, zwischen denen sich die meisten Wähler entscheiden.

Das nationale Wahlergebnis als Antwort auf die Frage nach dem Parteiensystem aus Wählersicht kann irreführend sein, wenn die Wählerschaft segmentiert ist, wie z. B. in Belgien nach Sprachgruppen, und nicht alle Parteien in allen Segmenten wählbar sind. Bei geschlossenen regionalen Wahlkreisen ohne Sitzzuteilung auf nationaler Ebene bilden die in den entsprechenden Wahlkreisen kandidierenden Parteien bzw. Kandidaten die Ausgangsmenge für die Abgrenzung der *choice sets*. Bei Bundestagswahlen besteht die Auswahlmenge bei der Erststimme aus den Wahlkreiskandidaten, wobei über die Parteiangabe auf dem Stimmzettel Vergleichbarkeit zwischen den Wahlkreisen hergestellt wird. Außerdem stellen die im Bundestag vertretenen Fraktionen in der Regel in allen Wahlkreisen Kandidaten auf. Die für die Sitzkontingente ausschlaggebenden Zweitstimmen werden, angefangen mit der Feststellung der zu berücksichtigenden Zweitstimmen laut

Fünfprozent- und Grundmandats-Klausel, bundesweit berücksichtigt. Direkt wählbar ist nur die Landesliste einer Partei, indirekt können auch Kandidaten von anderen Landeslisten derselben Partei gewählt werden. So trugen 2017 die Wähler der FDP in Bremen 31.056 Zweitstimmen zum Bundesergebnis von 9,3 % bei, obwohl die FDP in Bremen kein einziges Mandat erringen konnte. Die Auflistung der ersten fünf Kandidaten auf der Bremer FDP-Landesliste war nur scheinbar eine Entscheidungshilfe. Die Bremer FDP-Wähler mussten sich darauf verlassen, dass andere Landeslisten der FDP auch von ihnen geschätzte Kandidaten enthielten. Diesem Problem kann eine Partei entgehen, die sich nur in einem Bundesland um Mandate bewirbt wie die CSU. Da die CDU ihrerseits auf eine Kandidatur in Bayern verzichtet, kann sie auch nicht zur Auswahlmenge der bayerischen Wähler gehören. Für die aggregierte Wahlentscheidung auf Bundesebene behandeln wir in der Regel CDU/CSU als eine Option (CSU in Bayern, CDU im Rest der Republik), was wegen der Fraktionsgemeinschaft im Bundestag gerechtfertigt ist. Inwieweit bei der Entscheidungsfindung für eine der zwei Unionsparteien die jeweils andere eine Rolle spielt, müsste separat untersucht werden. Soweit Partei-merkmale in Umfragen separat für CDU und CSU erhoben wurden, führen wir je nach Fragestellung einzelne Analysen getrennt durch.

---

#### **4.1 Parteiensysteme als Parteien und Wähler umfassende Systeme des Stimmenwettbewerbs**

Wie bestimmt man die Teilmenge der Parteien bzw. Kandidaten, zwischen denen sich die meisten Wähler bei einer Wahl entscheiden? Hinweise darauf gibt die Urteilsbildung über die einzelnen Parteien und die jeweilige Menge der vom einzelnen Wähler gleichzeitig beurteilten Parteien. Das ist aber nur eine Lösung für die Erklärung der Wählerentscheidung. Die Seite der Parteien, die mit Politikangeboten und Führungspersonal Stimmen gewinnen wollen, bleibt unberücksichtigt. Wie sollten Parteien mit Wählern kommunizieren, die je eigene Vorstellungen von ihnen und ihren Politikangeboten haben? Die Parteien sind auf von möglichst vielen Wählern geteilte Vorstellungen über sich und ihre Konkurrenten angewiesen. Dabei kommt es zuerst darauf an, welche Parteien überhaupt von der Mehrheit der Wähler wahrgenommen werden, sodass sich nach der entsprechenden Urteilsbildung die Mehrheit zwischen ihnen entscheiden kann. Dies ist die Frage nach dem Parteiensystem aus Wählersicht.

Traditionelle Konzepte von Parteiensystemen und der Zugehörigkeit einzelner Parteien zu diesem System gehen von den Parteien und nicht von den



Wählern aus. So gehören nach Sartori alle die Parteien dazu, „die Regierungsrelevanz bei der Koalitionsbildung oder Wettbewerbsrelevanz als Oppositionspartei haben“ (1976, S. 123, unsere Übersetzung). Parteien, die noch keine Abgeordneten stellen, erwürben Relevanz, wenn ihre Teilnahme am Stimmenwettbewerb die Wahlkampfstrategien der etablierten Parteien beeinflusse. Spätestens hier ist es notwendig, das Parteiensystem aus Wählersicht mit zu berücksichtigen. Mehrparteiensysteme unter Bedingungen der Verhältniswahl können viele Parteien umfassen – so konkurrierten bei der Bundestagswahl 2017 insgesamt 34 Parteien um Zweitstimmen – die meisten davon können für die Entscheidungsfindung der großen Wählermehrheit keine Rolle spielen, weil sie als Beurteilungsobjekte schlicht nicht bekannt sind. Wir lösen das Problem der Grenzziehung analytisch, indem wir das Parteiensystem eines Landes als soziales System in der Tradition von Parsons (1951) verstehen und uns an der Anwendung des Begriffs auf lokale Eliten (Laumann und Pappi 1976) und Politikfeldnetze (Laumann und Knoke 1987 oder Pappi et al. 1995) orientieren. So definieren Laumann und Knoke (1987, S. 9) ein soziales System als

... plurality of actors interacting on the basis of a shared symbol system. Membership ... is substantively defined by a criterion of mutual relevance and common fate that stipulates the basis on which members are to take each other into account in their action. That is, the basis of their mutual relevance ... serves to mediate their interdependence.

Ein Parteiensystem sei demnach verstanden als System der Interaktion zwischen Parteien, die sich an einer Situation, bestehend aus derselben Menge an potentiellen Wählern für alle Parteien, orientieren. Das Ziel des Stimmenerwerbs ist ihr gemeinsames Kriterium gegenseitiger Relevanz. Das geteilte Symbolsystem bezieht sich auf das Regieren des Gemeinwesens, von der einzuschlagenden politischen Richtung, über die Lösung anstehender Probleme bis zur Kompetenz des Führungspersonals. Dieses Symbolsystem darf nicht auf den Parteiendiskurs beschränkt sein, sondern muss die Wähler zumindest partiell und vor allem in Wahlkampfzeiten einbeziehen, um für den Stimmenwettbewerb relevant zu werden. Die Parteien stellen sich gegenseitig als Konkurrenten um Wählerstimmen in Rechnung, wenn sie mit Politikangeboten und ihrem Führungspersonal um Stimmen im selben Wählermarkt kämpfen. Die Wählerschaft besteht hier nicht aus segmentierten *issue publics* oder politischen Subkulturen ohne gegenseitige Überschneidungen, sondern sie besteht als gemeinsamer Stimmenmarkt mit vielen sich überschneidenden Politikpräferenzen und Vertrauensvorschüssen für Politiker.

Wie soll man Parteiensysteme als soziale Systeme der Interaktion zwischen Parteien auf Basis eines gemeinsamen Symbolsystems unter Einbeziehung der

Wählerschaft empirisch abgrenzen? Welche Parteien gehören dazu und mit welchen Kriterien soll die Einbeziehung der Wähler erfasst werden? Die Parteienforschung orientiert sich an den Wahlergebnissen. So unterscheidet Niedermayer (2014, S. 75) mit Bezug auf die Bundesrepublik Großparteien („Parteien, mit denen im Bundestag ... mindestens eine minimale Gewinnkoalition mit ihnen als größter Fraktion gebildet werden kann“) von den anderen Bundestagsparteien als den kleineren Parteien. Hinzu kommen Kleinparteien, „die in mindestens einem Landtag beziehungsweise im Europäischen Parlament, aber nicht im Bundestag vertreten sind“ und schließlich Kleinstparteien als Restgruppe. Die mit Umfragen arbeitende deutsche Wahlforschung konzentriert sich in der Regel auf die im Bundestag vertretenen Parteien, wenn ideologische Standpunkte oder Politikziele als Parteimerkmale abgefragt werden. Dabei zählt für die Erklärung der Stimmabgabe die Sicht des einzelnen Wählers. Wir gehen mit unserem Begriff des Parteiensystems als sozialem System einen Schritt weiter und fragen nach der größtmöglichen Wählerschaft, die die Parteien, die sich beim Stimmenwettbewerb gegenseitig in Rechnung stellen, gleichzeitig kennen und beurteilen. Ein so definiertes Parteiensystem stelle man sich wiederum als bi-partiten Graphen vor, mit den Parteien auf der einen und den Wählern auf der anderen Seite, die durch Beziehungen der einzelnen Wähler zu den Parteien verbunden sind. Beziehungsarten sind Kennen der Partei oder Wahrnehmen eines ideologischen oder eines Politikstandpunkts.

Nehmen wir als Beispiel fünf Wähler und drei Parteien an, die durch die Beziehung „Wähler  $i$  kennt Partei  $j$ “ verbunden sind; 1 stehe für kennen und 0 für nicht kennen:

$$A = \begin{pmatrix} 1 & 1 & 1 \\ 1 & 1 & 0 \\ 1 & 0 & 1 \\ 1 & 1 & 0 \\ 1 & 1 & 0 \end{pmatrix}$$

Multipliziert man diese Matrix von links mit der transponierten Matrix  $A'$ , erhält man eine  $3 \times 3$  Matrix der Verbundenheit der Parteien durch die Wähler (Affiliationsmatrix), die sie gemeinsam kennen:

$$A' A = \begin{pmatrix} 5 & 4 & 2 \\ 4 & 4 & 1 \\ 2 & 1 & 2 \end{pmatrix}.$$

Mit dieser Matrix kann man die Frage beantworten, welche Parteien man zum Parteiensystem zählen soll. Legt man Wert auf Parteien, die von den meisten Wählern gleichzeitig gekannt werden, qualifizieren sich nur die ersten beiden für die Systemmitgliedschaft. So dient der dichteste Teil der Affiliationsmatrix der Systemabgrenzung.

Wir werden die Systemabgrenzung getrennt nach den einzelnen Beziehungen vornehmen. Kennen der Partei ist dabei die Voraussetzung der Teilnahme am „gemeinsamen Symbolsystem“, d. h. am inhaltlichen Bezug der Beziehung. Dieser inhaltliche Bezug kann ideologisch, im Hinblick auf Sachthemen oder auf Personen hergestellt werden. Wir behandeln im Abschn. 3 die Links-Rechts-Einstufung der Parteien als Prototyp einer ideologischen Beziehung im deutschen Parteiensystem und im Abschn. 4 die Wahrnehmung von sachpolitischen Positionen als Wahlkampf relevanten Bezug. In Abschn. 2 geht es zunächst um die Voraussetzung der Systemmitgliedschaft, das Kennen der Parteien und darauf aufbauend die Bereitschaft zu einem Pauschalurteil über die Parteien. Dabei prüfen wir, wie groß der Prozentsatz der Wählerschaft ist, der die im jeweiligen Wahlkampf wichtigsten Parteien gleichzeitig kennt und pauschal beurteilt. Statt einer Affiliationsmatrix dient uns dazu das Antwortmuster jedes Befragten im Hinblick auf das Kennen/Nicht-Kennen der jeweils abgefragten Parteien. Dank des etablierten deutschen Parteiensystems sind die Bundestagsparteien den meisten Wählern bekannt, so dass wir uns auf die Prüfung von Grenzfällen konzentrieren können. Wir werden die Voraussetzung der Systemmitgliedschaft von neuen Parlamentsparteien überprüfen wie der PDS in den 1990er Jahren in Westdeutschland oder von Kleinparteien, denen ein Einzug in den Bundestag zugetraut wurde. Es wird sich zeigen, wie weit der Prozentsatz der Wählerschaft durch Herausnahme solcher Parteien aus dem Kreis der bekannten Parteien zunimmt, der die restlichen Parteien gleichzeitig beurteilt. Nimmt er stark zu, fehlt die Voraussetzung für die Systemmitgliedschaft der fraglichen Partei bei zu vielen Wählern.

Bei Klein- und Kleinstparteien macht eine Frage nach dem Kennen der Partei Sinn, bei Großparteien würde sie auf Unverständnis stoßen. Wir beginnen deshalb mit einer Beziehung auf einer etwas höheren Ebene: der Bereitschaft, ein positives oder negatives Pauschalurteil über eine Partei abzugeben. Gibt man kein Pauschalurteil ab, bedeutet die übliche Kategorie „keine Angabe“ sowohl Nichtkenntnis der Partei als auch Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit zur Urteilsbildung bzw. Urteilsäußerung. Wir erwarten, dass diese Pauschalurteile den größtmöglichen Kreis an Parteien und Wahlberechtigten abgrenzen, für den wir dann die Zugehörigkeit zum sozialen System des Stimmenwettbewerbs prüfen können.

Ein einzelnes Pauschalurteil enthält keine direkte Information über das gemeinsame, einem Parteiensystem zugrunde liegende Symbolsystem. Man kann aber

untersuchen, inwieweit den vielen Einzelurteilen der Systemteilnehmer eine gemeinsame Urteilsdimension wie links/rechts zugrunde liegt. Das wird Thema von Kap. 5 sein. Wir gehen einen Schritt weiter, wenn wir versuchen, konkrete Kommunikationsinhalte zwischen Wählern und Parteien zu erfassen. Das kann ein ideologischer Orientierungsrahmen wie wieder links/rechts sein, den Wähler dieses Mal bewusst zur Einordnung von politischen Parteien im Vergleich zu ihrer eigenen Einstellung verwenden. Oder es handelt sich um die Hauptthemen der Auseinandersetzung der Parteien im Wahlkampf, die den Wählern alternative Politiken zur Lösung wichtiger Probleme präsentieren. Wie bei den Pauschalurteilen kommt es auch hier darauf an, die Standpunkte welcher Parteien vom größten Wählerkreis wahrgenommen werden. Für volle Mitgliedschaft einer Partei im sozialen System des Parteienwettbewerbs qualifiziert die Wahrnehmung des ideologischen Standpunkts und der Standpunkte bei den diskutierten Politiken. Periphere Mitgliedschaft liegt vor, wenn entweder große Unkenntnis des ideologischen Standpunkts in der Wählerschaft besteht oder keine Position bei mindestens einem wichtigen Wahlkampfthema bekannt ist. Beispiele für derartig begrenzte Themenkenntnis können Ein-Themen-Parteien sein, deren Standpunkte die Wähler bei diesem einem Thema kennen; aber sie können die entsprechende Partei ansonsten nicht einschätzen, auch nicht unbedingt ideologisch. Wenn das eine Thema bei den Wählern auf großes Interesse stößt, werden die etablierten Parteien den neuen Konkurrenten um Wählerstimmen in Rechnung stellen.

Wir geben im nächsten Abschnitt einen Überblick über die Pauschalurteile, dann behandeln wir in Abschn. 3 die Wahrnehmung der ideologischen Signale der Parteien im Hinblick auf ihre Links-Rechts-Position und in Abschn. 4 das Wissen der Wähler bezüglich ausgewählter Politikpositionen der Parteien. Dabei greifen wir Bundestagswahlen heraus, bei denen die Abgrenzung des Parteiensystems aus Wählersicht wegen des Auftretens neuer Parteien größere Bedeutung hatte als bei Konzentration des Stimmenwettbewerbs auf seit längerem etablierte Parteien.

---

## **4.2 Pauschalurteile über Parteien als Voraussetzung der Systemzugehörigkeit**

Die Wahlforschung erfasst mit der sogenannten Skalometerfrage ein Pauschalurteil über Parteien. Die beste Datenbasis dazu liefern die Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, die seit 1977 erhoben werden. Wir wählen aus der Gesamtkumulation der Politbarometer jeweils die unmittelbar vor Bundestagswahlen erhobenen Umfragen aus, um von der Bundestagswahl 1980

bis zur Bundestagswahl 2017 das Parteiensystem aus Wählersicht abzugrenzen.<sup>1</sup> 1980 lautete die genaue Frageformulierung:

Und was halten Sie – so ganz allgemein – von den politischen Parteien? Sagen Sie es bitte anhand dieser Skala. + 5 heißt, dass Sie sehr viel von der Partei halten. -5 heißt, dass Sie überhaupt nichts von ihr halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen.

Abgefragt werden die im Bundestag vertretenen Parteien, mit CDU und CSU als getrennten Urteilsobjekten. Wir verwenden in diesem Abschnitt die Einschätzung von CDU und CSU als eigene Beurteilungsobjekte im gesamten Bundesgebiet, weil wir die Bekanntheit der CSU als Vergleichsmaßstab für neue Parteien verwenden können. Nicht im Bundestag vertretene Parteien werden vom Politbarometer nur dann einbezogen, wenn sie z. B. bei Landtagswahlen schon Erfolge aufzuweisen hatten oder aus anderen Gründen Wahlerfolge zu erwarten sind. Sind diese neuen Parteien mindestens so bekannt wie die CSU im gesamten Bundesgebiet, kann das für eine Systemmitgliedschaft sprechen.

Ein Pauschalurteil über Die Grünen wurde in den Politbarometern zum ersten Mal 1980 erhoben; sie waren erst im Januar 1980 formell als Partei gegründet worden. 1979 war aber der Bremer Grünen Liste der Einzug in die Bremer Bürgerschaft gelungen und bei der Wahl zum 1. Europäischen Parlament im selben Jahr kam die „Sonstige Politische Vereinigung Die Grünen“ auf beachtliche 3,2 %. Damals galt noch die Fünfprozentklausel für die Europawahl in Deutschland, sodass keine Repräsentation im Europäischen Parlament erreicht wurde. Die Vorwahlumfragen 1980 bestätigen die Zugehörigkeit der neuen Partei zum deutschen Parteiensystem aus Wählersicht. 99 % der Befragten gaben ein Pauschalurteil über die Grünen ab, genauso viele wie über die etablierten Parteien und dabei blieb es während der 1980er Jahre. Der Zweitstimmenanteil der Grünen blieb bei der Bundestagswahl im Oktober 1980 mit 1,5 % noch weit unter der Schwelle von 5 %. Der Erststimmenanteil betrug interessanterweise für eine kleine Partei 1,9 %. Erst 1983 zogen die Grünen mit 5,6 % Zweitstimmen erstmalig in den Bundestag ein.

---

<sup>1</sup>Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim (2019). Für 1980 sind dies die Monate Juli und September (Originalstudie ZA1053), für 1983 Januar und Februar (ZA2209), für 1987 November und Dezember 1986 sowie Januar 1987 (ZA1536), für 1990 Oktober und November (West: ZA1920, Ost: ZA1987), für 1994 August, September, und Oktober-Blitzumfrage (West: ZA2546, Ost: ZA2559), für 1998 Juli, August und KW 36–38 (ZA3160), für 2002 Juli, August, September und Blitzumfrage (West: ZA3849, Ost: ZA3850), für 2005 KW 29, 31–36 (West: ZA4259, Ost: ZA5258), für 2009 KW 32–37 (West: ZA5432, Ost: ZA5431), für 2013 KW 32–37 (ZA5677), für 2017 KW 32–37 (ZA6988).

Mit der Wiedervereinigung erweiterte sich das Parteiensystem des Bundestags durch die PDS als Nachfolgerin der SED als der führenden Partei der DDR auf fünf bzw. mit CSU auf sechs Parteien. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl nach dem 2. Weltkrieg war das Wahlgebiet noch nach dem früheren Westen einschließlich zum ersten Mal West-Berlin und dem Osten einschließlich Ost-Berlin geteilt. Die PDS kandidierte in beiden Wahlgebieten und erreichte im Osten 11,1 % und im Westen 0,3 % der Zweitstimmen. Ihr bescheidenes Ergebnis im Westen war nicht wie sonst bei Kleinparteien ein Hinweis auf mangelnde Bekanntheit. 1990 beurteilten bereits 79,4 % der westdeutschen Befragten alle sechs Parteien unter Einschluss der PDS auf dem Skalometer, ein Weglassen der PDS aus dieser Vereinigungsmenge aller Parteien hätte aber immerhin dem westdeutschen Parteiensystem aus Wählersicht eine um 11 Prozentpunkte höhere Beurteilungsquote gebracht (vgl. Tab. 4.1). Letzterer Wert nahm schon 1994 stark ab in Richtung des entsprechenden CSU-Wertes, so dass man von den Pauschalurteilen her betrachtet ab Mitte der 1990er Jahre von einem parlamentarischen Fünfparteiensystem ausgehen kann. Für Ostdeutschland war dies von Anfang an gegeben.

**Tab. 4.1** Befragte mit Pauschalurteil über CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne und PDS in 1990–2002 (in Prozent)

a. Westdeutschland				
Pauschalurteil über ...	1990	1994	1998	2002
alle Parteien	79,54	86,73	87,8	90,34
alle ohne PDS	10,86	3,37	2,34	1,36
alle ohne CSU	3,45	1,96	2,18	2,03
andere Kombinationen	4,35	3,95	3,79	3,05
keine Partei	1,80	3,98	3,88	3,22
N	1999	3113	3116	4131
b. Ostdeutschland				
Pauschalurteil über ...	1990	1994	1998	2002
alle Parteien	92,97	96,52	83,85	87,52
alle ohne PDS	0,18	0,22	1041	0,25
alle ohne CSU	0,82	1,02	5,16	3,81
andere Kombinationen	1,74	1,33	5,43	4,05
keine Partei	4,29	0,90	5,16	4,38
N	1095	3223	737	3653

Anmerkung: Daten des Politikbarometers (Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim 2019).

**Tab. 4.2** Befragte mit Pauschalurteil über CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke und AfD 2013 und 2017 sowie Piraten und Freie Wähler 2013 (in Prozent)

Pauschalurteil über ...	AfD 2013	AfD 2017	Piraten 2013	Freie Wähler 2013
alle Bundestagsparteien einschließlich der jeweils neuen Partei	70,7	94,07	86,59	76,73
alle Bundestagsparteien ohne jeweils neue Partei	21,62	0,65	6,05	17,95
alle ohne CSU	1,08	1,23	2,04	0,88
andere Kombinationen	4,61	2,39	3,35	2,92
keine Partei	1,98	1,67	1,98	1,52
N	4444	8964	3437	1710

Anmerkung: Daten des Politikbarometers (Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim 2019). Die Fallzahlen für 2013 unterscheiden sich, da die jeweils neue Partei nicht in jeder Erhebungswoche abgefragt wurde.

2013 erreichte der Zweitstimmenanteil der sonstigen Parteien, denen ein Einzug in den Bundestag verwehrt blieb, den bisherigen Höchststand von 11 %. Neben den 4,8 % für die FDP fallen darunter 4,7 % für die erst im März 2013 gegründete AfD, 2,0 % für die Piraten und 1,0 % für die Freien Wähler. Letztere drei Parteien wurden möglicherweise von der Forschungsgruppe Wahlen als aussichtsreich eingestuft und deshalb in die Menge der Parteien aufgenommen, deren Skalometereinstufung in einzelnen Wochenbefragungen erhoben wurde. Für diese Parteien zeigt sich ein Abfall der Beurteilungsbereitschaft oder Beurteilungsfähigkeit gegenüber den Bundestagsparteien, vor der Wahl natürlich unter Einschluss der FDP (vgl. Tab. 4.2). Am ehesten beurteilten die Befragten 2013 noch die Piraten. Die Beurteilungsquote für CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke und Piraten wird vom Ausgangswert von 86,6 % durch Weglassen der Piraten nur um 6 Prozentpunkte erhöht. Die Piraten waren damals noch in den Landtagen von Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Saarland und Berlin vertreten. An zweiter Stelle nach den Piraten folgen 2013 die Freien Wähler, für die die Beurteilungsquote zusammen mit den Bundestagsparteien nur 76,73 % beträgt. Lässt man sie weg, steigt die Beurteilungsquote für die Bundestagsparteien in den betreffenden Erhebungswochen zusammen auf  $76,73 + 17,95 = 94,68$  %. Die Werte für die neu gegründete AfD waren 2013 noch schlechter. Erst 2017 können wir von einem vollständigem Sechs- bzw. mit separater CSU Sieben-Parteiensystem aus Wählersicht sprechen. 94 % der Befragten 2017 stufen alle sieben Parteien einschließlich der AfD gleichzeitig ein.

Die meisten Befragten trauen sich offensichtlich eine allgemeine positive oder negative Einschätzung einer Partei zu, über die bundesweit häufig in den Medien berichtet wird. Dabei verwenden Befragte, die sich unsicher sind, oft auch die neutrale Mittelkategorie null auf dem von  $-5$  bis  $+5$  reichenden Skalometer. Die große Bereitschaft der Befragten, Parteien pauschal zu beurteilen, erlaubt eine großzügige Abgrenzung des Parteiensystems aus Wählersicht, die meist über 90 % der Befragten und alle Bundestagsparteien umfasst. Dazu kommen manchmal Parteien, deren Einzug in den Bundestag bevorsteht, wie die Grünen 1980 – bei damals nur drei etablierten Parteien – oder die AfD im Wahlkampf 2017, nicht dagegen schon 2013. Ob und welche politischen Inhalte die Befragten mit ihren Pauschalurteilen verbinden, bleibt unausgesprochen. Dazu bedarf es Fragen nach der ideologischen Einstufung und möglichen Themen der politischen Kommunikation zwischen Parteien und Wählern im Wahlkampf. Erst wenn diese Hürde genommen ist, können wir ein soziales System des Stimmenwettbewerbs diagnostizieren.

---

### 4.3 Systemabgrenzung mit ideologischen Signalen

Die weite Systemabgrenzung mit den Pauschalurteilen im letzten Abschnitt führte zu dem Ergebnis, dass wir für die 1980er Jahre der alten Bundesrepublik von einem Übergang vom Drei- zum Vierparteiensystem aus Wählersicht ausgehen können, CDU und CSU wegen der Fraktionsgemeinschaft im Bundestag und der Wählbarkeit entweder der einen oder der anderen Partei je nach Bundesland als eine Partei gezählt. Ab 1990 erweiterte sich das Parteiensystem um die PDS, deren Beurteilungsquote allerdings in Westdeutschland erst verzögert zu CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen aufschließen konnte. 2017 ist schließlich ein Sechs-Parteiensystem erreicht. Innerhalb dieser weiten Abgrenzung des Parteiensystems aus Wählersicht werden wir jetzt die Wahrnehmung der ideologischen und Politik-Standpunkte dieser Systemparteien untersuchen. Wir berichten die Wahrnehmungswerte für die einzelnen Parteien und achten so auf parteispezifische Wahrnehmungslücken. Da die Antwortbereitschaft der Befragten auch von der Art der Umfrage abhängt, haben wir die Antworten auf die Links-Rechts-Frage und die Policy-Fragen studienweise zusammengefasst. Es werden jeweils die gültigen Antworten auf die Fragen zur Partei- und Selbst-Einstufung berichtet.

Die Frage nach der ideologischen Fremd- und Selbsteinstufung wurde und wird in vielen europäischen Ländern, u. a. in Deutschland seit Anfang der 1970er Jahre (vgl. Klingemann und Pappi 1972), in Wählerumfragen oft gestellt. Entsprechend häufig haben sich Forscher mit dem damit verbundenen Ideologie-Begriff



befasst, wobei die Bedeutung im Vordergrund steht, die die Befragten bei der Selbst-Einstufung damit verbinden. So haben Inglehart und Klingemann (1976) auf die Abhängigkeit der Selbsteinstufung von der Parteiidentifikation hingewiesen, während andere Autoren die Abhängigkeit von strittigen Themen (*Issues*) der politischen Auseinandersetzung betonen (vgl. Weber und Saris 2015 oder Meyer und Wagner 2020 als neuere Beispiele). Fuchs und Klingemann interpretieren das Links-Rechts-Schema als „Mechanismus zur Komplexitätsreduktion, der Individuen in erster Linie eine Orientierungsfunktion und dem politischen System eine Kommunikationsfunktion bietet“ (1990, S. 205, eigene Übersetzung). Wenn sich jemand politisch links oder rechts einstuft, sei das nicht im Sinn eines Bekenntnisses zu einer Ideologie als eines relativ geschlossenen *belief systems* (Converse 1964) zu verstehen.

In unserer Interpretation geht es um ideologische Signale, die Parteien senden, um Wählern politische Orientierung zu geben. Statt bei der Selbsteinstufung der Wähler anzusetzen, gehen wir von der Frage aus, ob normale Staatsbürger zur Links-Rechts-Einstufung der Parteien fähig sind. Besitzen sie diese Fähigkeit, können sie der Parteiauseinandersetzung besser folgen als ohne diese Fähigkeit. Parteiideologien als Heuristik zur Bildung eines Ideologiedifferentials ersparen dem Wähler Kosten, „die ihm entstehen würden, wenn er sich über ... Einzelfragen informieren müsste“ (Downs 1968, S. 95). Sie erleichtern damit die Entscheidung zwischen den Parteien.

Bei der neuerdings starken Betonung der Zweidimensionalität der politischen Konfliktstruktur – den wirtschaftspolitischen Streitfragen einerseits und den kulturellen Streitpunkten andererseits, die ein breites Spektrum abdecken von Themen wie „Ehe für alle“ über Drogenfreigabe bis zu Fragen der ethnischen Identität und Einwanderung (vgl. Kriesi et al. 2008 für Westeuropa oder Carmines und D’Amico 2015 für die USA) – stellt sich das Problem, wie aus zwei – orthogonalen (?) – Grunddimensionen bei Links-Rechts eine einzige Dimension werden kann. Eine Antwort lautet, dass Links-Rechts, oder Liberal-Konservativ in den USA, Unterscheidungen ohne Bi-Polarität seien, weil liberale Bürger andere Kriterien benutzen, um sich als liberal zu bezeichnen, als konservative Bürger, die sich als konservativ bezeichnen. Lachat (2018) spannt einen zweidimensionalen Politikraum auf mit der von Staat zu Markt laufenden ökonomischen und der von konservativ zu liberal laufenden kulturellen Dimension. Er fragt, ob die ideologische Links-Rechts-Skala linear von links oben nach rechts unten verläuft oder nicht gekrümmt in dem Sinn, dass liberale Anhänger von mehr Staatsregulierung der Wirtschaft alle gleich liberal, aber für mehr oder weniger Staatseingriffe in die Wirtschaft seien, während sich konservative Marktanhänger nicht wirtschaftspolitisch unterschieden, wohl aber im Grad ihres Konservatismus (S. 422). Dieses

Muster kann Lachat empirisch für westeuropäische Länder bestätigen und interpretiert das Ergebnis damit, dass die Wähler von den politischen Parteien und deren ideologischen Signalen bei ihrem Verständnis von links und rechts beeinflusst seien. „For citizens, the meaning of the left–right scale should depend on what divides the political actors that claim to be left-wing or right-wing ...” (Lachat 2018, S. 422). Die *pragmatics of political mapping* (White 2010) finden im öffentlichen Diskurs und zwischen Parteien statt. Dabei geht es um ideologische Signale, deren Bedeutung sich mit der Konjunktur einzelner Themen zwar ändern kann, die für den Wähler aber solange Kontinuität erkennen lassen, wie die Anordnung der Haupt- oder Ankerparteien auf der Links-Rechts-Dimension gleichbleibt. Kennt und orientiert man sich an dem Links-Rechts-Schema, kann man die Standpunkte der Parteien bei konkreten Streitfragen erschließen (vgl. Hinich und Munger 1996). In diesem Sinn ist ein auch von den Wählern verstandenes Links-Rechts-Schema Kern des dem Parteiensystem zugrunde liegendem Symbolsystems.

Dieser von den Parteien ausgehenden Interpretation der Bedeutung von links und rechts entspricht die Erwartung, dass den Wählern ein Urteil über die Parteipositionen auf der Links-Rechts-Skala leichter oder zumindest nicht schwerer fällt als die Selbsteinstufung. Denn wenn man die Parteipositionen nicht kennt, wie soll man sich ohne diese Heuristik selbst einstufen? Dann müsste man sich auf inhaltlich geschlossene Weltbilder beziehen, was den meisten Wählern schwerfallen dürfte.

Vergleicht man unter diesem Gesichtspunkt die gültigen Werte der Parteiwahrnehmungen und der Selbsteinstufungen bei Links-Rechts (Anhang Tab. A4.2 und A4.5), zeigt sich in der Tat ein klarer Unterschied zu den Politikfeld-orientierten Themen. Bei Letzteren wissen die Befragten genauer, was sie wollen, und weniger genau, was die Parteien wollen. Bei Links-Rechts liegen die Prozentwerte für die zum System aus Wählersicht gehörenden Parteien für beide Seiten gleichauf oder die Parteiwahrnehmung übertrifft manchmal sogar die Selbsteinstufung, wie z. B. 2009. Was die „ideologische“ Systemabgrenzung betrifft, gehört die AfD 2017 im Unterschied zu 2013 eindeutig zum System. Wahrscheinlich als rechte Extrempartei wahrgenommen, übertreffen ihre 90,0 % 2017 sogar die Werte der Grünen (89,4 %) oder der FDP (87,9 %). Mit welcher ideologischen Position die Parteien wahrgenommen werden, ist Thema des nächsten Kapitels. Ob die Einnahme einer Extremposition auf der Links-Rechts-Skala allein eine Garantie für die längerfristige Etablierung der AfD im deutschen Parteiensystem ist, darf allerdings bezweifelt werden. Auch die DKP und NPD wurden Anfang der 1970er Jahre klar als linke bzw. rechte Extremparteien wahrgenommen (Klingemann und Pappi 1972). Der Einzug in den Bundestag gelang ihnen aber nie.

## 4.4 Systemabgrenzung mit Kommunikationsinhalten

Wir haben Parteiensysteme als Systeme der Interaktion zwischen Parteien in Bezug auf den Wettbewerb um Wählerstimmen definiert. Das Parteiensystem aus Wählersicht ist relevant, weil es das größtmögliche gemeinsame *choice set* der Wählerschaft beschreibt. Wie bei der relevanten Menge der Parteien geht es bei den inhaltlichen Bezügen des Wettbewerbs um die Auswahl relevanter Einheiten, hier von strittigen Wahlkampfthemen (Issues). Damit ein Wähler seine Nähe zu den einzelnen Parteien beurteilen kann, muss er seine eigene Politikpräferenz bei dem jeweiligen Thema mit den wahrgenommenen Standpunkten der Parteien vergleichen. Bei Pauschalurteilen mit Hilfe von Skalometern steht der Idealpunkt aller Wähler von vorne herein fest. Es ist der höchste positive Wert, also + 5, der zugleich der beste von einer Partei erreichbare Wert ist. Bei strittigen Wahlkampfthemen dagegen halten Parteien und Wähler verschiedene Politiken für am besten geeignet, das jeweilige Problem zu lösen.

Welche strittigen Wahlkampfthemen soll man als inhaltliche Komponente in ein Parteiensystem aus Wählersicht einbeziehen? Wie zur Systemeigenschaft nach unserer Definition der Parteienwettbewerb im *selben* Wählermarkt gehört, gehören dazu auch ideologische Heuristiken und gemeinsame Wahlkampfthemen. Natürlich können Parteien Schwerpunkte bis hin zu vermuteter *issue ownership* setzen, genauso wie Wähler ihr Interesse auf bestimmte Fragen in Form von *issue publics* konzentrieren können. Das schließt aber Stellungnahmen anderer Parteien zu diesen Fragen nicht aus. Wählern wird man dagegen eine Teilnahme an der inhaltlichen Wahlkampfkommunikation noch zuerkennen, wenn sie eine eigene Politikpräferenz zu mindestens einem der ausgewählten Wahlkampfissues besitzen und gleichzeitig die Parteistandpunkte zu diesen Issues wahrnehmen.

Relevanzkriterium bei der Auswahl strittiger Wahlkampfthemen ist ihre Bedeutung für den Parteienwettbewerb um Wählerstimmen und damit ihr Einfluss auf die Wählerentscheidungen. Aufseiten der Parteien kommt es darauf an, mit welchen Themen sie versuchen, die Wähler zu mobilisieren. Aufseiten der Wähler ist relevant, wie stark sie sich für die Frage interessieren und wie weit ihre Meinungsbildung in der Frage fortgeschritten ist. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, werden große Teile der Wählerschaft in der Lage sein, Urteile über die Standpunkte der Parteien abzugeben, sodass die entsprechenden Themen sich tatsächlich auf das Wahlergebnis auswirken können.

Als Fragenformat hat sich in allgemeinen Bevölkerungsumfragen die Vorgabe einer numerischen Skala z. B. von 1 bis 7 oder 11 und benannten Endpunkten durchgesetzt. Es wird so eine Politikdimension unterstellt, auf der man die einzelnen Politiken zur Lösung des ausgewählten Problems, die konkret nur als

Gegensätze der beiden Endpunkte genannt werden, als geordnete Menge aufzählen kann. Dabei kann man versuchen, die Standpunkte der Parteien möglichst so wiederzugeben, wie sie die Parteien untereinander diskutieren, was von Befragten bei Wiedergabe ihrer eigenen Meinung dieselbe Detailgenauigkeit verlangt. Oder man formuliert weniger spezifisch und folgt dem Rat von Umfrageexperten, bei der Untersuchung der öffentlichen Meinung eine mittlere Ebene der Spezifität anzustreben (Berinsky 2017), weil Wähler eher Einstellungen als spezifische Präferenzen hätten (Bartels 2003). Man sollte aber nicht vergessen, dass wir es mit Urteilsdimensionen für Parteipositionen zu tun haben. Der Politikinhalt sollte dabei nicht so sehr verwässert werden, dass man die strittigen Wahlkampfthemen dahinter nicht mehr erkennt. Immerhin haben Vorwahlumfragen den Vorteil, dass sie dann im Feld sind, wenn die entsprechenden Themen die öffentliche Debatte bestimmen, was die Meinungsbildung der Wähler erleichtert. Als Alternative zu Wahlkampfthemen greifen Forscher auch gerne auf politikfeld-spezifische ideologische Dimensionen oder allgemeinere Policy-Orientierungen zurück (Kriesi et al. 2008; Carmines et al. 2012; Berinsky 2017).

In diesem Abschnitt vergleichen wir die Meinungsbildung der Befragten mit den Wahrnehmungen von Parteipositionen bei den Bundestagswahlen, für die Daten zur Verfügung stehen. Ziel ist die jeweilige Abgrenzung des Parteiensystems aus Wählersicht im Hinblick auf Kommunikationsinhalte im Wahlkampf. Wir vermuten, dass Wähler oft eine eigene Meinung zu einem Thema haben, dass es ihnen aber schwerer fällt, ein Urteil über die Parteipositionen abzugeben. In diesem Abschnitt interessieren wir uns aber für das Parteiensystem aus Wählersicht und das betrifft die Frage, welche Themen für welche Menge an Parteien als Kommunikationsinhalte zwischen Parteien und einem möglichst großen Teil der Wählerschaft dienen können. Als Kontext muss dabei der Wahlkampf, die jeweilige Zahl der Bundestagsparteien, aber auch die Art der Umfrage – seien es Wahlumfragen ausschließlich politischen Inhalts oder Mehrthemenerhebungen – und schließlich die Schwierigkeit der Frageformulierung beachtet werden. Wenn bei den Parteien nach CDU und CSU separat gefragt wurde, behalten wir in diesem Abschnitt die Differenzierung bei.

Wir beginnen mit einer Umfrage nach der Bundestagswahl 1980 (siehe Tab. A4.1 im Anhang dieses Kapitels). Kanzler Helmut Schmidt (SPD) kämpfte für die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition mit der FDP gegen seinen Herausforderer Franz Josef Strauß (CSU), der von der Bundestagsfraktion von CDU und CSU in geheimer Abstimmung zum Kanzlerkandidaten gewählt worden war. Alle in Tab. A4.1 aufgeführten Themen sind in 1980er Wahlprogrammen angesprochen worden. Dies sagt aber nicht unbedingt etwas darüber aus, wie stark das jeweilige Thema den Wahlkampf bestimmte. Als Indikator dafür eignet sich auch

nicht der Grad der Meinungsbildung in der Wählerschaft. So spielte der Beschluss der NATO zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen im Wahlkampf eine große Rolle. Als sicherheitspolitisches Thema hatten aber mit 86,53 % nicht so viele Befragte eine Meinung dazu wie bei den innenpolitischen Themen, von denen nicht alle zur Wählermobilisierung verwendet wurden.

Am besten kennen die Befragten die Parteistandpunkte bei dem „leichten“ Thema (Carmines und Stimson 1980) Schwangerschaftsabbruch, gefolgt von Kernenergie und der Strafrechtsverschärfung zur Terrorabwehr. Dass beim Thema Rente, zu dem 94 % eine Meinung haben, die Positionswahrnehmung am geringsten ist, hängt sicher mit der Frageformulierung zusammen. So wurde den Befragten erklärt, dass beim Bedarfsprinzip auf Kosten der Allgemeinheit eine bedarfsgerechte Basisrente garantiert werde, die 75 % des Durchschnittseinkommens aller Versicherten garantiere.

Bei allen Themen werden die Standpunkte von CDU/CSU und SPD von etwas mehr Befragten wahrgenommen als die der FDP. Wegen des geringen Abstands zwischen CDU/CSU und SPD einerseits und FDP andererseits wird man aber auf die FDP als Teil des Parteiensystems aus Wählersicht nicht verzichten.

Nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 zur Koalition von CDU/CSU und FDP unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (CDU) war die Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 die erste nach einer vollen Legislaturperiode der neuen Koalition. Die SPD mobilisierte ihre Wählerschaft zusammen mit den Gewerkschaften mit der Forderung, eine Reform des sogenannten „Streikparagrafen“ im Arbeitsförderungsgesetz (§ 116) rückgängig zu machen. Nach der alten Fassung hatten Arbeitnehmer Ansprüche auf Kurzarbeitergeld, wenn die Produktion wegen fehlender Zulieferungen aus streikbetroffenen Regionen eingeschränkt werden musste, selbst wenn diese Arbeitnehmer, weil in derselben Branche tätig, von dem erkämpften Pilotabschluss profitieren würden. Das zweite wichtige Thema war, ein halbes Jahr nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, die Nutzung der Kernenergie. Wie ein Blick auf Tab. A4.2 zeigt, waren mit diesen beiden Themen Idealbedingungen für ein Vierparteiensystem aus Wählersicht unter Einschluss der Grünen und mit klaren Kommunikationsinhalten gegeben.

Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 (Tab. A4.3) war die Sichtbarkeit der Positionen der bereits im Bundestag vertretenen Parteien im Wahlgebiet West für die vier ausgewählten Themen ähnlich gut wie 1987, bei den Wählern im Osten sind daran gemessen gewisse Wahrnehmungslücken zu konstatieren. Das betrifft gerade auch die PDS, die nur bei dem klassischen Konfliktthema Abtreibung in Ost und West sehr hohe Wahrnehmungswerte erzielte. Ansonsten wusste die ostdeutsche Wählerschaft auch die PDS in das neue, westdeutsch dominierte Themenspektrum nicht so gut einzuordnen wie vor allem die großen Parteien CDU

und SPD. Insgesamt war die Mobilisierung der gesamtdeutschen Wählerschaft, hier gemessen mit einer Vorwahlstudie unmittelbar nach der staatlichen Wiedervereinigung, aber sehr hoch, sodass man ein gesamtdeutsches Fünfparteiensystem aus Wählersicht mit einer gleichzeitig sehr ausgeprägten Meinungsbildung in Ost und West wird annehmen können.

Vier Jahre später, in normaleren Zeiten und gemessen mit der Einschaltung von politischen Fragen in eine ansonsten unpolitische Mehrthemenhebung, hat sich das Bild etwas gewandelt (vgl. Tab. A4.4). Inzwischen war die hohe Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zum Problem geworden, was durch eine Frage nach einem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Staates thematisiert wird. Außerdem ging es um die Einführung eines Tempolimits auf Landstraßen und Autobahnen und um das Abhören von Gesprächen in Privatwohnungen zur Verbrechensbekämpfung. Der Abfall der Wahrnehmungswerte der PDS auf unter 50 % im Westen deutet auf eine Rückkehr zum Vierparteiensystem aus Wählersicht hin. Und im Osten bestätigt sich nochmals wie schon 1990, dass die PDS Schwierigkeiten bei der Signalisierung ihrer Standpunkte hatte, insbesondere bei den Themen Tempolimit und Verbrechensbekämpfung. Die eigene Meinungsbildung der Wähler zu den ausgewählten Fragen ist dagegen bei West- und Ostdeutschen gleich hoch.

Die für die Jahre 1980, 1987, 1990 und 1994 besprochenen Wahlkampfthemen betrafen Politikvorschläge, die je nach Wahlausgang als Gesetze hätten verabschiedet und implementiert werden können bzw. beschlossen worden sind. Diese Themen gingen auf Vorschläge von Regierungs- oder einzelnen Oppositionsparteien zurück und waren allgemein genug, um nicht nur kleine Wählergruppen zu betreffen oder von politischen Gegnern solcher Vorschläge einfach ignoriert werden zu können. Wir stellen jetzt für die Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 Fragen zu allgemeineren Konfliktdimensionen vor, die als politikfeld-spezifische Orientierungen formuliert worden sind. Diese Vorgehensweise geht von der Vorstellung aus, dass der Politikraum moderner Gesellschaften nach mehr als einer Grunddimension strukturiert ist. So wird neuerdings zwischen einer ökonomischen und einer kulturellen Grunddimension unterschieden (vgl. z. B. Kriesi et al. 2008; Carmines et al. 2012; Berinsky 2017). Oder man versuchte in den 1980er Jahren das Aufkommen der Grünen mit einer neuen postmateriellen Dimension im Unterschied zur materiellen Dimension der alten Politik zu erklären (vgl. die Literatur zum Wertewandel wie insbesondere Inglehart 1989). Die Grunddimensionen sind in der Bevölkerung in gesellschaftlichen Wertorientierungen verankert, die sich nicht direkt auf aktuelle politische Problemlagen und damit auf die Tagespolitik beziehen müssen. Als Tiefenstruktur stecken sie aber mögliche politische Konfliktfelder ab, die in Wahlkämpfen Ausdruck in konkreten Forderungen und

Politikangeboten finden können. Will man solche möglichen politischen Konfliktfelder zur Abgrenzung eines Parteiensystems aus Wählersicht verwenden, ist auf den politischen Gehalt der einschlägigen Themen zu achten. Parteien müssen sich dazu geäußert haben und Wähler müssen einen inhaltlichen Bezug zu ihrer Wahlentscheidung herstellen können. Wir sprechen deshalb von politikfeld-spezifischen Orientierungen oder in der Überschrift zu Tab. A4.5 von möglichen Wahlkampfthemen.

Die Primärforscher der *German Longitudinal Election Study* (GLES) haben für die drei Vorwahlquerschnitte politikfeld-spezifische Orientierungsalternativen gewählt (vgl. Tab. A4.5). Die ausgewählten Politikfelder sind die Sozial-, die Zuwanderungs- und die Energiepolitik. Da es sich nicht um unmittelbare Wahlkampfthemen handelte, glaubte man dieselben Fragen im Interesse eines Zeitvergleichs für alle drei Bundestagswahlen verwenden zu können. Wegen des schnellen Regierungsentschlusses zum Ausstieg aus der Kernenergie nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 war die 2009 gestellte Frage mit den Optionen „weiterer Ausbau der Kernenergie“ vs. „sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke“ obsolet geworden. Sie wurde 2013 und 2017 durch eine allgemeine Trade-off-Frage zwischen Vorrang für Wirtschaftswachstum vs. Vorrang für Bekämpfung des Klimawandels ersetzt. Die Fragen zur Sozialpolitik (Trade-off zwischen „weniger Steuern und Abgaben“ und „mehr sozialstaatliche Leistungen“) und zur Zuwanderung (Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern vs. erschweren) konnten dreimal gestellt werden, wobei das Thema Zuwanderung wegen der Flüchtlingskrise vom Herbst 2015 im Wahlkampf 2017 direkt zum Wahlkampfthema wurde.

Vergleicht man die Ergebnisse zur Vollständigkeit der Parteienwahrnehmung und zur eigenen Meinungsbildung mit den Ergebnissen der Tab. A4.1 bis A4.4, wiederholt sich einiges. So scheinen Wahlstudien vor Mehrthemenerhebungen die Auskunftsfreudigkeit der Befragten zu erhöhen. Das gilt für die Urteile über Parteien, nicht für die eigene Meinungsbildung. Letztere ist unabhängig von der Art der Umfrage immer sehr hoch und sie übertrifft ohne Ausnahme immer den höchsten Prozentsatz der gültigen Angaben über Parteien. Bei der Links-Rechts-Frage ließ sich dieses Antwortmuster nicht feststellen.

Was die Frage der Systemabgrenzung betrifft, kann man seit 2009 die Linke in der gesamtdeutschen Wählerschaft als eindeutiges Mitglied des Parteiensystems aus Wählersicht einordnen. Gleiches kann man von der AfD 2017 nur bedingt sagen. Sie erreicht nur beim Thema Zuwanderung hohe Werte, nicht bei der Sozial- und Klimapolitik. Aus Wählersicht handelt es sich im Hinblick auf Wahlkampfthemen eher um eine Ein-Themen-Partei, allerdings mit klar wahrgenommener ideologischer Positionierung.

Insgesamt können wir das Parteiensystem aus Wählersicht im Hinblick auf gemeinsame Kommunikationsinhalte – nach dem Dreiparteiensystem bis Anfang der 1980er Jahre – als Vierparteiensystem unter Einschluss der Grünen abgrenzen, das in Westdeutschland auch noch in den 1990er Jahren die Parteienwahrnehmung und das Wählerverhalten bestimmte. Nach Gründung der Partei Die Linke erweiterte sich das Parteiensystem in Gesamtdeutschland zu einem Fünfparteiensystem. Mit der Bundestagswahl 2017 wurde der erste Schritt zum Sechsparteiensystem unter Einschluss der AfD getan, die sich in der Wählerwahrnehmung als Ein-Themen-Partei, aber mit klarer ideologischer Verortbarkeit, als peripheres Mitglied qualifiziert.

---

## 4.5 Schlussfolgerung

Ein nationales Parteiensystem aus Wählersicht enthält die Parteien, zwischen denen sich die große Mehrheit der Wähler bei einer nationalen Parlamentswahl entscheidet. Dieses Parteiensystem aus Wählersicht wird Teilsystem des sozialen Systems der Interaktion zwischen den Parteien, die wegen des Stimmenwettbewerbs um dieselben Wähler sich gegenseitig in Wahlkämpfen in Rechnung stellen.

Wir haben in diesem Kapitel das deutsche Parteiensystem aus Wählersicht vor einzelnen Bundestagswahlen im Hinblick auf drei Kriterien abgegrenzt:

1. im Hinblick auf Pauschalurteile, die Befragte in nationalen Umfragen über die Parteien abgeben,
2. im Hinblick auf die Wahrnehmung der Parteipositionen auf einer vorgegebenen Links-Rechts-Skala, auf der sich die Befragten auch selbst einstufen und
3. im Hinblick auf inhaltliche Wahlkampfthemen, bei denen Befragte ihre eigenen Einstellungen mit den wahrgenommenen Parteistandpunkten vergleichen.

Pauschalurteile ermöglichen eine sehr umfassende Abgrenzung eines Parteiensystems, weil sich die meisten Befragten ein Pauschalurteil über Parteien zutrauen, vorausgesetzt sie kennen die Partei. Zu einem so abgegrenzten Parteiensystem gehören immer alle Bundestagsparteien, auch die PDS in den 1990er Jahren in Westdeutschland, wo sie noch kaum Wahlchancen hatte. Die Grünen können 1980 bereits genauso wie die AfD 2017 zum Parteiensystem aus Wählersicht nach dem ersten Kriterium gerechnet werden.

Die Zugehörigkeit von Wählern zum sozialen System des Stimmenwettbewerbs setzt die Wahrnehmung von ideologischen oder Policy-Standpunkten der



---

Parteien voraus, die die Wähler gleichzeitig nach den jeweiligen inhaltlichen Gesichtspunkten beurteilen. Einschränkungen der Zugehörigkeit ergeben sich am häufigsten bei Kriterium 3. Hier existieren oft Wahrnehmungshürden, die die beziehungsspezifische Sichtbarkeit der Partei einschränken. Bei den Parteien werden im Allgemeinen die Positionen von CDU/CSU oder SPD von mehr Befragten wahrgenommen als die Positionen der kleineren Parteien, es sei denn die kleinere Partei setzt Schwerpunkte, wie die Grünen beim Umweltthema. Wenn die Wahrnehmung der Policy-Standpunkte aller Parteien eingeschränkt ist, kann das auch an der Frageformulierung oder am Typ der Befragung liegen. So ist die Auskunftsbereitschaft über Parteien in exklusiven Wahlstudien größer als in Mehrthemenerhebungen nur teilweise politischen Inhalts.

Die ideologische Abgrenzung mithilfe einer Links-Rechts-Frage führt in der Regel zu einer umfassenderen Systemabgrenzung als die Verwendung von Policy-Fragen, die den Parteiendiskurs passgenau wiedergeben. Wir werden im nächsten Kapitel nachweisen, dass Links-Rechts insofern als Heuristik zur politischen Orientierung im deutschen Parteiensystem taugt, als Links-Rechts auch als Beurteilungskriterium den Pauschalurteilen zugrunde liegt.

---

## **Anhang**

**Tab. A4.1** Befragte mit gültigen Angaben bei Parteiwahrnehmungen und eigener Einstellung zu Wahlkampfthemen 1980, abgefragt in einer Mehrthemenhebung nach der Wahl (in Prozent)

	Rente	Terror	Aussperrung	Abtreibung	Privater Rundfunk	Nachrüstung	Kernenergie
CDU/CSU	63,9	79,7	68,0	82,8	68,6	73,4	79,6
SPD	65,3	77,4	69,3	80,7	66,6	72,6	79,7
FDP	59,6	73,3	63,5	73,8	61,0	68,4	75,6
Selbst-Einstufung	93,9	96,2	90,6	95,8	92,4	86,5	94,6

Anmerkung: Daten des ZUMABUS 5 (Bechmann et al. 1985); Erhebungszeitraum Oktober 1980; Ergebnisse auf Basis von N = 1907; Rente: „Renten können nach dem Versicherungsprinzip oder nach dem Bedarfsprinzip bezahlt werden. [...] Nach welchem Prinzip sollen die Renten bezahlt werden?"; Terror: „Sind Sie eher für die eingeführte Strafrechtsverschärfung (Kontaktverbote für Gefangene) oder eher gegen die eingeführte Strafrechtsverschärfung?"; Aussperrung: „Gegenwärtig können bei einem Arbeitskampf die Arbeiter und Angestellten streiken und die Unternehmer können die Arbeitnehmer aussperren. [...] Sind Sie eher für das Verbot der Aussperrung oder eher gegen das Verbot der Aussperrung?"; Abtreibung: „[...] Sind Sie eher für eine generelle Freigabe der Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft oder nur bei gesundheitlicher Gefahr für Mutter und Kind?"; privater Rundfunk: „[...] Zur Erhöhung der Programmvielfalt fordern einige Politiker zusätzliche, private Rundfunksender, die sich durch Werbeeinnahmen selbst finanzieren. Sind Sie eher für die Einrichtung zusätzlicher, privater Rundfunksender oder sind Sie gegen die Einrichtung zusätzlicher privater Rundfunksender?"; Nachrüstung: „[...] Sind Sie eher für die sofortige Nachrüstung der NATO mit Mittelstreckenraketen oder sind Sie eher gegen eine sofortige Nachrüstung der NATO mit Mittelstreckenraketen?"; Kernenergie: „Der Bau von Atomkraftwerken ist politisch sehr umstritten. Das Problem ist, ob noch zusätzlich Atomkraftwerke gebaut werden sollen oder nicht. Sind Sie eher für den Bau zusätzlicher Atomkraftwerke oder eher dagegen?";

**Tab. A4.2** Befragte mit gültigen Angaben bei Parteiwahrnehmungen und eigener Einstellung zu Links-Rechts und Wahlkampfthemen 1987, abgefragt in einer Wahlstudie (in Prozent)

	Links-Rechts	Kernenergie	§ 116 Arbeitsförderungsgesetz
CDU/CSU	-	98,0	96,7
CDU	98,3		
CSU	98,1	-	-
SPD	98,2	98,7	97,3
FDP	98,2	97,8	96,6
Grüne	98,2	98,1	96,4
Selbst-Einstufung	99,3	99,4	98,2

Anmerkungen: Daten der Wahlstudie 1987 (Berger et al. 2012); 1. Welle von September 1986 mit N = 1954; Frage Links-Rechts: „Es gibt eine Reihe von Begriffen, die man immer wieder hört, wenn von den politischen Parteien die Rede ist, z. B. „links“ und „rechts“. Bitte zeichnen Sie auf dieser Vorlage ein, wie Sie die SPD, die CDU, die FDP, die CSU und die Grünen einstufen [1 – Links; 11 – Rechts]“; Kernenergie: „Auch zur Frage der Kernenergie gibt es in der Öffentlichkeit gegensätzliche Auffassungen. Wie ist Ihre Meinung dazu? Bitte benutzen Sie wieder diese Skala zum Ankreuzen [1 – Weiterer Ausbau der Kernenergie; 7 – Sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke]“; § 116: „Ein Streik in einem bestimmten Gebiet kann dazu führen, dass auch Arbeitnehmer in anderen, nicht bestreikten Gebieten die Arbeit einstellen müssen [...] Wir haben hier zwei gegensätzliche Forderungen aufgeschrieben. Bitte sagen Sie uns mit Hilfe dieser Skala, welche Meinung Sie dazu haben. Je stärker Sie eine der beiden Forderungen vertreten, desto näher gehen Sie mit Ihrem Kreuz an die entsprechende Seite [1 – Die Arbeitsämter sollen immer zahlen, wenn die Arbeit eingestellt werden muss, weil in einem anderen Gebiet gestreikt wird; 7 – Die Arbeitsämter sollen auf keinen Fall zahlen, wenn die Arbeit eingestellt werden muss, weil in einem anderen Gebiet gestreikt wird]“.

**Tab. A4.3** Befrage mit gültigen Angaben bei Parteiwahrnehmungen und eigener Einstellung zu Wahlkampfthemen 1990, abgefragt in einer Wahlstudie (in Prozent)

	Wirtschaftspolitik DDR-Gebiet		Asylrecht		Abtreibung		Kernenergie	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
CDU	95,6	90,5	96,6	89,6	96,3	91,8	95,5	84,8
CSU	94,5	86,9	96,2	87,9	96,0	90,6	94,7	83,1
SPD	94,9	89,2	96,6	89,0	96,3	91,8	95,5	84,5
FDP	93,6	87,3	94,3	86,1	94,3	87,9	93,8	81,4
Grüne	91,4	82,7	93,0	85,0	94,3	87,1	94,7	85,1
PDS	86,7	83,9	83,9	82,8	88,5	89,9	83,8	81,1
Selbst-Einstufung	98,5	98,6	99,3	98,3	99,0	98,6	97,9	95,2

Anmerkung: Daten der Vergleichenden Wahlstudie 1990 (Kaase 1994); 1. Welle von Oktober/November 1990 mit N = 1340 für West und N = 692 für Ost; Frage Wirtschaftspolitik: „[...] Und wo stehen Ihrer Meinung nach die politischen Parteien zu der Frage der wirtschaftlichen Gesundung des DDR-Gebietes? [...] Verwenden Sie für Ihre Einschätzung bitte die Werte 1 bis 7. Der Wert 1 bedeutet, der Staat muss sich weitgehend heraushalten. Der Wert 7 bedeutet, der Staat muss umfassend eingreifen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen“; Asylrecht: „[...] Und wo stehen Ihrer Meinung nach die politischen Parteien zu der Frage des Asylrechtes? Verwenden Sie auch hier für Ihre Einschätzung bitte die Werte 1 bis 7. Der Wert 1 bedeutet, das Asylrecht soll in keiner Weise eingeschränkt werden. Der Wert 7 bedeutet, das Asylrecht soll stark eingeschränkt werden. Mit den Werten [...]“; Abtreibung: „[...] Und wo stehen Ihrer Meinung nach die politischen Parteien zu der Frage der Schwangerschaftsabbrüche? Verwenden Sie auch hier für Ihre Einschätzung bitte die Werte 1 bis 7. Der Wert 1 bedeutet, der Staat sollte Schwangerschaftsabbrüche generell unter Strafe stellen. Der Wert 7 bedeutet, es sollte in jedem Fall der Frau überlassen werden, ob sie die Schwangerschaft abbrechen will oder nicht. Mit den Werten [...]“; Kernenergie: „[...] Und wo stehen Ihrer Meinung nach die politischen Parteien zu der Frage der Kernenergie? Verwenden Sie auch hier für Ihre Einschätzung die Werte 1 bis 7. Der Wert 1 bedeutet, die Kernenergie soll weiter ausgebaut werden. Der Wert 7 bedeutet, alle Kernkraftwerke sollten sofort abgeschaltet werden. Mit den Werten [...]“.

**Tab. A4.4** Befragte mit gültigen Angaben bei Parteipräferenz und eigener Einstellung zu Wahlkampfthemen 1994, abgefragt in einer Mehrthemenhebung (in Prozent)

	1994							
	Arbeitslosigkeit		Tempolimit		Verbrechensbekämpfung			
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
CDU/CSU	78,3	75,2	80,5	71,8	76,5	71,4	71,4	71,4
SPD	77,8	75,4	80,9	73,2	74,9	69,2	69,2	69,2
FDP	68,1	68,4	67,7	58,6	67,2	62,6	62,6	62,6
Bündnis 90/Grüne	62,5	60,8	82,1	77,4	65,5	59,8	59,8	59,8
PDS	44,8	66,0	38,9	56,8	45,4	58,0	58,0	58,0
Selbst-Einstufung	88,9	91,0	95,2	93,8	94,2	96,2	96,2	96,2

Anmerkung: Daten der Vorwahlstudie zur Bundestagswahl 1994 (Pappi et al. 1996); Erhebungszeitraum Oktober 1994 mit N = 1891 in West und N = 500 in Ost; Frage Arbeitslosigkeit: „[...] Was ist Ihre Meinung? Sind Sie für ein massives Arbeitsbeschaffungsprogramm des Staates, dann geben Sie bitte den Skalenwert 1 an. Sind Sie für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen, geben Sie bitte den Skalenwert 7 an“; Tempolimit: „[...] Was ist Ihre Meinung? Soll ein Tempolimit von 80 km/h auf Landstraßen und 100 km/h auf Autobahnen eingeführt werden, dann geben Sie bitte den Skalenwert 1 an. Soll kein allgemeines Tempolimit vorgeschrieben werden, geben Sie bitte den Skalenwert 7 an“; Verbrechensbekämpfung: „[...] Was ist Ihre Meinung? Soll zur Verbrechensbekämpfung das Abhören von Gesprächen in Privatwohnungen erlaubt werden, dann geben Sie bitte den Skalenwert 1 an. Soll das Anhören strikt verboten bleiben, geben Sie bitte den Skalenwert 7 an“.

**Tab. A4.5** Befragte mit gültigen Angaben bei Parteipräferenz und eigene Einstellung zu Links-Rechts und mögliche Wahlkampfthemen 2009–2017, abgefragt in einer Wahlstudie (in Prozent)

	Links-Rechts			Steuern vs. Sozialstaat			Zuwanderung			Kernenergie/ Klimawandel		
	2009	2013	2017	2009	2013	2017	2009	2013	2017	2009	2013	2017
CDU	88,8	88,8	91,5	86,2	88,5	87,1	87,7	89,8	93,3	90,7	90,8	87,8
CSU	87,7	88,3	90,1	82,0	86,3	83,8	84,8	88,6	92,2	86,7	89,1	85,3
SPD	90,2	89,4	91,6	87,8	89,5	87,5	87,6	89,1	89,9	90,1	90,0	85,5
FDP	87,9	86,9	87,9	83,9	86,3	78,9	81,1	81,8	77,1	83,7	86,0	78,1
Grüne	87,9	86,9	89,4	79,4	84,0	80,3	83,8	85,6	84,3	95,0	92,3	89,3
Linke	92,2	89,2	92,8	80,4	83,9	79,9	80,6	82,5	81,0	76,3	79,2	74,0
Piraten	-	59,4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
AfD	-	46,9	90,0	-	-	55,3	-	-	90,2	-	-	52,9
Selbst-Einstufung	86,5	88,8	92,5	93,4	92,0	96,4	96,6	95,5	98,3	91,9	93,5	96,4

Anmerkung: Daten der Vorwahl-Querschnitt-Studien der German Longitudinal Election Study (GLES) 2009, 2013 und 2017 (GLES 2019a, 2019b, 2019c); N = 2173 (2009), N = 2003 (2013) und N = 2179 (2017); Frage Links-Rechts: „In der Politik reden die Leute häufig von ‚links‘ und ‚rechts‘. Wenn Sie diese Skala von 1 bis 11 benutzen, wo würden Sie die folgenden Parteien einordnen, wenn 1 ‚links‘ und 11 ‚rechts‘ ist? Ich lese Ihnen die Parteien jetzt einzeln vor“; Steuern vs. Sozialstaat: „Num zu einigen politischen Streitfragen. Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie stehen Ihrer Meinung nach die Parteien dazu, wenn Sie eine Skala von 1 bis 11 verwenden?“; Zuwanderung: „Jetzt geht es um Zugangsmöglichkeiten für Ausländer. Sollten die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden? Wie stehen Ihrer Meinung nach die Parteien dazu, wenn Sie eine Skala von 1 bis 11 verwenden?“; Kernkraft in 2009: „Und wie ist die Position der Parteien zum Thema Kernkraft? Sollte die Kernenergie weiter ausgebaut werden oder sollten alle Kernkraftwerke sofort abgeschaltet werden? Wie stehen Ihrer Meinung nach die Parteien dazu, wenn Sie eine Skala von 1 bis 11 verwenden?“; Klimawandel in 2013 und 2017: „Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert“.



# Parteivalenzen und Links-Rechts-Dimension als Kriterien der Parteibeurteilung und der Wahlentscheidungen

# 5

Wählerentscheidungen werden von vielen Umständen und Erwartungen beeinflusst. Wenn wir uns hier auf zwei Faktoren beschränken, dann gerade nicht im Bestreben, möglichst viel Varianz im Wählerverhalten zu „erklären“. Vielmehr wollen wir das Wählerverhalten an den zentralen Kriterien messen, die auch für um Stimmen werbende Parteien zentral sind. Wenn Parteien hinreichend konkrete Erwartungen darüber ausbilden können, wie Wähler sich und sie auf einer für das Parteiensystem grundlegenden Dimension platzieren, dann können sie ihre Wahlchancen abschätzen und ihre Wettbewerbsstrategien danach ausrichten und z. B. versuchen, näher an den Medianwähler heranzurücken. Parteivalenzen betrachten wir dagegen als exogen. Hier beurteilt die Wählerschaft insgesamt die Regierungsfähigkeit, die politische Kompetenz oder das mehr oder weniger geschlossene Erscheinungsbild einer Partei. Wir fassen diese Eigenschaften unter dem Begriff der Valenz zusammen und meinen damit im Anschluss an Stokes (1963, 1992) Umstände oder Eigenschaften, die Wähler Parteien oder Kandidaten positiv oder negativ anrechnen.

Wir erläutern im ersten Abschnitt Konzept und Messung von Parteivalenzen, ergänzt um das Konzept eines latenten Verständnisses von Links-Rechts-Positionen, das wir aus Pauschalurteilen über Parteien ableiten. Im zweiten Abschnitt stellen wir unsere Datenbasis und in Kap. 3 die Ergebnisse unseres Messverfahrens für alle Bundestagswahlen von 1961 bis 2017 vor, ab 1990 getrennt nach West- und Ostdeutschland. In Kap. 4 untersuchen wir den Zusammenhang zwischen den Parteivalenzen einerseits und den aggregierten

---

Stark überarbeitete und erweiterte Version von Pappi et al. (2018).

Wahlergebnissen sowie der Stärke der Fraktionen im Bundestag insgesamt und speziell unter den direkt gewählten Abgeordneten andererseits. Zum Schluss überprüfen wir, inwieweit sich die Kriterien, die wir im dritten Abschnitt zur Beschreibung des Parteiensystems auf der Makroebene genutzt haben, auch zur Erklärung des individuellen Wählerverhaltens eignen.

---

## 5.1 Konzept und Messung von Parteivalenzen und Links-Rechts-Positionen

Stokes (1963) hat das Konzept der Valenzissues als Gegensatz zum Konzept von Positionissues entwickelt, das für die räumliche Theorie des Parteienwettbewerbs nach Downs (1957) zentral ist. Positionissues betreffen strittige Politiken (*policies*), die Alternativen zur Lösung eines Problems darstellen. Parteien propagieren diese alternativen Lösungen und Wähler sind in ihren Politikpräferenzen gespalten. Bei Valenzissues unterscheiden sich die Parteien nicht durch die Propagierung unterschiedlicher Standpunkte, sondern durch den Grad, mit dem sie in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit mit allgemein akzeptierten oder abgelehnten Politikzielen verbunden sind (Stokes 1992, S. 143). Es stellen sich zwei Fragen: Welche Bedingungen, Ziele oder Symbole eignen sich als konsensuelle Maßstäbe zur Beurteilung von Regierungen, Parteien und Kandidaten und welche dominieren zu einem bestimmten Zeitpunkt die öffentliche Meinung? Stokes selbst (1992, S. 147) führt die Wirtschaftslage an, die, wenn gut, der Regierung positiv und, wenn schlecht, negativ angerechnet wird; dann positive und negative Eigenschaften von Parteien und Parteiführungen wie Führungsstärke oder -schwäche, Ehrenhaftigkeit oder Korruptionsneigung usw. und schließlich Erfolgs- oder Misserfolgssymbole z. B. in der Außenpolitik. Diese Valenzissues können sich ändern, sind aber nur in Grenzen von der jeweiligen Partei beeinflussbar.

In der neueren Forschung wird der Valenzbegriff weniger auf Issues als direkt auf Parteien oder Kandidaten angewandt. Parteivalenzen setzen sich aus einzelnen Valenzkomponenten zusammen (vgl. z. B. Whiteley 1984; Green 2007; Clark 2009; Sanders et al. 2011) und in diesem Zusammenhang wird auch von Makrovalenz gesprochen, wenn die Valenz einer Partei in der Wählerschaft insgesamt gemeint ist (Green und Jennings 2012). Selbst wenn Valenzindikatoren auf Basis von Umfragen gewonnen werden, sind die aggregierten Maße ausschlaggebend als Valenzindikatoren. Diese können auch alternativ aus anderen Quellen wie *Keesing's Record of World Events* gewonnen werden, denen parteibezogene „Valenzereignisse“ entnommen werden (Abney et al. 2013).



Statt einzelne Valenzindikatoren zu verwenden, werden wir die Valenzen der deutschen Parteien im Zeitraum vor Bundestagswahlen aus den im letzten Kapitel besprochenen Pauschalurteilen ableiten. Mit Groseclose (2007) nehmen wir an, dass sich aus diesen Pauschalurteilen eineinhalb Beurteilungsdimensionen ableiten lassen, „eine gut/schlecht Dimension, bei der alle Wähler übereinstimmen, und eine räumliche (links-rechts) Dimension, bei der sie nicht übereinstimmen“ (2007, S. 324, unsere Übersetzung). Wenn also ein Befragter ein Pauschalurteil auf einem von + 5 („halte sehr viel von dieser Partei“) bis -5 („halte überhaupt nichts von dieser Partei“) laufenden Skalometer abgibt, kommt in dem Urteil einmal eine Richtungslogik und einmal eine Nähelegik der Bewertung zum Ausdruck. Richtungslogik bedeutet, dass bestimmte Parteien ziemlich übereinstimmend als „besser“ (z. B. bei Regierungsbildung und Entscheidungen des Parlaments wichtiger, kompetenter, mit breiterem Führungspersonal) als andere bewertet werden, während bei der Nähelegik einem politisch nahestehende Parteien besser als fernstehende Parteien bewertet werden. Die Befragten unterscheiden sich dann danach, welcher Partei sie nahestehen. Bei der Richtungslogik sprechen wir von einer halben Dimension, weil alle Befragten denselben „Idealpunkt“ haben – Kompetenz ist besser als Inkompetenz, gut ist besser als schlecht – und sich die Parteien nur im Grad der Zielerreichung unterscheiden. Die Nähelegik spannt dagegen eine volle Dimension im Sinne des räumlichen Modells auf. Dabei nehmen wir an, dass Wähler für die Parteien eines etablierten Parteiensystems ein konsensuelles Ordnungskriterium verwenden, nach dem sie sich auch selbst einordnen. Ein derartiges einfaches Ordnungskriterium könnte auch ihren Pauschalurteilen zugrunde liegen. Wir erwarten, dass es sich dabei um eine Ordnung handelt, die einer ideologischen Links-Rechts-Dimension entspricht. Dazu kommt die Parteivalenz, die uns ebenfalls als gemeinsames Parteimerkmal und nicht als individuelles parteibezogenes Urteil des einzelnen Wählers interessiert. Nach unserem Konzept beschreiben Parteivalenzen die Partei insgesamt, einschließlich allgemein geschätzter qualitativer Eigenschaften ihres Führungspersonals. Diese Valenzen werden unter Kontrolle der (ideologischen) Politikunterschiede aus den Pauschalurteilen extrahiert.

Unserem Messmodell liegt das Strukturmodell der in Abschn. 3.2 beschriebenen Wahlfunktion mit linearem Policy-Nutzen und Parteivalenz zugrunde (vgl. Gleichung 3.2), wobei die Pauschalurteile dem Nutzen entsprechen, die Befragter  $i$  mit dem Bewertungsobjekt  $j$  verbindet. Insbesondere gehen wir davon aus, dass aus der Nähelegik folgende Bewertungen und aus der Richtungslogik folgende Parteivalenzen additiv in den Pauschalurteilen verknüpft sind, die Partei- und Wählerpositionen und die Parteivalenzen also unabhängig voneinander Einfluss

auf die Pauschalurteile  $y_{ij}$  haben:<sup>1</sup>

$$y_{ij} = v_j - \gamma |x_i - z_j| + \varepsilon_{ij} \quad (5.1)$$

Dabei bezeichnet  $x_i$  wiederum den Standpunkt des Befragten  $i$  auf der – hier latenten – Politikdimension,  $z_j$  die Parteiposition,  $v_j$  die Parteivalenz und  $\gamma$  das Gewicht zwischen Richtungs- und Näheurteil, von dem wir erwarten, dass es positiv ist. Die stochastischen Terme  $\varepsilon_{ij}$  sollen unabhängig und identisch verteilte Zufallsvariablen sein.

Das Strukturmodell lässt sich unmittelbar übersetzen in ein Messmodell, bei dem die Pauschalurteile in Form von Skalometerwerten als Daten gegeben sind, und die Größen  $v_j$ ,  $x_i$ ,  $z_j$  und  $\gamma$  als Modellparameter geschätzt werden. Die Schätzungen der  $v_j$  interpretieren wir als Maß der Parteivalenzen und die der  $z_j$  als Parteipositionen auf einer latenten Links-Rechts-Dimension.

Zur Parameterschätzung, einer sogenannten Entfaltungsanalyse, greifen wir auf Bayesianische Methoden zurück (vgl. Shikano und Käppner 2016; Shikano und Nyhuis 2019) und schätzen die Posterior-Verteilungen des folgenden statistischen Modells:

$$y_{ij} \sim N(\mu_{ij}, \sigma)$$

$$\mu_{ij} = v_j - \gamma |x_i - z_j|$$

unter Annahme der (wenig informativen) Prior-Verteilungen

$$x_i \sim N(0, 10), \quad v_j \sim N(0, 10), \quad \gamma \sim N^+(0, 10), \quad \sigma \sim \text{Unif}(0, 5)$$

sowie der leicht informativen Prior-Verteilungen  $z_j \sim N^-(1/2, 10)$  für Parteien des linken ideologischen Lagers (SPD, Grüne, PDS) und  $z_j \sim N^+(1/2, 10)$  für Parteien des rechten Lagers (FDP, CDU/CSU, AfD). Da die latente ideologische Dimension keine natürliche Skala hat, ist das obige Modell so nicht identifiziert. Wir führen deshalb die Randbedingung von  $z$ -standardisierten Parteipositionen ein, nehmen also  $\sum z_j = 0$  und  $\text{Var}(z_j) = 1$  an.

---

<sup>1</sup>Wie in Kap. 3 erwähnt, ist hinsichtlich konkreter Sachfragen auch denkbar, dass man nur bei nahestehenden Parteien Kompetenz schätzt, weil diese das selbst präferierte Politikziel besser erreichen. Parteien, deren Standpunkt man nicht teilt, sollten besser inkompetent und ihrer Zielerreichung selbst im Wege stehen (Gouret et al. 2011).

Die nachfolgenden empirischen Analysen werden zeigen, dass unsere Charakterisierung der latenten Dimension als ideologische Links-Rechts-Dimension gerechtfertigt ist. Auch unsere Interpretation der Modellparameter  $v_j$  als Parteivalenzen erweist sich als plausibel; sie steht darüber hinaus im Einklang mit der Interpretation von parteispezifischen Konstanten in empirischen Schätzungen von Wahlfunktionen (z. B. Enelow und Hinich 1985; Schofield und Sened 2006; Schofield und Demirkaya 2013). Wahrscheinlich sind in den geschätzten Parametern  $v_j$  neben Parteivalenzen auch andere, nicht mit den räumlichen Distanzen zusammenhängende Faktoren wie soziale Gruppenzugehörigkeit enthalten (vgl. Enelow und Hinich 1982a und insbesondere Mauerer 2020). Unser Modell erbringt in jedem Fall ein Maß für die konsensuelle Beurteilung von Parteien, das unabhängig von der Links-Rechts-Achse ist. Falls dieses Maß bestimmte Voraussetzungen erfüllt, wie Voraussagekraft für die Wahlergebnisse im Zeitverlauf, sollte es auch als Schätzer der Parteivalenzen in den Wahlfunktionen der Individuen geeignet sein.

In Abschn. 4.2 haben wir bereits ausschnittsweise die Politbarometer ab 1980 als unsere Datenbasis für Pauschalurteile über Parteien vorgestellt. In diesem Kapitel erweitern wir unsere Datenbasis zurück bis zur Bundestagswahl 1961 mit Hilfe von Vorwahluntersuchungen, um die Veränderungen des Parteiensystems in längerer Zeitreihe darstellen und analysieren zu können.<sup>2</sup> Berücksichtigt werden die Parteien, die zum jeweiligen Zeitpunkt Teil des Parteiensystems aus Wählersicht waren. Dazu nehmen wir die Kanzlerkandidaten von CDU/CSU und SPD, über die die Befragten ebenfalls um ein Pauschalurteil gebeten wurden. Die Erhöhung der Beurteilungsobjekte erlaubt eine zuverlässigere Schätzung der Valenzen und Positionen der Parteien und vor allem der ideologischen Befragten-Positionen. Aufgrund der vergleichsweise kleinen Datenbasis werden die Schätzungen für die  $x_i$  weniger genau ausfallen als die über alle Befragten berechneten Schätzungen der ideologischen Positionen und Valenzen der Parteien.

Die Darstellung und Analyse der Ergebnisse in den Abschnitten 2 und 3 erfolgt auf der Makroebene für West- und Ostdeutschland insgesamt, bevor wir in Kap. 4 prüfen, inwieweit wir die Wahlabsichten für Erst- und Zweitstimme mit den ideologischen Distanzen und den Parteivalenzen für das westdeutsche Vierparteiensystem ab 1980 und das gesamtdeutsche Fünfparteiensystem erklären können. Für letztere Analysen greifen wir ausschließlich auf die Politbarometer zurück.

---

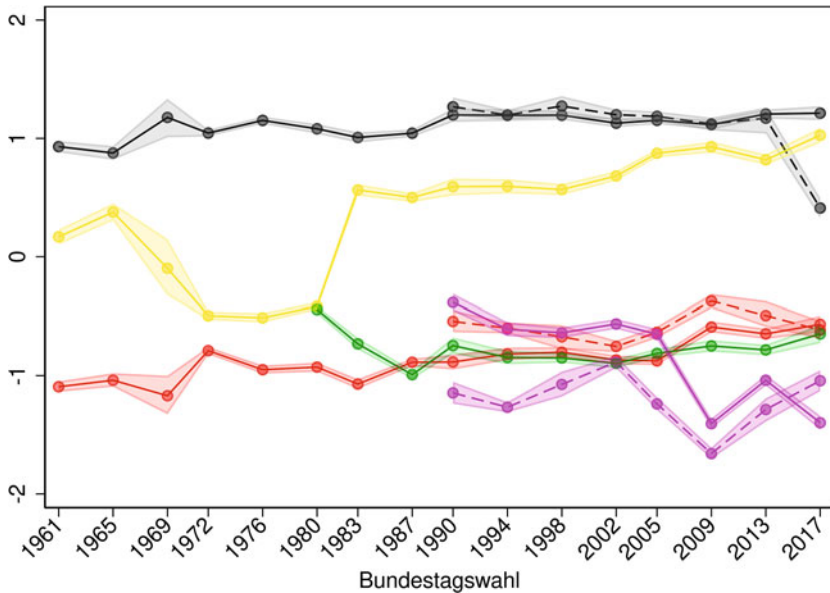
<sup>2</sup>Vgl. Pappi et al. (2018). Im Einzelnen wurden die folgenden Wahlstudien verwendet: Für 1961 ZA0055 und ZA0056, für 1965 ZA0556, für 1969 ZA0635, für 1972 ZA0635 (erste Welle), für 1076 ZA0823 (erste Welle).

## 5.2 Die eindimensionale Ordnung der Parteien und die Parteivalenzen im Zeitverlauf

Der Zeitraum von 1961 bis 2017 umspannt das Dreiparteiensystem der 1960er und 1970er Jahre, dann das Vierparteiensystem der 1980er Jahre und schließlich das Fünfparteiensystem nach der Wiedervereinigung. Da unsere Schätzer aus den Pauschalurteilen abgeleitet werden, ist es gerechtfertigt, auch für Westdeutschland und Westberlin ab 1990 von einem Fünfparteiensystem unter Einschluss der PDS auszugehen. 2017 kommt dann in West- und Ostdeutschland die AfD als sechste Partei dazu.

Wir beginnen die Ergebnisdarstellung unserer Entfaltungsanalysen mit der – wie sich zeigen wird: ideologischen – Grundstruktur des Parteiensystems in den einzelnen Perioden und Landesteilen. Diese Grundstruktur zeichnet sich durch große Stabilität aus mit der CDU/CSU auf der einen Seite und der SPD auf der anderen Seite des Nullpunkts, der jeweils den Mittelwert der Beurteilungsobjekte eines Zeitpunkts markiert. Interpretiert man die negativen Werte als links und die positiven Werte als rechts, so entspricht die Anordnung aller Parteien auf der extrahierten Volldimension gängigen Vorstellungen einer Links-Rechts-Skala. Wie Abb. 5.1 zeigt, lässt das Parteiensystem der alten Bundesrepublik mit seiner Fortsetzung ab 1990 einschließlich Westberlins und der neuen Bundesländer mit Ostberlin durchweg eine Links-Rechts-Ordnung erkennen. Einer linken Sozialdemokratie mit Werten um -1 steht immer eine rechte CDU/CSU gegenüber mit Werten um + 1. Mit Ausnahme von 2017 sind die Positionen der CDU im Osten fast deckungsgleich mit denen von CDU/CSU im Westen. Die SPD wird dagegen im Osten bis einschließlich 2013 immer etwas gemäßiger platziert als im Westen. Die Grünen nehmen seit 1987 stets Positionen ganz in der Nähe der SPD ein. Wie bei der FDP verzichten wir wegen der Übersichtlichkeit der Darstellung auf die Wiedergabe der ostdeutschen Werte für die Grünen, die sich ebenso wie bei den großen Parteien kaum von den westdeutschen Parteipositionen unterscheiden.

Die große Stabilität der ideologischen Konfliktstruktur lässt zwei Ausnahmen erkennen: die FDP in den 1970er Jahren und die CDU im Osten 2017. Die FDP wird in den Wahlkampfzeiten der sozialliberalen Koalition, also 1972 bis 1980, als Koalitionspartner der SPD ähnlich wie diese beurteilt. Die ähnlichen Pauschalurteile bewirken in der Entfaltungsanalyse eine Position in der Nähe der SPD und nicht mehr eine Position in der Nähe des früheren Koalitionspartners CDU/CSU wie 1961 und 1965 und wieder seit 1983. Rechter als die Union wird die FDP aber nie platziert. Das Ordnungskriterium links/rechts folgt offensichtlich auch dem Koalitionsverhalten. Dies scheint auch auf die CDU 2017 in Ostdeutschland zuzutreffen. Im Osten wird die 2017 zum ersten Mal zum Parteiensystem



**Abb. 5.1** Links-Rechts-Positionen von CDU/CSU (schwarz), SPD (rot), FDP (gelb), Grünen (grün) und PDS bzw. Linken (magenta) in Westdeutschland (durchgehende Linien) und Ostdeutschland (gebrochene Linien) von der Bundestagswahl 1961 bis 2017. Mediane und 95%-Vertrauensintervalle der Posterior-Verteilungen der Parameter einer Bayesianischen Entfaltungsanalyse

gezählte AfD mit einem Wert von 1,95 am rechten Rand platziert, noch nicht dagegen im Westen (im Schaubild aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht aufgeführt). Dafür wird die CDU im Osten in Richtung Mitte näher zu ihren linken Koalitionspartnern verschoben.

Die Linke oder vorher die PDS war bisher an keiner Koalition auf Bundesebene beteiligt. Sie nimmt für die Ostdeutschen seit 1990 die erwartete Position am linken Rand des Parteiensystems ein. Diese Aussage gilt so nicht für die latente ideologische Richtschnur der Westdeutschen. Danach wird die PDS bis 2005 leicht rechts von der SPD eingeordnet. Ähnlich starteten auch die Grünen 1980 nach unserer Rekonstruktion aus Wählersicht auf einer relativ gemäßigten Position. Wir interpretieren dies als Folge einer stark negativen Bewertung neuer Parteien, die zunächst von rechten und linken Befragten gleich erfolgt. Erst wenn rechte Befragte eine neue linke Partei sehr viel negativer bewerten

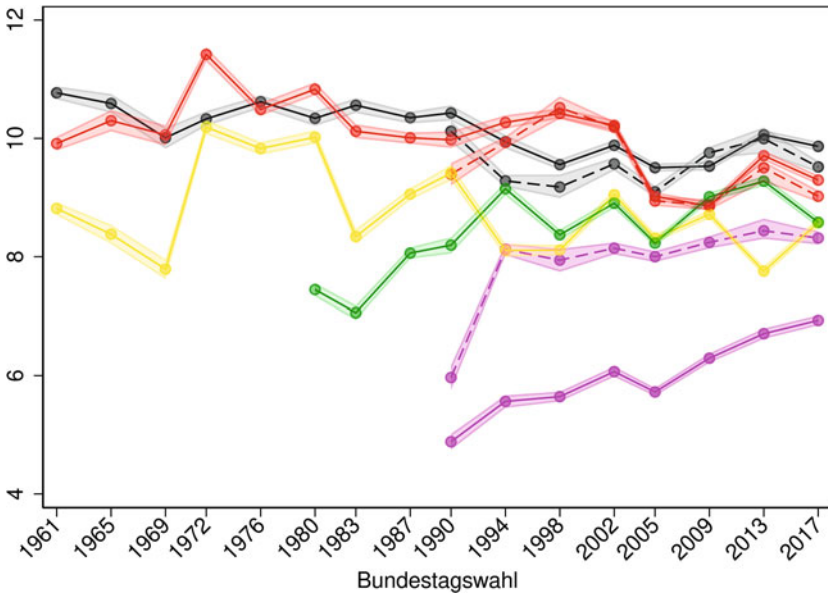
als linke Befragte, kann die neue Partei den ideologisch erwarteten Platz bei einer Entfaltungsanalyse einnehmen. Diese Interpretation dürfte auch auf die mittlere Position der AfD 2017 in Westdeutschland zutreffen. Rechte und Linke beurteilen hier die AfD noch ähnlich negativ, während rechte Ostdeutsche die AfD schon weniger negativ beurteilen als linke. Wir werden sehen, ob sich die relativ gemäßigte Position für neue Parteien wiederholt, wenn man konkret nach der Links-Rechts-Einstufung fragt und die Position nicht aus den Pauschalurteilen ableitet.

Der Durchschnittswähler würde in Abb. 5.1 eine mittlere Position zwischen dem linken und rechten Lager einnehmen. Dabei kommt es auf die Verteilung der Wähleridealpunkte auf der Links-Rechts-Achse an, die uns bei der Berechnung der Distanzen zu den einzelnen Parteien im Kap. 4 beschäftigen wird.

Im Vergleich zu den Links-Rechts-Positionen zeigen die Parteivalenzen mehr Bewegung über die Zeit (vgl. Abb. 5.2). CDU/CSU und SPD nehmen im gesamten Zeitraum abwechselnd die Spitzenposition ein, gefolgt von der jeweils anderen großen Partei und vor den kleineren Parlamentsparteien. In den Wahlkampffahren 1972 und 1998 führt die SPD mit Kanzler Willy Brandt und Kanzlerkandidat Gerhard Schröder deutlich vor der Union, der Vorsprung 1980 unter Kanzler Helmut Schmidt fällt etwas kleiner aus. In den frühen 1960er Jahren, in den 1980er Jahren und dann wieder seit 2009 ist die Parteivalenz von CDU/CSU am höchsten.

Um Abb. 5.2 übersichtlich zu halten, werden nur für die beiden großen Parteien sowie PDS bzw. Linke die geschätzten Parteivalenzen auch für Ostdeutschland im Vergleich zu den westdeutschen Werten wiedergegeben. Hier ist auffällig, dass bis 2009 und wieder 2017 die Valenzwerte der CDU im Osten niedriger sind als im Westen. Die Parteivalenz der SPD startete im Osten mit dem Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine von einem relativ niedrigen Wert, stimmt seit 1998 aber ziemlich eng mit den westdeutschen SPD-Werten überein. Besonders niedrig war der Startwert der PDS im Osten und hält sich nach dem Anstieg 1994 ziemlich konstant am unteren Ende der Parteivalenzen. Nur 2013 war die Valenz der (westdeutschen) FDP noch niedriger als die der Linken, was die FDP mit dem darauffolgenden Scheitern an der Fünfprozentklausel bezahlte.

Über die ganze Zeitperiode hinweg haben sich die Parteivalenzen von Union und SPD immer mehr an die der kleineren Parteien in einer Art Sinkflug angenähert. Dies gilt besonders seit 2005, als die Parteivalenz der SPD gegenüber 2002 stark abfiel, damit dem Rückgang der Zweitstimmen von 34,2 % in 2005 auf 23,0 % in 2009 vorauseilend.



**Abb. 5.2** Parteivalenzen von CDU/CSU (schwarz), SPD (rot), FDP (gelb), Grünen (grün) und PDS bzw. Linken (magenta) in Westdeutschland (durchgehende Linien) und Ostdeutschland (gebrochene Linien) von der Bundestagswahl 1961 bis 2017. Mediane und 95%-Vertrauensintervalle der Posterior-Verteilungen der Parameter einer Bayesianischen Entfaltungsanalyse

### 5.3 Parteivalenzen und Wahlergebnisse

Wenn sich unsere Messung der Parteivalenz als Maß positiver Parteieigenschaften aus konsensueller Wählersicht bewähren soll, sollten die so gemessenen Parteivalenzen zur Voraussage nationaler Wahlergebnisse taugen und so das Konstrukt der (positiven) Parteivalenz validieren. Die Wahlergebnisse interessieren uns auf zwei Ebenen, einmal als Erst- und Zweitstimmenergebnis der Parteien bei den einzelnen Bundestagswahlen in West- und Ostdeutschland und einmal umgerechnet auf die relative Abgeordnetenzahl im Bundestag. Dabei unterscheiden wir die Repräsentation nach Mehrheits- und nach Verhältniswahl. Die erste bemisst sich am Anteil einer Partei an allen Wahlkreisabgeordneten, die aus den gewonnenen Wahlkreisen folgt, die zweite am Anteil an allen Abgeordneten des Bundestags, die bis auf nicht ausgeglichene Überhangmandate dem Zweitstimmenergebnis

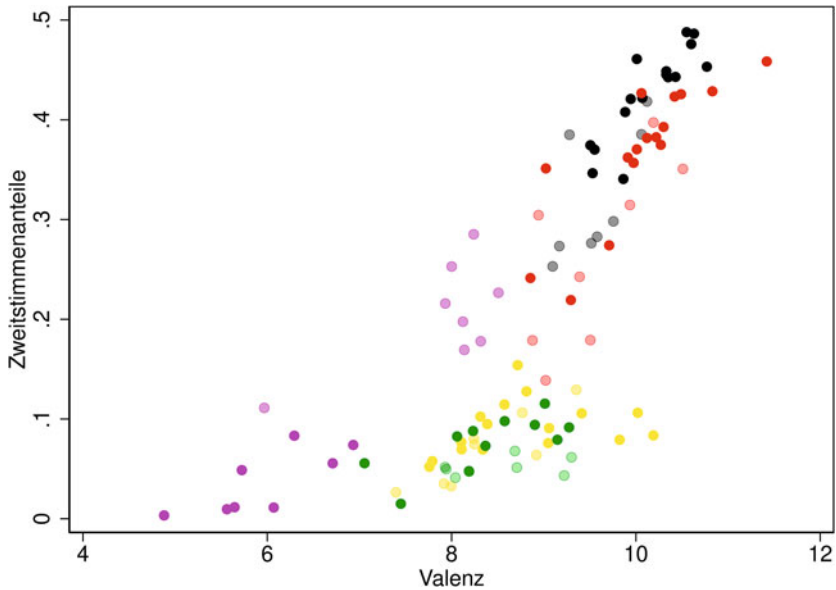
folgt. Diese zwei Arten der Repräsentation erfassen wir für den Bundestag insgesamt; eine Aufteilung nach West- und Ostdeutschland wäre wegen der gemeinsamen Landesliste für Berlin problematisch. Deshalb werden für diese Auswertung die Parteivalenzen als gesamtdeutsche Werte mit entsprechender Gewichtung für west- und ostdeutsche Wahlberechtigte neu berechnet.

Mit den Auswertungen in diesem Abschnitt überprüfen wir die Hypothese, dass eine Repräsentation nach Mehrheitswahl stärker auf Veränderungen der Parteivalenzen reagiert als eine Repräsentation nach Verhältniswahl. Dieser Effekt muss sich noch nicht bei den Erst- und Zweitstimmenanteilen zeigen, sondern erst nach Umrechnung der Stimmen in Sitze nach den beiden Wahlverfahren und der eindeutigen Belohnung des Wahlkreissiegers bei der relativen Mehrheitswahl im Unterschied zur Proportionalität nach den Zweitstimmen. Tatsächlich ist die Korrelation zwischen Erst- und Zweitstimmenanteilen pro Wahl sehr hoch, und zwar am höchsten mit Werten um 0,98 für PDS bzw. Linke, SPD und CDU/CSU und etwas niedriger für FDP und Grüne mit Werten um 0,86 (bei  $N = 24$  für 16 Wahlen von 1961 bis 2017 in Westdeutschland und 8 seit 1990 in Ostdeutschland). Der Grund dafür ist, dass die meisten Wähler ihre zwei Stimmen nicht splitten. Bei der folgenden Betrachtung des Zusammenhangs von Parteivalenzen und Stimmanteilen können wir uns deshalb auf die Zweitstimmen konzentrieren.

Wie aus Abb. 5.3 hervorgeht, besteht ein eindeutig positiver Zusammenhang zwischen den mithilfe einer Entfaltungsanalyse gemessenen Parteivalenzen und den Zweitstimmenanteilen bei Bundestagswahlen. Am stärksten ist der Zusammenhang an der Spitze der Valenzen, bei CDU/CSU und SPD, die um die Führung der Bundesregierung kämpfen. Eine Regression für diese zwei Parteien erbringt einen Regressionskoeffizienten von  $b = 0,119$  ( $R^2 = 0,63$ ), sodass mit der Zunahme der Valenz um einen Punkt ein Zuwachs an Zweitstimmen um 11,9 Prozentpunkte einhergeht. Für FDP und Grüne fällt der Zusammenhang bescheidener aus ( $b = 0,023$  bei  $R^2 = 0,29$ ). Bei PDS bzw. Linke ähnelt der Zusammenhang zwischen Valenz und Zweitstimmen im Osten dem der großen Parteien, im Westen dem der kleinen, woraus insgesamt ein mittleres  $b = 0,072$  (bei  $R^2 = 0,83$ ) resultiert. Insgesamt betrachten wir unser Maß der Parteivalenz damit als validiert. Wir können also diese Parteivalenzen auch als Variablen bei Individualanalysen zur Voraussage der Wahlentscheidung als Parteimerkmale verwenden. Die Parteivalenzen bewähren sich insbesondere bei der Voraussage des Wahlkampfesiegers. Dieser Zusammenhang sollte bei einem Wahlverfahren, das auf *first past the post* setzt, deutlicher zum Ausdruck kommen als bei der alle Parteien anteilig berücksichtigenden Verhältniswahl.

Wir betrachten zunächst die Repräsentation von CDU/CSU und SPD im Bundestag nach Mehrheits- und Verhältniswahl für die Bundesrepublik bei allen

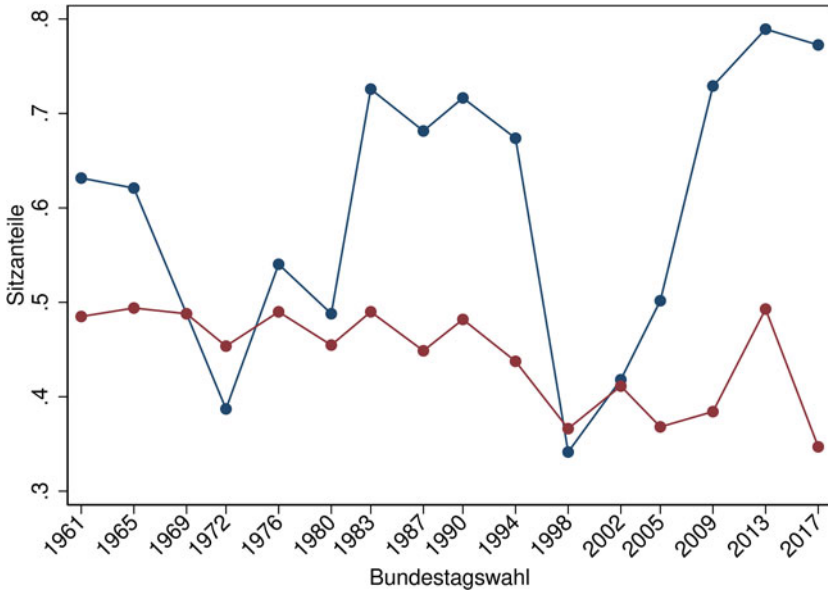




**Abb. 5.3** Parteivalenzen und Zweitstimmenanteile bei den Bundestagswahlen 1961 bis 2017, seit 1990 getrennt nach West (dunkel) und Ostdeutschland (transparent) für CDU/CSU (schwarz), SPD (rot), FDP (gelb), Grüne (grün), PDS bzw. Linke (magenta)

Wahlen von 1961 bis 2017 (siehe Abb. 5.4 und 5.5). Wie zu erwarten, ist für beide Parteien die Varianz bei den Anteilen an allen direkt gewählten Abgeordneten viel höher als bei den Anteilen an allen Abgeordneten. Außerdem ist die Repräsentation nach Mehrheitswahl stark gegenläufig zwischen Union und SPD, während die Gegenläufigkeit bei der Repräsentation nach Verhältniswahl wenig ausgeprägt ist. In manchen Fällen fällt die Veränderung der Verhältniswahlrepräsentation der beiden großen Parteien von einer Wahl zur nächsten sogar gleich aus, wie von 2013 auf 2017, als der Anteil beider an allen Abgeordneten abgenommen hat.

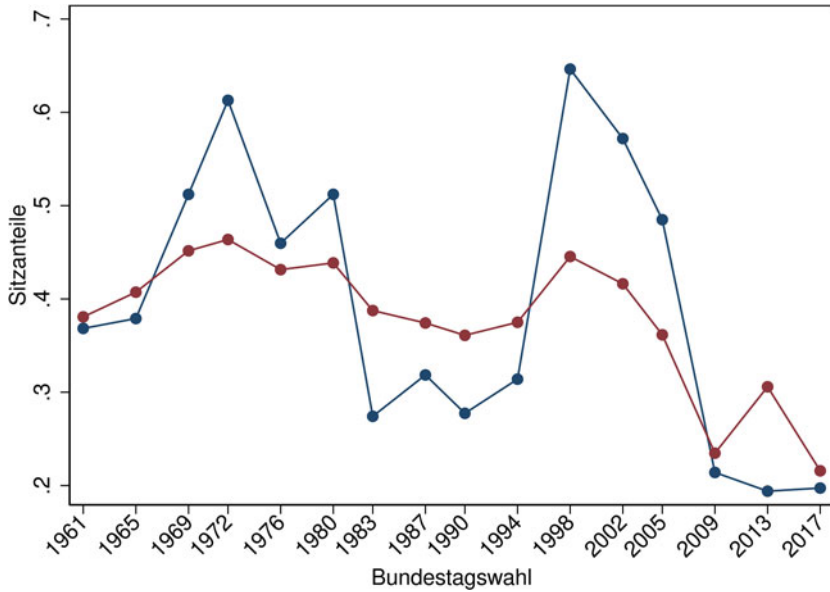
Die entscheidende Frage ist, was die Veränderungen der Fraktionsanteile der Parteien im Bundestag insgesamt und insbesondere bei den direkt gewählten Abgeordneten bewirkt. Die Tatsache der größeren Schwankung der Parteianteile an den Wahlkreisabgeordneten sollte bekannt sein, auch wenn sie in der Literatur oft vom Bild sicherer Wahlkreise und wiederholt gewählten Amtsinhabern überdeckt wird. In jedem Fall deckt sich die Praxis mancher Parteien, Wahlkreisabgeordnete auf sicheren Listenplätzen aufzustellen, mit der den Abb. 5.4 und 5.5



**Abb. 5.4** Mehrheits- (blau) und Verhältnismahlrepräsentation (rot) der CDU/CSU

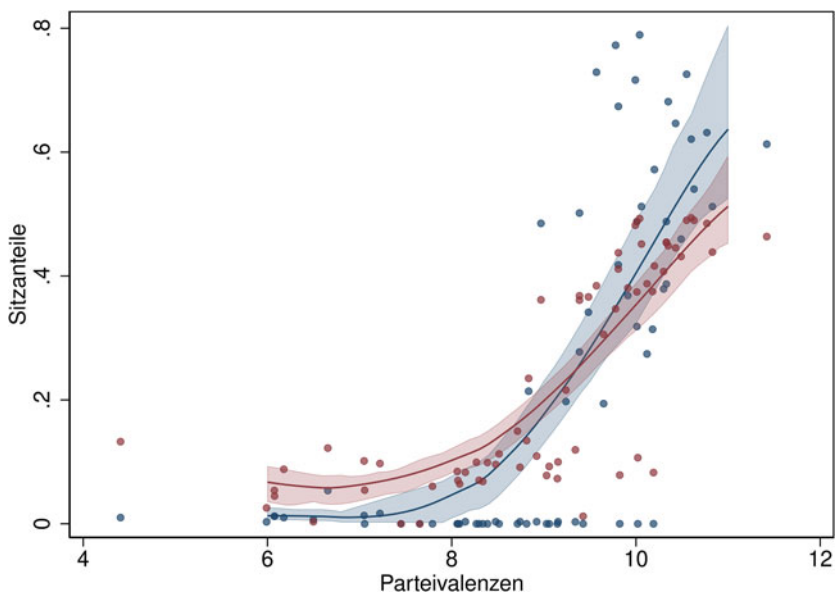
zu entnehmenden Botschaft, dass Direktkandidaten sich weniger auf die Trägheit des Wählerverhaltens verlassen können als Listenkandidaten.

Wir sagen für die Wahlkreisabgeordneten und alle Abgeordneten die Veränderung der Sitzanteile der Parteien jeweils mit den Parteivalenzen voraus. Unsere Hypothese, dass die Mehrheitswahl stärker auf Veränderungen der Parteivalenzen reagiert als eine Repräsentation nach Verhältniswahl, wird durch einen größeren Zuwachs der Anteile der Wahlkreis- als aller Abgeordneten in Abhängigkeit von den Parteivalenzen bestätigt. Wie aus Abb. 5.6 hervorgeht, ist statt eines linearen Zusammenhangs ein S-förmiger Zusammenhang zu vermuten, den wir mit einer nicht-parametrischen Regression schätzen. Die geschätzten Funktionen unterscheiden sich deutlich. Ab einer Parteivalenz von ungefähr 7,5 reagiert die Mehrheitswahlrepräsentation stärker auf Zuwächse in der Parteivalenz als die Verhältnismahlrepräsentation. Mangels einer linearen Beziehung bestätigt sich unsere Hypothese freilich nicht im gesamten Definitionsbereich der Parteivalenzen, sondern in dem Bereich, auf den es für die Regierungsführung ankommt, d. h.



**Abb. 5.5** Mehrheits- (blau) und Verhältnismahlrepräsentation (rot) der SPD

im Bereich der jeweils mittleren und hohen Parteivalenzen. Wir halten diesen Befund für bedeutend, weil er auf eine wichtige mögliche Ursache der Repräsentation in Parlamenten nach der Mehrheits- und Verhältniswahl hinweist. Es sind die vor der Wahl mit Hilfe von Pauschalurteilen über Parteien gemessenen Parteivalenzen, die qua Schätzung unabhängig von der ideologischen Nähe der einzelnen Befragten zu den Parteien sind und damit weitgehend konsensuelle Parteibewertungen in der Wählerschaft insgesamt darstellen. Diese Valenzen wirken sich auf Erst- und Zweitstimmen positiv aus. Berechnet man die entsprechende Zahl der Sitze im Parlament nach den beiden Wahlverfahren, zeigt sich für das deutsche Mischwahlsystem, dass hohe Valenzen die Mehrheitswahlrepräsentation mehr befördern als die Verhältniswahlrepräsentation. Die Mehrheitswahl selektiert mehr nach Führungsqualitäten aus Wählersicht als die Verhältniswahl.



**Abb. 5.6** Parteivalenzen und Mehrheits- (blau) bzw. Verhältniswahlrepräsentation (rot) der nationalen Parteien von 1961 bis 2017

## 5.4 Ideologische Parteidistanzen und Wahlabsichten

Die Stärke von Parteivalenzen ist die Voraussage der Wahlergebnisse im Aggregat. In diesem Abschnitt wechseln wir die Perspektive und sagen die Wahlabsichten von Befragten in der Wahlkampfphase vor Bundestagswahlen mit der ideologischen Distanz der Befragten zu den Parteien voraus, über die sie pauschal geurteilt haben. Da die Politbarometer von Beginn an ein vergleichbares Fragenschema verwenden, in dem immer Pauschalurteile über die Parteien abgefragt werden, können wir das räumliche Grundmodell der Wahlentscheidung über einen sehr langen Zeitraum unter den vergleichbaren Bedingungen von Bundestagswahlkämpfen und mit den auf dieselbe Weise gewonnenen Variablen prüfen. Wir zerlegen den langen Zeitraum in die zwei Phasen vor und nach der Wiedervereinigung, wobei wir uns in der ersten Phase auf die 1980er Jahre beschränken, seitdem die Politbarometer unsere Datenbasis sind. Damals wurde das alte Drei-Parteiensystem von einem System mit den vier Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen abgelöst. Für die Zeit nach der Wiedervereinigung beschränken wir

uns in diesem Abschnitt auf die Zeit des Fünf-Parteiensystems von 1990 bis 2013. Dabei analysieren wir West- und Ostdeutschland getrennt. In der Periode der alten Bundesrepublik werden die Wahlabsichten gleichzeitig für drei Bundestagswahlen erklärt und ab 1990 für sieben Wahlen. Zusätzlich zu den Parteivalenzen und ideologischen Distanzen werden für die ganze Periode jeweils Parteikonstanten berechnet, die dauerhafte Unterschiede der Parteistärke im Vier- und Fünf-Parteiensystem erfassen, die nicht auf unsere Modellvariablen rückführbar sind.

Für unser Grundmodell zur Erklärung der Wahlabsichten erwarten wir eine große Stabilität der Koeffizienten für die Parteidistanzen und Parteivalenzen. Unterschiede zwischen den einzelnen Wahlen und zwischen West- und Ostdeutschland werden durch Veränderungen unserer Modellvariablen erklärt, deren Effekte auf die Wahlabsicht aber stabil bleiben sollten; zumindest haben wir dafür keine spezifischen Erwartungen. Allerdings gehen wir im Zeitverlauf von einer Entscheidung zwischen vier auf eine zwischen fünf Parteien über und erschweren damit die Entscheidungsaufgabe. Außerdem sollte das Wählerverhalten in einem etablierten Parteiensystem besser erklärbar sein als in einem noch weniger etablierten System wie in Ostdeutschland.

Unser Hauptinteresse gilt dem Vergleich der Erklärungskraft unseres Grundmodells für die Erst- und Zweitstimme. Waren bei den wahlweise aggregierten Prozentsätzen für die Parteien wegen der hohen Korrelation zwischen Erst- und Zweitstimmenprozenten keine Unterschiede erwartbar, ist die Ausgangslage bei den individuellen Wahlabsichten anders. Nach der Lernhypothese Schoens (1998) nimmt die Neigung zum Stimmensplitting mit zunehmender Erfahrung der Wähler mit demselben Wahlgesetz zu. Außerdem steigen rein rechnerisch mit zunehmender Parteienzahl die Möglichkeiten, mit der Erststimme den Kandidaten einer Partei zu wählen, die man nicht mit der Zweitstimme wählt, was durch den Prozentsatz der Stimmensplitter laut repräsentativer Wahlstatistik ebenfalls belegt wird (vgl. Pappi et al. 2006, S. 500). Beginnend mit leicht über 10 % Stimmensplitting 1980 nahm dieser Prozentsatz ziemlich stetig zu und liegt seit 1998 mindestens bei 20 %, zum Teil bereits bei knapp 25 % (Pappi 2011, S. 2017). Es existiert auf Wählerebene deshalb genügend Abweichung von einem *straight ticket*, um Unterschiede zwischen Kandidaten- und Parteiwahl zu untersuchen.

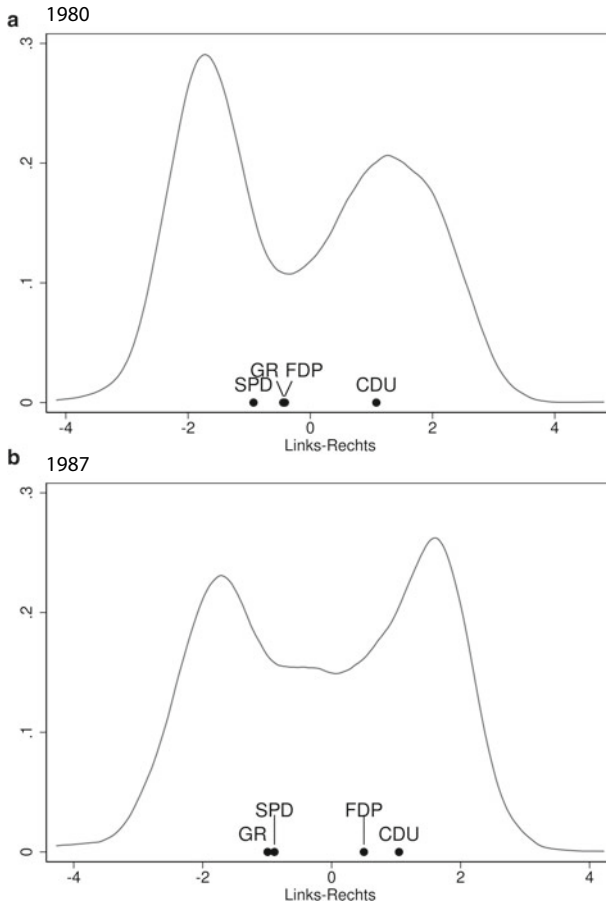
Von unseren Determinanten ideologische Distanz und Parteivalenz her betrachtet, würde man zunächst für beide stärkere Effekte auf die Zweit- als auf die Erststimme erwarten, weil sich beide Prädiktoren auf die nationale Wählerschaft und nicht auf Wahlkreise beziehen. Wenn aber unser Ergebnis über die größere

Reaktivität der Mehrheitswahl- als der Verhältniswahlrepräsentation auf Änderungen der Parteivalenzen stimmt, sollten sich Entsprechungen im Wählerverhalten nachweisen lassen. Wir erwarten deshalb, dass die Effektparameter der Parteivalenzen für die Erststimmen zumindest nicht kleiner sein werden als für die Zweitstimmen.

Wir haben im letzten Abschnitt die Positionen der Parteien auf der einen Voll-dimension bereits beschrieben, die wir aus den Pauschalurteilen per metrischer Entfaltungsanalyse abgeleitet und als Links-Rechts-Positionen interpretiert haben. Wenn wir jetzt diese Positionen zur Wahlabsichtserklärung nutzen, kommt es auf die Distanz zwischen der eigenen ideologischen Position des Wählers zu den einzelnen Parteien an. Je größer diese Distanz, desto geringer wird die Wahrscheinlichkeit zur Wahl dieser Partei sein. Um die Datenbasis für unser Grundmodell zu verdeutlichen, zeigen wir paradigmatisch für ausgewählte Wahlen die Verteilung der Idealpunkte der Befragten im Vergleich zu den Parteipositionen.

In den 1980er Jahren fand die erste Wahl 1980 noch zu Zeiten der sozialliberalen Koalition statt. 1987 hatte sich die durch das konstruktive Misstrauensvotum vom 1. Oktober 1982 etablierte neue Koalition aus CDU/CSU und FDP konsolidiert. Die Wählerverteilung zeigt für beide Zeitpunkte die charakteristische zweigipflige Dichteverteilung mit einem Bereich geringerer Dichte um den Nullpunkt (Abb. 5.7). Wie von der Koalitionslage her zu erwarten, wird aus Wählersicht die FDP 1980 dem linken Lager zugerechnet, 1987 dem rechten. Bei der Entfaltung wird der Mittelwert der Parteipositionen auf null fixiert, sodass die Wählerverteilung die Bipolarität der politischen Auseinandersetzung zwischen Regierungslager und Opposition widerspiegelt. Die Grünen finden sich 1980 noch wegen unsicherer Pauschalurteile leicht rechts von der SPD, 1987 dann leicht links, dieses Mal von der Oppositionspartei SPD. Der Mittelwert der Wählerverteilung ist beide Male leicht im negativen Bereich, 1980 mit  $-0.155$  noch etwas stärker als 1987 mit  $-0.095$ .

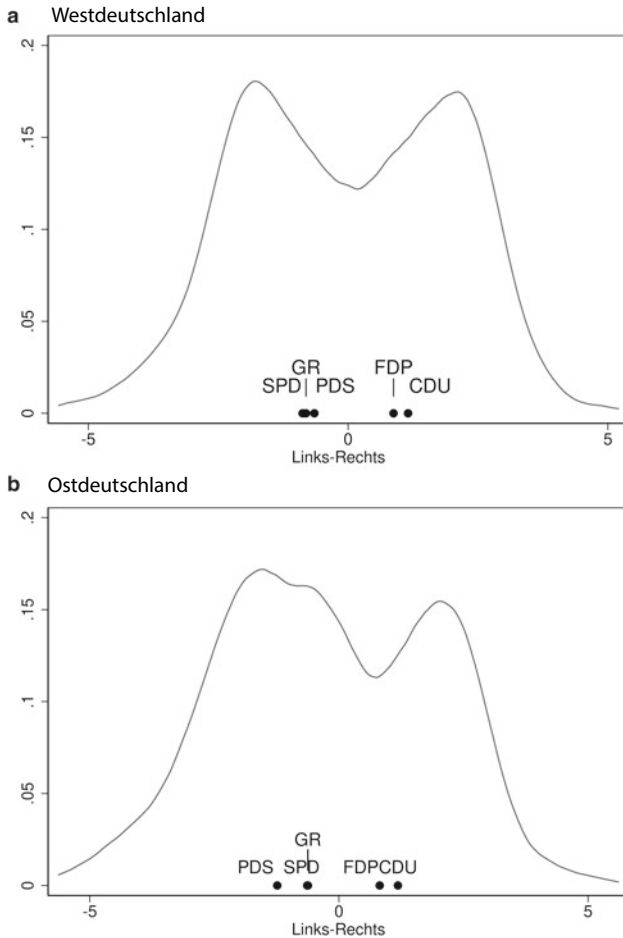
2005 war die letzte Wahl vor dem starken Stimmenschwund der SPD bei den folgenden Wahlen. Wir wählen hier 2005 als paradigmatisch für die Periode nach der Wiedervereinigung aus, um die Verteilung der Befragten-Idealpunkte auf der Links-Rechts-Achse zwischen West- und Ostdeutschland zu vergleichen (vgl. Abb. 5.8). Die Bipolarität der Wählerverteilung zeigt sich 2005 genauso wie in 1980er Jahren. Im Osten liegt der Mittelwert der Wählerverteilung bei  $-0,188$ , im Westen nahe Null bei  $0.017$ . Bei großer Übereinstimmung der Parteipositionen kann man aus den Pauschalurteilen der Ostdeutschen eine deutlich linkere Einstellung als für die Westdeutschen ableiten. Das liegt nicht zuletzt an dem positiveren Pauschalurteil über die PDS bzw. Die Linke.PDS im Osten, dem außerdem eine wohl realistischere Positionierung der Partei am linken Rand des Parteiensystems



**Abb. 5.7** Verteilung der Wahlberechtigten auf der Links-Rechts-Achse im Vergleich zu den Parteipositionen 1980 und 1987 (Entfaltungsanalyse)

zugrunde liegt.<sup>3</sup> Aus den Pauschalurteilen der Westdeutschen ergibt sich 2005 noch eine Positionierung der PDS am rechten Rand der linken Parteien. Wir werden im nächsten Kapitel prüfen, welche Veränderungen in Wählerverteilung und

<sup>3</sup>Vgl. entsprechende Ergebnisse von Wahlprogrammanalysen, etwa Bräuninger et al. (2020, S. 70).



**Abb. 5.8** Verteilung der Wahlberechtigten auf der Links-Rechts-Achse im Vergleich zu den Parteipositionen 2005 in West- und Ostdeutschland (Entfaltungsanalyse)

Parteipositionen der Übergang zu einem Sechsparteiensystem unter Einschluss der AfD 2017 in West und Ost bewirkt hat.

In Tab. 5.1 sind die Ergebnisse einer alternativen-spezifischen logistischen Regression für das Vierparteiensystem der 1980er Jahre und das Fünfparteiensystem von 1990 bis 2013 in West- und Ostdeutschland gegenübergestellt. Schaut



**Tab. 5.1** Parteilavalenzen und Links-Rechts-Distanzen als Determinanten der Wahlabsichten für Erst- und Zweitstimme im Vier- und Fünfparteisystem (konditionales Logit-Modell)

	Periode und Region					
	1980–1987		1990–2013 West		1990–2013 Ost	
	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme
Parteilavalenz	0,733 (0,074)	0,704 (0,069)	0,719 (0,025)	0,700 (0,029)	0,727 (0,027)	0,618 (0,025)
Parteidistanz	-1,665 (0,035)	-1,688 (0,035)	-1,436 (0,015)	-1,446 (0,015)	-1,297 (0,017)	-1,336 (0,017)
Parteikonstanten (Referenz: CDU)						
SPD	0,024 (0,056)	-0,013 (0,056)	0,075 (0,025)	0,083 (0,024)	0,067 (0,030)	0,089 (0,029)
FDP	-1,227 (0,121)	-0,905 (0,111)	-1,024 (0,043)	-0,467 (0,037)	-1,071 (0,050)	-0,875 (0,045)
Grüne	-0,057 (0,205)	0,003 (0,193)	-0,707 (0,039)	-0,41 (0,036)	-1,612 (0,049)	-0,762 (0,046)
PDS/Linke			-0,137 (0,100)	0,217 (0,091)	0,181 (0,050)	0,154 (0,049)
McFadden R <sup>2</sup>	0,467	0,450	0,353	0,327	0,294	0,295
N	5803	5841	22.087	23.433	12.149	15.012

Anmerkung: Regressionsparameter und Standardfehler (in Klammern).

man zunächst auf die Verbesserung der „Erklärungsleistung“ gegenüber dem Nullmodell mit Konstanten für die Entscheidungsalternativen, bestätigen sich die oben im Anschluss an Schoen (1998) und Pappi et al. (2005) geäußerten Vermutungen. Die entsprechenden  $R^2$  für Erst- und Zweitstimme (0,467 bzw. 0,450) sind für das etablierte Parteiensystem mit nur vier Parteien am höchsten und sie sind für das westdeutsche Parteiensystem mit fünf Parteien niedriger (0,353 bzw. 0,327). Am niedrigsten sind die  $R^2$  für das weniger etablierte Parteiensystem Ostdeutschlands (0,294 bzw. 0,295). Parallel zur abnehmenden Erklärungsleistung wird der Effektparameter der Parteidistanz auch schwächer. Die Links-Rechts-Distanz der Befragten zu den einzelnen Parteien ist in unserem Grundmodell die einzige individuen- und partei-spezifische Determinante der Wahlabsichten.

Vergleicht man die Effektparameter der Distanz zwischen Erst- und Zweitstimmen-Wahlabsichten, sind nur kleine Unterschiede zu bemerken, wobei allerdings der Effekt der Distanz auf die Zweitstimme übereinstimmend in allen drei Fällen etwas negativer, d. h. stärker ausfällt als bei der Erststimme. Interessanterweise ist es bei den Parteivalenzen gerade umgekehrt. Je höher die Parteivalenz, desto höher ist die wahl- und partei-spezifische Wahrscheinlichkeit, den entsprechenden Kandidaten bzw. die entsprechende Partei zu wählen. Die konsensuellen Parteivalenzen können demnach die Abweichungen von den für den gesamten Zeitraum fixierten Parteikonstanten insgesamt gut erklären und für die Erststimme etwas besser als für die Zweitstimme. Dabei ist dieser Unterschied für das etablierte westdeutsche Parteiensystem (0,719 im Vergleich zu 0,700) kleiner als für Ostdeutschland (0,727 im Vergleich zu 0,618). Unsere Erwartung, dass die nationalen Parteivalenzen die Unterschiede der Parteistärken von Wahl zu Wahl für die Erststimmen zumindest genauso gut erklären wie für die Zweitstimmen, wird voll bestätigt. Außerdem scheinen in weniger etablierten Parteiensystemen die Parteivalenzen eine größere Rolle für das Wählerverhalten zu spielen als für etablierte Systeme.

---

## 5.5 Das räumliche Grundmodell für Parteibewertung und Wahlentscheidung

Wenn Wähler Parteien bewerten oder sich bei Wahlen für eine Partei entscheiden, orientieren sie sich nach dem räumlichen Grundmodell der Wahlfunktion einmal an der politischen Nähe zu den einzelnen Parteien und einmal an der Kompetenz, Leistungsfähigkeit, guten Reputation, kurz an der Parteivalenz. Wir haben in diesem Kapitel aus Pauschalurteilen über Parteien eine Links-Rechts-Achse extrahiert, auf der sowohl die Parteien als auch die Befragten unterschiedliche

Standpunkte einnehmen, und eine Valenzdimension, auf der sich Parteien zusätzlich danach unterscheiden, welches Ansehen sie in der Wählerschaft allgemein zu einem bestimmten Zeitpunkt genießen. Die Zeitpunkte umfassten alle Wahlkämpfe zu den Bundestagswahlen seit 1961 und auf Parteienseite verfolgten wir die Entwicklung vom Dreiparteiensystem der 1960er und 1970er Jahre über die Vierparteiensysteme der 1980er Jahre bis zum Fünfparteiensystem nach der Wiedervereinigung und schließlich bis zur Erweiterung um eine weitere Partei 2017.

Das räumliche Grundmodell hat sich für beide Aufgaben als geeignet erwiesen, sowohl für die Bayesianische Entfaltungsanalyse als auch für die Voraussage der Wahlergebnisse und der individuellen Wahlabsichten mit den aus der ersten Aufgabe gewonnenen Parteivalenzen und ideologischen Standpunkten von Parteien und Befragten. Die ideologische Distanz zwischen Wählern und Parteien erweist sich als verlässlicher Prädiktor der Wahlabsicht für Erst- und Zweitstimme, mit minimal größerer Bedeutung für die Zweitstimme. Die Parteivalenzen sagen die Abweichungen von den für das Vierparteiensystem der 1980er Jahre und das Fünfparteiensystem von 1990 bis 2013 fixierten Parteikonstanten bei den Einzelwahlen der zwei Perioden voraus und zwar dieses Mal besser für die Erststimme als für die Zweitstimme. Damit wäre das eigentlich dynamische Element der Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen hauptsächlich in den Parteivalenzen zu vermuten, wenn sich die Ideologiepositionen nur wenig über die Zeit verändern.

Wir führen im nächsten Kapitel ein inhaltlich dynamisches Element der Wahlfunktion ein: die Einstellung der Wähler zu den Hauptthemen des jeweiligen Wahlkampfes im Vergleich zu den wahrgenommenen Standpunkten der Parteien bei diesen Themen. Mit dieser Erweiterung des Grundmodells werden wir auch den Übergang zum Sechsparteiensystem bei der Bundestagswahl 2017 erklären können.



## Wählermobilisierung mit Wahlkampfthemen

# 6

Ideologische Distanz und Parteivalenz sagen in unserem Grundmodell die Wählerfunktion voraus und erlauben gleichzeitig den Parteien, ihre Chancen bei der bevorstehenden Wahl abzuschätzen. Die Parteivalenz wird im Wahlkampf als von den Parteien nicht mehr beeinflussbar begriffen und ebenso reagiert die ideologische Wahrnehmung der Parteien träge auf Änderungstendenzen. Der Weg für Parteien, ihre Wahlchancen bei gegebener Parteivalenz und relativ dauerhaften ideologischen Distanzen zu verbessern, ist die Propagierung von Politiken für die nächste Legislaturperiode, die die Wählerschaft zu ihren Gunsten mobilisieren.

Mobilisierung der Wählerschaft setzt öffentliche Aufmerksamkeit für die Politikvorschläge einer Partei voraus. Diese erreicht eine Partei nicht, wenn sie einer Gruppe potenzieller Anhänger dies und einer anderen jenes verspricht. Wähler haben eine Vielzahl von Bedürfnissen, die nicht alle von den Parteien berücksichtigt werden können. Bedürfnisse müssen erst politisiert werden, indem man ihre Berücksichtigung als öffentliche Aufgabe im Interesse des Gemeinwohls oder einer genügend großen Gruppe der Wählerschaft propagiert. Nicht nur Parteien politisieren auf diese Art Themen, sondern auch Interessengruppen und soziale Bewegungen. Hat ein Anliegen oder ein Problem einmal einen prominenten Platz auf der öffentlichen Agenda erreicht, erwartet man von Parteien, die um Regierungsbeteiligung konkurrieren, Vorschläge, um das Problem zu lösen. Da die Parteien um knappe Stimmen konkurrieren und die Einstellungen der Wähler zu möglichen Problemlösungen selten übereinstimmen werden, werden die Parteien die Wähler mit kontroversen Politikvorschlägen zur Lösung desselben Problems zu mobilisieren versuchen. Auf diese Weise treten zu den retrospektiv ausgerichteten Parteivalenzen als zweites, dynamisches Element der

Wählerfunktion Wahlkampfthemen in Form von Positionsisues, zu denen die Parteien unterschiedliche Standpunkte einnehmen – genauso wie die Wähler.

Wahlkampfthemen sind prospektiv ausgerichtet. Sie machen ein Versprechen auf Politik in der nächsten Legislaturperiode; und sei es nur die Rückabwicklung von Politiken der vergangenen Legislaturperiode, wenn sich Oppositionsparteien damit Wählermobilisierung versprechen. Neue soziale Bewegungen versuchen die öffentliche Aufmerksamkeit auf Probleme zu lenken, die die Parteien bisher nicht politisiert haben. Äußere Umstände wie Naturkatastrophen oder Konflikte zwischen Drittstaaten können Reaktionen der Regierung nötig machen, die zwischen den Parteien kontrovers diskutiert werden. Und schließlich gibt es in jedem politischen System Dauerthemen wie Steuererhöhungen vs. -senkungen oder die Finanzierung sozialstaatlicher Leistungen, die je nach Interessenstandpunkt einer Lösung bedürfen. Die unterschiedlichen Einstellungen der Wähler zu diesen Dauerthemen werden in der Regel gut von den etablierten Parteien mit entsprechenden Politikstandpunkten auf der ideologischen Hauptachse eines Parteiensystems abgedeckt.

Angesichts der vielen Möglichkeiten, Wählerbedürfnisse zu politisieren, besitzen die Parteien kein Monopol bei der Bestimmung der öffentlichen Agenda. Parteien können aber sehr wohl mit ihren Politikvorschlägen die Konfliktfronten bei einem Thema und damit die Agenda beeinflussen (Schattschneider 1975). Wir gehen im folgenden Abschnitt auf Bedingungen für erfolgversprechende Wahlkampfstrategien ein, die sich im mehr oder weniger großen Einfluss von Wahlkampfthemen auf die Wahlentscheidung ausdrücken.

In zweiten Abschnitt behandeln wir geeignete Methoden zur Skalierung von Politikdistanzen zwischen Parteien und Wählern bei strittigen Wahlkampfthemen und deren Vergleichbarkeit mit ideologischen Distanzen. Darauf folgt in Abschn. 3 eine Diskussion der Auswahl geeigneter Wahlkampfthemen. In Abschn. 4 stellen wir die Wählerverteilung und die Parteipositionen für die ausgewählten Themen dar und leiten daraus im Zusammenhang mit den im ersten Abschnitt diskutierten Bedingungen Erwartungen über den Einfluss dieser Themen auf die Wahlabsichten für Erst- und Zweitstimme ab. Diese Erwartungen werden im fünften Abschnitt überprüft.

---

## **6.1 Einige Bedingungen für den Einfluss von Wahlkampfthemen auf die Wahlentscheidung**

Eine wichtige Bedingung für eine Wählermobilisierung mit einem Wahlkampfthema ist die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema. Allerdings gilt es hier zu

unterscheiden zwischen der öffentlichen Agenda und den persönlichen Interessen der Wähler. So kann man z. B. zwar der Meinung sein, ein bestimmtes außen- oder sicherheitspolitisches Problem wie etwa die Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen im Wahlkampf 1980 gehöre in Deutschland zu den wichtigsten Problemen, aber für einen selbst findet man das Problem weniger relevant als näherliegende innen- oder sozialpolitische Themen. Die erste Bedingung für das Mobilisierungspotenzial eines Themas ist damit das Zusammentreffen von öffentlicher Aufmerksamkeit und persönlichem Interesse.

Persönliches Interesse geht oft auf direkte Betroffenheit von einer bestimmten Politik zurück, für oder gegen die man je nach seinem Interessenstandpunkt ist. Die zweite Bedingung ist damit ein eigener Interessenstandpunkt oder eine eigene Meinung bei dem jeweiligen Thema. Die dritte Bedingung betrifft dann die Wahrnehmung von Parteipositionen. Wie wir unten erläutern, gehen wir dabei nicht von der individuellen Sicht einzelner Wähler aus, sondern versuchen Parteipositionen zu identifizieren, von denen, abgesehen von idiosynkratischem Skalengebrauch, die große Mehrheit der Wählerschaft konsensuelle Vorstellungen hat. Damit sind die zweite und dritte Bedingung Ausschlussbedingungen. Wer keine eigene Meinung hat, für dessen Wahlentscheidung ist das betreffende Thema bedeutungslos. Und wenn es keine in der Wählerschaft geteilte Vorstellungen von den Parteipositionen gibt, können die Parteien darauf keine rationale Wahlkampfstrategie aufbauen und die Wähler erhalten keine soziale Bestätigung ihrer unterschiedlichen Weltansichten.

Erfüllt ein Thema hingegen die beiden Bedingungen, kann die Verteilung der Wählermeinungen auf der entsprechenden Issueskala mit den Parteipositionen sinnvoll verglichen werden. Daraus lässt sich ersehen, welche Parteien mehr oder weniger günstig auf der Dimension platziert sind. Wichtig für eine hohe Entscheidungsrelevanz des Themas ist eine Verteilung der Parteipositionen in dem Bereich der Skala, in dem sich auch die Wähleridealpunkte befinden. Alvarez und Nagler (2004) sprechen von der Kompaktheit der Parteipositionen im Vergleich zur Breite oder Streuung der Wählerverteilung. Befinden sich die Parteien zusammengedrängt in einem kleinen Bereich der Issueskala, während die Wählermeinungen breit streuen, unterscheiden sich für viele Wähler die Distanzen zu den einzelnen Parteien kaum und können somit auch die Entscheidung zwischen ihnen nicht gut voraussagen. „... the more compact the distribution of the parties in the issue space on any given issue, the less voters weight that issue in their vote decision“ (Alvarez und Nagler 2004, S. 46). Es liegt eine themenspezifische Entfremdungserfahrung für viele Wähler vor (vgl. Hinich und Munger 1997, S. 141–144). Die vierte Bedingung für das Mobilisierungspotenzial eines Themas ist demnach ein

breites Parteienangebot an Politiken zur Lösung des jeweiligen Problems, das sich mit der Nachfrage der meisten Wähler überschneidet.

Empirisch werden wir den Einfluss von Wahlkampfthemen auf die Wahlentscheidung am „Entscheidungsgewicht“ eines Themas festmachen, also der Bedeutung der Distanz zwischen Wählern und Parteien bei dem jeweiligen Thema für die Wahlentscheidung. Je negativer dieser Regressionskoeffizient ist, desto mehr beeinflusst die Distanz bei diesem Thema die Entscheidung für eine der Parteien im *choice set*. Die Entscheidungssituation ist dabei durch das Parteiensystem aus Wählersicht und gemeinsame Wahlkampfthemen einschließlich der konsensuell wahrgenommenen Parteipositionen in diesen Fragen kollektiv vorstrukturiert. Der gemeinsame Stimmenmarkt verlangt gleichzeitig eine generische Wirkung auf die Wahlwahrscheinlichkeiten für alle Parteien im *choice set*, ansonsten ginge man von der Vorstellung von segmentierten Märkten in Form von *issue publics* aus. In der komparativen Forschung werden häufig weitere Bedingungen für den Einfluss von Issues mit dem Einfluss von Links-Rechts auf die Wahlentscheidung in Zusammenhang gebracht (vgl. z. B. deVries 2007 oder Walczak und van der Brug 2012). Dieser Zusammenhang ist auch für unseren Ansatz wichtig, weil wir Wahlkampfthemen zusätzlich zum Grundmodell mit Links-Rechts als ideologischer Dimension einführen. Walczak und van der Brug definieren *ideological constraint* als Strukturierung der Politikpräferenz bei einem Issue durch Links-Rechts, wofür sie die Korrelation zwischen der Links-Rechts-Selbsteinstufung und den jeweiligen Politikpräferenzen der Wähler als Maß verwenden. Empirisch bestätigen sie ein komplementäres Verhältnis zwischen Links-Rechts und Politikpräferenzen der Wähler: Je höher der *ideological constraint*, desto geringer ist ein zusätzlicher Issueeinfluss auf die Parteipräferenz. Wie oft in der komparativen Forschung kann die Aktualität der Einzelthemen für die jeweilige nationale Agenda nicht berücksichtigt werden.

Nach unseren Ergebnissen und Interpretationen in Kap. 4 ist die ideologische Selbsteinstufung der Wähler der Parteiwahrnehmung nachgeordnet, während bei konkreten Wahlkampfthemen die Interessenstandpunkte und Meinungen der Wähler den Ausgangspunkt darstellen. Das konsensuelle Wissen um die Links-Rechts-Positionen der Parteien – von Walczak und van der Brug als *perceptual agreement* bei Links-Rechts erfasst – kann die Wahrnehmung der Parteiposition bei konkreten Themen – von Walczak und van der Brug nicht erfasst – erleichtern, wie zuerst von Downs (1968) vermutet und von Hinich und Pollard (1981) und Enelow und Hinich (1982b, 1984) modelliert. Danach können die Wähler ihre originären Interessen bei einem Thema mit Hilfe ihrer Kenntnis der ideologischen Parteipositionen in abgeleitete – nicht originäre – ideologische Standpunkte umsetzen und so Distanzen zu den Parteien abschätzen (vgl. speziell

für Mehrparteiensysteme Pappi 1996). Wir behandeln im Folgenden diese Frage der gegenseitigen Beeinflussung von ideologischer und Policy-Nähe nicht explizit, sondern beginnen die Analyse des Einflusses auf die Wahlentscheidung mit gleich gestellten möglichen Einflüssen. Dabei kann sich natürlich herausstellen, dass der ideologische Einfluss den Policy-Einfluss übertrifft, ein mögliches Ergebnis, das wir nicht weiter untersuchen, sondern nur interpretieren werden. Unsere Fragestellung bezieht sich auf die Bedingungen 1 bis 4. Erst wenn wir unsere Daten im dritten Abschnitt vorgestellt haben werden, lassen sich Erwartungen über besonders günstige Bedingungen für den Einfluss von Wahlkampfthemen auf die Wahlabsichten formulieren. Wie im letzten Kapitel untersuchen wir auch hier die Einflüsse auf die Kandidaten- und die Parteienwahl. Unsere Haupthypothese für diesen Vergleich ist, dass die Parteivalenzen eine stärkere Wirkung auf die Erststimme als auf die Zweitstimme haben.

---

## **6.2 Methoden zur Skalierung von ideologischen und Policy-Distanzen zwischen Wählern und Parteien**

Wir haben in Kap. 5 die latenten Links-Rechts-Positionen von Parteien und Befragten mit einer metrischen Entfaltungsanalyse aus den manifesten Pauschalurteilen über Parteien abgeleitet. Die sich daraus ergebenden Distanzen zwischen jedem Befragten und den einzelnen Parteien haben zusammen mit den Parteivalenzen die Wahlabsichten in unserem Grundmodell vorausgesagt. Wenn wir jetzt zusätzlich Policy-Distanzen in das Modell aufnehmen, sollten diese nach dem gleichen Skalierungsmodell konstruiert werden. Politikfeldbezogene Pauschalurteile stehen allerdings nicht zur Verfügung, sondern die in der Wahlforschung seit den 1970er Jahren gebräuchlichen Issue-Skalen mit benannten Endpunkten (Page und Brody 1972; Brody und Page 1972; vgl. Kap. 4). Sie geben eine von 1 bis 7 bzw. 11 reichende Skala vor, deren Bedeutung den Befragten durch die benannten Endpunkte klargemacht wird. Damit wird unterstellt, dass sich die Politiken zur Lösung des jeweiligen Problems als geordnete Menge eindimensional zwischen den Endpunkten anordnen lassen. Mit dieser Frageform lassen sich die Positionen der Parteien auf einer von links nach rechts laufenden Skala zusammen mit der Selbsteinstufung der Befragten erheben. Auf derartige in Vorwahlumfragen erhobene Variablen greifen wir hier zurück, um den Einfluss der ideologischen Links-Rechts-Distanzen mit dem der Policy-Distanzen auf die Wahlabsichten vergleichen zu können.



In der Forschung werden diese Art Daten häufig in der Form verwendet, wie sie abgefragt wurden. Das gilt vor allem für die Verwendung von Links-Rechts-Skalen in der komparativen Forschung. So vergleicht z. B. Powell (2019) die ideologische Repräsentation von Wählern in Parlamenten und Regierungen allein unter Verwendung der Rohwerte der Positionen auf der Links-Rechts-Skala; die Links-Rechts-Verteilung der Wählerschaft mit den häufigsten Werten in der ideologischen Mitte wird so zum entscheidenden normativen Maßstab. Nur wenige Komparativisten berücksichtigen den idiosynkratischen Skalengebrauch (so aber Lo et al. 2013 und Saiegh 2015).

Gegen Verwendung der Rohwerte wäre nichts einzuwenden, wenn man für die Wählerfunktion die politischen Distanzen individuell zwischen der Selbsteinstufung eines Befragten und den von ihm oder ihr angegebenen Parteiwahrnehmungen berechnet. So wird man für einen Befragten, der sich selbst und die CDU ideologisch ganz links bei 1 einstuft und alle anderen Parteien weiter rechts, vielleicht vermuten, dass er die CDU auch wählt. Wenn die Parteieinstufungen der Befragten aber stark voneinander und von aus anderen Quellen gewonnenen Werten abweichen und somit über die ideologische Verortung der Parteien in der Wählerschaft kein weitgehender Konsens besteht, versagt Links-Rechts als Instrument der Kommunikation zwischen Wählern und Parteien. Es verbietet sich auch der leichte Ausweg, statt der individuell wahrgenommenen Parteipositionen auf die Parteimittelwerte zurückzugreifen, weil man auch so Idiosynkrasien der Befragten bei der Skalenverwendung nicht berücksichtigt (Problem des *differential item functioning*). Damit der Schätzwert der Parteipositionen auch für die Parteien Sinn ergibt, muss über ihn in der Wählerschaft weitgehend Konsens herrschen. Auf dieser Basis können die Parteien strategisch ihr Politikangebot an die Wählerschaft planen.

Wir benötigen also ein Messmodell, das die Parteipositionen identifiziert, bezüglich derer die meisten Wähler übereinstimmen, wenn man idiosynkratischen Skalengebrauch und zufällige individuelle Abweichungen zulässt. Ein derartiges Messmodell haben Aldrich und McKelvey (1977) vorgeschlagen und die neuere Forschung kommt in den letzten Jahren verstärkt darauf zurück (vgl. Lo et al. 2013; Saiegh 2015; Hare et al. 2015; Jessee 2020; Pappi et al. 2019). Idiosynkratischer Skalengebrauch heißt, dass die Befragten unterschiedliche Ankerpunkte verwenden und die Zwischenräume zwischen den Parteien verschieden stark strecken oder stauchen. Im Folgenden bezeichne  $z_{ij}$  die Wahrnehmung des Befragten  $i$  der Position von Partei  $j$  und  $z_{i0}$  die Selbstwahrnehmung. Bei Annahme einer linearen Beziehung zwischen den im Interview genannten Werten  $z_{ij}$  und den konsensuellen Parteipositionen  $y_j$  samt den zufälligen Fehlern  $\epsilon_{ij}$  ist die Grundannahme des Messmodells:

$$z_{ij} = a_i + b_i \cdot y_j + \epsilon_{ij} \text{ für } i = 1, \dots, n; j = 1, \dots, m. \quad (6.1)$$

Die Parameter  $a_i$  und  $b_i$  der Regressionsgleichung werden allein mit den von den einzelnen Befragten angegebenen Urteilen über die Parteien geschätzt. Die Selbsteinstufung der Befragten wird dann an ihren individuellen Skalengebrauch angepasst:

$$y_{io} = \frac{z_{io} - \hat{a}_i}{\hat{b}_i}. \quad (6.2)$$

Mit zusätzlicher Berücksichtigung des positiven oder negativen Pauschalurteils über die Parteien und des eigenen Standpunkts der Befragten auf der jeweiligen Skala können zusätzlich zum *differential item functioning* noch Assimilations- und Kontrasteffekte der individuellen Wahrnehmung nachgewiesen werden, d. h. dass Befragte Parteien, die sie pauschal positiv bewerten, näher am eigenen Standpunkt wahrnehmen, und umgekehrt über Parteien urteilen, die sie negativ einschätzen (Bølstad 2020). Zur Trennung von *differential item functioning* von tatsächlichen Wahrnehmungsunterschieden verwendet Jessee (2020) Vignetten zur Beurteilung simulierter Politikerprofile auf der ideologischen Dimension liberal-konservativ. Wir haben für deutsche Daten nachgewiesen, dass die bayesianische Schätzung des Aldrich-McKelvey-Modells nach Hare et al. (2015) im Durchschnitt konsensuelle Parteipositionen ohne Rationalisierungseffekte erbringt (Pappi et al. 2019, S. 21–24). Wegen der Kommunikationsfunktion zwischen Wählern und Parteien kommt es uns auf die Übereinstimmung der Wählerschaft über Parteipositionen an. Verbleibende Wahrnehmungsunterschiede der Parteipositionen nach Kontrolle des *differential item functioning* können natürlich für die Parteistrategien relevant werden, wenn sie sich systematisch nach bestimmten Wählergruppen unterscheiden, wie in den USA zwischen Wählern, die sich als Demokraten oder Republikaner identifizieren. Uns interessiert dagegen bei der Analyse von Mehrstatt Zweiparteiensystemen, inwieweit in der Wählerschaft allgemein Übereinstimmung nicht nur über die ideologischen Parteipositionen besteht, sondern auch über das Politikangebot dieser Parteien in konkreten Politikfeldern. Erst bei größerer Übereinstimmung zwischen Wählern können Parteien Strategien für die Stimmenwerbung in einem gemeinsamen Wählermarkt entwickeln. Wenn man einseitig auf eine sozialpsychologische Mikroperspektive setzt, geht leicht der Blick auf die Kommunikation zwischen Wählern und Parteien verloren.

Hare et al. (2015, S. 762) verwenden ein bayesianisches Verfahren (Quinn 2004; Jackman 2009, Kap. 9) zur Schätzung der Modellparameter. Damit können

auch Befragte mit fehlenden Angaben bezüglich einzelner Parteien in die Analyse eingeschlossen werden und die geschätzte Unsicherheit der latenten Werte wird besser interpretierbar. Ein Hinweis auf den Konsens der Befragten über die Parteipositionen ist dabei das Vorzeichen der individuellen Regressionsparameter  $b_i$ . Werden linken Parteien auf der resultierenden reskalierten Dimension kleine oder negative Zahlen und rechten größere oder positive Zahlen zugewiesen, hat ein Befragter nur im Falle eines positiven  $b_i$  eine angemessene, und das heißt in der Regel mit der Mehrheit übereinstimmende Vorstellung von der reskalierten Dimension. Befragte mit negativem  $b_i$  sehen die ideologische Welt spiegelverkehrt, was auf eine niedrige politische Informiertheit bzgl. des Themas hinweisen kann (Palfrey und Poole 1987). Wird der Anteil solcher „falschen“  $b_i$  zu groß, wird man je nach Analysezweck eventuell auf die Skala gänzlich verzichten. In jedem Fall verliert bei überhandnehmender falscher Skalenpolung die Dimension ihre Kommunikationsfunktion und wird, wie sich empirisch nachweisen lässt, auch für die Wählerfunktion weitgehend irrelevant. Idiosynkratische Weltbilder, für die Wähler keine Bestätigung aus ihrer Umgebung oder der Öffentlichkeit erfahren, sind selten handlungsleitend.

---

### **6.3 Die Auswahl von Wahlkampfthemen mit zugehörigen Parteipositionen**

Im Anhang von Kap. 4 haben wir einen Überblick über Wahlkampfthemen gegeben, die für eine nähere Betrachtung infrage kommen. Dabei haben wir zwischen konkreten Wahlkampfthemen und allgemeineren, politikfeld-spezifischen Orientierungsalternativen unterschieden. Für Wahlforscher ist es nicht immer einfach, bei der Vorbereitung von Vorwahlumfragen die wichtigsten Wahlkampfthemen auszuwählen. Zwar bieten die Wahlprogramme der Parteien Auswahlmöglichkeiten, was aber tatsächlich die Wähler mobilisiert, ist oft schwer vorauszusehen. Äußere Umstände jenseits der Kontrolle von Parteien oder ungeschickte Äußerungen von Spitzenpolitikern können einzelnen Themen erhöhte Aufmerksamkeit verschaffen. Die Primärforscher der GLES haben das Auswahlproblem durch politikfeld-spezifische Orientierungsalternativen zu lösen versucht, die in gewisser Unabhängigkeit von konkreteren Themen während der Wahlkämpfe 2009, 2013 und 2017 abgefragt wurden. Um die Bedeutung dieser möglichen Einflüsse auf die Wahlabsichten im Zeitvergleich und damit im Nachhinein in Abhängigkeit von der Themenkonjunktur zu untersuchen, verwenden wir diese Daten für unsere Fragestellung. Damit sind wir in die Lage versetzt, den Einfluss

der Themenkonjunktur mit gleichen Messinstrumenten für drei Wahlen vergleichen zu können, müssen aber gleichzeitig in Kauf nehmen, dass sich allgemeine politikfeld-bezogene Orientierungen der Befragten und der Parteien über die Zeit wahrscheinlich weniger ändern dürften als die Politikpräferenzen zu konkreten Streitpunkten. Letztere werden durch die Gesetzgebung manchmal gelöst und schaffen damit einen neuen Status quo, so dass die ursprüngliche Frageformulierung eine andere Bedeutung erhält oder so gar nicht mehr verwendet werden kann.

Um Aufschluss über Mobilisierungseffekte von Wahlkampfthemen unter günstigeren Bedingungen als denen zu erhalten, die für nur mögliche Wahlkampfthemen gelten, vergleichen wir die politikfeld-bezogenen Orientierungen der GLES mit den im Wahlkampf 1987 diskutierten konkreten Politiken. Mit Verweis auf Tab. A4.2 haben wir für die beiden Themen „Streikparagraph“ des Arbeitsförderungsgesetzes und Kernenergie ideale Bedingungen für die Mobilisierung der Wählerschaft diagnostiziert. Die von der Regierung Kohl durchgesetzten Einschränkungen der Zahlung von Kurzarbeitergeld bei Produktionseinschränkungen infolge von Streiks hat SPD und Gewerkschaften zur Gegenwehr mobilisiert und die Kernenergie war wenige Monate nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl nicht nur für die Grünen ein wichtiges Thema auf der öffentlichen Agenda. Damit vergleichen wir die allgemeineren Themen, die die Primärforscher der GLES als mögliche Wahlkampfthemen für 2009, 2013 und 2017 ausgewählt haben (GLES 2019a, b, c):

1. Die im Codebuch als sozioökonomische Dimension bezeichnete Trade-off-Frage zwischen „weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet“ und „mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet“;
2. die im Codebuch als „libertär-autoritär“ bezeichnete Dimension zwischen „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ und „Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“;
3. die 2013 und 2017 als „Klimawandel“ bezeichnete Dimension mit den Endpunkten „Vorrang für Bekämpfung des Klimawandels, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet“ und „Vorrang für Wirtschaftswachstum, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert“. Das für 2009 ausgewählte Thema Kernkraft hatte dagegen einen direkten Bezug zum Bundestagswahlkampf, weil sich CDU und CSU in ihrem „Regierungsprogramm 2009 – 2013“ für eine Verlängerung der Restlaufzeiten der deutschen Kernkraftwerke aussprachen. Der Plan von CDU/CSU zur Verlängerung der Restlaufzeiten

und die Gegnerschaft von SPD und Grünen versprachen ein kontroverses Wahlkampfthema.<sup>1</sup>

Neben dem Thema Kernenergie 2009 barg das drei Mal abgefragte Thema Zuwanderung nach der Flüchtlingskrise von Herbst 2015 bis in das Jahr 2016 hinein Mobilisierungspotential. Um dieses Potenzial bei Kernkraft und Zuwanderung objektiv abschätzen zu können, verwenden wir die Frage nach den wichtigsten Problemen in Deutschland, die sogenannte Agendafrage, und Fragen zum Interesse am Wahlaushang und dem Interesse an den drei politikfeld-bezogenen Orientierungsalternativen als Mobilisierungsindikatoren.

Die Antworten der Befragten der Vorwahlquerschnitte der GLES auf die offene Agendafrage sind nach einem sehr ausführlichen Kategorienschema verschlüsselt worden. Wir haben die Hauptkategorien in Tab. 6.1 aufgeführt und so eingeteilt, dass sich drei Kategorien auf die drei möglichen Wahlkampfthemen beziehen. So wird die sozioökonomische Dimension durch den großen Bereich von Arbeits-, Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik abgedeckt, das Thema Zuwanderung enthält auch Themen wie Ausländerkriminalität, Terrorismus und Islamismus aus dem Bereich innere Sicherheit und Umweltpolitik wurde mit Energiepolitik zusammengefasst. Das Hauptergebnis des Zeitvergleichs der Wichtigkeit der Probleme ist die starke Konzentration der öffentlichen Aufmerksamkeit 2009 und auch noch 2013 auf Themen, die der sozioökonomischen Dimension zuzurechnen sind. 2017 ging diese Aufmerksamkeit von drei Vierteln bzw. zwei Dritteln der genannten Probleme stark auf ein Viertel bei den zuerst genannten Problemen und knapp ein Drittel bei allen genannten Problemen zurück. Dagegen rückte die Zuwanderungsproblematik jetzt auf den ersten Platz mit 51 % der zuerst und 36 % aller genannten Probleme. Umwelt- und Energiepolitik erreichten in allen drei Wählkämpfen dagegen nur einstellige Prozentwerte und darunter 2009 mit 1 bzw. 2 % sogar die niedrigsten Werte. Wäre die Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke ein wichtiges Wahlkampfthema geworden, würde man bedeutend höhere Werte erwarten.

Die Agendafrage nach den wichtigsten Problemen in Deutschland erfasst nicht unbedingt die Wichtigkeit eines Themas für einen selbst. Im Anschluss an die Fragen zur Parteiwahrnehmung für die drei möglichen Wahlkampfthemen wurden die Befragten um die Einschätzung der Wichtigkeit des jeweiligen Themas für sie selbst gebeten. Danach wurde die Wichtigkeit des Themas Steuern und soziale

---

<sup>1</sup>In der neu gebildeten Koalitionsregierung mit der FDP konnten CDU und CSU die Laufzeitverlängerung 2010 durchsetzen. Von der Regierung Schröder waren die Restlaufzeiten über die Festlegung von Reststrommengen aus Atomkraftwerken festgelegt worden.

**Tab. 6.1** Auf Agendafrage zuerst bzw. zuerst und auf Nachfrage genannte wichtigste Probleme in Deutschland 2009, 2013 und 2017 (in Prozent)

Problembereiche	2009		2013		2017	
	Zuerst genannte Probleme	Zuerst und auf Nachfrage genannte Probleme	Zuerst genannte Probleme	Zuerst und auf Nachfrage genannte Probleme	Zuerst genannte Probleme	Zuerst und auf Nachfrage genannte Probleme
Arbeits-, Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik	78,19	73,96	69,56	66,42	24,92	31,77
Innere Sicherheit ohne ausländerbezogene Bereiche	2,24	2,46	1,98	2,82	3,08	3,49
Umwelt- und Energiepolitik	1,45	2,04	5,55	6,78	2,01	4,83
Zuwanderung	1,66	2,48	5,86	6,19	51,08	36,26
Außen- und Verteidigungspolitik	1,37	2,50	2,69	3,28	5,83	7,80
Politische Prozesse und Institutionen	9,35	8,46	5,68	5,32	6,36	6,22
Sonstiges	5,73	8,09	8,68	9,19	6,72	9,63
Summe Nennungen	2407	4551	2270	4363	2829	5358
N Befragte	2173		2003		2179	

Anmerkung: Daten der Vorwahl-Querschnitt-Studien der German Longitudinal Election Study (GLES) 2009, 2013 und 2017 (GLES 2019a, 2019b, 2019c)

**Tab. 6.2** Befragtenangaben zum Interesse am Ausgang der Wahl und an ausgewählten möglichen Wahlkampfthemen während der Wahlkämpfe 2009, 2013 und 2017 sowie Wahlbeteiligung laut Bundeswahlleiter (in Prozent)

	Bundestagswahlen		
	2009	2013	2017
Mobilisierungsindikatoren			
Wahlausgang: sehr wichtig / wichtig	46,8 (2152)	44,9 (1993)	71,6 (2179)
Steuern/ Sozialstaat: sehr wichtig / wichtig	72,4 (2143)	70,6 (1984)	80,6 (2165)
Zuwanderung: sehr wichtig / wichtig	54,0 (2157)	55,0 (1988)	69,0 (2168)
Kernkraft: sehr wichtig / wichtig	57,2 (2141)		
Klimawandel / Wirtschaftswachstum: sehr wichtig / wichtig		63,1 (1968)	82,3 (2160)
Wahlbeteiligung	70,8	71,5	76,2

Anmerkungen: Daten der GLES-Vorwahlquerschnitte; Prozentuierungsbasis der gültigen Angaben jeweils in Klammer

Leistungen 2009 von 72 % der Befragten, 2013 von 71 % und 2017 von 81 % als sehr wichtig oder wichtig eingeschätzt (vgl. Tab. 6.2). Dahinter folgte 2009 mit 57 % das Thema Kernkraft und mit 54 % das Thema Zuwanderung. 2013 holte das neue ökologische Thema der Bekämpfung des Klimawandels sowie die Förderung des Wirtschaftswachstums mit 63 % Einschätzungen als sehr wichtig und wichtig auf und übertraf 2017 mit 82 % sogar das sozioökonomische Thema, wenn auch minimal. Das Thema Zuwanderung folgte immer erst an dritter Stelle.

An den Ergebnissen von Tab. 6.2 fällt auf, dass 2017 die Wichtigkeitseinstufung aller drei Themen gegenüber 2009 und 2013 zugenommen hat. Dieses Ergebnis stimmt gut mit den allgemeinen Mobilisierungsindikatoren überein, die alle für 2017 höhere Werte als für 2009 und 2013 aufweisen. 2009 erreichte die Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl mit 70,8 % einen vorher nie beobachteten Tiefpunkt, stieg 2013 nur leicht auf 71,5 % an und erreichte 2017 mit 76,2 % wieder einen etwas höheren Wert. Jetzt schätzten auch 72 % der Befragten den Wahlausgang als sehr wichtig oder wichtig ein. 2009 betrug der entsprechende Prozentsatz nur 47 %, 2013 45 %. Mit diesen schwachen Mobilisierungsindikatoren stimmt das Urteil von Rattinger et al. (2011) gut überein, die als Titel für ihr Buch über die Bundestagswahl 2009 gewählt hatten: „Zwischen Langeweile

und Extremen“. Dabei sprechen sie mit Extremen die niedrige Wahlbeteiligung und das hohe Minus von 11,2 Prozentpunkten für die Zweitstimmen der SPD an. Mit Blick auf mobilisierende Streitthemen kommt Weßels für den Wahlkampf 2009 zu dem Schluss, dass es kein „herausstechendes und polarisierendes Wahlkampfthema“ gegeben habe (2013, S. 18).

Das Urteil der Experten über den Wahlkampf 1987 fällt anders aus, selbst wenn die allgemeine Mobilisierung der Wählerschaft bei dem „Sieg ohne Glanz“ (Forschungsgruppe Wahlen 1990) ebenfalls zu wünschen übrig ließ. Immerhin erreichte das Thema Umweltschutz nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl im April und einer Rheinverschmutzung im Spätherbst 1986 einen vorderen Platz bei der Agendafrage, zeitweilig gleich oft genannt wie das Spitzenthema Arbeitslosigkeit (Forschungsgruppe Wahlen 1990, S. 721). In der von uns genutzten Vorwahlstudie (Berger et al. 2012) ist eine Frage enthalten, die von den Befragten eine Einstufung der persönlichen Wichtigkeit von 12 „Aufgaben und Zielen in der Bundesrepublik“ erbat. Dabei beurteilten 79 % „Arbeitslosigkeit bekämpfen“ als sehr wichtig, den Platz 2 nimmt mit 65 % „Die Renten sichern“ ein, dicht gefolgt von „Für wirksamen Umweltschutz sorgen“ mit 63 %. Außenpolitische Aufgaben und Ziele nehmen mit 20 bis 25 Nennungen als sehr wichtig die letzten Ränge ein. Damit sehen wir für die konkreten 1987er Themen Streikparagraph und Kernenergie die Bedingung 1 als erfüllt an. Die Issues standen sowohl auf der öffentlichen Agenda und wurden auch von klaren Mehrheiten der Wählerschaft als für sie persönlich sehr wichtig eingestuft.

Allgemeine politikfeld-bezogene Orientierungen können Bedingung 1 erfüllen, wenn sich ein direkter Bezug zu einem konkreten Wahlkampfthema herstellen lässt. Das war bei den GLES-Umfragen 2009 beim Thema Kernenergie und 2017 beim Thema Zuwanderung der Fall. Die im Wahlprogramm von CDU und CSU enthaltene Forderung nach einer Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Atomkraftwerke aktualisierte das Thema Kernenergie erneut und die Flüchtlingskrise ab Herbst 2015 führte zu einer Thematisierung der allgemeinen Zuwanderungsproblematik im Wahlkampf 2017. Von diesen beiden Themen schaffte nur die Zuwanderungsproblematik 2017 einen vorderen Platz auf der öffentlichen Agenda (vgl. Tab. 6.1). Nach Bedingung 1 bleibt damit nur für die Zuwanderung die Erwartung eines größeren Entscheidungsgewichts für die Wahlabsichten 2017 im Vergleich zum Klimaschutz oder im Vergleich zur selben Thematik 2009 und 2013. Die sozioökonomische Dimension eignet sich aus Gründen, die wir gleich besprechen werden, weniger für den direkten Vergleich der Entscheidungsgewichte.



Die Bedingungen 2 und 3 beziehen sich auf die Abgrenzung der relevanten Menge von Befragten und Parteien. So ist leicht zu begründen, dass Befragten ohne eigene Meinung zu einem Thema die Entscheidungsgrundlage fehlt. Man könnte diese Bedingungen noch verschärfen, wenn man alle Befragten ausschliesse, deren Skalverständnis von dem der Mehrheit stark abweicht (insbesondere Befragte mit einem  $b_i$  mit „falschem“ Vorzeichen). Im Allgemeinen weichen bei der Links-Rechts-Skala die wenigsten Befragten von der konsensuellen Parteiordnung ab, bei politikfeld-bezogenen Orientierungen oder konkreten Politikskalen können Befragte mit abweichendem Skalverständnis bis zu 15 % und höher ausmachen. Da es uns um einen Vergleich der Entscheidungsgewichte gleich skaliertter Issuedistanzen geht, beziehen wir nur Wahlkampfthemen in die Analyse ein, die vergleichbare Anteile von Befragten mit umgekehrter Skaleneigung aufweisen. Dieses Kriterium führt bei der folgenden Analyse nur zum Ausschluss der sozioökonomischen Dimension; dieser Ausschluss gilt nur hier für die Mikroanalyse, nicht für Gleichgewichtsanalysen auf der Makroebene wie z. B. in Kap. 7. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass ein höheres Entscheidungsgewicht von Links-Rechts im Vergleich zu den Issuedistanzen auch von der besseren Skalierbarkeit abhängen kann.

Die dritte Bedingung bezieht sich auf die Vollständigkeit der Parteiwahrnehmung bei einem Thema, die wir in Kap. 4 behandelt haben. Wir beziehen diese Bedingung auf die Wählerschaft allgemein und verwenden es nicht als befragtenspezifisches Ausschlusskriterium. Wir beziehen Befragte ein, die mindestens Angaben zu zwei Dritteln der Parteien gemacht haben. Wir zählen dagegen Parteien nicht zum Parteiensystem aus Wählersicht, deren Wahrnehmungswerte niedrig sind und die somit von den anderen Parteien stark abweichen. 1987 gehen wir damit von einem Vierparteiensystem mit CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen aus bzw. bei Links-Rechts wegen der separaten Fragen nach CDU und CSU von einem Fünfparteiensystem (vgl. Tab. A4.2). Für 2009 und 2013 haben wir es mit einem gesamtdeutschen Sechsparteiensystem (CDU und CSU getrennt abgefragt) aus Wählersicht zu tun, weil mit der Gründung und Etablierung der Linken Unterschiede der Parteipplatzierungen zwischen West- und Ostdeutschen weitgehend verschwunden sind. Mögliche Unterschiede der Verteilung der Wählerpositionen bleiben wegen Berücksichtigung individueller Unterschiede im Skalengebrauch (individuell berechnete  $a_i$  und  $b_i$ ) erhalten. Für 2017 gehen wir zu einem Siebenparteiensystem aus Wählersicht unter Einschluss der AfD über, allerdings nur für die ideologische und die Zuwanderungs-Dimension. Beim Thema Klimawandel weichen die Wahrnehmungswerte der AfD zu stark von denen der anderen Parteien nach unten ab.

## 6.4 Ideologische und policy-bezogene Wählerverteilungen und Parteipositionen 2009, 2013 und 2017 im Vergleich zu 1987

Bedingung 4 für hohe Entscheidungsgewichte von Issuedistanzen für die Wahlabsichten fordert ein Parteiangebot dort im Policy-Raum, wo auch große Nachfrage besteht. Die Parteien sollten nicht kompakt in einem kleinen Bereich einer Policy-Skala ähnliche Politiken anbieten, wenn dadurch große Teile der Wählerschaft durch eine zu große Distanz zum nächsten Angebot entfremdet werden. Deshalb beschreiben wir in diesem Abschnitt die Ausgangssituationen von Wählerverteilung und Parteiangebot.

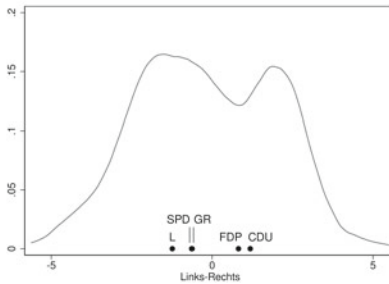
Wir beginnen mit einem methodologischen *caveat*. Manchmal wird eine Polarisierung der Politikpräferenzen der Wählerschaft als Voraussetzung für eine starke Wirkung auf die Wahlentscheidung postuliert (vgl. z. B. Walczak und van der Brug 2012, S. 252). Eine derartige Polarisierung der Wählerverteilung kann aber auch von der ursprünglichen Frage und Skalierungsmethode abhängen, wie wir am Vergleich der Links-Rechts-Präferenzen zeigen, die einmal wie in Kap. 5 aus einer Entfaltungsanalyse von Pauschalurteilen abgeleitet wurden und einmal wie in diesem Abschnitt auf den ideologischen Parteienwahrnehmungen der Befragten beruhen.

In Kap. 5 haben wir die Links-Rechts-Positionen der Parteien und die Wählerverteilung auf derselben Skala aus den Pauschalurteilen der Befragten über die Parteien mit einer Entfaltungsanalyse abgeleitet (vgl. Abbildungen 5.7 und 5.8). In diesem Abschnitt greifen wir auf die direkte Frage nach den Links-Rechts-Selbst- und -Parteieinstufungen zurück und bringen sie mit dem bayesianischen Skalierungsmodell nach Aldrich und McKelvey (1977) und Hare et al. (2015) auf eine gemeinsame Skala. In den Politbarometer-Befragungen wird ab und zu auch die Links-Rechts-Frage gestellt, so dass wir für dieselben Befragten die verschieden abgefragten und analysierten Links-Rechts-Positionen vergleichen können. Wir wählen dazu die 2005er Ergebnisse für Ostdeutschland aus (vgl. oben Abb. 5.8b), wo im Unterschied zu Westdeutschland „Die Linkspartei.PDS“ bereits ihren Platz links von den anderen Parteien in der Wählerwahrnehmung gefunden hatte. In Abb. 6.1 wird diese Verteilung den reskalierten Ergebnissen der Links-Rechts-Frage für dieselben Befragten gegenübergestellt.<sup>2</sup>

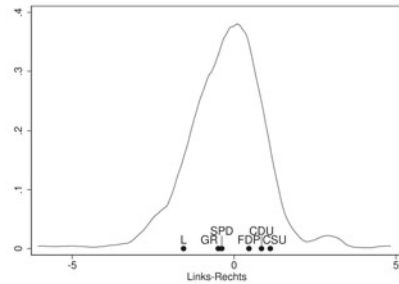
---

<sup>2</sup>Da in den Vorwahlquerschnitten der GLES stets nach den Positionen von CDU und CSU getrennt gefragt wird, behalten wir diese Trennung in diesem Kapitel bei der Ergebnisdarstellung der Reskalierung bei. Erst wenn die Wahlabsicht vorausgesagt wird, wird in Bayern die Distanz zur CDU mit der zur CSU ersetzt.

a. Entfaltungsanalyse der Pauschalurteile



b. Bayesianische Aldrich-McKelvey-Analyse der Links-Rechts-Frage

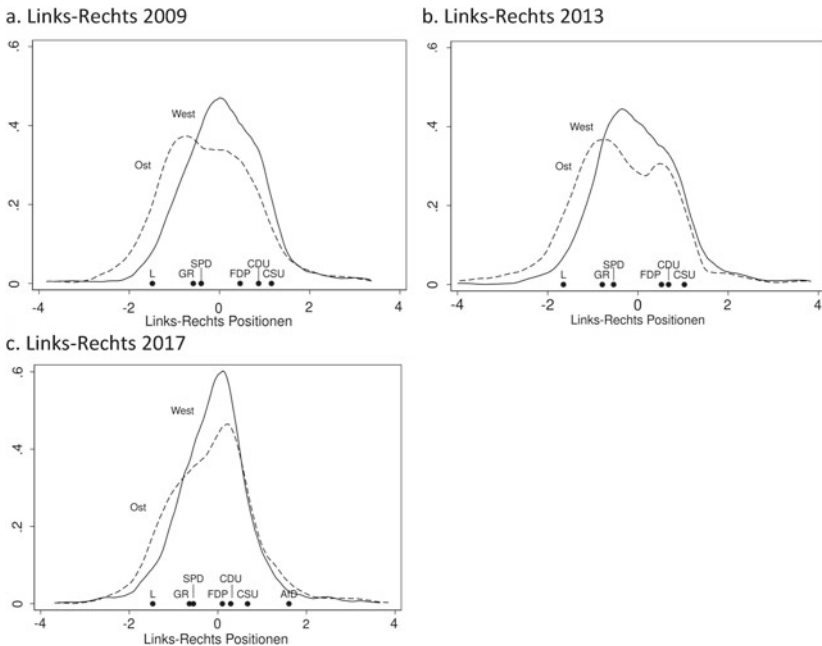


**Abb. 6.1** Parteipositionen und Verteilung der ostdeutschen Befragten des Politbarometers 2005 auf der Links-Rechts-Dimension, rekonstruiert aus Pauschalurteilen (a.) und reskaliert aus der Links-Rechts-Frage (b.)

Bei aller Übereinstimmung der ordinalen Anordnung der Parteien – und einer nur mäßig hohen Korrelation der Links-Rechts-Präferenzen der Befragten von  $r = 0,38$  – zeigen sich große Unterschiede der Wählerverteilung und des Verhältnisses von Parteipositionen zur Wählerverteilung (vgl. Abb. 6.1). Alle aus den Pauschalurteilen abgeleiteten Wählerverteilungen sind zweigipflig mit niedrigerer Dichte in der Mitte (vgl. auch Abb. 5.7 für die 1980er Jahre). Gleichzeitig befinden sich die Idealpunkte von sehr viel mehr Befragten links von der Linken und rechts von der Union als bei der reskalierten Links-Rechts-Frage, bei der die meisten Befragten mittlere Positionen einnehmen und die Parteien stärker zu den Rändern der Verteilung hin platziert sind. Wir interpretieren diese Unterschiede in den Mustern der Verteilung als Folge der Ausgangsfragen. Wenn Befragte Parteien pauschal beurteilen, fallen diese Urteile extremer aus und sind mehr nach der eigenen Parteipräferenz geteilt als wenn die Befragten gezwungen sind, ihre Einstellung auf einer inhaltlich definierten Skala anzugeben, nachdem sie die Parteien eingestuft haben. Das dürfte insbesondere bei links und rechts der Fall sein, weil nach unserer Interpretation hier die Parteiordnung der eigenen Präferenz vorausgeht. Die ideologische Skala erhält erst durch die Parteien Sinn. Das kann bei Issueskalen anders sein, wenn die Befragten starke Meinungen haben und überlegen, welche Parteien ihren Standpunkt teilen oder nicht. Dann könnten die Parteien wieder zentraler angeordnet sein als ein Großteil der Wähler. Auch eine stärker bipolare Wählerverteilung wie bei den Pauschalurteilen ist z. B. bei einem stark polarisierend angelegten Wahlkampf zwischen gegnerischen Lagern nicht ausgeschlossen.

Wir beginnen den Überblick über die Parteipositionen im Vergleich zu den Wählerverteilungen mit den drei Wahlkämpfen 2009, 2013 und 2017 und gehen dann auf den Wahlkampf Ende 1986 bis zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 ein. Ab Etablierung der Linken auch in Westdeutschland gehen wir für den Zeitraum 2009 bis 2017 von gesamtdeutsch konsensuell wahrgenommenen Parteipositionen aus. Die Wählerverteilungen können wegen der individuell berechneten  $a_i$  und  $b_i$  trotzdem getrennt nach West- und Ostdeutschland dargestellt werden. Wir beschreiben hier alle reskalierten Dimensionen, die in Abschn. 5 in die Wählerfunktion eingehen.

Für das Grundmodell verwenden wir im Folgenden die Reskalierungen der expliziten Links-Rechts-Frage und nicht mehr die aus den Pauschalurteilen abgeleiteten Werte. Wir beginnen deshalb mit den Ergebnissen der reskalierten Antworten auf die Links-Rechts-Frage (Abb. 6.2). Wie bereits für die reskalierten Antworten auf die Links-Rechts-Frage 2005 für Ostdeutschland konstatiert,



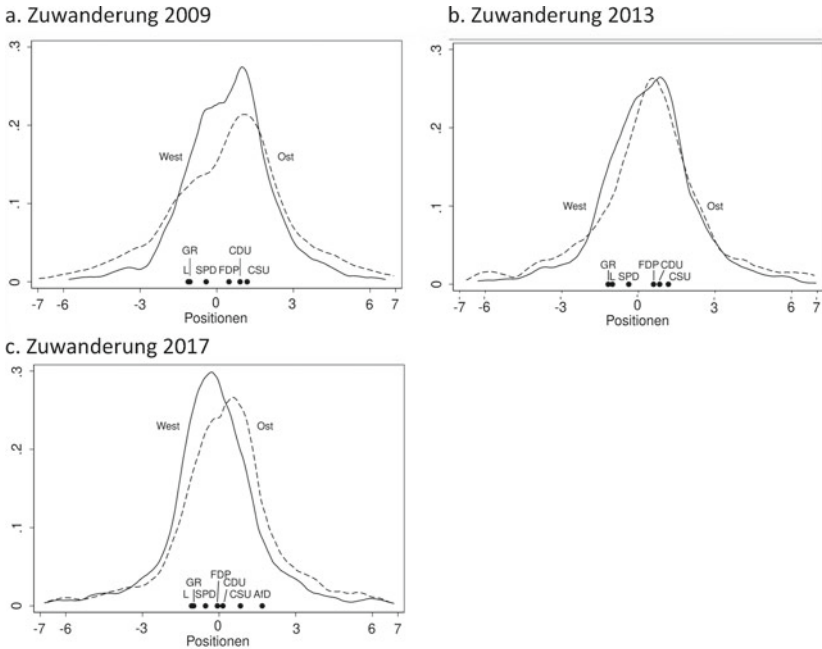
**Abb. 6.2** Reskalierte Parteipositionen und Verteilung der Wähler in West- und Ostdeutschland 2009, 2013 und 2017 auf der Links-Rechts-Dimension

stimmt auch 2009, 2013 und 2017 der Bereich der Parteipositionen sehr gut mit dem Bereich überein, in dem die Idealpunkte der meisten Befragten liegen. Wenn unsere Interpretation stimmt, dass sich die Befragten bei links/rechts nach den Parteien bei ihrer Selbsteinstufung richten, sollte diese Übereinstimmung zwischen dem Bereich der Parteien- und Befragten-Positionen immer auftreten. Anders ist es eventuell mit der Unimodalität der Wählerverteilung. Sie ist mit dem häufigsten Wert in der Mitte zwischen linken und rechten Parteien in Westdeutschland stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Ostdeutsche Befragte neigen, besonders sichtbar 2013, zu stärkerer Polarisierung. 2009 und 2013 sind die ostdeutschen Befragten deutlich linker und damit näher an die Linken platziert als die westdeutschen Befragten. Mit Hereinnahme der AfD in das Parteiensystem verschiebt sich der Schwerpunkt der Wählerverteilung in beiden Regionen zur rechten Mitte mit einem starken Abfall der Häufigkeit der Idealpunkte in der Nähe zur deutlich rechts wahrgenommenen AfD. Insgesamt sind mit der geringen Kompaktheit der Parteipositionen im Vergleich zur Wählerverteilung beste Voraussetzungen für einen starken Einfluss der ideologischen Dimension auf die Wahlabsichten gegeben.

Genau diese Voraussetzungen fehlen bei der Zuwanderung. Hier trifft eine breit gestreute Nachfrage von Förderung bis Ablehnung mit einem Schwerpunkt bei Ablehnung auf ein relativ konzentriertes Parteienangebot in der immigrationsfreundlicheren Mitte (vgl. Abb. 6.3). Besonders 2009 und 2013 findet die relativ große Nachfrage nach einer restriktiven Migrationspolitik keinerlei Angebot. Erst 2017 wird die Angebotslücke von der AfD gefüllt. Zu allen drei Zeitpunkten vertreten die ostdeutschen Befragten etwas mehr eine Beschränkung der Zuwanderung als die Westdeutschen.

Die breite Nachfrage bei einem beschränkten Angebot der Parteien in der Mitte bleibt in der Kernenergie- bzw. Klimapolitik abgeschwächt erhalten (vgl. Abb. 6.4). Hier besetzen die Grünen die progressive Randposition, während FDP, CDU und CSU ziemlich eng beieinander in der rechten Mitte wahrgenommen werden, einer Position, der die Ostdeutschen etwas mehr zuneigen als die Westdeutschen. Die AfD gehört bei dieser Frage 2017 wegen großer Wahrnehmungslücken in der Wählerschaft nicht zum themenbezogenen Parteiensystem aus Wählersicht.

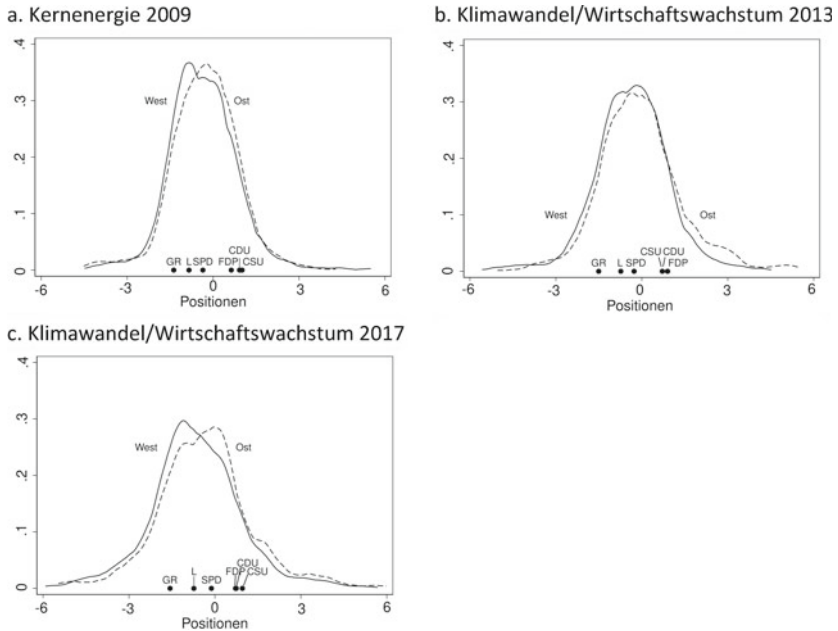
Zieht man die Schlussfolgerung aus der mehr oder weniger guten Übereinstimmung der Wählerverteilungen und der Positionen aller Parteien, wird man für die Links-Rechts-Skala eine bessere Erklärung der Wahlabsichten erwarten als von den möglichen Wahlkampfthemen. Dabei ist daran zu erinnern, dass unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel die Wählermobilisierung in Wahlkampfzeiten nicht sehr groß war und die untersuchten Themen selbst nur mögliche



**Abb. 6.3** Reskalierte Parteipositionen und Wählerverteilung in West- und Ostdeutschland 2009, 2013 und 2017 bezüglich Zuwanderung

Wahlkampfthemen darstellten. Es bleibt wenigstens die eine Hypothese zu prüfen, dass 2017 wegen der Flüchtlingskrise das Gewicht der Zuwanderungsfrage für die Wahlfunktion gegenüber früheren Zeitpunkten zugenommen hat.

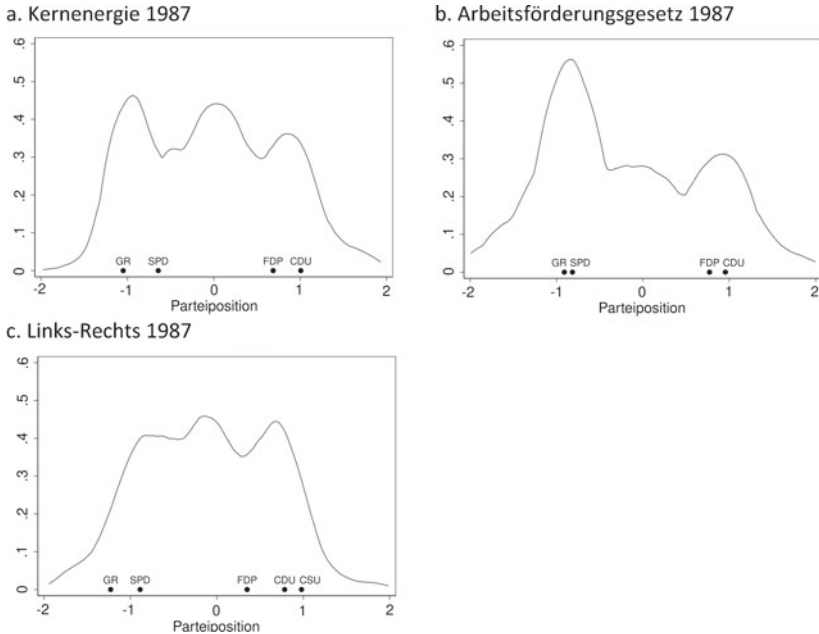
Im Vergleich zur Berliner Republik unter den Regierungen Merkel I bis IV war die politische Auseinandersetzung im letzten Bundestagswahlkampf der Bonner Republik 1987 klar zwischen einem Regierungs- und einem Oppositionslager strukturiert. Zum Regierungslager gehörten CDU, CSU und FDP, zur Opposition SPD und Grüne. Die Wählerverteilung hat sowohl für Links-Rechts als auch für das arbeitspolitische Issue und besonders deutlich für die Kernenergiefrage eine trimodale Verteilung mit einem häufigen Wert bei den Regierungsparteien, einem bei den Oppositionsparteien und einem Höhepunkt in der Mitte, der beim sogenannten Streikparagrafen am wenigsten ausgeprägt ist (Abb. 6.5). Hier ist die Polarisierung insofern sehr deutlich, als CDU/CSU und FDP als Vertreter der Minderheitsmeinung sowie auf der anderen Seite SPD und Grüne als Vertreter der



**Abb. 6.4** Reskalierte Parteipositionen und Wählerverteilung in West- und Ostdeutschland bezüglich Kernenergie (2009) bzw. Klimawandel/Wirtschaftswachstum (2013/2017)

Mehrheitsmeinung jeweils sehr nahe zusammen wahrgenommen werden. In der Frage der Kernenergie sind die Grünen in größerem Abstand zur SPD mehr zur extremen kernkraftkritischen Position platziert und auch bei Links-Rechts werden die Grünen klar als linker eingestuft als die SPD. Entscheidend ist die immer gleiche Links-Rechts-Ordnung der Parteien, die sich nicht nach Thema unterscheidet wie im späteren Fünf-Parteien-System, in dem die Grünen in der Klimapolitik und die Linke auf der Links-Rechts-Skala die jeweilige progressive bzw. linke Außenposition einnehmen.

Während sich die niedrige Kompaktheit der Links-Rechts-Positionen der Parteien zwischen 1987 und der Periode 2009 bis 2017 kaum unterscheidet, sind die Unterschiede bei den zwei Issues gravierend. 1987 sind die vier Parteien bei Streikparagraph und Kernkraft im Verhältnis zur Wählernachfrage genauso „optimal“ platziert wie bei Links-Rechts, nur für die Wähler der kompromissbereiten Mitte fehlt ein Repräsentationsangebot. Diese Wähler sind im Übrigen nicht die



**Abb. 6.5** Reskalierte Parteipositionen und Wählerverteilung bezüglich Kernenergie, Arbeitsförderung und Links-Rechts 1987

Anhänger des Status Quo, weil die zwei Fragen so formuliert waren, dass bei der Kernenergiefrage der rechte Endpunkt den von der Regierung Kohl weitergeführten Status quo beschrieb, beim Streikparagrafen den neu geschaffenen Status quo. Die im nächsten Abschnitt zu prüfende Hypothese lautet also, dass wegen der geringen Kompaktheit der Parteipositionen die Erklärungskraft der Issuedistanzen gegenüber dem Grundmodell größer sein wird als in der späteren Periode.



## **6.5 Räumliches Grundmodell und der Einfluss möglicher und tatsächlicher Wahlkampfthemen auf die Wahlabsichten 2009, 2013 und 2017 im Vergleich zu 1987**

Unser räumliches Grundmodell sagt die Wahlentscheidung mit den Parteivalenzen und den Links-Rechts-Distanzen der Wähler zu den Parteien voraus. In diesem Kapitel ersetzen wir die aus den Pauschalurteilen gewonnenen Distanzen mit den nach Aldrich/McKelvey reskalierten Distanzen, während wir die Parteivalenzen, für die Jahre 2009, 2013 und 2017 getrennt nach West und Ost, den Entfaltungsanalysen der Politbarometerdaten (vgl. Abb. 5.2) entnehmen. Wir berichten im Folgenden die Ergebnisse für die Zweit- und die Erststimmenwahlabsichten und prüfen die Erwartung, dass das um Wahlkampfthemen ergänzte Modell genauso die Erststimme voraussagt, nur mit dem Unterschied, dass für die Erststimme die Parteivalenzen einen größeren Einfluss haben. Die weiteren Hypothesen beziehen sich auf den erwarteten größeren Einfluss der Zuwanderungsfrage 2017 sowohl im Vergleich zu 2013 und 2009 als auch 2017 im Vergleich zu dem Thema Klimawandel und auf den Einfluss der Kompaktheit der Parteipositionen auf die Wahlabsichten. Letztere Hypothese kann im Vergleich mit den tatsächlichen Wahlkampfthemen des Wahlkampfes 1987 getestet werden, als die Polarisierung von Parteien und Wählern unter der Regierung Kohl II sehr viel größer war als unter den Regierungen Merkel.

Das Grundmodell wird 2009 bis 2017 um die Distanzen in der Zuwanderungs- und Energie- bzw. Klimapolitik ergänzt. Wir verwenden die in den Abb. 6.2 bis 6.4 dargestellten konsensuellen Parteipositionen; fehlende Werte treten nur auf, wenn die Befragten bei Links-Rechts oder den ergänzten Issues keine eigene Meinung angaben. In diesem Fall erhalten die entsprechenden Befragten bei dem jeweiligen Issue die gleiche Distanz zu allen Parteien zugewiesen, so dass sie bei der Berechnung des Entscheidungsgewichts für dieses Issue nicht berücksichtigt werden, wohl aber für die anderen Variablen, für die sie Angaben gemacht haben. Ein anderer Fall liegt vor, wenn ein Befragter zwar eine eigene Meinung hat, aber eine Partei wegen unvollständiger Wahrnehmung in der Wählerschaft allgemein nicht berücksichtigt wird. Wir führen die Entscheidungsanalysen getrennt für die drei Bundestagswahlen durch und berücksichtigen für 2009 und 2013 fünf Entscheidungsoptionen: CDU bzw. in Bayern CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke. 2017 gehen wir auf sechs Entscheidungsoptionen unter Einschluss der AfD über, für die wir aber bei der Klimapolitik wegen unvollständiger Wahrnehmung keine Parteiposition berechnet haben. In diesem Fall setzen wir für die Distanz zur AfD die Durchschnittsdistanz zu allen Parteien ein. Somit gehen immer alle Befragten

in die Analyse ein, die eine Wahlabsicht für eine der fünf bzw. sechs Parteien geäußert haben.<sup>3</sup> Würden wir nur Befragte mit vollständigen Angaben zu allen Themen einbeziehen, würden wir vollständige Zufälligkeit der fehlenden Angaben (*missing completely at random*) unterstellen. Davon können wir aber nicht ausgehen. Es gibt bei jedem Thema eine gewisse Selbstselektion in die Gruppe derer, die Angaben zur eigenen Einstellung machen.

Vergleicht man die Ergebnisse der sechs Analysen für Erst- und Zweitstimmen in den drei Wahlkampfbjahren 2009, 2013 und 2017 (Tab. 6.3), lässt sich ein recht stabiles Einflussmuster erkennen. Die Links-Rechts-Distanzen haben für die Wahlabsichten das höchste Gewicht, doch auch die Entscheidungsgewichte der Issuedistanzen sind substanziell und stets signifikant, wenn auch deutlich schwächer als die der Links-Rechts-Distanzen. Dabei hatte die Kernenergiefrage 2009 und die Klimapolitik 2013 einen größeren Einfluss als die Zuwanderungsfrage. Das hohe Gewicht der Kernenergie 2009 hängt vermutlich nicht damit zusammen, dass diese Frage wegen der erklärten Absicht der CDU zur Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken direkten Wahlkampfbezug hatte, weil die allgemeinere Frage zum Trade-off zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum 2013 denselben Einfluss hatte. Erst 2017 verliert die Klimapolitik an Gewicht für die Wahlabsichten, während erwartungsgemäß die Zuwanderung an Gewicht für die Zweitstimme gewinnt. Dass für die Erststimme der Klimaschutz wieder an Gewicht gewinnt, hängt mit der fehlenden Wahrnehmung einer AfD-Klimapolitik und der stärkeren Konzentration der Erststimmen auf die großen Parteien zusammen. Man sollte die kleinen Effektunterschiede sicher nicht überinterpretieren. Wenn sie allerdings bei getrennten Analysen mit anderer Datenbasis immer wieder auftreten, deuten sie auf systematische Unterschiede hin. Dies gilt für den immer wieder auftretenden größeren Einfluss der Parteivalenzen auf die Erststimme als auf die Zweitstimme. Dieses Ergebnis, das eine Analyse der Politbarometerdaten in Kap. 5 erbrachte (vgl. Tab. 5.1), bestätigt sich auch hier und, wie wir im Vorgriff auf die Besprechung der 1987er Ergebnisse feststellen können, auch dort (vgl. Tab. 6.4).

Ein Vergleich der *log-likelihood* von Grund- und vollem Modell im Vergleich zum Konstantenmodell gibt Aufschluss über die zusätzliche Erklärungskraft der Issue-Distanzen. Diese zusätzliche Erklärungskraft ist nicht besonders groß. Berechnet man das entsprechende Pseudo-Bestimmtheitsmaß nach McFadden,

---

<sup>3</sup>Die wenigen Befragten, die sich weder bei Links-Rechts eingestuft haben noch eine eigene Meinung zu den zwei Issues äußerten, bleiben wegen der für alle Wähler gleichen Parteivalenzen im Analysedatensatz.

**Tab. 6.3** Parteistanzen bei Zuwanderungs- und Klimapolitik als zusätzliche Entscheidungsgründe zum Grundmodell (Links-Rechts und Parteivalenzen) 2009, 2013 und 2017. Koeffizienten mit Standardfehlern (in Klammern) einer konditionalen Logit-Analyse

Wahlabsicht	Bundestagswahlkampf					
	2009		2013		2017	
	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme
Parteivalenz	0,708 (0,092)	0,462 (0,084)	0,556 (0,104)	0,533 (0,096)	0,874 (0,090)	0,757 (0,085)
Distanz Links-Rechts	-1,279 (0,062)	-1,264 (0,061)	-1,414 (0,070)	-1,281 (0,065)	-1,232 (0,061)	-1,260 (0,060)
Distanz Zuwanderung	-0,155 (0,051)	-0,159 (0,052)	-0,205 (0,057)	-0,236 (0,055)	-0,326 (0,055)	-0,342 (0,053)
Distanz Klimapolitik	-0,493 (0,058)	-0,495 (0,057)	-0,453 (0,063)	-0,503 (0,059)	-0,347 (0,041)	-0,285 (0,039)
Parteikonstanten (Referenz: CDU bzw. CSU)						
SPD	-0,176 (0,106)	-0,214 (0,105)	-0,472 (0,092)	-0,416 (0,090)	-0,208 (0,084)	-0,165 (0,085)
FDP	-1,175 (0,121)	-0,837 (0,117)	-1,350 (0,295)	-0,685 (0,260)	-0,994 (0,160)	-0,430 (0,141)
Grüne	-1,029 (0,122)	-0,812 (0,117)	-1,259 (0,153)	-0,858 (0,142)	-0,509 (0,153)	-0,226 (0,144)
Linke	0,661 (0,232)	-0,477 (0,225)	-0,192 (0,268)	0,075 (0,248)	0,605 (0,212)	0,728 (0,207)
AfD	-	-	-	-	2,818 (0,447)	2,741 (0,427)

(Fortsetzung)

**Tab. 6.3** (Fortsetzung)

Wahlabsicht	Bundestagswahlkampf					
	2009		2013		2017	
	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme
Log-likelihood						
Alle Variablen	-1638,7	-1769,1	-1323,1	-1485,2	-1975,8	-2160,0
Grundmodell	-1684,1	-1816,1	-1363,0	-1541,4	-2032,3	-2210,7
Nur Konstanten	-2085,4	-2198,5	-1743,0	-1893,6	-2400,2	-2594,1
N	1442	1441	1361	1364	1621	1612

Anmerkung: Daten der Vorwahl-Querschnitt-Studien der German Longitudinal Election Study (GLES) 2009, 2013 und 2017 (GLES 2019a, 2019b, 2019c); vgl. Tab. A4.5.

**Tab. 6.4** Parteidistanzen bei Arbeits- und Kernenergiepolitik als zusätzliche Entscheidungsgründe zum Grundmodell (Links/rechts und Partivalenzen vor der Bundestagswahl 1987). Koeffizienten mit Standardfehlern (in Klammern) einer konditionalen Logit-Analyse

	Erststimme	Zweitstimme
Parteivalenz	1,277 (0,050)	1,168 (0,047)
Distanz Links-Rechts	-1,497 (0,076)	-1,530 (0,076)
Distanz Kernenergie	-0,451 (0,067)	-0,400 (0,067)
Distanz Arbeitsförderungsgesetz	-0,640 (0,058)	-0,638 (0,057)
Log-likelihood		
Alle Variablen	-1156,1	-1217,6
Grundmodell	-1276,7	-1329,7
Nur Partivalenz	-1861,7	-1924,1
N Befragte	1704	1716

Anmerkungen: Daten der Wahlstudie 1987 (Berger et al. 2012), vgl. A4.4.

ergeben sich nur kleine Unterschiede, so von 0,174 für das Zweitstimmen-Grundmodell 2009 und 0,195 für das volle Modell. Bei sechs statt fünf vorausgesagten Parteien ergibt sich für die Zweitstimmen 2017 0,148 im Vergleich zu 0,167. Wenn 1987 der polarisierende Wahlkampf mit großer Übereinstimmung von Parteiangebot und Wählernachfrage auch bei den konkreten Wahlkampfthemen die erwartete Wirkung gehabt hat, muss sich dies in einem größeren Unterschied der beiden Bestimmtheitsmaße ausdrücken. Diese Erwartung wird voll bestätigt.

1987 war nur die Entscheidung zwischen vier Parteien vorauszusagen und da die Partivalenzen nur für das gesamte Wahlgebiet vorliegen – und nicht getrennt für zwei Wahlgebiete – können wir zusätzlich zu den Partivalenzen keine Konstanten berechnen. Als Vergleichsmodell dient uns hier ein Modell nur mit den Partivalenzen. Führt man zusätzlich die Links-Rechts-Distanzen ein, erhält man ein Bestimmtheitsmaß von 0,309 für die Zweitstimmen und 0,314 für die Erststimmen. Die entsprechenden  $R^2$  erhöhen sich auf 0,367 bzw. 0,379, wenn man die beiden Issuedistanzen zusätzlich berücksichtigt. Dabei war 1987 der Einfluss des arbeitspolitischen Themas größer als die Kernenergiefrage und damit eines klassischen Themas der für das Parteiensystem grundlegenden Konfliktfront, bei dem nicht nur die SPD, sondern zusätzlich auch die Gewerkschaften die Wählerschaft mobilisieren konnten.

## 6.6 Schlussfolgerung

Wie können Parteien ihre Wahlchancen durch Politikangebote im Wahlkampf verbessern? Wir gehen von einer gemeinsamen Wahlarena der Parteien aus, die untereinander interagieren und die zum jeweiligen Zeitpunkt zum Parteiensystem aus Wählersicht gehören. Zur Bestimmung dieser Parteien gibt es weichere und strengere Kriterien der Grenzziehung. Das weichste Kriterium haben wir in Kap. 4 behandelt: Über welche Parteien bildet sich die Mehrheit der Wähler ein Pauschalurteil? In diesem Kapitel haben wir das härtere Kriterium der Teilnahme der Wähler am Kommunikationsprozess der Parteien über eine gemeinsame Menge an Streitfragen behandelt. Aufschluss über diese Streitfragen aus Sicht der Wählerschaft geben die Agendafragen in Wählersurveys: Welche Themen werden als wichtige Probleme für Deutschland genannt? Damit diese Themen für die Wähler und damit für den Stimmenwettbewerb der Parteien relevant werden, müssen die Wähler die Relevanz dieser Probleme auch für sich persönlich erkennen, dazu eine Meinung haben und diese Meinung mit den wahrgenommenen Parteipositionen vergleichen können. In Abschn. 2 haben wir eine Methode vorgestellt, mit der man Parteiangebot und Wählernachfrage auf einer gemeinsamen Ideologie- oder Politikdimension darstellen kann. Wir haben in diesem Kapitel den Fall behandelt, dass es sich bei diesen Dimensionen um Konfliktdimensionen handelt, bei denen die Parteien unterschiedliche Politiken anbieten und sich auch die Wählernachfrage je nach Interessenstandpunkten unterscheidet. Die Alternative wäre, dass alle Wähler dasselbe wollen, z. B. Vollbeschäftigung, und die Parteien nur nach ihrer Kompetenz eingestuft werden, dieses Ziel zu erreichen. Derartige politikfeld-spezifischen Pauschalurteile sagen insofern nichts über die Teilnahme der Wähler am Kommunikationsprozess der Parteien aus, als die inhaltlichen Politiken zur Zielerreichung ausgeblendet bleiben.

Gemeinsame Wahlkampfthemen des Parteiendiskurses, von denen sich Wähler auch persönlich betroffen fühlen, sind im Voraus, z. B. bei der Planung von Vorwahlbefragungen, nicht immer leicht zu finden. Deshalb werden oft politikfeld-spezifische allgemeine Orientierungsalternativen abgefragt, die in der heißen Wahlkampfphase den konkreteren Parteiendiskurs zu mehr oder weniger großen Teilen abdecken können. Ein Beispiel war die allgemeine Frage nach Zuwanderung erleichtern versus erschweren, die durch die Flüchtlingskrise vom Herbst 2015 im Wahlkampf 2017 eine spezifische Bedeutung bekam. Wir haben empirisch ein höheres Entscheidungsgewicht dieses Problems 2017 für die Wahlabsichten nachgewiesen als in den beiden vorausgehenden Wahlkämpfen und konnten auch einen kleinen Vorsprung gegenüber der Klimaschutzpolitik 2017 nachweisen. Größeres Gewicht bekamen zwei wichtige Wahlkampfthemen beim

letzten Wahlkampf der alten Bundesrepublik im Jahr 1987, den wir zum Vergleich heranzogen. Der entscheidende Unterschied war die Deckungsgleichheit von Parteienangebot und Schwerpunkten der Wählernachfrage rechts und links vom Mittelpunkt der jeweiligen Skala. Damit erwies sich unsere vierte Bedingung bezüglich einer mehr oder weniger großen Kompaktheit des Parteienangebots im Vergleich zur großen Streuung der Wählernachfrage als entscheidender Faktor für den Stimmenwettbewerb. Wenn sich das Angebot der Parteien des Parteiensystems aus Wählersicht kaum unterscheidet, kann es auch den Stimmenwettbewerb nicht beeinflussen.

Dieses Problem zu großer Kompaktheit der Parteipositionen tritt bei der ideologischen Links-Rechts-Skala nicht auf. Diese Skala erhält durch die wahrgenommenen Links-Rechts-Positionen der Parteien ihren Sinn und die Wähler stufen sich mit dieser Kenntnis über den von den Parteien eingenommenen Skalenbereich verstreut ein. Das große Bedeutungsgewicht der entsprechend berechneten ideologischen Distanzen ist von daher gesehen keine Überraschung. Dazu dient Links-Rechts gerade: als Orientierungshilfe der Wähler beim Verfolgen des Kommunikationsprozesses der Parteien, eine Orientierungshilfe, die über längere Zeit stabil bleibt. Einzelne Parteien können bei einzelnen Themen aus der gängigen Links-Rechts-Ordnung ausscheren wie z. B. die Grünen bei der Umweltpolitik, bei der sie die Plätze mit der Linken als der peripheren Partei bei Links-Rechts tauschen. Solange aber die anderen Parteien ihre von Links-Rechts her gewohnten Plätze einnehmen, kann sich der Wähler auf sein Verständnis von Links-Rechts bei seiner politischen Orientierung noch immer schwerpunktmäßig verlassen.

---

## Teil III

# Empirische Analysen zu Wechselwirkungen der Mehrheits- und Verhältniswahl im deutschen Mischwahlsystem

Dieser Teil des Buches behandelt Fragen der Wechselwirkungen zwischen der Mehrheits- und Verhältniswahlkomponente des deutschen Mischwahlsystems aus der Perspektive des räumlichen Modells. In Kap. 7 und 8 analysieren wir Partei- und Kandidatenstrategien, und wie diese innerhalb der jeweiligen Komponente vom Wettbewerb in der jeweils anderen Komponente beeinflusst werden. Dabei beziehen wir uns auf die Einflussgrößen des räumlichen Modells, die in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben wurden: konkrete Issue-Positionen, ideologische Positionen, und Valenzen. In Kap. 9 betrachten wir Wechselwirkungen beider Komponenten in der Wahlfunktion auf Wählerseite, und fragen inwieweit Merkmale des lokalen Kandidatenwettbewerbs das Wahlverhalten in der Verhältniswahlkomponente beeinflussen, und welche Konsequenzen sich daraus für das Parteiensystem ergeben.

Zunächst untersuchen wir in Kap. 7, wie sich der Wettbewerb um die Stimmen in der Mehrheits- (Kandidat) und Verhältniswahlkomponente (Parteiliste) auf die strategische Positionierung der Parteien in verbundenen Mischwahlsystemen auswirkt. Dies untersuchen wir anhand einer Simulationsstudie des Mehrpartei-wettbewerbs in beiden Komponenten. In einem ersten Schritt schätzen wir individuelle Wahlfunktionen für die Bundestagswahlen 2009 und 2013, und zwar getrennt für Erst- und Zweitstimmenwahl, basierend auf der ideologischen Nähe, der Policy-Distanz im dreidimensionalen Politikraum, und Partei- bzw. Kandidatenvalenzen. Diese Parameterschätzungen verwenden wir dann zur Kalibrierung eines Wettbewerbsmodells, in welchem Parteien entweder um Stimmen in der Mehrheits- oder der Verhältniswahlkomponente konkurrieren. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Parteien möglicherweise einem Dilemma gegenüberstehen, wenn sie eine für beide Komponenten optimale Position einnehmen wollen. Dies gilt besonders dann, wenn sich die Valenz der nationalen Partei signifikant von der von Kandidaten unterscheidet. Die Begründung ist, dass große



Valenzvorteile zentripetale Anreize und kleinere Valenzen zentrifugale Positionsanreize erzeugen. Insgesamt finden wir jedoch eine Dominanz zentrifugaler Anreize im deutschen Mischwahlsystem.

Während Kap. 7 sich mit der Frage nach der optimalen Parteistrategie beschäftigt, gehen wir in Kapitel 8 auf die Positionierungsstrategien der Wahlkreiskandidaten in der Mehrheitswahlkomponente ein. Wir nehmen weiterhin an, dass Wahlkreiskandidaten zwar durch die nationale Parteiposition in ihrer Positionsstrategie beschränkt sind. Wir gehen aber davon aus, dass sie einen gewissen Spielraum besitzen, um ein ideologisches Profil zu etablieren, das in die eine oder andere Richtung von der Parteiposition abweicht. Konkret fragen wir, welche Positionsanreize sich für die Wahlkreiskandidaten in Abhängigkeit von ihrer Valenz ergeben. Die Literatur zum Einfluss der Valenz auf das Verhältnis von Kandidaten zum Medianwähler ist hier von einem grundlegenden Dissens gekennzeichnet. Ein Teil der Literatur kommt zum Ergebnis, dass Kandidaten mit Valenzvorteilen sich näher am Medianwähler positionieren als Konkurrenten mit Valenznachteil. Ein anderer Teil der Literatur kommt zum gegenteiligen Schluss. Wir untersuchen die beiden sich widersprechenden Hypothesen anhand eines neuen Maßes für Kandidatenpositionen im Wahlkreis, das auf Unterschieden der Wählerwahrnehmung nationaler Parteien beruht. Wir testen die Hypothesen anhand von Daten auf Wahlkreisebene des Deutschen Bundestages. Die Ergebnisse bestätigen unsere theoretische Erwartung, dass im deutschen gemischten Wahlsystem, welches von starken Bindungen zwischen nationalen Parteien und Wahlkreiskandidaten geprägt ist, Kandidaten mit Valenzvorsprung Positionen anbieten, die näher am mittleren Wahlkreiswähler liegen als die der valenzbenachteiligten Konkurrenten.

In Kap. 9 gehen wir der Frage nach, inwieweit der Kandidatenwettbewerb die Stimmabgabe in der Verhältniswahlkomponente beeinflusst. Für gemischte Wahlsysteme wird oft angenommen, dass sie Effekte der Mehrheits- und Verhältniswahl vereinen, so dass mittelgroße Parteiensysteme entstehen, deren Eigenschaften zwischen denen von reinen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen liegen. Obwohl als erwiesen gelten darf, dass die Kombination von Verhältniswahl in Mehrpersonen- und Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen zu einem Anstieg der Zahl der Wahlkreiskandidaten führt, fehlt eine Analyse eines analogen Effekts der Mehrheitswahl- auf die Verhältniswahlkomponente auf der Mikroebene. Auch für das deutsche Mischwahlsystem beobachten wir eine größere Kandidatenzahl, als es Duvergers Gesetz vermuten lassen würde. Inwieweit sich der Kandidatenwettbewerb jedoch auf das Parteiensystem in der Verhältniswahlkomponente auswirkt, ist wenig untersucht. Wir fragen, ob der positive Stimmenbonus, den

wir für Amtsinhaber auf der Wahlkreisebene erwarten, sich auf die Verhältniswahlstimmen auswirkt, und letztendlich einer Fragmentierung des nationalen Parteiensystems im deutschen Mischwahlsystem entgegenwirkt. Dies wäre der Fall, wenn die durch den Amtsinhaber-Effekt gewonnenen Zweitstimmen zu Lasten der kleineren Parteien gingen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass sich zwar eine positive Nebenwirkung auf den Zweitstimmenanteil der Partei des Amtsinhabers konstatieren lässt, die zusätzlichen Stimmen aber nicht zu Lasten der kleinen Parteien, auch nicht von ideologisch nahestehenden, potenziellen Koalitionspartnern gehen. Stattdessen wirkt sich der Amtsinhaberbonus des Kandidaten einer großen Partei zum Nachteil der rivalisierenden großen Partei auf der Verhältniswahlebene aus. So stärkt die Existenz der Einerwahlkreise im deutschen Mischwahlsystem den Erfolg einer der beiden großen Parteien und fördert den bipolaren Wettbewerb und den Regierungswechsel, wirkt aber nicht mäßigend auf die Fragmentierung des Parteiensystems.



# Zentripetale und zentrifugale Anreize für Parteien im deutschen Mischwahlsystem

# 7

Die Verbindung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten wird maßgeblich vom Wahlsystem beeinflusst. So wirken sich Mehrheits- und Verhältniswahlen unterschiedlich auf Wählerverhalten, Parteiensysteme und Parteistrategien aus. Auf der Wählerebene fördern Mehrheitswahlen in Einerwahlkreisen strategisches Wählen für aussichtsreiche Kandidaten, während bei Verhältniswahlen mit Parteilisten das Risiko der Stimmenverschwendung gleich Null ist, es sei denn, eine kleine Partei ist durch eine gesetzliche oder natürliche Prozentklausel gefährdet.<sup>1</sup> Auf Partei- oder Kandidatenebene befördert Mehrheitswahl daher den Zweikandidatenwettbewerb innerhalb der Wahlkreise, wohingegen Verhältniswahlsysteme im Allgemeinen Mehrparteiensysteme hervorbringen, und zwar sowohl auf Wahlkreis- als auch auf nationaler Ebene (Duverger 1959). Bezüglich der Auswirkungen von Wahlsystemen auf die Positionierung der Parteien im Policy-Raum wird argumentiert, dass Parteien in Mehrheitssystemen um die Stimme des Medianwählers kämpfen, was zu zentripetalen Anreizen im Parteienwettbewerb führt. In Verhältniswahlsystemen können Parteien jedoch auch von extremen Policy-Positionen profitieren, was zu zentrifugalen Anreizen führen kann (Duverger 1951; Cox 1990, 1997). Während es eine breite Literatur zu Parteienwettbewerb in reinen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen gibt, ist über die Folgen ihrer Kombination in gemischten Wahlsystemen wenig

---

Überarbeitete Version des englischsprachigen Aufsatzes Kurella et al. (2018).

<sup>1</sup> Gleichzeitig schließt ein Verhältniswahlsystem andere Formen des strategischen Wählens, wie z. B. Koalitionswahlen (Cox 1997; Blais et al. 2006; Bargsted und Kedar 2009; Meffert 2010; Herrmann 2014), nicht aus.

bekannt. Sind zentrifugale und zentripetale Anreize auch in den beiden Komponenten des gemischten Wahlsystems vorhanden, und wenn ja, welche Anreize dominieren? Oder gleichen sie sich gegenseitig aus? Wir werden dies für den Parteienwettbewerb im deutschen Mischwahlsystem untersuchen.

Die Fragestellung in diesem Kapitel lautet konkret, welchen Anreizen die Parteien im deutschen Mischwahlsystem ausgesetzt sind, und zwar unter der Annahme, dass sie mit ein und derselben Position in beiden Komponenten des Wahlsystems antreten. Auch wenn sich unsere empirische Analyse auf das deutsche kompensatorische Mischwahlsystem beschränkt, sind die gewonnenen Erkenntnisse über diesen speziellen Fall hinausgehend auch für neuere Mischwahlsysteme wie Japan oder Neuseeland und andere Zweistimmensysteme mit starken, nationalen Parteien relevant. Und die Ergebnisse lassen sich auch mit der Literatur zu Policy-Wettbewerb mit heterogenen Mehrheitswahlkreisen in Zusammenhang bringen (Callander 2005; Rodden 2010).

Um den Wettbewerb in Mischwahlsystemen zu verstehen, ist es notwendig, einerseits Wahlverhalten und Parteistrategien gemeinsam zu modellieren, andererseits die Besonderheiten der Komponenten zu berücksichtigen. Um die Auswirkungen der Mehrheits- und Verhältnisregeln auf die Positionierung der Parteien zu untersuchen, werden wir individuelle Wahlfunktionen getrennt für die Erst- und Zweitstimmenwahl schätzen. Ebenso muss das formale Wettbewerbsmodell an die Besonderheiten der jeweiligen Komponente des Mischwahlsystems angepasst werden. Wir argumentieren, dass der Effekt der Wahlregel auf den Parteienwettbewerb in den verschiedenen Komponenten davon abhängt, wie, erstens, Kandidaten und Parteien aufgrund ihrer Policy- und Valenz-Attribute bewertet werden; zweitens wie diese Bewertungen in den Wahlfunktionen der Wähler gewichtet werden; und drittens welche Maximierungsanreize die Wahlformel setzt.

Basierend auf dem räumlichen Wahlmodell suchen wir nach Gleichgewichtskonfigurationen der Parteien im Policy-Raum. Wir stützen uns dabei auf das um Politikdistanzen erweiterte Grundmodell des Kap. 6, in welchem Valenz mit ideologischer Distanz und Distanzen zu konkreten Streitfragen wie Steuern und Abgaben, Umweltpolitik und Einwanderungspolitik kombiniert werden. Dabei lassen wir die Parteien innerhalb der beiden Komponenten jeweils Positionen wählen, die eine optimale Antwort auf die Position der anderen Parteien innerhalb derselben Komponente darstellen, dabei aber unabhängig von den innerhalb der anderen Komponente gewählten Positionen sind. Diese kontrafaktische Analyse auf Basis empirischer Daten ermöglicht es uns, Positionierungsanreize innerhalb der beiden Komponenten des Mischwahlsystems in einem realistischen Modell des Parteienwettbewerbs zu analysieren. Unsere empirischen Fallbeispiele

sind die Bundestagswahlen 2009 und 2013. Wir finden dort vor allem zentrifugale Anreize, und zwar in der Verhältniswahlkomponente für alle Parteien und in der Mehrheitswahlkomponente für alle bis auf die Partei mit der höchsten Valenz. In Anbetracht der Dominanz der Verhältniswahlkomponente des deutschen Wahlsystems stimmen diese Ergebnisse gut mit den Vermutungen von Gallego und Schofield (2016) über den Effekt von Mehrheits- im Vergleich zu Verhältniswahlen überein. Mit Ausnahme von zweien sind alle Parteien in beiden Komponenten mit nahezu identischen Anreizen konfrontiert und können mit demselben politischen Angebot sowohl die Wahlkreissiege als auch die Zweitstimmen maximieren. Für zwei Parteien, die Grünen und die CDU, finden wir jedoch widersprüchliche Positionierungsanreize, die auf größere Valenzunterschiede zwischen den Kandidaten als zwischen den Parteien zurückzuführen sind.

Zunächst stellen wir unser Modell des Parteienwettbewerbs und die ihm zugrundeliegenden Wahlfunktionen vor und beschreiben den Optimierungsalgorithmus, der zur Simulation der Parteigleichgewichte verwendet wird. Anschließend berichten wir über die Ergebnisse zum Zusammenspiel von Policy-Distanz, Parteianhängerschaft und Parteivalenzen in den Wahlfunktionen, welche wir zur Kalibrierung des Wettbewerbsmodells verwenden. Der vierte Abschnitt berichtet und diskutiert dann die Gleichgewichtspositionen der Parteien in den beiden Komponenten. Der letzte Abschnitt fasst unsere Schlussfolgerungen zur Wirkungsweise zweier verschiedener Wahlformeln innerhalb des deutschen kompensatorischen Mischwahlsystems zusammen.

---

## **7.1 Modellierung des Parteienwettbewerbs**

### **7.1.1 Wahlfunktionen**

Wie bei jedem Wahlsystem hängt die optimale Positionierung der Parteien in Mischwahlsystemen von den individuellen Wahlfunktionen ab, d. h. von der Art und Weise, wie die Wähler die Policy-Angebote der Kandidaten und Parteien im Vergleich zu anderen Entscheidungskriterien wie Kompetenzvermutungen in ihrem Wahlverhalten gewichten. Da Wähler im gemischten Wahlsystem zwei Stimmen abgeben, können auch Unterschiede in den Wahlfunktionen zwischen den beiden Komponenten existieren. Diese Unterschiede können verschiedene Ursachen haben. Erstens sind die persönliche Kandidatenwahl und die Wahl einer Parteiliste insofern verschiedene Entscheidungen, als Parteien und ihre Kandidaten sich in ihrer Kompetenz oder anderen Valenzmerkmalen unterscheiden

können. Auch eine im Allgemeinen nicht für regierungsfähig gehaltene Partei kann vor Ort von einem lokal prominenten und angesehenen Kandidaten vertreten werden. Andererseits können auch unbekannte Politikneulinge für eine national kompetente Partei in einzelnen Wahlkreisen kandidieren. Die Valenzeigenschaften der nationalen Partei und des lokalen Kandidaten sind also nicht zwingend identisch. Zweitens können Wählerinnen bei der Wahl zwischen Kandidaten und Parteilisten die einzelnen Entscheidungsattribute, wie Valenzattraktivität und Politikangebote, unterschiedlich gewichten. Denkbar wäre etwa, dass Wähler – in der Verhältniswahlkomponente – Parteilistenstimmen abgeben, die ausschließlich auf Policy-Überlegungen beruhen, während sie die Kandidaten – in der Mehrheitskomponente – strikt nach persönlichen Attributen wie Kompetenz oder politische Erfahrung bewerten. Die optimale Positionierungsstrategie der Partei würde in diesem Fall allein durch die Mechanik der Verhältniswahlkomponente bestimmt werden, da das Politikangebot für die Wahlentscheidung in der Mehrheitswahlkomponente keine Rolle spielt.

Wir tragen dem Rechnung und schätzen daher zwei Wahlfunktionen, eine für die Mehrheits- und eine für die Verhältniswahlkomponente. Um den Strategieraum der Parteien abzugrenzen, betrachten wir den dreidimensionalen Policy-Raum, der sich aus den Politikfeldern Sozial-, Zuwanderungs- und Energiepolitik ergibt, wie sie im vorangegangenen Kapitel beschrieben sind. Wie wir in Kap. 4.3 gezeigt haben, waren die meisten Wählerinnen in der Lage, die verschiedenen politischen Standpunkte von CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen und Linken wahrzunehmen. Für die Sozialpolitik gilt das mit gewissen Einschränkungen, die bei der Makrobetrachtung des Strategieraums weniger ins Gewicht fallen.

Zur Modellierung der Wahlentscheidung verwenden wir das erweiterte Grundmodell mit Valenzen, ideologischer Distanz und den im vorigen Kapitel beschriebenen reskalierten Policy-Distanzen bezüglich der drei Politikfelder, die in den Wahlstudien 2009 und 2013 abgefragt wurden. Die ideologische Distanz zwischen Wählerin und Partei berücksichtigen wir zwar im Wahlmodell, nicht jedoch im Strategieraum der Parteien. Wie in Kap. 4 besprochen, ergeben sich die ideologischen Positionen der Parteien als langfristiges Aggregat aus ihren konkreten Politikvorschlägen zu verschiedenen Politikfeldern. Sie liegen damit außerhalb des kurzfristigen Handlungsspielraums der Parteien und Kandidaten. Parteien können sich vor einer Wahl zu konkreten Streitfragen weitgehend frei positionieren, ihre ideologische Verortung jedoch nicht nach Belieben und kurzfristig ändern (Adams et al. 2011a; Kurella und Pappi 2015). Die Suche der optimalen Politikangebote der Parteien bewegt sich damit alleine im dreidimensionalen Politikraum, bei fixierter Links-Rechts-Position der Partei.

Partei- bzw. Kandidatenvalenzen liegen in unserem Modell ebenso außerhalb des Strategieraums. Sie werden als exogene Faktoren betrachtet, die von den Parteien nicht beeinflusst werden können. Die Berücksichtigung exogener Valenzfaktoren ist für unser Wettbewerbsmodell essentiell, da die Konfiguration von Valenzvorteilen und Valenznachteilen einen wichtigen Einfluss auf die optimale Policy-Strategie der Partei hat (Ansolabehere und Snyder 2000; Groseclose 2001; Schofield 2005; Schofield und Sened 2005; Schofield et al. 2011).

Wir schätzen das Grundmodell der Wahlfunktion also separat für die zwei Komponenten des deutschen Mischwahlsystems:

$$u_i^{(1)}(z_j) = \alpha^{(1)} v_{j|d}^{(1)} + \beta^{(1)} D_{ij} + \sum_{l=1}^3 \gamma_l^{(1)} |x_{il} - z_{jl}| + \epsilon_{ij}^{(1)} \quad (7.1)$$

$$u_i^{(2)}(z_j) = \alpha^{(2)} v_j^{(2)} + \beta^{(2)} D_{ij} + \sum_{l=1}^3 \gamma_l^{(2)} |x_{il} - z_{jl}| + \epsilon_{ij}^{(2)} \quad (7.2)$$

wobei  $u_i(z_j)$  der Nutzen der Wählerin  $i$  ist, wenn sie für den Wahlkreiskandidaten der Partei  $j$  in einem Wahlkreis  $d$  (Mehrheitswahlkomponente) oder einer Parteiliste  $j$  (Verhältniswahlkomponente) mit dem Politikangebot  $z_j$  im dreidimensionalen Politikraum stimmt. Die Terme  $v^1$  und  $v^2$  stehen für die kandidaten- und parteispezifische Valenz, und  $D_{ij}$  ist die ideologische Nähe zwischen der Wählerin und dem Kandidaten bzw. der Partei. Wir verwenden die City-Block-Metrik zur Modellierung der Policy-Distanzen, das heißt die Distanzen der einzelnen Dimensionen gehen als absolute Distanzen zwischen dem Wähleridealpunkt  $x_i$  und der Partei- bzw. Kandidatenposition mit spezifischen Gewichten  $\gamma_k$  in die Wahlfunktion ein. Unter der Annahme probabilistischen Wählens mit Gumbel-verteilten Fehlern  $\epsilon_{ij}$  ist die Wahrscheinlichkeit, dass Wählerin  $i$  für eine Partei oder einen Kandidaten  $j$  stimmt<sup>2</sup>

$$\rho_{ij}^{(1,2)}(z) = \frac{\exp\left(u_i^{*(1,2)}(z_j)\right)}{\sum_{k=1}^K \exp\left(u_i^{*(1,2)}(z_k)\right)} \quad (7.3)$$

und der erwartete Stimmenanteil von  $j$  ist

$$EV_j^{(1,2)}(z) = \frac{1}{n} \sum_{i=1}^N \rho_{ij}^{(1,2)}(z) \quad (7.4)$$

---

<sup>2</sup> $u^*$  bezeichnet den deterministischen Teil des Nutzens, vgl. Kap. 3.

wobei  $n$  und  $K$  die Anzahl der Wähler bzw. Parteien sind und  $z = (z_1, \dots, z_K)'$  die Matrix der Parteipositionen ist.

### 7.1.2 Parteistrategien

Angesichts der Kombination von zwei Wahlformeln im gemischten Wahlsystem stehen die Parteien möglicherweise vor der Herausforderung, aus verschiedenen Strategien wählen zu müssen, um das Ziel der Stimmenmaximierung zu erreichen. In der zweiten, der Verhältniswahlkomponente, werden die Stimmen landesweit aggregiert und proportional in Sitze umgerechnet. Das Ziel der Sitzmaximierung lässt sich also einfach durch die Maximierung des erwarteten Stimmenanteils an der Wählerschaft modellieren. Die optimale Antwortfunktion der Partei  $j$  ist:

$$B_j^{(2)}(z) = \underset{z_j}{\operatorname{argmax}} EV_j^{(2)}(z) \quad (7.5)$$

In der Mehrheitswahlkomponente ist die Sitzmaximierung komplizierter. Ein Wahlkreis ist gewonnen, wenn die Kandidatin die relative Mehrheit der Erststimmen erhält. Stimmen, die sowohl über als auch unter der Schwelle der relativen Mehrheit liegen, sind verschwendete Stimmen, so dass der Gewinn von Wahlkreissiegen sicher nicht über die Maximierung des erwarteten Erststimmenanteils an der gesamten Wählerschaft erreicht wird. Das Ziel der Sitzmaximierung wird auch nicht innerhalb der Wahlkreise angemessen durch die Maximierung des Stimmenanteils beschrieben, da die Gewinnchancen von der Wettbewerbssituation innerhalb des Wahlkreises abhängen. In Wahlkreisen mit einem knappen Wettstreit zwischen nur zwei Kandidatinnen sind zum Sieg hohe Stimmenanteile erforderlich, während in Wahlkreisen mit mehr als zwei aussichtsreichen Kandidaten die relative Mehrheit mit deutlich weniger als 50 % der Stimmen erreicht werden kann.

Wir berücksichtigen dies, indem wir annehmen, dass die aussichtsreichste Wahlkreiskandidatin das Ziel verfolgt, den Stimmenabstand zum ersten Verlierer



zu maximieren, während alle anderen Kandidaten versuchen, ihren Stimmenabstand gegenüber der führenden Kandidatin zu minimieren.<sup>3</sup> Für unsere kontrafaktische Analyse gehen wir davon aus, dass die Parteipositionen auf nationaler Ebene festgelegt werden. Daher wird die optimale Antwortfunktion durch die folgende additive Zielfunktion für die Parteien definiert

$$B_j^{(1)}(z) = \operatorname{argmax}_{z_j} \Delta EV_{j[d]}^{(1)}(z) \quad (7.6)$$

wobei

$$\Delta EV_{j[d]}^{(1)}(z) = \begin{cases} EV_{j[d]}^{(1)}(z) - EV_{j'[d]}^{(1)}(z) & \text{falls } EV_{j[d]}^{(1)}(z) > EV_{j'[d]}^{(1)}(z) \text{ für alle } j' \neq j \\ EV_{j''[d]}^{(1)}(z) - EV_{j[d]}^{(1)}(z) & \text{falls } EV_{j''[d]}^{(1)}(z) > EV_{j[d]}^{(1)}(z) \text{ für alle } j'' \neq j \end{cases}$$

Das verwendete Gleichgewichtskonzept ist das eines lokalen Nash-Gleichgewichts (LNE), das wir in Kap. 3 als eine Konfiguration von Policy-Positionen definiert haben, in der keine Partei durch eine unilaterale Positionsänderung den Wert ihrer Zielfunktion erhöhen kann. Da die Suche nach einer analytischen Lösung dieses Maximierungsproblems nicht praktikabel ist, verwenden wir numerische Methoden, um die Gleichgewichtspositionen der Parteien innerhalb der Mehrheits- und Verhältniswahlkomponente zu finden.

Der Algorithmus löst iterativ die beste Antwortfunktion für jede Partei. Dabei werden die empirische Verteilung der Wähleridealpunkte sowie die fixen Parameter  $\alpha$ ,  $\beta$  und  $\gamma$  der Wahlfunktion, die zuvor aus den empirischen Daten geschätzt wurden, berücksichtigt. In jeder Iteration aktualisieren die Parteien, eine nach der anderen, ihre Policy-Position  $z_j$  im Politikraum, indem sie ihre Zielfunktionen nach Gl. 7.5 und 7.6 maximieren. Der Algorithmus ist analog zu dem in Adams et al. (2005), Bräuninger und Giger (2018) und Calvo und Helwig (2011) beschriebenen. Anstatt jedoch bei jeder Iteration nach dem Vektor der besten Antworten aller Parteien gleichzeitig zu suchen, werden die besten Antworten nacheinander ermittelt (wobei die Reihenfolge der Parteien zufällig bestimmt wird). Ein Optimum gilt als erreicht, sobald sich die Positionen der Parteien einem Strategieprofil angenähert haben, bei dem keine Partei den Wert ihrer Zielfunktion durch eine Epsilon-Veränderung ihrer Position erhöhen kann (eine

---

<sup>3</sup>Dies ist ein simultanes Optimierungsproblem. Unser Simulationsansatz löst dieses Problem, indem er iterativ optimale Positionen findet und darauf basierend in jeder Iteration von neuem die Stimmanteile, den führenden Kandidaten, ersten Verlierer usw. bestimmt. Somit kann sich die Identität des Wahlkreissiegers bzw. der führenden Kandidatin während des gesamten Optimierungsprozesses ändern.

City-Block-Distanz von weniger als 0,0001). Die Durchführung mehrerer Simulationen mit unterschiedlichen Ausgangspositionen gibt Aufschluss darüber, ob die gefundenen lokalen Nash Gleichgewichte eindeutig sind.<sup>4</sup>

Wenn sich die Gleichgewichte der beiden Modelle für Verhältnis- und Mehrheitswahlkomponente unterscheiden, würde dies darauf hindeuten, dass die beiden Komponenten des gemischten Wahlsystems tatsächlich unterschiedliche Anreize für die Wahl des optimalen Politikangebots der Parteien bieten. Unterschiede in den Anreizen könnten entweder auf die spezifischen Maximierungsstrategien zurückzuführen sein, die sich aus den beiden Wahlformeln ergeben, oder auf unterschiedliche Parameter der Wahlfunktionen, welche spezifische Gewichtungsmuster der policy-spezifischen gegenüber policy-unabhängigen Kriterien der Kandidaten- und Parteilistenwahl widerspiegeln. Eine Divergenz der Gleichgewichtspositionen könnte jedoch ebenso dadurch begründet sein, dass sich Kandidaten und Parteien in ihrer Valenz unterscheiden.

---

## 7.2 Daten und Operationalisierung

Für die empirische Analyse verwenden wir Daten aus den Vorwahlwellen der deutschen Wahlstudie (GLES) 2013 und 2009, wie in Kap. 4 und 6 vorgestellt. Dies ermöglicht die Analyse und den Vergleich zweier Bundestagswahlen mit unterschiedlichem historischem Hintergrund. Im Jahr 2009 war eine große Koalition aus Christdemokraten (CDU/CSU) und Sozialdemokraten (SPD) im Amt, aber beide Parteien erklärten, dass sie eine Koalition mit ihrem ehemaligen Koalitionspartner – mit den Liberalen (FDP) im Falle der CDU und mit den Grünen im Falle der SPD – bevorzugen würden. Die Wahl ergab bekanntlich eine Parlamentsmehrheit für CDU/CSU und FDP, die dann im Jahr 2013 für eine Wiederwahl kandidierten. Die Chancen auf eine Koalition aus SPD und Grünen waren den Umfragen zufolge im Jahr 2013 gering. Wir könnten daher erwarten, dass ein moderateres SPD-Programm eine Bereitschaft für eine Wiederaufnahme der großen Koalition signalisierte. Dies ist letztlich auch nach der Wahl 2013 geschehen. Die beiden Wahlen illustrieren also ganz unterschiedliche Ausgangsbedingungen für den Parteienwettbewerb, insbesondere was die strategischen Wahlkampfüberlegungen der beiden großen Parteien betrifft. Da wir an allgemeinen Ergebnissen zu den Positionierungsanreizen in gemischten

---

<sup>4</sup>Für die Optimierung verwenden wir den Broyden-Fletcher-Goldfarb-Shanno-Algorithmus des optim-Pakets in R.

Wahlsystemen interessiert sind, hilft der Vergleich dieser beiden Wahlen sicherzustellen, dass wir keine Rückschlüsse auf Politikstrategien ziehen, die eigentlich Besonderheiten spezifischer Koalitionsstrategien sind.

### 7.2.1 Policy-Distanz und ideologische Nähe

Um die räumliche Nähe von Parteien, Kandidaten und Wählern zu messen, verwenden wir Daten über die Wahrnehmung der Parteipositionen und die Selbstpositionierung der Befragten in Bezug auf drei politische Themen. Zur Messung der Wähleridealepunkte und der Parteipositionen im gemeinsamen Policy-Raum wenden wir die bayesianische Variante (Hare et al. 2015) der in Kap. 6.3 beschriebenen Reskalierung nach Aldrich und McKelvey (1977) auf die Wahrnehmungs- und Präferenzitems an. Die Positionen der Kandidaten schätzen wir nicht, sondern gehen davon aus, dass die Kandidaten weitgehend an die Positionen ihrer Partei gebunden sind und die Wähler sich bei der Bewertung der Kandidaten auf die Parteipositionen als Orientierungshilfe verlassen.<sup>5</sup>

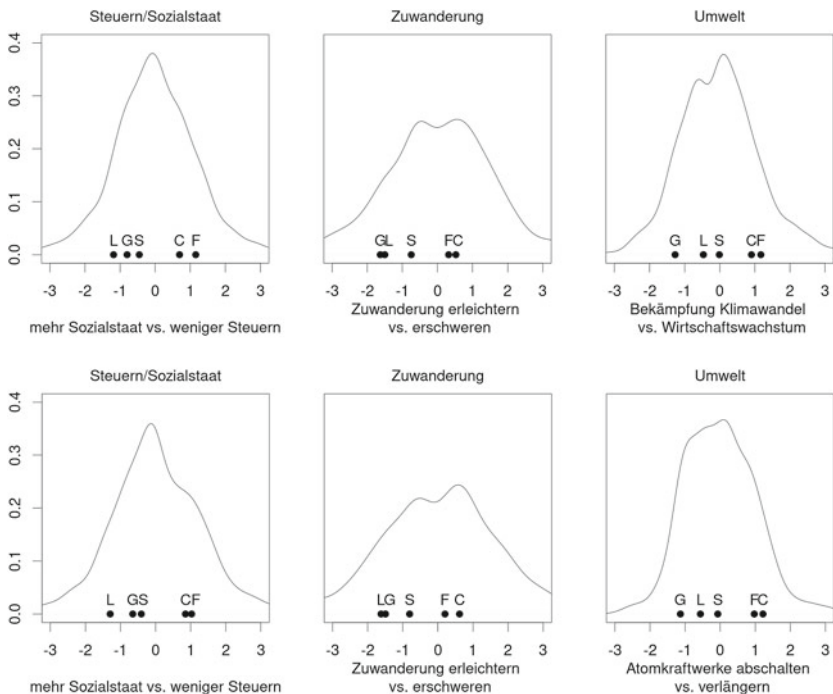
Die ausgewählten Konfliktthemen waren in den Wahlkampagnen 2009 und 2013 wichtig. Die ersten beiden greifen die historischen Konfliktlinien auf, die in Deutschland nach wie vor politische Spaltungen bei sozioökonomischen und kulturellen Problemen bewirken. Die sozioökonomische Orientierungsfrage thematisiert den Gegensatz zwischen einem großzügigeren Sozialstaat auf Kosten höherer Steuern einerseits und niedrigeren Steuern mit der Folge eines Sozialstaatabbaus andererseits. Der kulturelle Konflikt wird mit einer Einwanderungsfrage erfasst, der sich auf den Gegensatz zwischen einwanderungsfreundlichen und einwanderungsfeindlichen Positionen bezieht. Das dritte Thema bezieht sich auf

---

<sup>5</sup>Dies ist eine vernünftige Annahme zumindest für viele parlamentarische Systeme, die auf disziplinierten Parteien und Blockabstimmungen im Parlament aufbauen, in denen die Parteien ihren Mitgliedern nur wenige Möglichkeiten bieten, bei namentlichen Aufrufen oder Kampagnen signifikante Abweichungen von den Parteipositionen zu signalisieren. Der Spielraum, den Parteien ihren Wahlkreisabgeordneten erlauben, ist generell klein (Adams und Merrill 2014). Belege für die Annahmen liefert z. B. Stoffel (2014), der feststellt, dass die meisten deutschen Abgeordneten mit einer Doppelkandidatur sich auf den Dienst an ihrer Partei konzentrieren, anstatt ihren Wahlkreis zu bedienen. Dies könnte in Präsidentschaftssystemen mit Mischwahlsystemen anders sein, wo die zentralisierende Kraft der nationalen Parteien wohl schwächer ist, aber auch in Japan, wo die Kandidaten eigene Wahlkampfplattformen haben, die von den regionalen Behörden vor der Wahl veröffentlicht werden (Adams et al. 2016). Im nächsten Kapitel werden wir diese Annahme jedoch aufheben, und untersuchen inwieweit Kandidatinnen einen Anreiz haben, in die eine oder andere Richtung von ihrer Parteiposition abzuweichen.

die Umweltpolitik. Im Wahlkampf 2009 ging es vor allem um die Frage des Zeitpunkts einer Abschaltung von Atomkraftwerken. Im Jahr 2013, nach der Entscheidung für einen früheren Atomausstieg nach dem Unfall von Fukushima, stellt die Frageformulierung des Survey die Priorität der Bekämpfung des Klimawandels gegenüber der Forcierung des Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Verfolgung der Energiewende gegenüber (vgl. Kap. 4 und 6).

Abb. 7.1 zeigt die geschätzte Wählerverteilung und die Parteipositionen in Bezug auf die drei politischen Themen in den Jahren 2009 und 2013. Es ist zu beachten, dass die Reihenfolge der fünf Parlamentsfraktionen je nach Thema unterschiedlich ist, während die Sozialdemokraten immer die mittlere Position einnehmen. Wir verwenden das gleiche Skalierungsverfahren für die ideologische Links-Rechts-Skala, um eine Schätzung der ideologischen Nähe von Parteien und Wählern zu erhalten.



**Abb. 7.1** Wählerverteilung und Parteipositionen in 2013 (oben) und 2009 (unten)

### 7.2.2 Valenz

Da sich das Bewertungsobjekt bei Kandidaten- und Parteistimme unterscheidet, müssen wir die Valenz für Erst- und Zweitstimmen getrennt messen. Zur Messung der Valenz weichen wir von der in Kap. 5 vorgestellten Methode zur Messung auf Basis der Parteiskalometer ab, da analoge Skalometerwerte der Wahlkreiskandidaten nicht in ausreichendem Umfang verfügbar sind. Der hier gewählte Ansatz besteht darin, partei- und kandidaten-spezifische Konstanten zu schätzen, die Größenunterschiede der Stimmanteile erfassen, die nicht auf ideologische und Policy-Erwägungen zurückzuführen sind (Adams et al. 2005; Schofield 2005; Jessee 2010; Schofield et al. 2011; Schofield und Kurella 2015; Kurella und Pappi 2015). Damit entspricht das Maß direkt dem Valenzkonzept als policy-unabhängigem Teil der Wählerfunktion.<sup>6</sup>

Für die Parteivalenz ist das Verfahren unkompliziert: Wir schätzen ein konditionales Logit-Modell der Parteiwahl mit ideologischen und Policy-Distanzen als erklärenden Variablen, einschließlich parteispezifischer Konstanten. Bei den Wahlkreiskandidaten stehen wir vor dem Problem einer geringen Anzahl von Befragten in einigen Wahlkreisen. Daher nutzen wir zusätzliche Befragungswellen der GLES, die Informationen über Wahlabsichten sowie ideologische Partei- und Selbstplatzierungen enthalten. Die Kumulation dieser Datensätze für jedes Wahljahr liefert genügend Befragte pro Wahlkreis, um ein gemischtes konditionales Logit-Modell der Kandidatenwahl mit je nach Wahlkreis und Kandidat variierenden Konstanten zu schätzen.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup>Alternativ dazu könnte man Partei- und Kandidatenvalenzen aus thermometerähnlichen Skalen anhand von Umfragedaten abschätzen. Dies führt jedoch zu mehreren theoretischen und methodischen Problemen. Erstens geben Thermometer-Werte nicht nur Valenzmerkmale wie Parteikompetenz, Führungskapazität oder Vertrauenswürdigkeit wieder, sondern werden auch durch ideologische oder politische Nähe beeinflusst. Dieses Problem kann eine Entfaltungsanalyse lösen (siehe Kap. 5). Zweitens treten bei Wahlkreiskandidaten besondere Probleme auf wie eine hohe Ausfallrate und Selektivität bei der Angabe von Thermometer-Einschätzungen. Dieses Datenproblem ist mit vorhandenen Umfragen nicht lösbar.

<sup>7</sup>Für 2013 wurden die Umfragen ZA5702, ZA5704, ZA5321, ZA5720, ZA5721, ZA5722 verwendet und für 2009 die Umfragen ZA5302, ZA5303, ZA5320, ZA5321, ZA5335-5340, ZA5357. Die Gesamtzahl der Befragten mit nicht fehlenden Werten beträgt 6.304 (15.775) im Jahr 2013 (2009). Die durchschnittliche Anzahl der Befragten in einem Wahlkreis beträgt 21 (53) im Jahr 2013 (2009), mit einer Bandbreite von 1 bis 59 (16 bis 141). Da diese Umfragen keine Policy-Fragen enthalten, kontrollieren wir nur die ideologischen Distanzen. Wir kontrollieren jedoch auch die Zweitstimme, um Auswirkungen der Kontamination (Ferrara et al. 2005) und *sticky voting* zu berücksichtigen. Zur Parameterschätzung verwenden wir das in R implementierte Paket `mclgit`.

Nach Nyhuis (2016, 2018) kann man die zufallsverteilten Konstanten als Proxy für die Valenz eines Wahlkreiskandidaten interpretieren (Parameterschätzungen sind im Anhang in Tab. A7.1 aufgeführt). In Tab. 7.1 berichten wir die durchschnittlichen Valenzen der Parteikandidaten, getrennt nach Art der lokalen Wettbewerbssituation. Dabei unterscheiden wir fünf Typen: erstens Wahlkreise, in denen der Unions-Kandidat (CDU oder CSU) mehr als 20 % der Erststimmen erhält und nur er oder sie Siegesaussichten hat (mit „C“ bezeichnete Wahlkreise); zweitens Wahlkreise, in denen der Unions-Kandidat knapp gewinnt, so dass auch ein Vertreter von SPD, der Linken oder den Grünen aussichtsreich kandidiert (CS, CL, CG); drittens Wahlkreise mit zwei aussichtsreichen Kandidaten von SPD und

**Tab. 7.1** Durchschnittliche Kandidatenvalenz nach Art der Wettbewerbssituation 2013 und 2009 (GLES)

	Art des Wahlkreiswettbewerbs				
	C	CS, CS, CG	SC	CSL	Andere
2013					
CDU	0,79	0,65	0,34	0,29	0,29
SPD	0,28	0,45	0,68	0,32	0,04
FDP	-0,68	-0,54	-0,44	-0,48	-0,65
Grüne	-0,30	0,30	-0,40	0,34	0,10
Linke	-0,09	-0,26	-0,18	0,20	0,23
Anzahl Wahlkreise	17	98	25	13	6
N Befragte	129	470	115	115	24
2009					
CDU	0,63	0,72	0,38	0,51	0,35
SPD	0,25	0,38	0,74	0,25	0,03
FDP	-0,43	-0,57	-0,53	-0,54	-0,54
Grüne	0,00	-0,29	-0,38	-0,43	-0,18
Linke	-0,44	-0,24	-0,22	0,22	0,33
Anzahl Wahlkreise	18	99	39	21	8
N Befragte	105	566	221	133	46

Anmerkungen: In einem Wahlkreis vom Typ CS ist der CDU-Kandidat der Wahlkreissieger, der SPD-Kandidat ist der Zweite und jeder dieser Kandidaten (aber kein anderer Kandidat) erhält mehr als 20 % der Stimmen. Da ostdeutsche Befragte überrepräsentiert sind, ist die Anzahl der Wahlkreise und der Befragten pro Wahlkreistyp nicht repräsentativ für Deutschland. Abkürzungen: C = CDU/CSU; G = Grüne; L = Linke; S = SPD.

Union, in denen die SPD gewinnt (SC); viertens Wahlkreise mit drei aussichtsreichen Kandidaten, die von der Union gewonnen werden (CSL); die verbleibenden Wahlkreise bilden eine Restgruppe.

Tab. 7.1 ist aus mindestens zwei Gründen aufschlussreich. Erstens sehen wir, dass die Wettbewerbssituation für die Valenz der Kandidaten der großen Parteien von Bedeutung ist. Die Valenz der Kandidaten von CDU, SPD und der Linken ist von Typ zu Typ sehr unterschiedlich, während die Kandidaten der beiden kleineren Parteien, FDP und Grüne, in allen Typen ähnlich geringe Valenzen aufweisen. Zweitens zeigt sich, dass die Wahlkreissieger im Durchschnitt den größten Valenzvorteil haben. Die Größe des Valenzvorteils ist jedoch von Partei zu Partei unterschiedlich. Während die CDU-Kandidaten in den C-Typ-Distrikten einen durchschnittlichen Valenzvorteil von  $0,79 - 0,28 = 0,51$  Punkten im Jahr 2013 haben, beträgt der maximale durchschnittliche Valenzvorteil der SPD-Kandidaten in den SC-Typ-Distrikten im Jahr 2013  $0,68 - 0,34 = 0,34$  (mit ähnlichen Zahlen im Jahr 2009). Insgesamt genießen die Kandidaten von CDU bzw. CSU in den meisten der untersuchten Wahlkreise im Durchschnitt Valenzvorteile. Auch ist ihr Valenzvorteil im Durchschnitt ausgeprägter als der Valenzvorteil der SPD-Kandidaten, selbst wenn diese Wahlkreissieger sind.

---

## 7.3 Schätzung der Wahlfunktionen für Kandidaten und Parteilisten

Nachdem wir die relevanten Merkmale von Parteien, Kandidaten und Wählern operationalisiert und gemessen haben, können wir die Parameter  $\alpha$ ,  $\beta$  und  $\gamma$  der Wahlfunktionen für die Erst- und Zweitstimmen schätzen (vgl. Gleichung 6.1). Da wir getrennte Wahlfunktionen für die zwei Stimmen formulieren, müssen wir das Problem der Kontaminationseffekte angehen, die in Mischwahlsystemen auftreten könnten (Ferrara et al. 2005). Wir erwarten, dass Kandidaten- und Parteiwahl über die Parteizugehörigkeit der Kandidaten miteinander verknüpft sind und dass deshalb die Wahlwahrscheinlichkeiten eines jeden Wählers von denselben unbeobachteten Faktoren beeinflusst werden. Diesem Umstand tragen wir Rechnung, indem wir die Korrelation der Wahlwahrscheinlichkeiten zwischen Erst- und Zweitstimme berücksichtigen (Variante eines *seemingly unrelated regression (SUR) models* nach Zellner 1962).<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup>SUR-Modelle werden häufig in der Ökonometrie (Fiebig 2001) verwendet und haben sich auch in der Politikwissenschaft bewährt, wo sie häufig zur Analyse aggregierter Wahldaten in Mehrparteiensystemen (Tomz 2002) eingesetzt werden. Dort wird das SUR Modell eingesetzt,

Genauer gesagt sagen wir die latente Wahrscheinlichkeit für die Kandidaten- und Parteistimmen mit den Kovariaten  $X$  voraus, unter der Annahme, dass die zugefügten Fehlerterme  $\epsilon_{ij}^{(1)}$  und  $\epsilon_{ij}^{(2)}$  einer bivariaten Normalverteilung folgen, für die  $E[\epsilon_{ij}^{(1)} \epsilon_{kl}^{(2)} | X] = \sigma^2$  für  $i = k$  und  $j = l$  gilt und sonst Null.<sup>9</sup>

Tab. 7.2 zeigt die Schätzung der Koeffizienten für die Kandidaten- und Parteistimmen für die Wahlen 2013 und 2009. Da die Parteivalenz auf der Ebene der Parteien gemessen wird, können wir die Parteivalenz  $v_j^{(2)}$  nicht getrennt vom Valenzgewicht  $\alpha^{(2)}$  berechnen. Die berichteten Konstanten zeigen die kombinierte Wirkung  $\alpha^{(2)} \times v_j^{(2)}$ .

Wir beginnen mit den Ergebnissen der Kandidatenwahl 2013. Alle Parameter sind auf dem Niveau von 0,1 % statistisch signifikant und weisen in die erwartete Richtung. Während sich Kandidaten- und Parteivalenzen positiv auf die Wahlabsicht auswirken, wirken sich ideologische und politische Distanzen negativ aus. Dabei ist der Effekt der ideologischen Distanz verglichen mit den Policy-Distanzen relativ stark.<sup>10</sup> Die kleineren Koeffizienten für die Policy-Distanz zwischen Wählern und Parteien zeigen, dass die ideologische Nähe zwischen Wähler und Partei des Kandidaten offenbar eine größere Rolle bei der Entscheidung für ihn spielt als die Nähe bei einem bestimmten politischen Issue. Dies bestätigt die Interpretation der ideologischen Distanz als eines starken Indikators für die langfristige Bindung zwischen Wählern und Parteien.

Bei der zweiten, der Parteiwahl, sieht das Muster recht ähnlich aus. Der geschätzte Koeffizient für die Ideologie ist von ähnlicher Größenordnung wie bei der Kandidatenwahl (dasselbe gilt für die drei politischen Issues). In Bezug auf die Valenz hat die CDU den größten Valenzvorteil (1,25). Die SPD und die Grünen liegen an zweiter Stelle mit einer Schätzung von 0,95 und 0,80, und die Linke folgt mit einer Schätzung von 0,42. Die liberale FDP ist Referenzpartei mit

---

um die gegenseitige Abhängigkeit der Stimmenanteile zu berücksichtigen, die sich auf eins summieren.

<sup>9</sup>Herkömmliche konditionale Logit-Modelle lassen keine korrelierten Fehler zu, da die Logit-Verteilung univariat ist. Wir verwenden Monte-Carlo-Simulationen, um sicher zu stellen, dass die Parameterschätzungen des herkömmlichen konditionalen Logit-Modells (mit Bernoulli-Verteilung und kanonischer Logit-Verknüpfung) fast identische Parameterschätzungen wie unser Logit-Verknüpfungsmodell liefert, das die normalverteilten Fehler nach der Methode der kleinsten Quadrate berechnet. Dann schätzen wir eine *seemingly unrelated regression*, die korrelierte Fehler berücksichtigt. Die geschätzte Restkorrelation – die wir kontrollieren, an der wir aber nicht wesentlich interessiert sind – ist 0,62, was unseren Modellierungsansatz unterstützt. Alle Schätzungen werden mit dem Paket `systemfit` (Version 1.1–14) in R durchgeführt (Henningsen und Hamann 2007).

<sup>10</sup>Wegen der gleichen Skalierung sind die Koeffizienten vergleichbar.



**Tab. 7.2** *Seemingly unrelated* konditionale Logit Modelle der Wahlabsicht

	2013		2009	
	Erststimme	Zweitstimme	Erststimme	Zweitstimme
Kandidatenvalenz	1,27		1,02	
	(0,05)		(0,04)	
Ideologische Distanz	-1,48	-1,47	-1,22	-1,26
	(0,06)	(0,07)	(0,05)	(0,06)
Politikdistanz				
Wirtschaft	-0,42	-0,47	-0,22	-0,27
	(0,06)	(0,06)	(0,05)	(0,05)
Zuwanderung	-0,37	-0,30	-0,08	-0,24
	(0,05)	(0,05)	(0,04)	(0,05)
Umwelt	-0,27	-0,41	-0,45	-0,44
	(0,05)	(0,06)	(0,04)	(0,05)
Parteikonstanten (Referenz: FDP)				
CDU		1,25		0,93
		(0,08)		(0,06)
SPD		0,95		0,78
		(0,10)		(0,08)
Grüne		0,80		0,70
		(0,12)		(0,10)
Linke		0,42		0,31
		(0,11)		(0,09)
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,38	0,31	0,27	0,21
N	583		1073	

einer Valenz von Null. Vergleicht man dieses Muster mit dem Muster der Kandidatenvalenzen in Tab. 7.1, so sind diese Ergebnisse bemerkenswert. Erstens ist der Valenzvorteil der beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD weniger stark ausgeprägt als die Valenzvorteile ihrer Kandidaten. Zweitens haben die Grünen, deren Kandidaten mit wenigen Ausnahmen nie zu den aussichtsreichen Kandidaten in den Wahlkreisen gehören und deren Valenzen denen der abgeschlagenen Kandidaten von Linke und FDP ähnlicher sind, in der Tat einen signifikanten, nicht politisch bedingten Vorteil im Wettbewerb mit den Parteilisten der anderen Parteien bei der Verhältniswahl.

Was ist mit dem zweiten Testfall, der Wahl 2009? Wie in den letzten Spalten von Tab. 7.2 zu sehen ist, sind die geschätzten Parameter von ähnlicher Größenordnung wie bei der Wahl 2013, was darauf hindeutet, dass das allgemeine Muster der Abwägung zwischen Policy- und Nicht-Policy-Merkmalen von Parteien und Kandidaten ziemlich stabil ist. Dies entspricht unserer Erwartung. Die größten Unterschiede betreffen die Nähe bei wirtschafts- und immigrationspolitischen Issues, die sich 2013 auf Erst- und Zweitstimme stärker als 2009 auswirken – insbesondere letztere spielten für die Erststimme 2009 offenbar kaum eine Rolle. Während die Ergebnisse von 2013 und 2009 darauf hindeuten, dass die Motivation der Wähler für ihre zwei Stimmen recht ähnlich ist, gibt es Unterschiede – vor allem in Bezug auf die nicht policy-bezogenen Valenzmerkmale von Kandidaten und Parteien. Die Frage ist, inwieweit diese Unterschiede in den Wahlfunktionen erkennbare Auswirkungen auf die Parteistrategien bei der Wahl der Politikangebote haben? Wir wenden uns als nächstes dieser Frage zu.

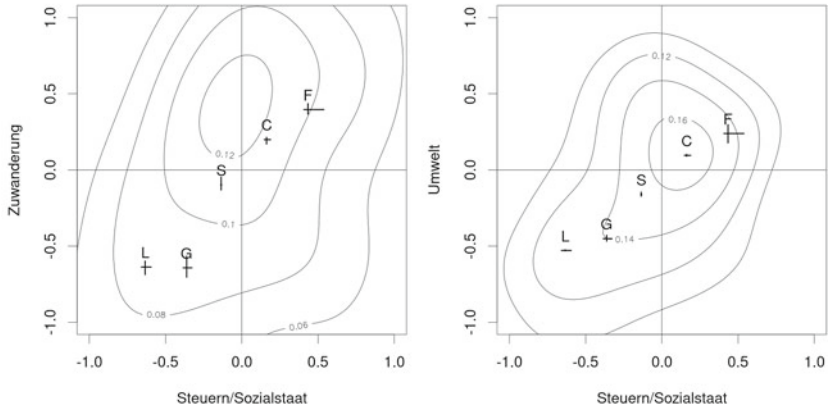
---

## 7.4 Parteiwettbewerb um Erst- und Zweitstimmen

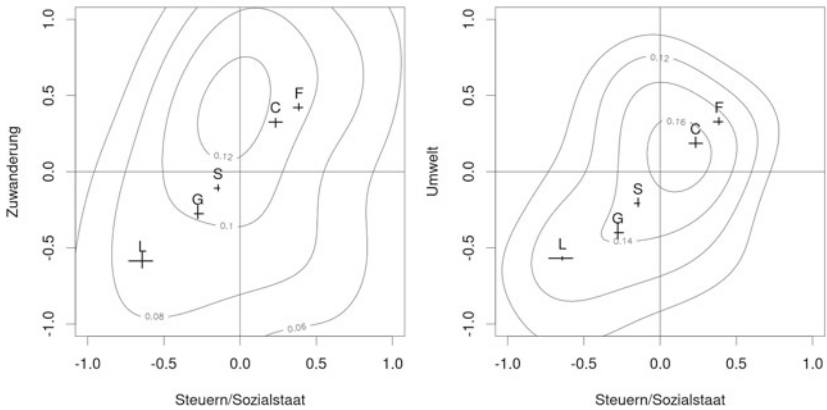
In Wettbewerbsdemokratien sind Parteien so organisiert und strukturiert, dass sie Wahlen gewinnen. Unser Verhaltensmodell des Parteiwettbewerbs basiert daher auf der Prämisse, dass die Parteien die Motivation der Wähler vorweg abschätzen (Bedeutung der Wahlkampfthemen und der Valenzmerkmale samt Trade-offs zwischen ihnen) und dann ein politisches Angebot mit dem Ziel der Maximierung ihrer Parlamentssitze formulieren. In diesem Abschnitt untersuchen wir, ob Unterschiede in den Wahlfunktionen für Erst- und Zweitstimmen und/oder deren Wahlformel sich auf das Politikangebot im deutschen Mischwahlsystem auswirken. Um diese Frage zu beantworten, ziehen wir Schlussfolgerungen aus dem Vergleich zweier kontrafaktischer Analysen: Unterscheiden sich die optimalen Programmstrategien der Parteien, wenn sie sich auf ihre Maximierungsziele entweder unter den Bedingungen der Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen oder der Verhältniswahl im ganzen Land konzentrieren?

Abb. 7.2 zeigt lokale Nash-Gleichgewichte der Parteistrategien unter Bedingungen der Mehrheits- und der Verhältniswahl. Dazu sind zwei Anmerkungen zu machen. Wir dokumentieren erstens die Ergebnisse in zwei getrennten zweidimensionalen Abbildungen, weil die Darstellung von Positionen und Bewegungen in einem dreidimensionalen Raum schwierig ist und irreführend sein kann. Wir betonen, dass sich die Gleichgewichtsstrategien auf dreidimensionale Politikräume beziehen; die Ergebnisse, die in zwei getrennten Abbildungen gezeigt werden, geben die Ergebnisse eines einzigen Simulationsmodells wieder.

a. Mehrheitswahlkomponente



b. Verhältniswahlkomponente



**Abb. 7.2** Gleichgewichtskonfiguration 2013

Zweitens sind die Schätzungen der Wahlfunktions-Parameter, die wir zur Kalibrierung der Parteiwettbewerbsmodelle verwenden, mit stichprobenbedingter Unsicherheit verbunden. Dies führt zu gewissen Schwankungen der Punktschätzer bei jeder Gleichgewichtsanalyse. Wir führen daher mehrere Reihen von Gleichgewichtsanalysen durch, bei denen wir die Wahlfunktionen mit Ziehungen aus den 95%-Konfidenzintervallen der Parameterschätzungen kalibrieren. Die Abbildungen zeigen somit Verteilungen und nicht nur mittlere Punktschätzungen von

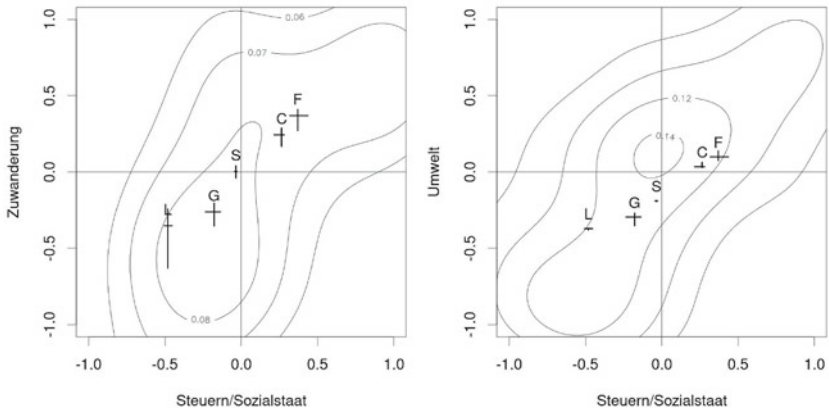
Gleichgewichtskonfigurationen. Dies wird durch die horizontalen und vertikalen Liniensegmente angezeigt, die den Bereich zwischen dem 5%- und dem 95%-Quantil der Gleichgewichtspositionen jeder Partei auf jeder Dimension darstellen. Die ellipsenähnlichen Kurven zeigen unterschiedliche Niveaus der Dichteverteilung der Wähler-Idealpunkte im Policy-Raum. Der Ursprung entspricht der Position des Durchschnittswählers.

Abb. 7.2 veranschaulicht das Hauptergebnis. Das obere Doppelschaubild zeigt die Ergebnisse von 500 Optimierungsläufen für die Mehrheitswahl mit den 2013er Erststimmen, das untere Doppelschaubild zeigt die Ergebnisse für die Verhältniswahl mit den 2013er Zweitstimmen. Die Gleichgewichtsintervalle sind recht klein und in allen Dimensionen ähnlich, was auf robuste Gleichgewichtskonfigurationen hinweist. Auf allen drei Dimensionen ist die Reihenfolge der Parteien gleich, wobei die Linkspartei den linken Pol bildet, gefolgt von den Grünen und der SPD links vom Durchschnittswähler. Wie in der empirisch wahrgenommenen Konfiguration befindet sich die SPD am nächsten zum Durchschnittswähler, mit einer optimalen Position leicht links von der Mitte bei allen drei Themenbereichen. Die FDP markiert auf allen drei Dimensionen den rechten Pol.

Es gibt jedoch eine auffällige Diskrepanz zwischen den Gleichgewichtskonfigurationen für die Mehrheits- und die Verhältniswahl: Die stimmmaximierenden Positionen der CDU bzw. CSU sind offenbar für die Verhältniswahl extremer als für die Mehrheitswahl, während die Grünen ihren Stimmenanteil auf einer moderateren Position bei der Verhältniswahl maximieren als bei der Mehrheitswahl. Bei allen anderen Parteien scheint es keinen auffälligen Unterschied zwischen ihren optimalen Positionen zur Maximierung der Stimmen von Kandidaten und Parteilisten zu geben.

Abb. 7.3 zeigt die Ergebnisse für die Wahl 2009. Die Gleichgewichtskonfigurationen ähneln denen für 2013 stark. In Bezug auf das Gleichgewicht bei der Mehrheitswahl ist auffällig, dass das Intervall der Gleichgewichtspositionen in der Dimension der Einwanderungsfrage für alle Parteien recht groß ist. Diese Frage war 2009 weniger wichtig, wie die kleine Parameterschätzung im Modell der Kandidatenwahl zeigt. Daher können die Parteien viele Positionen zu dieser Dimension einnehmen, ohne Stimmen zu verlieren. Die Reihenfolge der Parteien ist jedoch in jeder Dimension gleich, und die Muster spiegeln die Ergebnisse von 2013 wider. Die optimale Position der CDU bzw. CSU für die Erststimmen ist wieder näher am mittleren Wähler, während sie für die Zweitstimmen wieder extremer ist. Dieser Befund scheint also keine Besonderheit der Wahl 2013 zu sein, sondern deutet möglicherweise auf ein allgemeineres Merkmal des deutschen Mischwahlsystems hin.

## a. Mehrheitswahlkomponente



## b. Verhältniswahlkomponente

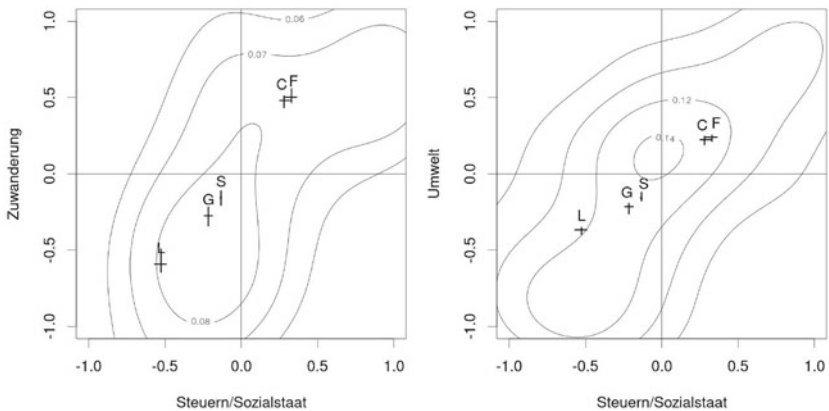


Abb. 7.3 Gleichgewichtskonfiguration 2009

## 7.5 Der Einfluss der Valenz auf die Parteipositionierung

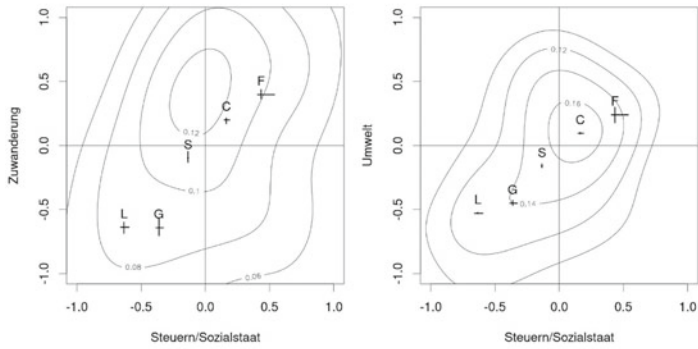
Um die Diskrepanz zwischen den Maximierungspositionen der Grünen und der CDU bzw. CSU innerhalb der beiden Teilsysteme zu untersuchen, führen wir zusätzliche Simulationsstudien durch, um die Ursachen divergierender Positionierungsanreize zu identifizieren. Es gibt zwei mögliche Ursachen für

unterschiedliche Gleichgewichtskonfigurationen in den beiden Teilen des Wahlsystems: erstens das unterschiedliche Gewicht von Policy und Valenz in den Wahlfunktionen und zweitens die unterschiedliche Valenz von Kandidaten und Parteien. Beide können die Maximierungsstrategien der Parteien beeinflussen. Unser Ansatz besteht darin, diese Variablen, Parameter und Maximierungsstrategien nachträglich zu verändern, um die Wirkung der einzelnen Terme auf die Gleichgewichtsergebnisse zu bewerten und dadurch beispielsweise den Faktor zu identifizieren, der bei der Mehrheitswahl 2013 CDU bzw. CSU näher an die Mitte und die Grünen weiter von der Mitte wegtreibt.

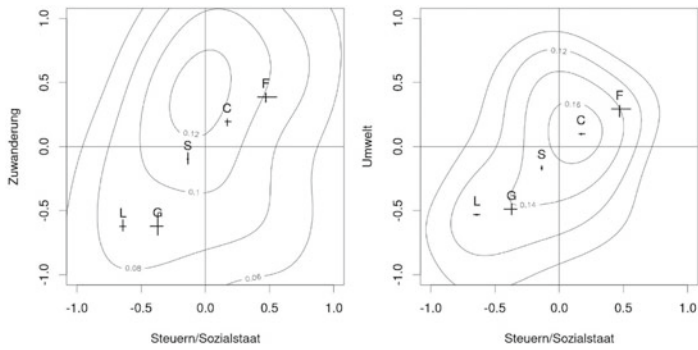
Zunächst ersetzen wir für 2013 die Policy-Koeffizienten für die Kandidatenwahl durch die der Parteilistenwahl und wenden den Algorithmus zur Optimierung der Erststimmen an. Abb. 7.4b zeigt die sich ergebenden Gleichgewichtspositionen. Der Vergleich des Musters mit Abb. 7.4a, die die ursprünglichen Ergebnisse aus Abb. 7.2 wiedergibt, zeigt keine auffälligen Abweichungen. Dasselbe gilt für die Simulation mit kontrafaktischen Parametern für die Wahl 2009, die in Abb. A7.1 im Anhang dargestellt ist. Die unterschiedlichen Gewichte der Issues für die Zweitstimme üben also keinen zentrifugalen Anreiz für die optimalen Parteistrategien aus, wenn sie in die Wahlfunktion der Kandidatenwahl eingesetzt werden. Um zu sehen, ob dies auch umgekehrt zutrifft, führen wir eine weitere Reihe von Simulationen zur Optimierung der Zweitstimmen durch, wobei wir nun die geschätzten Parameter der Kandidatenwahl verwenden. Die Ergebnisse für 2013 und 2009 sind in Teil b der Abb. 7.3 und A7.4 im Anhang aufgeführt. Auch hier gibt es keine erkennbaren Unterschiede zwischen den Gleichgewichtsmustern der ursprünglichen Simulation und denen mit kontrafaktischen Parametern. Somit kann ausgeschlossen werden, dass Unterschiede der Policy-Koeffizienten zwischen Kandidaten- und Parteilistenwahl einen zentripetalen Anreiz für die CDU-Kandidaten und mehr zentrifugale Anreize für Kandidaten der Grünen in den Wahlkreisen erzeugen.

Als nächstes konzentrieren wir uns auf die Unterschiede zwischen den Valenzmerkmalen von Parteien und Kandidaten, um zu sehen, ob diese zu unterschiedlichen Anreizen für optimale politische Strategien führen. Zunächst ersetzen wir die geschätzten Valenzen der Kandidaten durch die ihrer jeweiligen Partei. Auch hier führen wir eine Reihe von Simulationsläufen durch und berichten über die erzielten Gleichgewichtspositionen für jede Partei. Abb. 7.4c zeigt die Ergebnisse für die Wahl 2013. Im Vergleich zu Abb. 7.4a und b beobachten wir nun eine gemäßigte optimale Position der Grünen, während die Gleichgewichtspositionen aller anderen Parteien nahezu identisch mit denen von Abb. 7.4a und b sind. Dieses Muster ist auch für die Grünen in den Daten von 2009 zu erkennen (siehe Abb. A7.1c im Anhang). Wir führen auch eine Gleichgewichtsanalyse mit

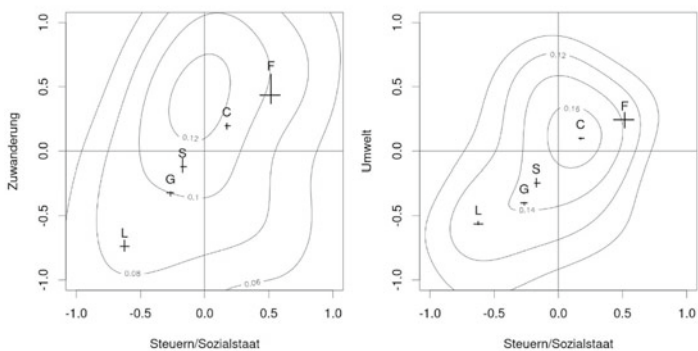
a. auf Basis empirischer Daten



b. kontrafaktisch: Parameter aus Verhältniswahlkomponente



c. kontrafaktisch: Parteivalenzen



**Abb. 7.4** Gleichgewichtskonfigurationen der Mehrheitswahlkomponente mit kontrafaktischen Parametern und Valenzmustern 2013

vertauschten Valenzmustern für die Verhältniswahl durch. Wir beobachten 2009 den analogen, entgegengesetzten Effekt für die Grünen, die bei einem Wechsel der Valenzmuster bei der Verhältniswahl mehr ins Extreme gehen. Bei der CDU ist der 2013er Effekt weniger offensichtlich (Abb. A7.2 und A7.3 im Anhang).

Als vorläufige Zusammenfassung konstatieren wir einen zentripetalen Anreiz für die optimale Strategie der Grünen im Wettbewerb um Wahlkreismandate, nachdem wir die schwachen Valenzen der Wahlkreiskandidaten durch den stärkeren Valenzvorteil der Bundespartei ersetzt haben. Gleichzeitig beobachten wir einen zentripetalen Anreiz für die optimale Strategie von CDU und CSU im Wettbewerb um Parteilistenstimmen, nachdem wir die etwas schwächeren Valenzen der Bundespartei durch die stärkeren ihrer Wahlkreiskandidaten ersetzt haben. Somit scheint eine Zunahme des Valenzvorteils die optimalen Positionen sowohl bei der Mehrheits- als auch der Verhältniswahl zum mittleren Wähler hin zu verschieben. Kann dies die Divergenz der optimalen Positionen von Grünen und CDU zwischen den beiden Teilen des Mischwahlsystems erklären? Wir wissen bereits, dass die Valenzunterschiede zwischen den Kandidaten ausgeprägter sind als zwischen den Parteien. Außerdem gibt es zwar vier Parteien mit positiven Valenzen, aber höchstens zwei Kandidaten haben einen deutlichen Valenzvorteil gegenüber den Kandidaten der übrigen kleineren Parteien. Da die Kandidaten von CDU und CSU in den meisten Wahlkreistypen die größten Valenzwerte haben, legen diese Ergebnisse die Hypothese nahe, dass ein kleinerer Valenzvorteil des lokal führenden Unions-Kandidaten die extremere Parteiposition zur Maximierung der Kandidatenstimmen zur Folge hat, während für die Grünen das Gegenteil zutrifft.

Um zu sehen, ob dies ein allgemeiner Mechanismus in beiden Teilen des Mischwahlsystems ist, führen wir eine dritte Simulationsstudie durch. Nun variieren wir systematisch den Valenzvorteil der größten Valenzpartei und des größten Valenzkandidaten. Um eine bessere Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu erreichen, legen wir künstliche Ausgangswerte für die Kandidaten- und Parteivalenz fest, wobei wir der CDU die größte Valenz von 1, der SPD mit einer Valenz von 0,5 die zweitgrößte und allen drei kleineren Parteien die Null-Valenz zuweisen. Wir verzichten auf eine Stichprobenziehung aus den 95%-Vertrauensintervallen der Parameter, sondern verwenden Punktschätzungen, um Störungen zu eliminieren, die nicht auf die Manipulation der Valenzparameter zurückzuführen sind. In einem ersten Szenario wird der Valenzvorteil der CDU gegenüber der SPD schrittweise von 0,75 ab vergrößert, bis er doppelt so groß ist wie die ursprüngliche



Größe.<sup>11</sup> In einem zweiten Szenario wird der Valenzvorteil der CDU schrittweise verringert, bis CDU und SPD die gleiche Valenz von 0,5 haben.

Die sich daraus ergebenden Gleichgewichtskonfigurationen für das Jahr 2013 sind in Abb. 7.5 dargestellt. Schwarze Pfeile zeigen Verschiebungen der optimalen Parteiposition an, wenn sich der Valenzvorteil der CDU verdoppelt hat. Graue Pfeile hingegen zeigen Gleichgewichtsverschiebungen an, wenn der Valenzvorteil der CDU gegenüber der SPD beseitigt ist. Abb. 7.5a zeigt die Erststimmen-Gleichgewichte und Abb. 7.5b Gleichgewichte im Verhältniswahl-Wettbewerb.

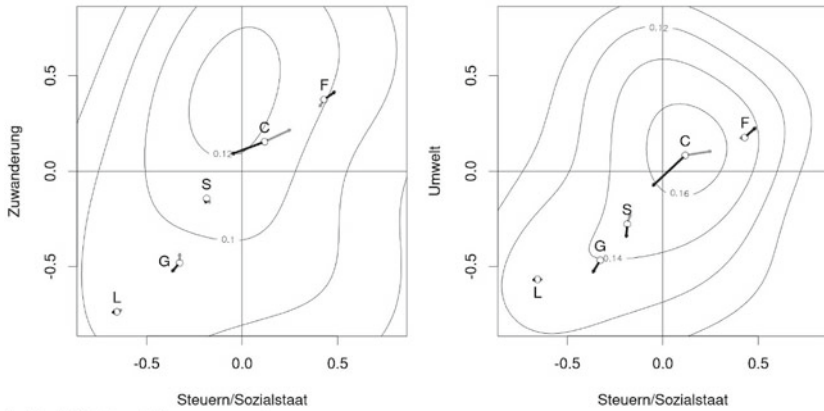
Die Ergebnisse sind bemerkenswert und aufschlussreich. Zunächst beobachten wir, dass die optimalen Positionen, basierend auf den Ausgangswerten für die Valenz, bei der Erst- und Zweitstimme sehr ähnlich sind. Dies unterstützt eher die Vermutung, dass die Valenzattribute die letztendliche Ursache für die unterschiedlichen Positionierungsanreize in den beiden Teilen des Mischwahlsystems sind. Betrachtet man die optimale Position der größten Valenzparteien, so zeigt sich, dass eine Vergrößerung des Valenzvorteils gegenüber der zweitgrößten Valenzpartei (und allen anderen Parteien) zu einer erheblichen Mäßigung der optimalen Position führt. Dies wird durch die schwarzen Pfeile angezeigt, die in allen vier Abbildungen in Richtung der Position der zweitgrößten Valenzpartei zeigen. Und dies gilt sowohl für die Mehrheits- als auch für die Verhältniswahl. Ein abnehmender Valenzvorteil führt dagegen zu einer stärker polarisierten Position auf allen Dimensionen, wie die grauen Pfeile anzeigen. Dies gilt wiederum sowohl für die Erst- als auch für die Zweitstimme. Man könnte auch darauf hinweisen, dass die Pfeile im Teil der Mehrheitswahl länger sind als im Teil der Verhältniswahl. Dies deutet darauf hin, dass der Wettbewerb unter Mehrheitswahl empfindlicher auf Veränderungen im Valenzmuster reagiert. Mögliche Faktoren, die dieses Muster erzeugen, sind kleinere räumliche Koeffizienten in den Wahlfunktionen für Wahlkreiskandidaten und unterschiedliche Maximierungsstrategien aufgrund der unterschiedlichen Wahlformeln in beiden Teilen.

Während CDU und CSU offensichtlich ihre optimale Position als Reaktion auf Veränderungen ihres Valenzvorteils anpassen, sind alle anderen Parteien offenbar von Veränderungen der Valenzkonstellation nicht betroffen. Hinsichtlich der Wahl 2009 beobachtet man ein sehr ähnliches Muster, wenn wir die gleiche Art von Simulationen durchführen, deren Ergebnisse in Abb. A7.4 im Anhang dargestellt sind. Auch hier mäßigen CDU und CSU ihre optimale Position, wenn ihr

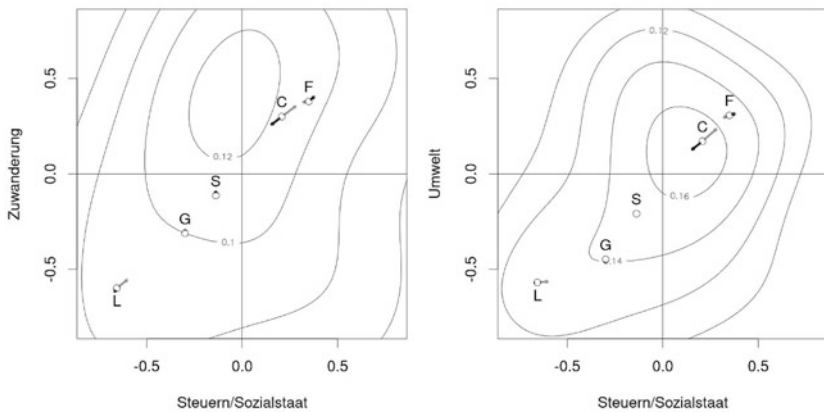
---

<sup>11</sup>Der Valenzvorteil wird in 100 Schritten verdoppelt, so dass das endgültige Valenzmuster CDU = 1,5, SPD = 0,5 und 0 für sonstige beträgt.

## a. Mehrheitswahlkomponente



## b. Verhältniswahlkomponente



**Abb. 7.5** Gleichgewichtskonfigurationen in der Mehrheits- und Verhältniswahlkomponente 2013: Kontrafaktische Simulation mit zunehmendem (schwarze Pfeile) und abnehmendem (graue Pfeile) Valenzvorteil der CDU

Valenzvorteil verdoppelt wird, indem sie ihre optimalen Positionen näher in Richtung SPD und damit in Richtung Mitte verschieben, und sie bewegen sich weiter in die andere, extremere Richtung, wenn ihr Valenzvorteil gegenüber der SPD verschwindet. Diesmal beobachten wir eine Reaktion der zweitgrößten Valenzpartei SPD, die sich bei einer Vergrößerung des Valenzvorteils der CDU leicht

von der Mitte weg und bei einer Verringerung des Valenzvorteils der CDU leicht zur Mitte hinbewegt.

Um schließlich zu testen, ob es auch die Unterschiede in den Kandidaten- und Parteivalenzen der Grünen sind, die die Divergenz der optimalen Parteipositionen für Erst- und Zweitstimmen hervorrufen, replizieren wir die vorherige Simulation, variieren aber nun das Valenzattribut der Grünen. Für die Kandidatenebene erhöhen wir die Valenz der grünen Kandidaten von Null auf 0,5. In der zweiten, der Parteistufe schreiben wir den Grünen eine Valenz von 0,5 zu und senken sie auf null. Die Ergebnisse (siehe Abb. A7.5 und A7.6 im Anhang) legen nahe, dass der gleiche Mechanismus am Werk ist. Wenn der Valenzvorteil der grünen Kandidaten zunimmt, werden zentripetale Anreize bei der Mehrheitswahl deutlich. Im Gegensatz dazu erzeugt ein abnehmender Valenzvorteil der Grünen zentrifugale Anreize bei der Verhältniswahl.

Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse, dass Veränderungen des Valenzvorteils einer Partei die optimale Parteistrategie signifikant beeinflussen. Eine Zunahme des Valenzvorteils der CDU induziert eine zentripetale Bewegung in Richtung Mitte und damit zur zweitgrößten Konkurrenzpartei, der SPD, während ein schwindender Valenzvorteil die CDU dazu veranlasst, extremere politische Programme zu fördern, die zu einer politischen Differenzierung führen. Dieser Mechanismus funktioniert in beiden Teilen des deutschen Mischwahlsystems. Die Ergebnisse deuten jedoch darauf hin, dass bei Mehrheitswahl stärker auf Valenzveränderungen reagiert wird. Überraschenderweise wird die optimale Position der zweitgrößten Valenzpartei kaum durch Valenzveränderungen bei führenden Kandidaten beeinflusst. Nur 2009 beobachten wir eher kleine Bewegungen der optimalen Position, wenn die größte Valenzpartei Valenz gewinnt oder verliert. Dieser Mechanismus wirkt jedoch nicht nur für den Valenz-Spitzenreiter, sondern setzt auch Anreize für eine kleinere Valenzpartei, sich in entsprechende Richtungen zu bewegen, wie das Beispiel der Grünen gezeigt hat. Was die Eingangsfrage nach der Ursache der unterschiedlichen Anreize für die optimale politische Position einer Partei zur Maximierung der Erst- und Zweitstimmen angeht, so zeigen die Ergebnisse, dass es die Unterschiede der Valenzvorteile zwischen den Parteien im Allgemeinen und zwischen den Wettbewerbssituationen der verschiedenen Wahlkreistypen sind, die das empirische Muster bestimmen. Da die CDU- bzw. CSU-Kandidaten in den meisten Wahlkreisen aussichtsreich kandidieren und ihr Valenzvorteil gegenüber anderen Kandidaten den Valenzvorteil der Partei CDU bzw. CSU gegenüber allen anderen Parteien übersteigt, würde die Union mit gemäßigeren Positionen mehr Kandidatenmandate gewinnen – d. h. mit einer Strategie, die gemäßiger wäre als diejenige, die für die Maximierung

der Parteilistenstimmen optimal ist. Die Grünen, aussichtsreicher bei den Zweitstimmen als bei den Erststimmen kandidierend, würden mehr Listenstimmen mit extremeren Positionen gewinnen – Positionen, die extremer wären als die für Wahlkreiskandidaturen optimale Positionen.

---

## 7.6 Schlussfolgerung

Ziel dieses Kapitels war es, die Anreize für die Positionierung von Parteien in Mischwahlsystemen zu untersuchen. Man könnte annehmen, dass in der Komponente der Mehrheitswahl zentripetale Anreize vorherrschen, während in der Komponente der Verhältniswahl zentrifugale Anreize stärker sind. Wir haben gleichzeitig zwei getrennte Wahlfunktionen für Erst- und Zweitstimmen geschätzt und ihre kontrafaktischen Konsequenzen für getrennte stimmmaximierende Gleichgewichte untersucht. Wir sind uns natürlich bewusst, dass Parteien nicht in zwei getrennten Arenen Wahlkampf führen und dass Wahlkreiskandidaten in Probleme gerieten, wenn sie politische Positionen signalisierten, die weit von denen ihrer Partei entfernt sind. Wir argumentierten, dass Wahlkreiskandidaten als ideologische und Policy-Vertreter ihrer Parteien wahrgenommen, aber nach ihren eigenen Valenzmerkmalen bewertet werden. So kamen wir zu zwei getrennten, aber gleichwertigen Wahlfunktionen. Die empirischen Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Wähler sowohl bei der Wahl von Parteilisten als auch bei der Wahl von Kandidaten sowohl Policy- als auch Valenzüberlegungen anstellen.

Die beiden geschätzten Wahlfunktionen erlauben eine Antwort auf die Frage, welche Positionen die Parteien im Gleichgewicht wählen würden, wenn sie getrennt für Kandidaten- und Parteilistenstimmen kandidieren könnten. Die Ergebnisse der kalibrierten Simulationsstudien beleuchten die Frage, wie zentrifugale und zentripetale Anreize die Parteienkonfiguration im deutschen Mischwahlsystem beeinflussen. Wir ziehen zwei wichtige Schlussfolgerungen. Erstens zeigen unsere Ergebnisse der deutschen Wahlen 2009 und 2013, dass insgesamt zentrifugale Anreize in beiden Teilen des Wahlsystems vorherrschen. Tatsächlich maximieren alle Parteien, mit Ausnahme von CDU bzw. CSU und Grünen, sowohl die Erst- als auch die Zweitstimmen mit nahezu identischen Positionen. Da die Verhältniswahl die dominierende Komponente des deutschen Wahlsystems ist, steht dieser Befund im Einklang mit empirischen Befunden zur Politikstreuung bei reiner Verhältniswahl (Gallego und Schofield, 2016). Die Partei mit dem größten Valenzvorteil maximiert jedoch die Stimmen bzw. die Mandate unter Mehrheitswahl, wenn sie Politiken in der Nähe des mittleren Wählers anbietet. Dies steht im

Einklang mit den Vorhersagen des Modells von Groseclose (2001) über den politischen Wettbewerb bei Mehrheitswahl, wenn ein Kandidat einen Valenzvorteil hat. Unsere Ergebnisse deuten also darauf hin, dass innerhalb der zwei Komponenten von Mischwahlsystemen die tatsächlichen Positionierungsanreize denen in den jeweiligen reinen Wahlsystemen ähnlich sind.

Zweitens haben wir gezeigt, dass die Diskrepanz bei den Positionierungsanreizen auf Valenzunterschiede zurückzuführen ist, die die Partei oder den Kandidaten bei zunehmender Valenz in Richtung des Durchschnittswählers und bei abnehmender Valenz in Richtung der Peripherie treiben. Sowohl 2009 als auch 2013 war der Valenzvorsprung der Unionsparteien weniger ausgeprägt als der lokale Valenzvorsprung ihrer Wahlkreiskandidaten. Wir konnten durch eine Simulation zeigen, dass sich die CDU bzw. CSU vom Mittelwert der Wähleridealpunkte in der Mehrheitswahlkomponente entfernen würde, wenn der Valenzabstand zum ersten Verlierer abnimmt. Für die Grünen gilt das Gegenteil: Die Bundespartei ist prominenter als ihre lokalen Kandidaten. Dementsprechend finden wir in der Verhältniswahlkomponente stärkere zentripetale Anreize als in den Wahlkreisen unter Mehrheitswahl.

Es kann durchaus sein, dass eine höhere Ungleichheit zwischen den Valenzen der aussichtsreichen Wahlkreiskandidaten aus dem gemischten Wahlsystem resultiert, insofern selbst kleinere Parteien, die keine Chancen auf den Wahlkreissieg haben, Direktkandidaten aufstellen, auch wenn ihre personellen Kapazitäten begrenzt sind. So können nicht nur unterschiedliche Valenzkonfigurationen zwischen Parteien und ihren Kandidaten zu unterschiedlichen optimalen Strategien führen, sondern auch indirekte Auswirkungen der verschiedenen Wahlformeln die Ergebnisse beeinflussen. Bemerkenswert ist jedoch, dass nur die Partei mit dem größten Valenzvorteil mit unterschiedlichen optimalen Strategien in den beiden Teilen des Wahlsystems konfrontiert ist.

Die Ergebnisse werfen zwei Fragen auf. Erstens: Führen die Gleichgewichtsunterschiede in den beiden Komponenten des Mischwahlsystems, die wir sowohl bei CDU/CSU als auch bei den Grünen vorfinden, zu Spannungen zwischen der Parteiführung auf der einen Seite und Wahlkreiskandidaten auf der anderen Seite? Je nach Valenzkonfiguration würden nationale Parteieliten und Wahlkreiskandidaten verschiedene Policy-Strategien verfolgen wollen, um ihre Ziele zu erreichen. Die Parteiführer von CDU und CSU erhöhen die Zweitstimmen durch extremere

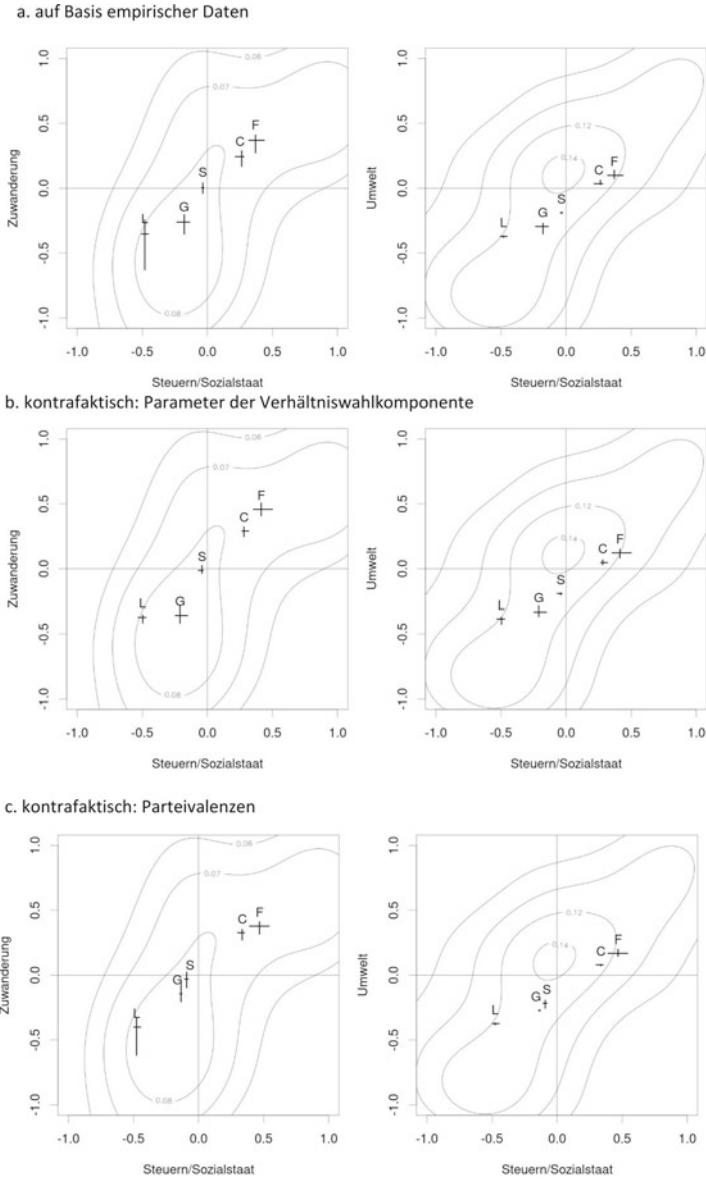
Politikpositionen, während die lokalen Wahlkreiskandidaten die Wahrscheinlichkeit ihrer persönlichen Wahl erhöhen, indem sie für näher an der politischen Mitte liegende Politikpositionen werben. Für die Grünen, bei denen die Bundespartei in der Valenzkonfiguration günstiger platziert ist als ihre lokalen Kandidaten, ist der Konflikt umgekehrt: Die Parteiführer maximieren den Wahlsieg der Parteien mit moderater Politik, während die Kandidaten davon profitieren würden, extremere Positionen anzubieten. Bei den beiden Parteien ist der interne Konflikt möglicherweise innerhalb von CDU und CSU mit ihren vielen aussichtsreichen Wahlkreiskandidaten, die alle für den Gesamterfolg der Partei verantwortlich sind, ausgeprägter. Die Grünen sind jedoch vor allem auf Zweitstimmen angewiesen, da die meisten Wahlkreiskandidaten nicht zu den beiden aussichtsreichen gehören. Daher ist die Partei gut beraten, sich stärker auf die zentripetalen Anreize zu konzentrieren, um die Stimmen für die Parteilisten zu maximieren. Weitere empirische Forschung zu unterschiedlichen Positionierungsanreizen in Mischwahlsystemen könnte Aufschluss darüber bringen, ob dies eine allgemeinere Herausforderung für Parteistrategien in Mischwahlsystemen ist. Zweitens weisen die Ergebnisse zum Einfluss der Valenzverteilungen auf Positionierungsanreize auf die allgemeinere Frage hin, inwieweit dies vor allem ein für Mehrheitswahlsysteme relevanter Befund ist und Verhältniswahlsysteme davon weniger betroffen sind.

---

## Anhang

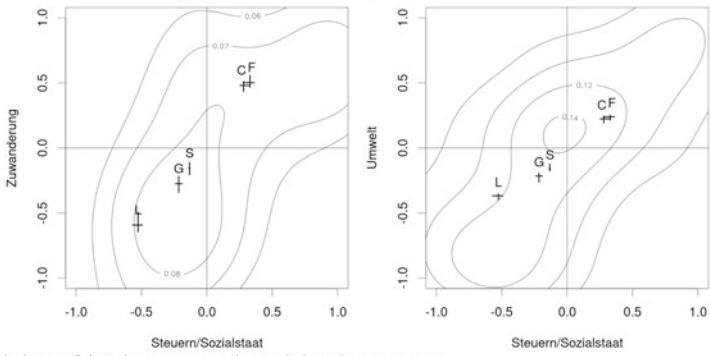
**Tab. A7.1** *Mixed* konditionales Logit-Modell der Kandidatenstimme (kumulierter Datensatz). Regressionsparameter und Standardfehler

	2013	2009
Ideologische Distanz	-0,19	-0,18
	(0,01)	(0,01)
Zweitstimme	2,40	2,21
	(0,04)	(0,02)
Varianz der Kandidaten-Zufallskonstanten	0,69	0,53
	(0,02)	(0,02)
N	6304	15.775

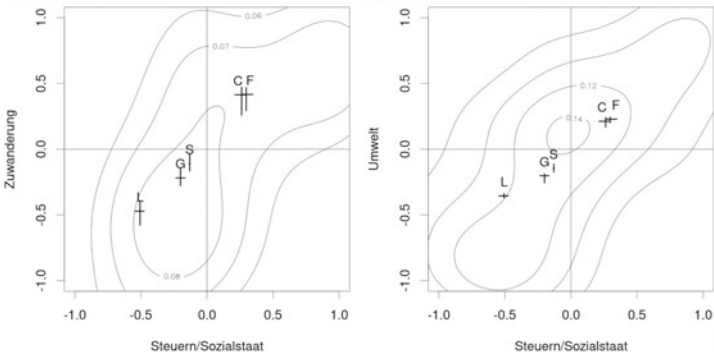


**Abb. A7.1** Gleichgewichtskonfigurationen der Mehrheitswahlkomponente mit kontrafaktischen Parametern und Valenzmustern 2009

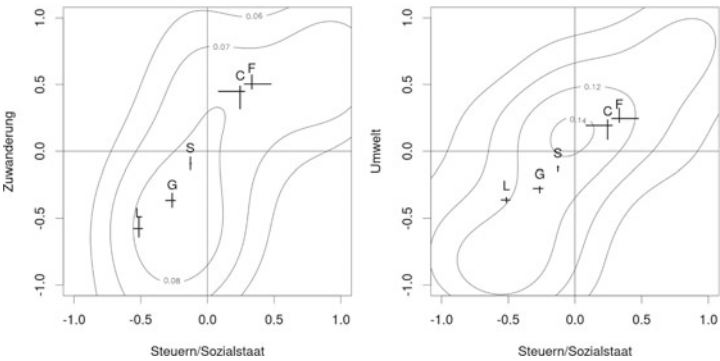
## a. auf Basis empirischer Daten



## b. kontrafaktisch: Parameter der Mehrheitskomponente



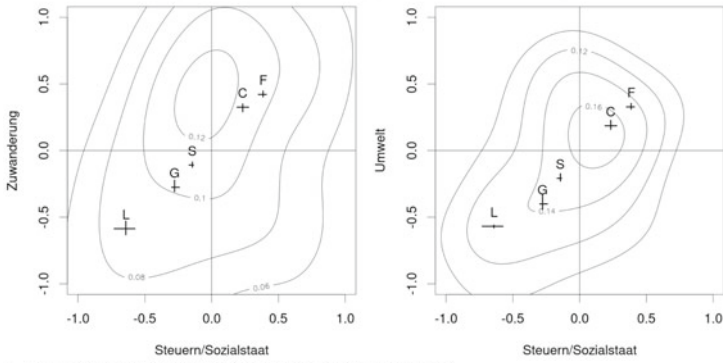
## c. kontrafaktisch: Kandidatenvalenzen



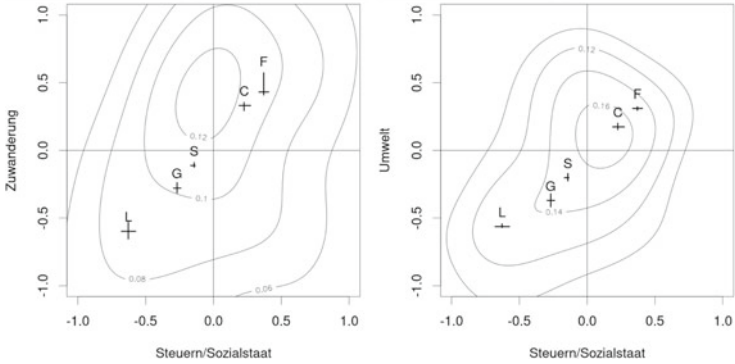
**Abb. A7.2** Gleichgewichtskonfigurationen der Verhältniswahlkomponente mit kontrafaktischen Parametern und Valenzmustern 2009



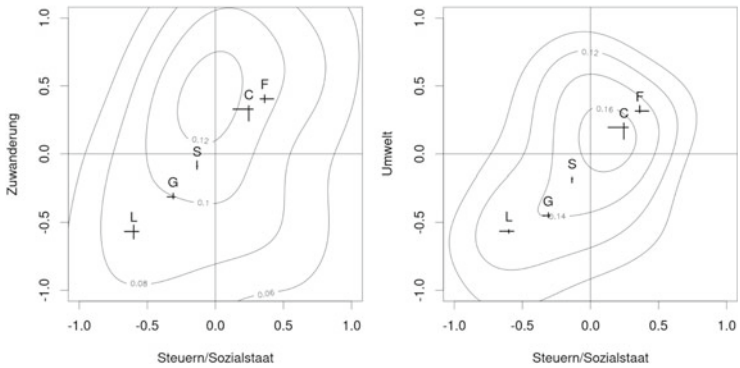
a. auf Basis empirischer Daten



b. kontrafaktisch: Parameter der Mehrheitskomponente

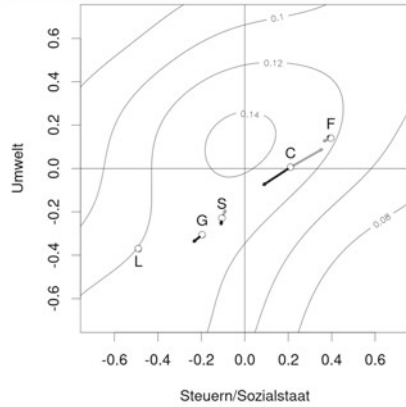
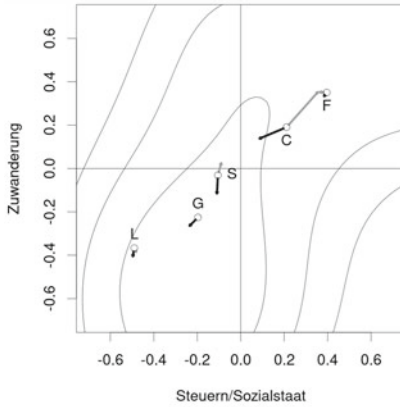


c. kontrafaktisch: Kandidatenvalenzen

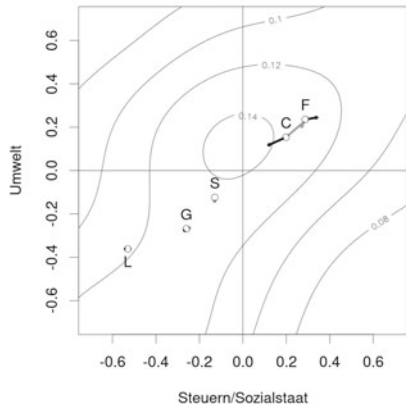
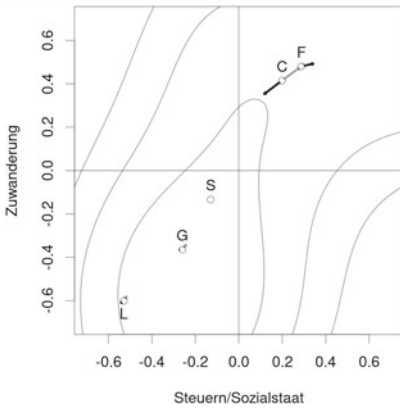


**Abb. A7.3** Gleichgewichtskonfigurationen der Verhältniswahlkomponente mit kontrafaktischen Parametern und Valenzmustern 2013

## a. Mehrheitswahlkomponente

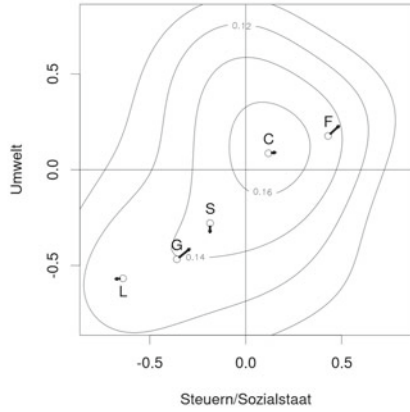
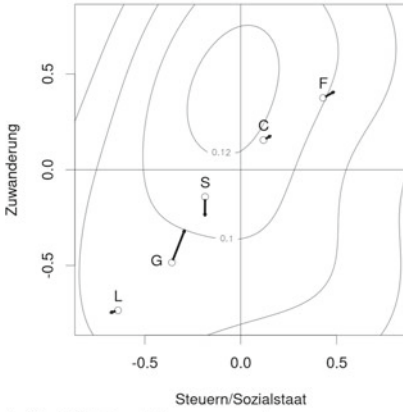


## b. Verhältniswahlkomponente

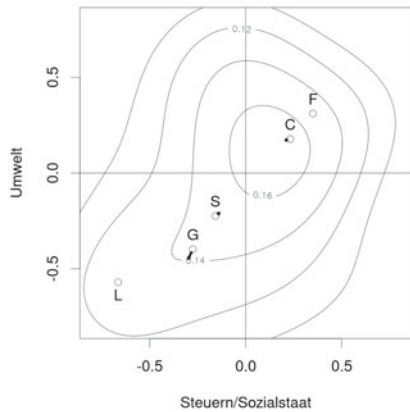
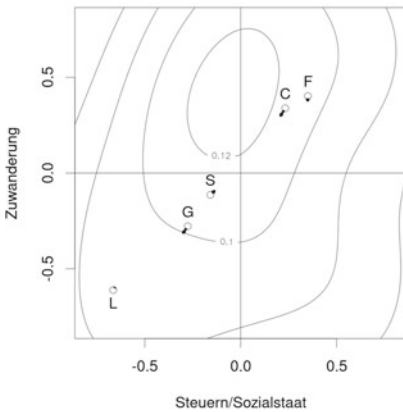


**Abb. A7.4** Gleichgewichtskonfigurationen in der Mehrheits- und Verhältniswahlkomponente 2009: Kontrafaktische Simulation mit zunehmendem (schwarze Pfeile) und abnehmendem (graue Pfeile) Valenzvorteil der CDU

a. Mehrheitswahlkomponente

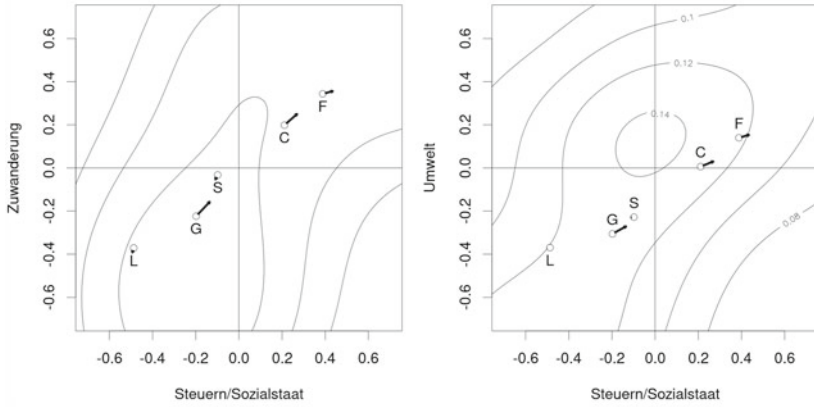


b. Verhältniswahlkomponente

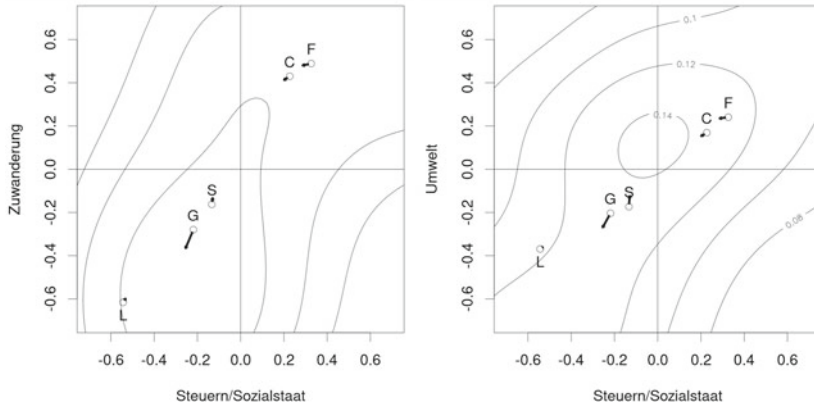


**Abb.A7.5** Gleichgewichtskonfiguration 2013: kontrafaktische Simulationen mit zunehmender Valenz der Grünen in der Mehrheitswahlkomponente und abnehmender Valenz in der Verhältniswahlkomponente

## a. Mehrheitswahlkomponente



## b. Verhältniswahlkomponente



**Abb. A7.6** Gleichgewichtskonfigurationen in der Mehrheits- und Verhältniswahlkomponente 2009: Kontrafaktische Simulation mit zunehmender Valenz der Grünen in der Mehrheitswahlkomponente und abnehmender Valenz in der Verhältniswahlkomponente



# Valenzvorteile von Kandidaten und der Medianwähler. Strategische Positionswahl deutscher Wahlkreiskandidaten

8

Gemischte Wahlsysteme erzeugen unterschiedliche Anreize für das Wahlverhalten und die Strategien der Parteien. Wie wir in Kap. 7 gezeigt haben, kann das kompensatorische deutsche Wahlsystem mit zwei Stimmen gegenläufige Anreize für die Wahlkampfstrategien in der Mehrheits- im Vergleich zur Verhältniswahlkomponente auslösen. Dabei sind wir von geschlossenen und starken Bundesparteien ausgegangen, welche eindeutige und klare programmatische Politikangebote für alle Wähler formulieren und diese Angebote dann auch den Wettbewerb um Erst- und Zweitstimmen prägen.

Um Erststimmen im Wahlkreis konkurrieren allerdings nominell nicht Parteien, sondern die Wahlkreiskandidaten der Parteien. Dies wirft die grundsätzlichen Fragen auf, welche Rolle Wahlkreiskandidaten im deutschen Mischwahlsystem zukommt, und insbesondere, ob und wenn ja, zu welchem Grad Kandidatinnen um ein Direktmandat Wahlkampfstrategien verfolgen können, die unabhängig von ihrer Partei oder sogar zur Parteilinie gegenläufig sind. Und falls Kandidaten über zumindest einen gewissen Spielraum verfügen, schließt sich die Frage an, welche Strategien sie im Wettbewerb um Erststimmen dann einschlagen, ob und inwieweit diese ihren persönlichen Eigenschaften und den lokalen Besonderheiten ihrer Wahlkreise Rechnung tragen (vgl. Kap. 3.7.1). Die erste, grundsätzliche Frage wird mit einem qualifizierten Nein zu beantworten sein: Im deutschen Mischwahlsystem sind die Wahlkreiskandidaten in erster Linie Parteikandidaten, die keine Kampagnen in direkter Opposition zu ihren nationalen Parteien führen können; was ihnen bleibt, ist eine gewisse Freiheit bei der Bildung ihres eigenen Profils (Zittel und Gschwend 2008; Gschwend und Zittel 2015). Der zweiten Frage gehen wir in diesem Kapitel mit einer (gleichwohl: indirekten) empirischen Analyse des Politikangebots der Wahlkreiskandidaten der Bundestagswahl 2009 nach.

Konkret untersuchen wir, ob sich die Strategien von Wahlkreiskandidatinnen mit hoher und niedriger Valenz darin unterscheiden, wie sie mit dem Problem der „zwei Prinzipale“ umgehen, der Nachfrage des Medianwählers und den Restriktionen der nationalen Parteilinie. Um diesen Zielkonflikt zu erfassen, nehmen wir als theoretischen Ausgangspunkt das Modell von Schofield und Miller (2007) des Mehrparteienwettbewerbs mit Parteiaktivisten. Es geht von ämtermotivierten Kandidaten aus, deren Wahlverfolg sowohl von den von ihnen vorgeschlagenen Positionen abhängt, als auch von der exogenen Valenz, die sie als Eigenschaft besitzen und nicht ändern können, und von der Unterstützung durch Parteiaktivisten, die wiederum von ihrer Politikposition abhängt und die in unserem Fall den Policy-Einfluss der nationalen Partieliten erfasst.

Eine empirisch überprüfbare Implikation des Modells ist, dass die Kandidaten umso moderatere Positionen einnehmen, je größer ihre exogene Valenz ist. Dies entspricht der in der Literatur zu Zweiparteiensystemen formulierten Valenzmoderations-Hypothese. Eine weitere Implikation des Modells besteht darin, dass die Positionen der Kandidaten näher an der Position der nationalen Partei liegen, wenn die Unterstützung der Partei (Aktivisten) zunimmt. Wir sind zwar aufgrund fehlender Daten nicht in der Lage, diese Implikation der Unterstützung von Aktivisten je nach Wahlkreis zu bewerten, aber sie deckt sich in der Konsequenz sehr gut mit der von Serra (2010), der von intrinsisch policy-motivierten Kandidaten ausgeht.

Unter Verwendung eines innovativen Ansatzes zur Schätzung der Policy-Positionen von Wahlkreiskandidaten und Wählern für die Bundestagswahl 2009 können wir die Valenzmoderations-Hypothese bestätigen. Insgesamt nehmen valenzbegünstigte Kandidaten moderatere Policy-Positionen ein als Kandidaten mit niedriger Valenz. Wenn die Kandidativalenz des aussichtsreichsten Kandidaten groß und ohne entsprechendes Gegengewicht durch den Herausforderer ist, können benachteiligte Kandidaten einfach nicht besser abschneiden als durch Einnahme extremerer Positionen.

---

## 8.1 Kandidatenwettbewerb im deutschen Mischwahlsystem

Wenn in einem idealtypischen Mehrheitswahlsystem nur zwei unabhängige Kandidaten antreten, dann lassen sich die einzelnen Wettbewerbssituationen in den Wahlkreisen auch unabhängig voneinander betrachten. Mit der Existenz nationaler Parteien, die *ihre* Wahlkreiskandidaten nominieren, sind diese Wettbewerbssituationen verbunden. Das gilt insbesondere, wenn – wie in parlamentarischen

Systemen – Wahlen für die Legislative in die Übernahme von Regierungsverantwortung münden können, die ihrerseits Parteigeschlossenheit erfordert. In Mischwahlsystemen kommt für gewöhnlich hinzu, dass nicht Kandidaten von zwei, sondern von mehr Parteien um das Wahlkreismandat konkurrieren. Auch auf den Stimmzetteln der Bundestagswahlen finden sich in der Regel in allen Wahlkreisen Kandidaten aller Parlamentsparteien der vergangenen Legislaturperiode. Da gerade kleinere Parteien ohne Aussicht auf den Wahlkreissieg regelmäßig Kandidaten für das Wahlkreisrennen nominieren, müssen sie davon überzeugt sein, dass eine Art Wechselwirkung stattfindet und selbst hoffnungslose Kandidaten ihnen helfen könnten, Zweitstimmen zu gewinnen. Die Strategie wird durch die Möglichkeit von Doppelkandidaturen erleichtert, d. h. Wahlkreiskandidaten können auch auf der Parteiliste kandidieren.<sup>1</sup>

Aus diesen Rahmenbedingungen des politischen Systems ergeben sich drei wichtige Implikationen für unseren Forschungsplan. Zunächst einmal ist der Wahlkreiswettbewerb weniger eine dyadische Angelegenheit als in reinen Mehrheitswahlsystemen. Auch wenn das Duvergèresche Gesetz für die meisten deutschen Wahlkreise gilt – mit einigen Ausnahmen in Ostdeutschland, wo der Abstand Dritter zum ersten Verlierer (*distance from contention*) gering ist (Herrmann und Pappi 2008; Herrmann 2015) – sind die Stimmenanteile der Wahlkreisgewinner im Allgemeinen viel geringer als bei US-amerikanischen oder britischen Wahlen (Manow 2010). Der Grund dafür sind „sticky voters“, d. h. Wähler, deren Hauptwahl die Parteiliste ist und die sich dann an den Wahlkreiskandidaten der gleichen Partei „halten“. Dadurch erhalten selbst kleine Parteien eine nennenswerte Anzahl von Erststimmen, auch wenn es sich meist um – hinsichtlich des Wahlausgangs – verschwendete Stimmen handelt. Daraus folgt, dass die Kandidaten in einem Mehrkandidatenwettbewerb eher das Ziel der Stimmenmaximierung statt der Maximierung der Siegeschancen verfolgen. Zweitens stellen wir trotz des Mehrkandidatencharakters fest, dass sich der tatsächliche Wettbewerb in den meisten Wahlkreisen stark auf die beiden Kandidatinnen mit den größten Gewinnaussichten konzentriert. Wir sollten daher nicht erwarten, dass chancenlose Kandidaten dasselbe Gleichgewichtsverhalten zeigen wie aussichtsreiche Kandidaten.

Ein dritter Punkt betrifft die Bandbreite an Policy-Positionen, die Kandidaten in Mischwahlsystemen vorschlagen können. Wenn in Mehrpersonen-Wahlkreisen in Abwesenheit von Parteien alle Kandidaten die Freiheit hätten, ihren eigenen Wahlkampf zu führen, würde man von den einzelnen Kandidaten erwarten, dass

---

<sup>1</sup>Einige Parteien bestehen sogar auf einer Wahlkreisnominierung durch die örtliche Parteiorganisation als Voraussetzung für die Aufnahme des Kandidaten in die Landesliste.

sie ihre Politikangebote vor allem an die Gegebenheiten des Wahlkreises anpassen. Dies ist in unserem Fall unplausibel. Ein Problem unabhängiger Kampagnen wären die daraus folgenden Konsequenzen für die politische Geschlossenheit der Parlamentsfraktionen. Das Problem ist nicht Heterogenität an sich, sondern Heterogenität hinsichtlich der politischen Standpunkte, zu denen sich die Mitglieder einer Fraktion gegenüber ihren Wählern vor Ort bekennen würden. Während ein Parteivorsitzender, der als nationaler Spitzenkandidat kandidiert, in der Lage sein mag, seine oder ihre Partei auf eine bestimmte Politik festzulegen, hat der Wahlkreiskandidat nur einen begrenzten direkten Einfluss auf das nationale Parteiprogramm. Ein weiteres Problem besteht darin, dass es den Wählern, insbesondere in kompensatorischen Wahlsystemen mit Abgeordneten zweierlei Typs, an Anreizen mangelt, sich zusätzlich zu den politischen Positionen der Parteien auch über die politische Haltung der Wahlkreiskandidaten zu informieren. Die Parteipositionen sind schließlich wichtige Motive für die Zweitstimmenwahl (Turner 1998, 2000; Pappi 2013; Kurella 2017). Darüber hinaus präsentiert der Stimmzettel die Erst- und Zweitstimmenoptionen für Kandidaten und Listen der gleichen Partei in einer Zeile, wodurch die Kombination der Kandidatenstimme mit einer dazu passenden Parteistimme nahegelegt wird. Wir gehen daher davon aus, dass Wahlkreiskandidaten bezüglich der Policy-Positionen, die sie glaubwürdig anbieten können, durch die nationale Parteiposition eingeschränkt sind. Allerdings räumen wir ihnen einen gewissen Policy-Spielraum ein, der es ihnen erlaubt, in die eine oder andere Richtung von der Parteiposition abzuweichen.

Welche Kandidaten sind dann eher in der Lage, vom Parteistandpunkt abzuweichen? Und welche Politikangebote sind dann unter den Bedingungen des Mehrkandidatenwettbewerbs optimal? Die Literatur beschäftigt sich nahezu ausschließlich mit dem Zweikandidatenwettbewerb in Mehrheitssystemen, und selbst für diesen Fall ist strittig, welche Kandidaten extremer und welche moderater sind (vgl. Adams 2019; Evrenk 2019). In einem Teil der theoretischen Literatur wird argumentiert, dass Kandidaten mit einem Valenzvorteil schwer zu besiegen sind, wenn sie sich nahe am Medianwähler positionieren (vgl. Kap. 3.4). Da benachteiligte Kandidaten bei fehlender politischer Differenzierung keine Stimmen gewinnen können, sind sie gezwungen, extremere Positionen einzunehmen. Dies führe zu divergierenden Positionen im Gleichgewicht (z. B. Feld und Grofman 1991; Schofield und Miller 2007). Diese Valenzmoderations-Hypothese wird konsistent aus einer Vielzahl formaler Modelle abgeleitet, die sich zwar in anderen Annahmen unterscheiden, aber fast alle von ämtermotivierten Kandidaten ausgehen.

Ein zweiter Strang der Literatur, der auf der Annahme von zumindest teilweise policy-motivierten Kandidaten beruht, kommt zum gegenteiligen Schluss.



Serra (2010) betrachtet zum Beispiel ein Szenario mit zwei Kandidaten, die policy-motiviert sind, wie im kanonischen Modell von Calvert (1985). Wenn den Wählern sowohl das Politikangebot als auch die Valenz der Kandidaten wichtig sind, können Kandidaten mit hoher Valenz Positionen vorschlagen, die nahe an ihrem eigenen Idealpunkt liegen. Sie können Wahlen gewinnen, obwohl sie sich vom Zentrum der Wählerverteilung entfernen. Der Kandidat mit der niedrigeren Valenz wiederum kann entweder eine beliebige Position wählen oder er findet seinen Gleichgewichtspunkt auf der Position des Medianwählers. Der erste Fall trifft zu, wenn der Valenzvorteil groß ist, der zweite Fall, wenn der Vorteil klein ist, so dass der benachteiligte Kandidat den begünstigten Kandidaten zwingen kann, eine gemäßigte Position einzunehmen. Man würde also erwarten, dass Kandidaten mit höherer Valenz extremere Positionen einnehmen (eine Valenzextremismus-Hypothese).

Es gibt nur wenige empirische Belege für eine der beiden Hypothesen, also ob es Kandidaten mit Valenzvorsprung oder Kandidaten mit Valenznachteil sind, die moderatere Politikangebote machen (z. B. Schofield und Sened 2006, S. 151–174; Stone 2017, S. 181). Burden (2004) findet für US-Kongresswahlen Evidenz für die Valenzextremismus-Hypothese; Moon (2004), Adams et al. (2011), Stone und Simas (2010) und Stone (2017) eher für die Valenzmoderations-Hypothese. Der Beitrag von Stone und Simas (2010) über die Kandidatenwahlkämpfe in den Wahlkreisen des US-Repräsentantenhauses steht in direktem Zusammenhang mit unserem Forschungsinteresse. Sie verwenden die Wählerbefragung der *Cooperative Congressional Election Study* von 2006, um Informationen über Wählerpräferenzen in den Wahlkreisen zu erhalten, sowie Daten einer Expertenbefragung von Delegierten zu den Nationalkonventen beider Parteien und den Einzelstaats-Abgeordneten der ausgewählten Wahlkreise, um Informationen über die Kandidaten für das Repräsentantenhaus zu erhalten. Von Interesse ist dann der Abstand zwischen Kandidaten und ihrem Wahlkreis-Median auf der liberal-konservativen Skala, gemessen anhand der durchschnittlichen Wahlkreismeinung und der auf Wahlkreisebene aggregierten Expertenplatzierungen (Stone und Simas 2010, S. 374). Diese Distanz wird mit der Bewertung der Kandidatenvalenz durch Experten (die um parteiische Voreingenommenheit bereinigt wird), getrennt nach Amtsinhabern und Herausforderern, in Beziehung gesetzt. Sie stellen fest, dass „incumbents of strong personal character were closer to their district’s ideological preferences than representatives with less of an advantage on character” (2010, S. 378), während der Abstand der Herausforderer mit zunehmendem Valenzvorsprung der Amtsinhaber zunimmt. Die Autoren zeigen auch, dass sich die zunehmende Distanz für Herausforderer auszahlt und zwar „with a greater share of the vote ... compared to challengers who take positions closer to the district“

(S. 380). Buttice und Stone (2012), die sich auf dieselben Daten stützen, ergänzen dieses Ergebnis, indem sie sich auf die konditionalen Effekte zwischen Valenz und Policy-Positionen der Kandidaten bei Kongresswahlen konzentrieren. Sie stellen fest, dass der Effekt der räumlichen Nähe auf die einzelnen Stimmen mit zunehmenden Valenzunterschieden zwischen den Kandidaten abnimmt. Auch wird der Einfluss von Valenzunterschieden geringer, wenn die ideologische Distanz größer ist.

## 8.2 Modellierung des lokalen Kandidatenwettbewerbs

Zum Ausgangspunkt unserer Übertragung dieser Überlegungen auf den Mehrkandidaten-Wettbewerb unter den Bedingungen eines Mischwahlsystems wählen wir eine Variante des räumlichen Wettbewerbsmodells mit Valenzen von Schofield (2003, 2007) und Koautoren (Schofield 2003, 2007; Schofield und Sened 2006; Gallego und Schofield 2016). Es berücksichtigt stimmmaximierende Kandidaten im Mehrkandidatenwettbewerb mit exogener Valenz und einem begrenzten Policy-Spielraum aufgrund der Parteiidentität.<sup>2</sup> Wir gehen vom ideologischen Raum aus (wir erläutern unten, warum) und lassen die Policy-Nachfrage der Wähler durch individuelle Wahlfunktionen beschreiben, die die Distanz zwischen dem Idealpunkt des Wählers  $x_i$  und der Kandidatenposition  $z_j$  beinhalten. Genau wie im bereits beschriebenen Grundmodell hängt die Wahlfunktion auch von einem exogenen Valenzwert  $v_j$  ab, der sich nun explizit auf die Kandidaten und nicht auf die Partei bezieht. Zusätzlich berücksichtigt dieses Modell eine endogene Partei- oder Aktivisten-Valenz  $\mu_j(z_j)$ , die wiederum von der Position des Kandidaten beeinflusst wird:

$$u_i(z_j) = v_j + \mu_j(z_j) - \beta(x_i - z_j)^2 + \epsilon_{ij} \quad (8.1)$$

wobei  $\epsilon_{ij}$  Störungen erfasst, die als exogen und zufällig angenommen werden.

Unter der Annahme, dass die Fehler der Extremwertverteilung vom Typ I folgen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Wähler  $i$  für Kandidat  $j$  stimmt

$$\rho_{ij}(z) = \exp(u_i^*(z_j)) / \sum_k \exp(u_i^*(z_k))$$

<sup>2</sup>Zu einem Zwei-Kandidaten-Valenzmodell mit expliziten Grenzen für Politikangebote siehe Dix und Santore (2002). Zu einem alternativen, aber verwandten Modell des Mehrkandidatenwettbewerbs siehe Adams et al. (2005).

und der erwartete Stimmenanteil des Kandidaten  $j$  beträgt  $V_j = \frac{1}{n} \sum \rho_{ij}(z)$  (vgl. Kap. 3.6).

Die Bedingungen erster Ordnung,  $\partial V_j / \partial z_j = 0$  führen dann zu einer Gleichgewichtslösung (Schofield und Sened 2006, S. 165) für ein lokales Nash-Gleichgewicht  $z^*$ , wobei

$$z_j^* = \frac{1}{2} \frac{d\mu_j}{dz_j} + \sum_i \frac{\rho_{ij}(z) - \rho_{ij}^2(z)}{\sum_l \rho_{lj}(z) - \rho_{lj}^2(z)} x_i \quad (8.2)$$

die Bedingung bestimmt, wie die Kandidaten die Wählernachfrage und den Einfluss ihrer Partei ausbalancieren müssen. Der erste Term zeigt den marginalen Einfluss der Partei. Er ist positiv für jede Bewegung in Richtung der nationalen Parteiposition und gibt der Kandidatin einen Anreiz, sich vom Median der Wählerverteilung weg und auf ihre Partei zuzubewegen. Der zweite Term bemisst die marginale Anziehungskraft des Median- bzw. Durchschnittswählers. Er entspricht dem gewichteten Erwartungswert der Wählerverteilung. Wenn die Valenz  $v_j$  der Kandidatin  $j$  zunimmt, nimmt der zweite Term an Umfang zu und das Gleichgewicht wird stärker in Richtung des Durchschnittswählers gezogen (Schofield und Sened 2006, S. 165).

Ob solche Gleichgewichte überhaupt existieren, ist eine komplexere Frage, da durch Gl. 8.2 die politischen Angebote der Kandidaten nur implizit definiert werden. Wir vernachlässigen hier die Frage der Existenz eines Gleichgewichts, und konzentrieren uns auf die Implikation der *Valenzmoderation* des Modells: Da  $z_j^*$  mit größer werdendem  $v_j$  zunimmt, erwarten wir, dass mit zunehmender Valenz einer Kandidatin ihre (Gleichgewichts-)Position näher am (gewichteten) Wählermittelwert liegt.

In Übereinstimmung mit Schofields Aktivisten-Modell argumentieren wir, dass aussichtsreiche Wahlkreiskandidaten die ideologische Wahrnehmung ihrer Partei in der Wählerschaft des Wahlkreises an deren mittlere ideologische Ausrichtung anzupassen versuchen. Wie wir oben argumentiert haben, sind ideologische Parteiprofile auf sehr allgemeinen links-rechts oder liberal-konservativen Dimensionen definiert und entstehen aus der Zusammenfassung einer Vielzahl konkreter politischer Standpunkte zu einzelnen Themenbereichen. Sie eignen sich nicht als manifester Inhalt von Kampagnen. Sie dienen als eine latente Dimension, die Parteien und Wähler nutzen können, um vergangene und gegenwärtige politische Äußerungen zu einer umfassenden Bewertung zusammenzufassen. Wir verstehen die Wahlkämpfe der Wahlkreiskandidaten daher als Mittel, das ideologische

Ansehen ihrer Partei durch die Betonung passender Themen an ihre Wahlkreise anzupassen.

Meyer und Wagner (2019) zeigen, dass ein Großteil der Positionsänderungen der Parteien darauf beruht, den Schwerpunkt auf ausgewählte Themen zu verlagern, und nicht darauf, tatsächlich Positionen zu konkreten Fragen zu ändern. Wir übertragen diese Einsicht auf lokale Kampagnen, indem wir argumentieren, dass Wahlkreiskandidaten aus dem Bündel der von ihrer Partei festgelegten Themenpositionen diejenigen auswählen, die am besten zu ihrer lokalen Wählerschaft passen. Da jede Partei eine Reihe von Positionen zu verschiedenen Themen einnimmt, die entweder mit einer ideologisch linken oder der rechten Position verbunden sind, haben die Kandidaten einen gewissen Spielraum bei der Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten. Die Aufgabe aussichtsreicher Wahlkreiskandidaten besteht dann darin, das ideologische Profil ihrer Partei durch die Auswahl geeigneter Themen so darzustellen, dass sie je nach ihrer Valenz entweder zum lokalen mittleren Wähler oder zu einer extremeren Sichtweise passen. Unsere Arbeitshypothese lautet also: Je größer die Valenz einer Kandidatin ist, desto mehr nähert sie sich der Position des mittleren Wählers statt ihrer Partei an.

Diese Valenzmoderations-Hypothese testen wir gegen die rivalisierende Valenzextremismus-Hypothese, die besagt, dass eine Kandidatin sich mit größerer Valenz weiter vom Medianwähler entfernt. Es sei darauf hingewiesen, dass die Modellierung der Valenz als kandidatenpezifisches Merkmal zweierlei impliziert. Erstens ist die Valenz ein Kandidatenmerkmal, über das Einigkeit in der Wählerschaft besteht, und zweitens ist sie unabhängig davon, wie die Wähler ihre politische Nähe zu einem Kandidaten wahrnehmen.

---

### **8.3 Messung ideologischer Positionen von Kandidaten und des Medianwählers im Wahlkreis**

Unsere abhängige Variable ist die ideologische Distanz zwischen der Kandidatin und dem mittleren Wahlkreiswähler. Für unsere Analyse stützen wir uns auf den Medianwähler als Annäherung an den gewichteten Mittelwert der Wählerverteilung des Wahlkreises aus Gl. 8.2. Wir wählen den Median als Proxy für den Durchschnittswähler, da er bei geringer Stichprobengröße robuster gegenüber Ausreißern ist. In einem ersten Schritt berechnen wir also den Median der Links-Rechts-Selbstplatzierungen der im Wahlkreis Wahlberechtigten. Dabei stützen wir

uns auf eine Reihe von Wahlstudien, die von der German Longitudinal Election Study (GLES) im Rahmen der Bundestagswahl 2009 durchgeführt wurden.<sup>3</sup>

Die Kumulation all dieser Befragungen umfasst 19.122 Befragte, welche gültige Angaben zur Wahrnehmung der ideologischen Positionen von mindestens vier der sechs Parteien CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke gemacht und sich zusätzlich selbst auf der Skala platziert haben. Die Befragten kommen aus allen 299 Wahlkreisen. Im Durchschnitt sind es 64 Befragte pro Wahlkreis. Für die Analysen der Distanz der Kandidaten zum Medianwähler auf Wahlkreisebene beschränken wir die Stichprobe auf die 258 Wahlkreise mit mindestens 30 Befragten, um Verzerrungen bei den Wahlkreismedianwählern durch zu kleine Stichprobengrößen zu vermeiden.

Die Wahrnehmungen der Wähler liefern nur dann wertvolle Informationen über Parteien und Kandidaten, wenn nicht jeder Wähler seine eigene idiosynkratische Sicht der politischen Welt vertritt. Wie bereits in Kap. 6 beschrieben, können Assimilations- und Kontrasteffekte die Parteiwahrnehmung jedoch verzerren. Dies führte dann zu Verzerrungen im Vergleich zwischen den mittleren Wählerpositionen der Wahlkreise (für Deutschland siehe Pappi et al. 2016). Assimilation wird durch die Prädisposition der Wähler verursacht, Positionen bevorzugter Kandidaten oder Parteien an ihre eigenen Positionen anzugleichen. Der Kontrasteffekt ergibt sich aus der Neigung der Wähler, die Distanz zu unbeliebten Kandidaten oder Parteien zu übertreiben. Zusammen mit der Tatsache, dass die meisten Wähler sich selbst moderater betrachten als sie die Parteien einstufen, könnten diese Verzerrungen konservative oder linke Wahlkreise moderater machen, als es die wahren Positionen der jeweiligen Parteien rechtfertigen. Wir verwenden daher das in Kap. 6.3 beschriebene Messmodell von Aldrich und McKelvey (1977), um die Links-Rechts-Positionen der nationalen Parteien,  $z_j$ , aus den Urteilen aller Befragten,  $\zeta_{ij}$ , zu schätzen (vgl. Gleichung 6.1):

$$\zeta_{ij} = a_i + b_i z_j + \epsilon_{ij}. \quad (8.3)$$

Die ursprünglichen Selbstplatzierungen der Befragten,  $\zeta_{i0}$ , werden dann unter Verwendung der Parameterschätzungen der individuellen Transformationskoeffizienten  $a_i$  und  $b_i$ , die ausschließlich aus den Urteilen des Individuums über die Parteien abgeleitet werden, neu skaliert:

---

<sup>3</sup>Bernauer und Munzert (2014) haben diese Umfragen kumuliert (ZA5302, ZA5303, ZA5320, ZA5321, ZA5335-5340, ZA5357). Wir danken ihnen für die Weitergabe der Daten.

$$x_{io} = \frac{\zeta_{io} - \hat{a}_i}{\hat{b}_i}. \quad (8.4)$$

Mit unserem Messmodell können wir auch überprüfen, ob sich die Befragten auf eine gemeinsame Sichtweise der Links-Rechts-Positionen der Parteien zu einigen vermögen. Wenn linke Parteien negativ und rechte Parteien positiv abschneiden, müssen die einzelnen  $b_i$ 's alle ein positives Vorzeichen haben. Und tatsächlich stimmen 93 % der Befragten in ihrem Verständnis der Links-Rechts-Dimension überein. Im Folgenden beschränken wir die Stichprobe bei der Berechnung unserer abhängigen und unabhängigen Variablen auf diese Personen mit übereinstimmender Wahrnehmung.

Woran wir letztendlich interessiert sind, ist eine Schätzung der Kandidatenpositionen auf Wahlkreisebene, die auf der Annahme beruht, dass die Kandidaten einen gewissen Spielraum haben, um die Position der nationalen Partei durch die Auswahl geeigneter Themen aus dem nationalen Portfolio an eine stimmenmaximierende Position im lokalen Wettbewerb anzupassen. Wir argumentieren, dass die Betonung bestimmter Themen, zu denen die nationale Partei einen liberaleren oder konservativeren Standpunkt einnimmt, durch einen Kandidaten zu lokalen Verzerrungen der Wahrnehmung der ideologischen Position der nationalen Partei führt. Diese Verzerrung wird durch den Fehlerterm  $\epsilon_{ij}$  in Gl. 8.3 erfasst. Auf diese Weise können wir die individuellen Verzerrungen  $z_{ij}$  um die allgemeinen Parteipositionen  $z_j$  auf der Grundlage der ursprünglichen Skalenwerte, die der Befragte als Parteiwahrnehmung angibt,  $\zeta_{ij}$ , und der geschätzten Transformationskoeffizienten  $a_i$  und  $b_i$  leicht rekonstruieren:

$$z_{ij} = \frac{\zeta_{ij} - \hat{a}_i}{\hat{b}_i}. \quad (8.5)$$

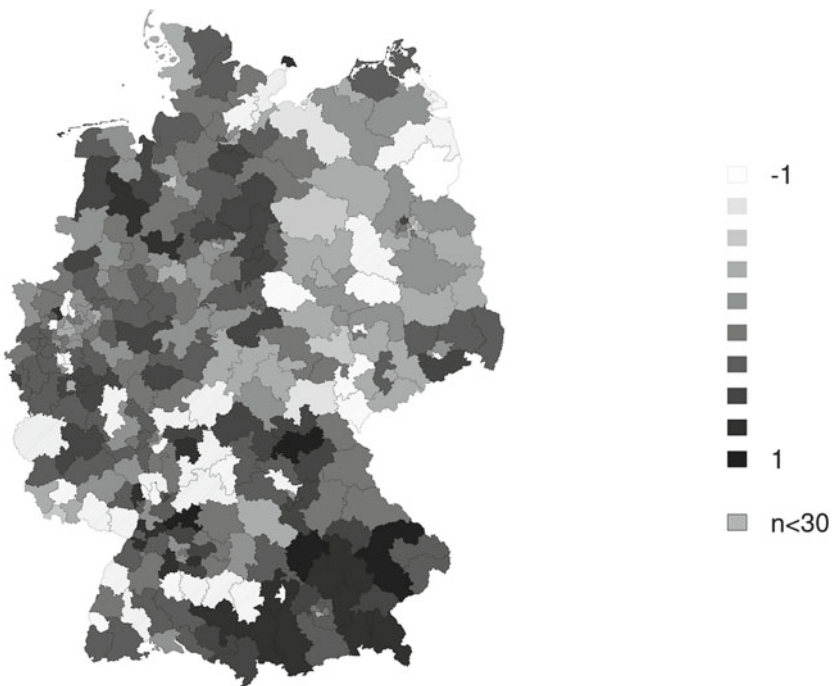
Diese  $z_{ij}$  Werte erfassen die individuelle Wahrnehmung der ideologischen Position der Partei  $j$  im gemeinsamen politischen Raum. Wir berechnen nun den Median der  $z_{ij}$  innerhalb eines Wahlkreises  $d$ :

$$\bar{z}_{j[d]} = \operatorname{median}_{i \in d}\{z_{ij}\}. \quad (8.6)$$

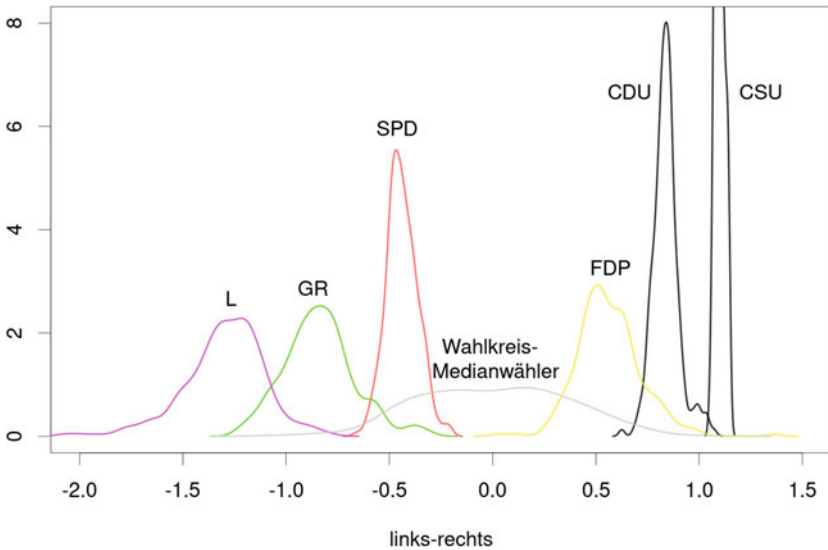
Diese mittleren Wahrnehmungen  $\bar{z}_{j[d]}$  können als die relevante Kandidatenposition auf Wahlkreisebene dienen. Ebenso berechnen wir den Wahlkreismedian der Wählerposition  $\bar{x}_d$  als den Median der Selbstplatzierung der Wähler in diesem Wahlkreis. Die uns interessierende Variable ist dann die Distanz zwischen dem Wahlkreiskandidaten und dem Wahlkreismedianwähler,  $|\bar{z}_{j[d]} - \bar{x}_d|$ .

Abb. 8.1 zeigt die geografische Verteilung des Wahlkreismedianwählers  $\bar{x}_d$  über alle 299 Wahlkreise des Deutschen Bundestages. Wir sehen mehr linksgerichtete Wahlkreise in den östlichen Bundesländern und mehr rechtsgerichtete Wahlkreise in den westlichen Bundesländern und insbesondere in Bayern. Dieses Muster steht im Einklang mit den Ergebnissen von Bernauer und Munzert (2014). Wahlkreise mit weniger als 30 Befragten sind in der Abbildung schattiert. Diese Wahlkreise werden für die folgenden Analysen nicht berücksichtigt.

Die Verteilungen der reskalierten Kandidatenpositionen  $\bar{z}_{j[d]}$  und der Wahlkreismedianwähler  $\bar{x}_d$  sind in Abb. 8.2 dargestellt. Die Standorte von CDU und CSU werden am deutlichsten auf der rechten Seite der Links-Rechts-Skala wahrgenommen, während die mittleren Urteile über die Position der Kandidaten der Linken auf der linken Seite, in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Grünen, stärker streuen. Generell weisen die Kandidatenpositionen kleinerer Parteien größere



**Abb. 8.1** Ideologische Position des Wahlkreismedianwählers 2009 von links (−1) nach rechts (1)



**Abb. 8.2** Verteilung der mittleren Wähler- und Kandidatenpositionen im Wahlkreis nach Partei

Standardabweichungen auf als die von SPD, CDU und CSU; letztere gilt als große Partei, da sie nur in Bayern als „Schwesterpartei“ der CDU antritt. Unsere wichtigste abhängige Variable, der Abstand zwischen der wahrgenommenen Position des Kandidaten und dem mittleren Wähler in einem Wahlkreis,  $|\bar{z}_{j[d]} - \bar{x}_d|$ , wird aus den in Abb. 8.2 dargestellten Daten berechnet.

## 8.4 Messung der Kandidatenvalenzen

In der Literatur hat sich bisher keine Standardmethode zur Messung der Valenz von Kandidaten durchgesetzt (vgl. unsere Diskussion in den Kapiteln 5 und 7). Angesichts der Datenlage stützen wir uns in diesem Kapitel auf ein einfaches, exogenes Maß als Proxy für die Valenz der Wahlkreiskandidaten: Wir machen uns das deutsche Zweistimmensystem zunutze und messen die Kandidatenvalenz als Unterschied zwischen den Kandidatenstimmen und den Stimmen für die Parteiliste. Dies basiert auf der Annahme, dass Kandidaten mit hoher Valenz diejenigen sind, denen es gelingt, mehr Erststimmen in ihrem Wahlkreis zu erhalten, als ihre



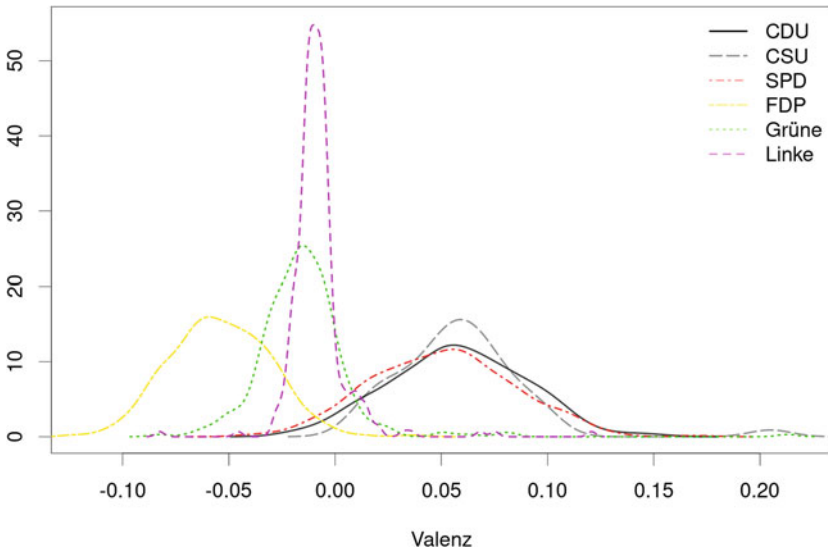
Partei Listenstimmen erhält. Zwar gelingt es aussichtsreichen Kandidaten, aus Koalitionsgründen Erststimmen von den Zweitstimmenwählern kleinerer Parteien zu erhalten, aber der Prozentsatz der Erststimmen korreliert, wie wir aus anderen Untersuchungen wissen (Pappi et al. 2017), immer positiv mit persönlichen Valenzindikatoren. Durchschnittliche Kandidaten sollten in der Lage sein, die Stimmen loyaler Parteiwähler zu gewinnen, aber keine zusätzlichen Stimmen neben den Koalitionsbestrebungen zu erhalten, während chancenlose Kandidaten möglicherweise nicht einmal in der Lage sind, die Erststimmen derjenigen zu erhalten, die die Parteiliste in der Verhältniswahlkomponente unterstützen. Unser Maß für die Valenz  $v_{j[d]}$  der Kandidatin der Partei  $j$  im Wahlkreis  $d$  ist also gegeben durch

$$v_{j[d]} = \frac{\#Kandidatenstimmen_{j[d]} - \#Listenstimmen_{j[d]}}{\sum_j \text{Listenstimmen}_{j[d]}} \quad (8.7)$$

Da sich dieses Maß auf offizielle Wahlergebnisse stützt, kommt die Messung ohne Stichprobenfehler oder Verzerrungen aus. Es gibt jedoch einen Vorbehalt, da wir die Valenz von Kandidaten sehr hoher Qualität aufgrund von Kontaminationseffekten wahrscheinlich unterschätzen: Kandidaten mit hoher Valenz erzeugen wahrscheinlich sowohl persönliche als auch zusätzliche Stimmen für ihre Parteiliste im Wahlkreis, so dass die Stimmendifferenz zwischen Kandidaten- und Parteistimmen die Kandidatenvalenz unterschätzt.

Abb. 8.3 zeigt die Verteilung der geschätzten Kandidatenvalenzen auf der Grundlage unserer Messung. Wir sehen, dass die Kandidaten von CDU, CSU und SPD deutlich höhere Valenzen aufweisen als die Kandidaten der kleineren Parteien FDP, Grüne und Linke. Dies entspricht unserer Erwartung. Denn selbst wenn alle fünf Parteien in fast allen Wahlkreisen Kandidaten aufstellen, konzentriert sich der Wettbewerb dennoch um die beiden aussichtsreichsten Kandidaten der großen Parteien SPD und CDU bzw. der CSU in Bayern. Positive Ausreißer finden wir jedoch bei den Kandidaten der Grünen und Linken, insbesondere in den Berliner Wahlkreisen. So erhielt beispielsweise der Grüne Hans-Christian Ströbele, ein überregional bekannter Politiker, über 20 % mehr Erststimmen als die Grünen für ihre Parteiliste im Wahlkreis. Im Nachbarwahlkreis kandidierte Petra Pau für die Linke und sammelte ebenfalls deutlich mehr Erst- als Zweitstimmen. Auch sie war als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages eine national prominente Persönlichkeit und wurde daher nach unseren Maßstäben korrekt als Kandidatin mit hoher Valenz eingestuft.

Schließlich definieren wir den Valenzvorteil der Wahlkreiskandidatin mit der größten Valenz als den Unterschied zwischen ihrer Valenz und der der Kandidatin



**Abb. 8.3** Verteilung der Kandidatenvalenzen

mit der zweitgrößten Valenz. Für alle anderen Wahlkreiskandidaten ist der Valenznachteil der Unterschied zwischen ihrer Valenz und der Valenz der Kandidatin mit der größten Valenz im Wahlkreis.

## 8.5 Hypothesentest

Als nächstes testen wir unsere Hypothese über die Auswirkung der Kandidatenvalenz auf den Abstand zwischen dem Kandidaten und dem Wahlkreismedianwähler in der Stichprobe von  $5 \times 258 = 1290$  Wahlkreiskandidaten. Gemäß der Valenzmoderations-Hypothese sollte gelten: Je größer die Valenz der Kandidatin, desto näher positioniert sich die Kandidatin am Durchschnittswähler. Wir erwarten daher einen negativen Effekt der Valenz auf den Abstand zwischen der Wahlkreiskandidatin und dem Wahlkreismedianwähler.

Tab. 8.1 zeigt Parameterschätzungen und heteroskedastizitäts-konsistente Standardfehler nach Huber und White für fünf lineare OLS-Regressionsmodelle. Die Modellspezifikationen unterscheiden sich jeweils darin, dass sie verschiedene

**Tab. 8.1** Auswirkung der Kandidatenvalenz auf den Abstand der Kandidaten zum Medianwähler. Koeffizienten und Huber-White-Standardfehler von linearen Regressionsmodellen

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5
Kandidatenvalenz	-0,181 (0,081)		-0,448 (0,321)		
Rang 2		0,002 (0,013)	-0,013 (0,031)		
Rang > 2		0,020 (0,011)	-0,008 (0,026)		
Valenz × Rang 2			0,012 (0,497)		
Valenz × Rang > 2			0,596 (0,387)		
Valenzvorteil				-0,410 (0,231)	-0,328 (0,223)
Valenznachteil				-0,056 (0,079)	
Valenznachteil × Rang > 2					0,008 (0,071)
Parteidistanz vom mittleren Wähler	1,009 (0,009)	1,006 (0,009)	1,002 (0,010)	1,007 (0,009)	1,007 (0,009)
Konstante	-0,018 (0,008)	-0,029 (0,011)	0,006 (0,026)	-0,011 (0,011)	-0,016 (0,010)

Informationen unseres Valenzmaßes verwenden. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass beide Hypothesen den kausalen Effekt der Valenz auf die Distanz unter der Annahme machen, dass alle anderen Faktoren wie die Valenzmerkmale und Parteipositionen der konkurrierenden Kandidaten konstant gehalten werden. Insgesamt deuten die fünf Modelle darauf hin, dass die Valenzmoderations-Hypothese auf das Verhalten des aussichtsreichen Kandidaten zutrifft. Die Modelle zeigen einen negativen Effekt der Valenz auf die Distanz, sowohl wenn wir für den relativen Valenzrang des Kandidaten kontrollieren, als auch wenn wir nicht kontrollieren. Diese Effekte sind hinsichtlich ihrer Größe substantiell.

Das erste Modell schätzt den direkten Effekt der Kandidatenvalenz auf die Distanz zum Medianwähler, wie oben gemessen, d. h. auf einer Intervallskala. In Übereinstimmung mit der Valenzmoderations-Hypothese zeigt der Koeffizient das erwartete negative Vorzeichen. Dies deutet darauf hin, dass Kandidatinnen mit

hoher Valenz näher am Medianwähler ihrer Wahlkreise liegen als Kandidatinnen mit niedriger Valenz. Wie bereits in Abb. 8.2 und aus der Schätzung der Konstanten in Modell 1 ersichtlich ist, gibt es keinen Hinweis auf eine „vollständige“ Annäherung der Kandidaten an die Wählermitte.

Insgesamt nehmen die Kandidaten Positionen ein, die nahe an ihrer eigenen Partei liegen – wie wir oben argumentiert haben, gibt es keinen Grund, in einem Mischwahlsystem, in dem die Bindungen zwischen Wahlkreiskandidaten und Parteien stark sind, etwas anderes zu erwarten. Bemerkenswert ist, dass dieses Ergebnis auch dann gilt, wenn der vermutete Einfluss der nationalen Partei kontrolliert wird, indem wir die Distanz der Partei zum Medianwähler als Kontrollvariable aufnehmen. Selbstverständlich ist die Parteidistanz ein schwaches Maß für den marginalen Einfluss der nationalen Parteien. Im Grunde geht es jedoch darum, den Effekt der Valenz auf die Abweichung von der nationalen Parteilinie zu schätzen (da der Koeffizient für die Parteidistanz mit 1,009 nahe bei 1 liegt).

Was Modell 1 jedoch nicht kontrolliert, ist die Wettbewerbssituation innerhalb des Wahlkreises. Nehmen wir zum Beispiel zwei Szenarien an, in denen die Kandidaten 2 bis 5 alle entweder Kandidaten mit hoher oder niedriger Valenz sind. Ob Kandidat 1 dann im Gleichgewicht sich zum Medianwähler hin oder von ihm wegbewegt, hängt dann auch davon ab, ob er sich im ersten oder zweiten Szenario befindet. Modell 2 berücksichtigt daher nicht die individuellen Valenzwerte der Kandidaten, sondern ihre Rangposition in Bezug auf die Valenz, wobei der Kandidat mit der höchsten Valenz als Referenzkategorie dient, und die nachfolgenden zweit-, dritt- und niederrangigen Kandidaten mittels Dummy-Variablen berücksichtigt werden.

In Übereinstimmung mit der Valenzmoderations-Hypothese würden wir erwarten, dass hochrangige Kandidaten näher am Median liegen als ihre niederrangigen Konkurrenten. Die Ergebnisse bestätigen diese Erwartung weitgehend. Auf der Grundlage der Parameterschätzungen von Modell 2 erwarten wir, dass der zweitplatzierte Kandidat in einem ähnlichen Abstand vom Median wie der erstplatzierte Kandidat liegt, d. h. 0,029 Einheiten näher als seine Partei, und der Drittplatzierte und niedriger platzierte Kandidaten ungefähr auf den Positionen ihrer Parteien ( $-0,029 + 0,02$ ), und somit weiter vom Medianwähler entfernt positioniert sind. Der Effekt ist jedoch gering und erreicht nur ein Signifikanzniveau von 10 %.

Da die komparativ-statischen Eigenschaften der Gleichgewichtspositionen komplex sind, kennen wir die genaue funktionale Form der Beziehung zwischen Kandidatenvalenz und Distanz zum Medianwähler nicht. In Modell 3 wollen wir daher das Valenzmaß sowohl als metrisches Maß als auch als Rangindikator untersuchen. Wir sind daran interessiert, ob sich der Effekt der Valenz

nach dem relativen Rang innerhalb eines Wahlkreises unterscheidet. Konkret: Führt eine Erhöhung der Valenz dazu, dass sich der erstplatzierte Konkurrent dem Medianwähler annähert, während sie bei den Kandidaten mit Valenznachteil zu extremeren Positionen führt? Um diese Frage zu beantworten, beziehen wir Interaktionseffekte unseres Valenzmaßes und des relativen Ranges mit ein. Auch hier sehen wir, dass die Parteien einen starken Einfluss auf die jeweiligen Kandidatenplatzierungen ausüben, wobei jedoch das in Modell 2 festgestellte Muster vorherrscht, dass der Kandidat mit der höchsten Valenz umso näher an den Medianwähler herankommt, je höher sein Valenzwert ist (negativer Haupteffekt der Kandidatenvalenz). Es wird geschätzt, dass der Kandidat mit zweithöchster Valenz im Wahlkreis noch etwas näher am Medianwähler positioniert ist, aber mit zunehmender Valenz extremere Positionen einnimmt. Die Effektgrößen sind jedoch klein und statistisch nicht signifikant auf dem 5%-Niveau. Für dritt- und niederrangige Kandidaten wird geschätzt, dass die Position der nationalen Partei eingenommen wird (der Haupteffekt ist fast null), und dass die Positionen umso extremer werden, je größer ihre Valenz ist. Doch auch hier erreichen die Effekte nicht das 5%-Signifikanzniveau.

In Modell 4 berücksichtigen wir eine weitere Variante des Valenzmaßes, die nun sowohl Informationen über die Höhe der Valenz als auch über die Konkurrenzsituation enthält. Wir sagen den Abstand zum Medianwähler auf der Intervallskala mit der Größe des Valenzvorteils des Valenzführers voraus und analog dazu mit der Größe des Valenznachteils (bezogen auf den Valenzbevorzugten) der Nachfolgekandidaten, wobei wir wiederum den Parteiabstand zum Medianwähler kontrollieren. Es zeigt, dass die Größe des Valenzvorteils des führenden Kandidaten einen negativen Effekt auf die Distanz zum Medianwähler hat. Je größer der Vorsprung, desto näher positioniert sich der aussichtsreichste Kandidat am Medianwähler. Dies unterstützt wiederum die Valenzmoderations-Hypothese. Die Größe des Valenznachteils hat jedoch keine statistisch signifikanten Auswirkungen auf die anderen Kandidaten. Dies könnte auf die Heterogenität der Wirkung der Valenz auf die zweit- und niederrangigen Kandidaten zurückzuführen sein. Um diese Vermutung auszuloten, schätzen wir zusätzlich Modell 5, in welchem wir den zweitplatzierten Kandidaten als Referenzkategorie festlegen und den Effekt der Größe des Valenzvorteils des ersten und den Effekt der Größe des Valenznachteils für den dritten, vierten und fünften Kandidaten schätzen.

Die Koeffizienten erreichen wieder keine statistische Signifikanz, doch das Muster entspricht unseren Erwartungen: Der Koeffizient für den Valenzvorteil ist wieder negativ, was eine Tendenz hin zum Medianwähler bei steigender Valenz für den Kandidaten mit Valenzvorsprung nahelegt. Der Koeffizient ist positiv für den dritten und die folgenden Kandidaten, was nahelegt, dass diese chancenlosen

Kandidaten mit steigenden Valenzwerten extremere Positionen einnehmen, unter Kontrolle der Parteiposition. Insgesamt führen alle Modelle zur Vorhersage, dass sich die Kandidaten mit der höchsten Valenz dem Medianwähler umso stärker annähern, je höher ihre Valenz ist, während eine Zunahme der Valenz für alle anderen Kandidaten zum gegenteiligen Effekt führt: Sie neigen dazu, extremere Positionen einzunehmen, je größer ihre Valenz ist.

Wir haben unsere Hypothesen getestet, ohne auf parteispezifische Effekte zu achten, denn bei allgemeinen Theorien erwarten wir solche Parteeffekte nicht. Letztlich geht es in einer interessanten Theorie um allgemeine Eigenschaften und ihre postulierten Effekte, nicht um Idiosynkrasien. Wir werden dennoch prüfen, ob es tatsächlich so ist, dass die Kandidaten einer Partei mit Valenzvorteil dem Medianwähler des Wahlkreises näherstehen als ihre benachteiligten Kandidaten innerhalb derselben Partei. Tab. 8.2 gibt Aufschluss. Hier wird der durchschnittliche Abstand der Kandidaten zum Medianwähler nach valenzbevorzugten und benachteiligten Kandidaten für die beiden Spitzenkandidaten aller Wahlkreise gezeigt. Das Muster ist im Wesentlichen das gleiche für alle vier Parteien, die am häufigsten unter den beiden Spitzenreitern in einem Wahlkreis sind. Diese Ergebnisse untermauern wiederum das Argument, dass Kandidaten mit Valenzvorteil näher am Medianwähler liegen als benachteiligte. Wir stellen auch fest – entsprechend dem, was man von Abb. 8.2 erwarten könnte –, dass SPD-Kandidaten im Allgemeinen dem Medianwähler am nächsten sind, auch diejenigen mit einem Valenznachteil.

Als nächstes folgen die CSU-Kandidaten mit Valenzvorsprung, die dank konservativerer Wählerschaften in Bayern besser abschneiden als ihre CDU-Kollegen. Auf der anderen Seite des ideologischen Spektrums befindet sich die Linke

**Tab. 8.2.** Durchschnittlicher Abstand zwischen Kandidaten und Medianwähler nach Partei und Valenzvorteil (nur die beiden Spitzenkandidaten)

Partei	Valenz-begünstigte Kandidaten	Valenz-benachteiligte Kandidaten	<i>N</i>
CDU	0,78 ( <i>n</i> = 99)	0,92 ( <i>n</i> = 106)	205
CSU	0,6 ( <i>n</i> = 24)	0,86 ( <i>n</i> = 13)	37
SPD	0,41 ( <i>n</i> = 119)	0,56 ( <i>n</i> = 110)	229
Grüne	0,88 ( <i>n</i> = 9)	0,92 ( <i>n</i> = 10)	19
Linke	0,84 ( <i>n</i> = 7)	1,20 ( <i>n</i> = 17)	24
FDP	–( <i>n</i> = 0)	1,15 ( <i>n</i> = 2)	2

**Tab. 8.3** Durchschnittlicher Abstand der Kandidaten vom Medianwähler und durchschnittliche Valenz der Kandidaten nach Gewinner und erstem Verlierer in den häufigsten Parteienpaarungen

Paarungen von Wahlkreissieger vs. 1. Verlierer	<i>N</i>	Wahlkreissieger		1. Verlierer	
		Distanz	Valenz	Distanz	Valenz
CDU/CSU – SPD	141	0,75	0,072	0,60	0,055
SPD – CDU/CSU	56	0,39	0,082	0,89	0,042
CDU/CSU – Linke	33	1,05	0,033	1,26	–0,002
Linke – CDU/CSU	13	1,02	0,023	1,24	0,018
Linke – SPD	5	0,69	0,021	0,21	0,041
SPD – Linke	6	0,28	0,048	1,12	0,009

selbst in Ostdeutschland in einer ungünstigeren Position, wo sie sich oft erfolgreich um Wahlkreismandate bewirbt. Der Abstand der Linke-Kandidaten zu den Medianwählern in diesen ostdeutschen Wahlkreisen ist recht groß.

Das räumliche Modell legt zudem nahe, dass ein Valenzvorteil den Kandidaten hilft, Wahlkreismandate zu gewinnen, auch wenn ihre Hauptkonkurrenten näher am Medianwähler liegen. Wir überprüfen diese Erwartung schließlich, indem wir den Abstand von Wahlkreissieger und Erstverlierer für die häufigsten Parteienpaarungen vergleichen (Tab. 8.3).

Nach der deutschen Wiedervereinigung wurden die Gewinnchancen auf Wahlkreissitze nicht mehr von CDU/CSU und SPD dominiert. In Ostdeutschland entpuppten sich die Linke und ihre Vorläuferin PDS als mächtige Konkurrenten. Deshalb beschränken wir die Analyse auf die sechs Dyaden zwischen diesen Parteien und unterscheiden, Kandidaten welcher Partei Gewinner und erster Verlierer waren. Wir konzentrieren uns auf den Vergleich der Distanz zum Medianwähler und der Valenz von Gewinner und erstem Verlierer, wobei wir davon ausgehen, dass in den Paaren die Distanz des Wahlkreissiegers in der Regel kleiner und seine Valenz immer größer ist als die des ersten Verlierers. Bei fünf der sechs Dyadentypen bestätigt sich die Valenzhypothese, nur bei den fünf Dyaden eines linken Gewinners und eines SPD-Verlierers ist es umgekehrt, auch was die Distanz betrifft. Dies ist eine zufriedenstellende Trefferquote, um das Verständnis des Valenzwettbewerbs zu fördern. Wenn die Wähler in ihrer Wahlentscheidung die Valenz der Kandidaten als relevantes Kriterium mit einbeziehen, ist der Sieg

nicht nur eine Frage der räumlichen Nähe zum Durchschnittswähler, auch nicht im Zweiparteienwettbewerb.

In der Theorie wird die Valenz als ein von der politischen Nähe unabhängiges Kandidatenattribut konzeptualisiert. Von diesem Standpunkt aus wäre es merkwürdig zu argumentieren, dass der Kausalzusammenhang zwischen der Valenz und der Entfernung zum Durchschnittswähler genau umgekehrt ist, d. h. ein Kandidat genießt eine höhere Valenz, weil er seine Ideologie mit dem Durchschnittswähler des Wahlkreises teilt. Am Beispiel des Amtsinhabers könnte man argumentieren, dass die Wahlkreispartei bevorzugt Kandidaten nominiert, die die lokalpolitische Stimmung repräsentieren, wenn von diesen Kandidaten erwartet wird, dass sie das Wahlkreismandat gewinnen. Wir halten dies für ein stichhaltiges Argument, fügen jedoch hinzu, dass Kandidaten, die in der Lage sind, die Wahlkreismehrheit zu gewinnen, nicht passiv sind, sondern eine aktive Rolle in Kampagnen spielen müssen, bei denen sie die nationale Agenda ihrer Partei umso besser an die lokale Nachfrage anpassen können, je mehr Ansehen sie genießen. Kandidaten sind in dieser Rolle erfolgreich, wenn sie die Themen hervorheben, die der lokalen Nachfrage entsprechen, ohne sich in Opposition zu ihrer Partei zu bringen.

---

## 8.6 Schlussfolgerung

Dieses Kapitel ergänzt die Literatur zur Kandidatenvalenz, die in der Frage gespalten ist, ob Valenzvorteile Kandidaten und Parteien dazu veranlassen, sich auf den Durchschnitts- oder Medianwähler zuzubewegen oder sich von ihm zu entfernen. Wir haben die beiden sich widersprechenden Hypothesen für die Wahlkreiskandidaten der Bundestagswahl 2009 geprüft und Belege gefunden, die die Hypothese der Valenzmoderation weitgehend bestätigen: Kandidaten mit größerer Valenz liegen näher am Wahlkreismedian als Kandidaten mit geringerer Valenz.

Dieser Befund ist robust gegenüber verschiedenen Valenzkonzepten, d. h. ob wir die Valenz in relativen oder absoluten Zahlen messen. Während sich dieses Muster für die beiden aussichtsreichen Kandidaten im Erststimmenwettbewerb ziemlich stark zeigt, scheint die Wirkung der Valenz für die übrigen nicht aussichtsreichen Kandidaten heterogener zu sein. Unsere empirischen Ergebnisse legen sogar nahe, dass die Valenz den am wenigsten aussichtsreichen Kandidaten eher ins Extreme treibt. Unser Beitrag versucht nicht, ein neues Modell des Valenzwettbewerbs zu liefern – unser Schwerpunkt lag auf der empirischen Überprüfung, und unser Ziel war es, einige der methodologischen Probleme



anzugehen, unter denen viele Studien leiden, die Maße für Kandidaten- oder Parteipositionen und Valenz verwenden.

Sicherlich ist Valenz ein anspruchsvolleres Konzept als unser Indikator ausdrückt. Wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Valenz von Kandidatinnen und Kandidaten als Charakterzüge „guter“ Politiker wie Integrität, Kompetenz und Fleiß definieren (z. B. Adams et al. 2011b, S. 17), sind sie entweder auf Umfragedaten oder auf Expertenurteile angewiesen, um sie zu messen. Würden wir die Wählerschaft des Wahlkreises befragen, sähen wir uns mit dem Problem konfrontiert, dass viele Bürger ihre lokalen Kandidaten nicht einmal kennen. Dennoch würde es sich lohnen, in Untersuchungen zur Verbesserung der Datenlage zu investieren, zum Beispiel in Expertenurteile auf der Grundlage von Wahlkampfporträts. Auch wenn viele Bürgerinnen und Bürger ihre Kandidaten nicht namentlich kennen, so sind doch viele mit ihren im Wahlkampf plakatierten Porträts vertraut.

Bundestagswahlkreise sind Einerwahlkreise, in denen in der Regel alle Parlamentsparteien Kandidaten nominieren. Selbst wenn der Sieger mit einer einfachen Stimmenmehrheit gewählt wird, beträgt die Zahl der Kandidaten heute mindestens fünf und nicht zwei oder drei, wie ein naiver Beobachter vielleicht erwarten würde. Einige der nicht aussichtsreichen Kandidaten haben Chancen, über Zweitstimmen für Parteilisten ins Parlament zu kommen, da auch Wahlkreiskandidaten auf Parteilisten nominiert werden dürfen. Für diese, aber auch für andere nicht aussichtsreiche Kandidaten zahlt es sich aus, für Stimmen zu werben, denn je besser sie in ihrem Wahlkreis abschneiden, desto besser ist ihr Ansehen innerhalb ihrer Partei. Berücksichtigt man zudem ihre Abhängigkeit von Parteitagsdelegierten, kann man sich vorstellen, dass dies nicht die besten Voraussetzungen sind, um die Amtsinhaber in ihren Wahlkreisen mit eigenen, auf die Wahlkreiswähler zugeschnittenen Policy- Positionen herauszufordern.

Wir haben einen Mechanismus beschrieben, der das Wahlkampfverhalten von Kandidaten erklären könnte, wenn diese durch nationale Positionen ihrer Partei beschränkt sind. Während Kandidaten sicherlich keine Kampagne gegen ihre Partei führen können, können sie die Wahrnehmung der Wähler bezüglich der Position der nationalen Partei durch die Auswahl geeigneter Themen aus dem nationalen Themenportfolio anpassen. Wir erwarten, dass die Kandidaten den Schwerpunkt auf bestimmte Themen legen, zu denen die nationale Partei eine liberalere oder konservativere Haltung einnimmt, und dass dieser Wahlkampf dann zu lokalen Verzerrungen in der Wahrnehmung der ideologischen Position der nationalen Partei durch die Wähler führt. Empirische Belege für diese Art des Wahlkampfs nationaler Parteien werden von Meyer und Wagner (2019) berichtet;

die Untersuchung unterschiedlicher Themenschwerpunkte von Wahlkreisandidaten und deren Beziehung zur lokalen Nachfrage aus dem Wahlkreis kann den Ausgangspunkt für weitere Forschung bilden.

Methodisch haben wir ein neuartiges Maß für Wahlkreisandidatenpositionen eingeführt, das auf die eingeschränkten Profilierungsmöglichkeiten in Bezug auf politische Standpunkte von Kandidaten im deutschen Mischwahlsystem zugeschnitten ist. Wir wenden eine Variante der Aldrich-McKelvey-Skalierung auf die Wählerwahrnehmung nationaler Parteien an und argumentieren, dass die Wählerwahrnehmung deutscher Parteien sowohl Wähler-Idiosynkrasie in der Skalenverwendung als auch kandidatenpezifische Varianz der Positionen beinhaltet. Während das Hauptziel von Aldrich und McKelvey (1977) darin bestand, die Skalenverwendung zu korrigieren, schlagen wir vor, den kandidatenpezifischen Teil zu nutzen, der die Unterschiede in der Wahrnehmung der Parteien in den verschiedenen Wahlkreisen aufzeigt. Die hier vorgestellten Ergebnisse deuten darauf hin, dass dieses neuartige Maß sinnvolle Variation erfasst.



# Gegenseitige Einflüsse von lokalen und nationalen Parteimerkmalen auf Erst- und Zweitstimmen in den Wahlkreisen

9

Mischwahlsysteme haben in den letzten Jahrzehnten stark an Popularität gewonnen, nicht nur unter Wissenschaftlern (Shugart und Wattenberg 2001; Manow 2015; Ferrara et al. 2005; Carey et al. 2013), sondern auch unter Praktikern, die auf der Suche nach Optionen für Wahlrechtsreformen sind. Manchmal als „das Beste aus beiden Welten“ (Shugart und Wattenberg 2001) beschrieben – mit Vertretung von Minderheitenmeinungen in der Verhältniswahlkomponente und Personalisierung und Vertretung lokaler Interessen in der Mehrheitswahlkomponente – scheint es wenig überraschend, dass vor allem in den 1990er Jahren viele aufstrebende Demokratien Osteuropas, aber auch Italien und Japan, gemischte Wahlsysteme einführten (Bormann und Golder 2013). Dem stehen Reformvorhaben gegenüber, die, wie in Kanada, am Wählervotum scheiterten oder als dysfunktional erachtet werden, weil sie, wie in Moldawien, mutmaßlich die Korruption politischer Eliten begünstigten.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup>Ein gemischtes Verhältniswahlsystem als Option für Kanada wurde von zahlreichen Reformkommissionen empfohlen, z. B. von der Law Commission of Canada im Jahr 2004 (Law Commission of Canada. 2004. Voting Counts. Electoral Reform for Canada. Ottawa. <http://www.publications.gc.ca/collections/Collection/J31-61-2004E.pdf>), und ist eine von vier Optionen, die im Dezember 2018 in British-Kolumbien einem Referendum unterzogen wurden. Im Ergebnis sprachen sich die Wähler mehrheitlich für die Beibehaltung des Mehrheitswahlsystems aus. Moldawien führte ein Grabenwahlsystem mit der Wahlreform von 2017 ein, insbesondere trotz der Empfehlungen der Venedig-Kommission, die Bedenken hinsichtlich des starken Einflusses von Geschäftsleuten und anderen nicht wahlberechtigten Akteuren auf den Wahlprozess innerhalb von Einerwahlkreisen äußerte (Stellungnahme Nr. 884/2017 der Venedig-Kommission. Straßburg/Warschau, 19. Juni 2017). Es wurde im Juli 2019 zugunsten eines Verhältniswahlsystems wieder abgeschafft.

Die wohlwollende Haltung gegenüber gemischten Wahlsystemen geht freilich davon aus, dass das Zusammenspiel der beiden Ebenen eine Mischung der Partei-systemeffekte reiner Einer- und Mehrpersonenwahlkreise hervorbringen wird. Die Vermutung, Mischwahlsysteme wie das deutsche würden zu gemäßigten Mehrparteiensystemen führen, wurde bereits von Duverger (1986, S. 72) formuliert: „Politically, this combination of the English systems and PR exerts pressure toward a two-party system as a result of the first vote, which influences the citizens in how to cast their second votes.“ Dies führe zu „representative but not terribly fragmented legislatures where most parties also coalesce to form two clearly identifiable potential governing coalitions that are cohesive enough to rule in conditions of stability“, wie Ferrara et al. (2005, S. 123) formulieren. Die Forschung zeigt jedoch, dass der Effekt auch in die andere Richtung geht: Ein Anstieg der effektiven Anzahl von Kandidaten, die in den Einerwahlkreisen gemischter Systeme kandidieren, ist gut dokumentiert und wird allgemein einer Kontamination durch die Verhältniswahlebene zugeschrieben (Ferrara et al. 2005; Herron und Nishikawa 2001; Cox und Schoppa 2002). Während man erwarten würde, dass die Zahl der Kandidaten in den Einerwahlkreisen mit relativer Mehrheitswahl gegen zwei konvergiert, werden die mechanischen und psychologischen Wirkungen der Pluralitätsregel in Mischwahlsystemen offensichtlich außer Kraft gesetzt. Vermutlich in der Hoffnung auf zusätzliche Verhältniswahlstimmen für ihre Parteien treten auch Kandidaten ohne Aussicht auf die relative Mehrheit in den Wahlkreisen von Mischwahlsystemen an.

Empirische Untersuchungen über eine mäßigende Wirkung der Mehrheits- auf die Verhältniswahlkomponente sind hingegen kaum vorhanden. Große Teile der Literatur zu gemischten Wahlsystemen untersuchen Nebenwirkungen, die sich aus der bloßen Platzierung von Kandidaten in Einerwahlkreisen für die Parteilistenstimmen ergeben (Herron und Nishikawa 2001; Cox und Schoppa 2002; Maeda 2008; Bloom und Thames 2018; Karp 2009). Während diese Studien keine Hinweise auf Wirkungen der Kandidatennominierung in Wahlkreisen auf die Verhältniswahlstimmen finden, identifizieren Hainmüller und Kern (2008) den Status des Amtsinhabers als Quelle signifikanter positiver Spillovers auf den Listenstimmenanteil einer Partei. Wir werden an dieses Ergebnis anknüpfen, indem wir fragen, wie solche Nebenwirkungen das Parteiensystem im Sinne der effektiven Parteienzahl auf der Ebene der Verhältniswahlkomponente beeinflussen. Unser Ansatz basiert daher auf der Annahme, dass der Stimmenbonus des Amtsinhabers eine wesentliche Quelle für einen mäßigenden Effekt auf das Parteiensystem ist. Unsere Leitfrage ist, ob die Existenz der Mehrheitswahlkomponente die effektive Parteienzahl im Vergleich zu reinen Verhältniswahlsystemen verkleinert. Der zugrundeliegende Mechanismus sieht wie folgt aus: Da in der Regel

nur die Kandidaten der großen Parteien Wahlkreismandate erringen, beschränkt sich die positive Wirkung des Amtsinhaberstatus auf ebendiese Parteien. Die Nebenwirkung auf die Zweitstimmenwahl hilft den großen Parteien, ihren Stimmenvorsprung vor den kleineren Parteien aufrecht zu erhalten. Dies würde sich in einer geringeren effektiven Parteienzahl und einem weniger fragmentierten Parteiensystem manifestieren, als bei einem reinen Verhältniswahlssystem zu erwarten wäre. Eine Voraussetzung dafür ist freilich, dass sich der Zweitstimmenzuwachs der großen Parteien aus dem Stimmenpotential der kleinen Parteien schöpft. Bislang wurde noch nicht empirisch geprüft, ob die Kombination der beiden Komponenten im Mischwahlsystem die Dominanz zweier großer Parteien begünstigt.

Wir testen zunächst, ob die Qualität der Kandidaten in den Einerwahlkreisen eine positive Nebenwirkung auf die Zweitstimme der entsprechenden Partei in der Verhältniswahlkomponente hat. Dies führt zu einer Bestätigung der Ergebnisse von Hainmüller und Kern (2008) mit unseren Daten und unserer Methode. Ein zweiter Test besteht darin zu prüfen, wie sich der positive Effekt der Kandidatenqualität auf die Zweitstimmenverluste der anderen Parteien auswirkt. Dies ist notwendig um festzustellen, ob dieser Spillover-Effekt der Mehrheitskomponente die Dominanz zweier großer Parteien im System verfestigt.

---

## **9.1 Kontaminationseffekte in Mischwahlsystemen: Nebenwirkungen der Erst- auf die Zweitstimmen**

Erste Vermutungen über mögliche Wechselwirkungen zwischen den Komponenten von Mischwahlsystemen wurden zu einer Zeit formuliert, als gemischte Systeme zu neu und zu selten waren, um umfassende empirische Untersuchungen durchzuführen. Aus einer theoretischen Perspektive argumentierte Duverger (1986), dass die Kandidatenwahl in Einerwahlkreisen das Wahlverhalten in der Verhältniswahlkomponente so beeinflusse, dass sich auch hier der Stimmenwettbewerb auf weniger Parteien konzentriere. Spätere empirische Belege wiesen jedoch auf Effekte in die entgegengesetzte Richtung hin, wonach der Parteienwettbewerb um Verhältniswahlstimmen den Wettbewerb und das Wahlverhalten in der Mehrheitskomponente stark beeinflusst (Cox und Schoppa 2002; Ferrara et al. 2005). Vermutlich wirken Übertragungseffekte in beide Richtungen und eventuell haben wir es mit einem Henne-Ei-Problem zu tun. Die wichtige Frage ist jedoch nicht, was zuerst da war, sondern inwieweit das Verhalten in einer Komponente Nebenwirkungen auf die andere erzeugt. Dabei gehen wir von einem Mischwahlsystem mit zwei Stimmen aus, einer Kandidaten- und einer Parteistimme,

bzw. wie in Deutschland bezeichnet, einer Erst- und Zweitstimme. Hauptwirkung der Erststimme ist die Wahl eines Wahlkreiskandidaten, Hauptwirkung der Zweitstimme die Wahl einer Parteiliste. Als Spillover-Effekte bezeichnen wir Übertragungseffekte, die sowohl im Verhalten der Wähler als auch im darauf ausgerichteten Verhalten der Parteien nachweisbar sind. Uns interessiert, ob der Kandidatenwettbewerb um Erststimmen Nebenwirkungen auf den Parteienwettbewerb um Zweitstimmen hat, mit der Folge einer kleineren effektiven Parteienzahl im Vergleich zu reinen Verhältniswahlssystemen, wie von Duverger (1986) angenommen.

Große Teile der Literatur über Mischwahlsysteme beruhen auf der Annahme positiver Spillovers auf die Parteistimmen, die von der bloßen Nominierung eines Kandidaten in einem Einerwahlkreis auf die Parteistimmen in diesem Wahlkreis ausgehen. Da die Parteien jedoch dazu neigen, auch Kandidatinnen und Kandidaten ohne jede Aussicht auf den Wahlkreissieg zu nominieren, um von positiven Nebenwirkungen zu profitieren, ist eine solche Analyse methodisch anspruchsvoll. Selbst wenn es bei der Kandidatenaufstellung genügend Varianz gäbe, könnten die Schätzungen unter Endogenitätsverzerrungen leiden (Maeda 2008), da die Nominierung von Kandidaten vermutlich von den erwarteten Ergebnissen in der Verhältniswahlkomponente beeinflusst wird. Außerdem zeigen neuere Studien, die sich auf einzelne Länder konzentrieren und Methoden anwenden, die besser mit dem Endogenitätsproblem bei der Kandidatennominierung und der Unterstützung lokaler Parteien umgehen, schwache (z. B. für die Ukraine, siehe Bloom und Thames 2018) oder keine Evidenz (für Japan Maeda 2008, für Deutschland Kurella 2016 und für Neuseeland Karp 2009) für die Existenz positiver Nebenwirkungen einer bloßen Kandidatenaufstellung.

Anstatt uns auf die reine Kandidatenaufstellung zu verlassen, konzentrieren wir uns auf die Qualität der Kandidaten als wahrscheinlichste Quelle positiver Nebenwirkungen. Die neuere empirische Literatur deutet darauf hin, dass Kandidatenmerkmale positive Nebenwirkungen auf die Verhältniswahlstimmen haben (Bloom and Thames 2018).<sup>2</sup> Wir erwarten daher, dass positive Nebenwirkungen von Wahlkreiskandidaten von deren Qualität abhängen. Konkrete Kandidateneigenschaften, die auf lokaler Ebene geschätzt werden und sich in

---

<sup>2</sup>Lokale Kandidaturen haben auch das Potenzial zu negativen Nebenwirkungen. Wenn starke lokale Kandidaten Parteilistenstimmen sammeln, schaden schwache Kandidaten der lokalen Parteiunterstützung und provozieren so einen negativen Einfluss auf die Parteilistenstimmen. Dies ist zu erwarten, wenn die Partei einen Kandidaten nominiert, der als inkompetent gilt, der den Wählern im lokalen Wahlkreis unbekannt ist oder von der Parteilinie abweicht. Es könnte daher ratsam sein, keinen Kandidaten zu nominieren, wenn kein starker Kandidat zur Verfügung steht.

Form von Kandidatenstimmen auszahlen, sind z. B. lokale Bekanntheit, früheres Engagement in der Lokalpolitik und lokale Verbundenheit (Pappi et al. 2017). Man könnte durchaus argumentieren, dass ein in diesem Sinn fähiger Kandidat das Ansehen der Partei auf lokaler Ebene stärkt und die Unterstützung der Partei erhöht, was die Parteistimmen fördert. Da die Qualität der Kandidatin höchstwahrscheinlich mit am Wahlkreissieg beteiligt ist, ist der Amtsinhaberstatus ein guter Indikator für die Qualität der Kandidatin. Hainmüller und Kern (2008) identifizieren genau diesen Amtsinhaberstatus als Ausgangspunkt positiver Nebenwirkungen auf die Verhältniswahl im deutschen Mischwahlsystem. Die Ergebnisse werden auch von Karp (2009) für das Mischwahlsystem Neuseelands bestätigt; er stellt positive Nebenwirkungen von Amtsinhaberkandidaten auf den Stimmenanteil der Parteiliste fest. Daher lautet unsere erste Hypothese, dass *der Amtsinhaberstatus einer Wahlkreiskandidatin sich positiv auf die Stimmenanteile ihrer Partei auswirkt*.

Indessen, Amtsinhaberschaft des Wahlkreismandats ist nicht das einzige Qualitätsmerkmal eines Wahlkreiskandidaten. Kleine Parteien, deren Kandidaten in der Regel keine Chance haben, Wahlkreissitze zu gewinnen, verfügen durchaus auch über gute Kandidaten. Ein Indikator für die Qualität der Kandidaten kleiner Parteien ist die indirekte Amtsinhaberschaft. Als indirekte Amtsinhaber bezeichnen wir Kandidaten, die Parlamentsmitglieder sind, aber nicht über einen Wahlkreissieg, sondern aufgrund ihrer Platzierung auf der Parteiliste ein Mandat erworben haben. Da das deutsche Wahlgesetz Doppelkandidaturen zulässt,<sup>3</sup> kandidieren Abgeordnete häufig auch in Wahlkreisen. Als indirekter Amtsinhaber einer kleinen Partei signalisiert man den Wählern Kompetenz und wird vermutlich auch die Parteistimmen steigern. Wichtig ist nun die Überlegung, dass das Signal, das von indirekten Amtsinhabern der großen Parteien ausgeht, wohl anderer Art ist. Da deren Kandidaten in der überwiegenden Zahl der Wahlkreise aussichtsreich kandidieren – also wenn schon nicht als erster, dann immerhin als zweitbesten abschneiden – kann indirekte Amtsinhaberschaft leicht das Gegenteil signalisieren: Der Kandidat verlor den vorangegangenen lokalen Wahlkampf und errang sein Mandat lediglich über die Liste. Es fehlt ihm der Siegerbonus. Folglich behandeln wir indirekte Amtsinhaberschaft nur bei kleinen Parteien als Indikator für die Qualität der Kandidaten und gehen davon aus, dass sie eine positive Nebenwirkung auf die Listenstimmen der jeweiligen kleinen Partei hat. Als zweite Hypothese erwarten wir, dass *indirekte Amtsinhaberschaft sich bei kleinen Parteien positiv auf die Stimmenanteile der Partei der Kandidatin auswirkt*.

---

<sup>3</sup>Andere Mischwahlsysteme, die Doppelkandidaturen zulassen, existieren in Neuseeland und in Japan.

## 9.2 Die Folgen von Nebenwirkungen auf die Parteienfragmentierung

Es bleibt zu diskutieren, wie diese Wirkungen die Ausprägung des Parteiensystems beeinflussen. Wenn man bedenkt, dass es vor allem Kandidaten der großen Parteien SPD und CDU bzw. CSU sind, die Wahlkreissitze gewinnen<sup>4</sup> und damit bei den folgenden Wahlen wesentlich mehr direkte Amtsinhaber aufstellen als kleine Parteien indirekte Amtsinhaber, könnte man davon ausgehen, dass die effektive Parteienzahl in der Wählerschaft oder im Bundestag durch Spillover-Effekte verkleinert wird, indem sie die großen Parteien stärken und dadurch dritte Parteien klein halten. Dies hängt jedoch entscheidend vom Muster der gedachten „Stimmenwanderung“ ab. Selbst wenn die Wahlkreis-Amtsträger ihrer Partei Stimmprämien in der Verhältniswahlkomponente sichern, wird die Dominanz der großen Parteien nur dann verstärkt, wenn diese zusätzlichen Stimmen zu Lasten der kleineren Parteien gehen. Dies ist keineswegs garantiert, weil zusätzliche Stimmen für die eine große Partei auch von der anderen großen Partei kommen könnten.

Der Frage, woher die Bonusstimmen kraft Amtsinhaberschaft kommen, gehen Eggers und Spirling (2017) für den Wettbewerb um Wahlkreissitze im Vereinigten Königreich nach. Sie zeigen, dass die Höhe des Amtsbonus von Partei zu Partei unterschiedlich ist und von der Struktur der Parteipräferenzen der Wähler abhängt. Je mehr Wähler zwischen den beiden aussichtsreichen Parteien nahezu indifferent sind, desto größer ist der Amtsbonus. Dies ist insofern plausibel, als der vermutlich geringe Zusatznutzen, den Wähler durch die Wahl des Amtsinhabers erhalten, die Nutzendifferenz zur Partei des Amtsinhabers aufwiegen muss, die durch Ideologie, konkrete Politiken oder parteipolitische Bindungen bestimmt ist. Eggers und Spirling messen die Parteipräferenzen mit Thermometerfragen und weisen nach, dass sich die Präferenzen zwischen Konservativen und Labour „stärker“ unterscheiden als die zwischen Konservativen und Liberalen. Infolgedessen sind mehr Wähler zwischen Konservativen und Liberalen nahezu indifferent und neigen daher bei Zweikämpfen zwischen letzteren eher dazu, für den Amtsinhaber zu stimmen. Dies deutet darauf hin, dass die zusätzlichen Kandidatenstimmen für den Amtsinhaber von dem anderen aussichtsreichen Konkurrenten stammen, der in der Rangfolge der Präferenzen geringfügig über oder auf dem gleichen Rang platziert ist.

---

<sup>4</sup>Eine Ausnahme bildet die PDS bzw. die Linkspartei, deren Kandidaten seit 1990 in Ostdeutschland des Öfteren aussichtsreich kandidierten. Die Grünen gewannen wiederholt einen der Berliner Wahlkreise und die AfD war bei der Bundestagswahl 2017 in drei Wahlkreisen in Sachsen erfolgreich.



Eine unmittelbare Übertragung dieses Ergebnisses auf den deutschen Fall wäre problematisch. Das deutsche Mehrparteiensystem bietet mehr Möglichkeiten für individuelle Parteipräferenztypen. Während für einen Teil der Wählerschaft die Koalitionswünsche dominierendes Strukturierungsprinzip sind, könnte ein anderer Teil ideologische Nähe oder die wahrgenommenen Parteikompetenzen in den Vordergrund stellen. Diejenigen, die sich an Koalitionskriterien orientieren, werden in ihrer Präferenzrangfolge am ehesten eine große Partei und ihren potenziell kleineren Koalitionspartner nahe beieinander einstufen, während kompetenzorientierte Wähler zwischen den großen Parteien SPD und CDU/CSU nahezu indifferent sein dürften, wenn sie diese als die einzig realistischen Alternativen zur Regierungsführung ansehen.

Geht man davon aus, dass die Wähler die beiden Partner ihrer bevorzugten Koalition auf dem Skalometer eher nahe beieinander einordnen, würde dies dazu führen, dass ein großer Teil der Wählerschaft zwischen einer großen und einer kleinen Partei nahezu indifferent ist. Der Logik von Eggers und Spirling folgend sollten die Amtsinhaber-Bonusstimmen dann hauptsächlich von Wählern kommen, die ansonsten eine kleine Partei unterstützen würden. Davon ist jedoch nicht auszugehen. Während Parteianhänger kleiner Parteien sehr wohl zur Wahl des Amtsinhabers (der Partei des bevorzugten Koalitionspartners) bereit sein dürften, gilt dies nicht für die Wahl der Parteiliste. Hier könnte der Verzicht auf die Parteiliste für die kleine Partei zugunsten des großen Koalitionspartners eine riskante Strategie sein, da die kleine Partei die 5-%-Hürde überschreiten muss, um ins Parlament zu gelangen (Shikano et al. 2009; Gschwend et al. 2016). Während es der kleinen Partei nicht schadet, wenn ihre Anhänger mit ihrer Erststimme den aussichtsreichen Amtsinhaber der großen Partei unterstützen, gilt das Gleiche nicht für die Verhältniswahl. Hier geht ein Verzicht auf die Zweitstimme für die kleine Partei direkt zu Lasten des Zweitstimmenanteils der kleinen Partei. Gleichzeitig wird die Zweitstimme für die kleine Partei auch der (zweitpräferierten) großen Partei helfen, eine Koalition zu bilden. Es scheint unwahrscheinlich, dass der Vorteil des Amtsinhabers schwer genug wiegt, die Zweitstimmen-Wahlabsicht dieser Wähler zu ändern. Daher gehen wir davon aus, dass Parteianhänger kleiner Parteien ihre auch nur geringfügig bevorzugte kleine Partei bei der Verhältniswahl nicht verlassen werden. Wir erwarten entsprechend, dass die *positive Nebenwirkung des Amtsinhaberbonus auf die Zweitstimmen einer großen Partei nicht zu Lasten des kleineren (potenziellen) Koalitionspartners geht*.

Ein alternativer Mechanismus scheint plausibler: Es sind die politisch weniger interessierten Wähler, die auf Qualitätssignale wie lokale Amtsinhaberschaft reagieren. Dies beruht auf zwei Regelmäßigkeiten, die in der Literatur gut dokumentiert sind. Erstens steigt die Wahrscheinlichkeit, strategisch zu wählen, mit

zunehmender politischer Erfahrungheit (z. B. Gschwend 2007). Und zweitens sind die politisch weniger informierten und politisch weniger interessierten Wähler eher geneigt, ihre Wahlentscheidung auf Führungs- oder Valenzfragen zu stützen (z. B. Stubager et al. 2018). So werden weniger interessierte Wähler ihre Präferenzordnung leichter auf der Grundlage eines Qualitätssignals wie der lokalen Amtsinhaberschaft ändern, sodass sie ihre Zweitstimme tatsächlich eher der Partei des Amtsinhabers geben, da sie nicht an taktische Strategien bezüglich der 5-%-Klausel gebunden sind. Die vierte Hypothese lautet entsprechend, dass die *positive Nebenwirkung des Amtsinhaberbonus auf die Zweitstimmen einer großen Partei zulasten der anderen großen Partei geht*.

Wenn jedoch Amtsinhaber-Boni dadurch zustande kommen, dass die Wähler zwischen den beiden großen Parteien wechseln, z. B. weil sie durch Leistung und Kompetenz der Kandidaten und nicht durch Ideologie motiviert sind, bliebe die Wirkung zu einer geringeren Parteienfragmentierung aus, da die Gesamtverteilung der Stimmen zwischen großen und kleinen Parteien nicht beeinflusst würde. Wenn kleine Parteien ebenso durch indirekte Amtsinhaber in einigen Wahlkreisen zusätzliche Zweitstimmen erhalten können, wirkt dieser Übertragungseffekt dem von Duverger (1986) angenommenen Fragmentierungsverhinderungseffekt entgegen, weil auch kleine Parteien gestärkt werden können. Zusammenfassend ließe sich sogar vermuten, dass die bloße Existenz von positiven Spillover-Effekten qualitativ hochwertiger Wahlkreiskandidaten auf die Zweitstimmen allein nicht ausreicht, um eine Stärkung der großen Parteien und eine Wirkung gegen die Fragmentierung des Parteiensystems abzuleiten.

---

### 9.3 Daten und Operationalisierung

Wir verwenden die amtlichen Ergebnisse der Wahlen zum Deutschen Bundestag auf Wahlkreisebene, insbesondere Kandidaten- und Parteilistenstimmen sowie Kandidatenmerkmale wie direkte und indirekte Amtsinhaberschaft. Wir fügen den Daten Variablen zur Parteipopularität aus nationalen Umfragen bei. Wir beschränken die Analyse auf Stimmenanteile von Kandidaten und Parteien, die im Deutschen Bundestag über einen längeren Zeitraum etabliert sind, und zwar SPD, CDU, CSU, FDP im gesamten Untersuchungszeitraum von 1961 bis 2013 sowie die Grünen seit 1983 und PDS bzw. Linke seit 1990. Die Analyseeinheit in diesem Paneldatensatz ist der Wahlkreis. Der Datensatz umfasst 3.566 Einheiten, d. h. eindeutig in denselben Wahlkreisen durchgeführte Wahlkämpfe. Im Folgenden wird auf die Operationalisierung der genannten Konzepte näher eingegangen.

### 9.3.1 Qualität der Kandidaten

Als Amtsinhaber kodieren wir diejenigen Wahlkreiskandidaten, die amtierende Abgeordnete sind und über den Wahlkreissieg bei der letzten Wahl in den Bundestag eingezogen sind. Dies schließt Amtsinhaber von neu zugeschnittenen Wahlkreisen ein, was bedeutet, dass der Kandidat möglicherweise nicht der Amtsinhaber aller Teile des aktuellen Wahlkreises ist. Da wir jedoch die Amtsinhaberschaft als Signal für die Qualität der Kandidaten auffassen, sollte dies die Ergebnisse nicht verzerren. Weiterhin betrachten wir Amtsinhaberschaft als ein Proxy: Es könnte durchaus Kandidaten von hoher Qualität geben, die niemals ein Wahlkreisrennen gewinnen, z. B. Kandidaten, deren Konkurrenten ebenfalls von hoher Qualität sind. In diesem Sinne unterschätzt unsere Variable den Effekt.

Das zweite Qualitätskriterium betrifft Kandidaten kleinerer Parteien, und zwar Kandidaten die bei der vorherigen Wahl über die Landesliste ihrer Partei in den Bundestag eingezogen waren. Für diese indirekte Amtsinhaberschaft spielt keine Rolle, ob der Kandidat bei der vorangegangenen Wahl auch Wahlkreiskandidat war. Wir kodieren indirekte Amtsinhaberschaft auch für die Kandidaten der großen Parteien als Kontrollvariable.

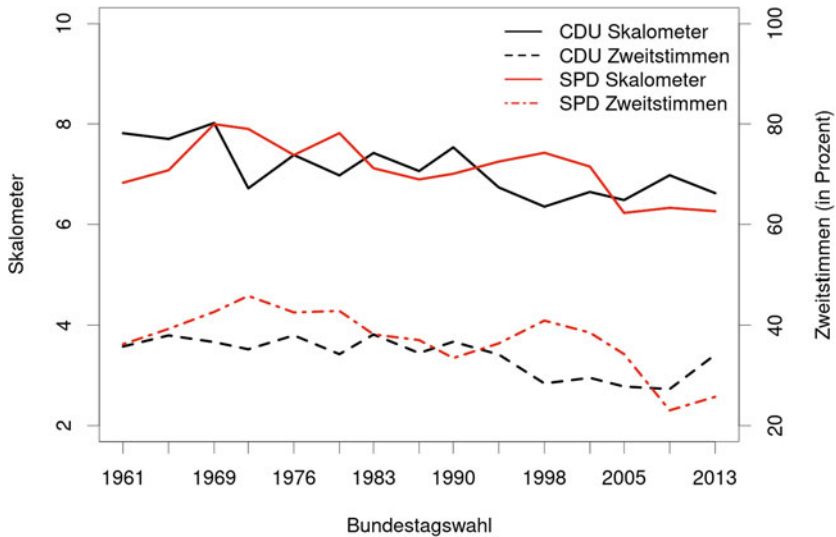
### 9.3.2 Kontrollvariablen

Als Kontrolle für die sogenannte Normalwahl des Wahlkreises berechnen wir regionsspezifische durchschnittliche Stimmenanteile der aktuellen Wahl getrennt für Kandidaten- und Parteilistenstimmen. Dies beruht auf der Annahme, dass die Normalwahl weitgehend von der soziostrukturellen Zusammensetzung des Wahlkreises beeinflusst wird und dass diese Struktur in geografisch nahen Wahlkreisen ähnlich ist. Wir machen uns die weitgehend geografisch orientierte Nummerierung der Wahlkreise zunutze und berechnen für jeden Wahlkreis den Durchschnitt von fünf aufeinanderfolgenden Wahlkreisen im gleichen Land, beginnend mit dem Vorgänger des Wahlkreises.

Um die Popularität der Parteien zu kontrollieren, verwenden wir Skalometerwerte aus Wahlumfragen von 1961 bis 1976 und aus Politbarometer-Umfragen ab 1980.<sup>5</sup> Wir berechnen die durchschnittlichen Skalometereinstufungen der Parteien als Indikator für ihre wahrgenommene Kompetenz und Popularität in

---

<sup>5</sup>Wir verwenden die Politbarometer-Umfragen, die in den zwei Monaten vor der jeweiligen Wahl durchgeführt wurden. Die Studiennummern lauten ZA0055, ZA0056, ZA0556, ZA0426, ZA0635, ZA0823, ZA1053, ZA2209, ZA1536, ZA1920, ZA1987, ZA2546, ZA2559, ZA3160, ZA3849, ZA3850, ZA4259, ZA4258, ZA5432, ZA5431 und ZA5677



**Abb. 9.1** Skalometerwerte und Zweitstimmenanteil von CDU und SPD im Zeitverlauf

der Wählerschaft. Abb. 9.1 zeigt die Ergebnisse im Verhältnis zum Anteil der nationalen Zweitstimmen der beiden großen Parteien, SPD und CDU, für den Untersuchungszeitraum.

### 9.3.3 Methode

Wir folgen Tomz et al. (2002) und verwenden zur Analyse des Mehrparteienwettbewerbs auf Wahlkreisebene ein *seemingly unrelated regression* (SUR) Modell (Zellner 1962). Dazu berücksichtigen wir zunächst die gegenseitige Abhängigkeit der Stimmenanteile auf Wahlkreisebene durch Anwendung einer multivariaten logistischen Transformation: Wir setzen die FDP in allen Wahlkreisen und bei allen Wahlen als Referenzpartei und berechnen den natürlichen Logarithmus des Verhältnisses des Stimmenanteils der jeweils anderen Partei zu dem der FDP. SUR führt eine lineare Regression mit mehreren Gleichungen durch, eine für jede Partei mit Ausnahme der Referenzpartei. Es berücksichtigt die hierarchische Struktur

(siehe GESIS-Datenarchiv, <https://search.gesis.org/>). Ab 1990 berechnen wir gewichtete Mittelwerte, um das Oversampling der ostdeutschen Wählerschaft auszugleichen.

der Daten (mehrere Parteien pro Wahlkreis), indem es korrelierte Fehler berücksichtigt. Bei einem Wettbewerb von  $K$  Parteien in  $d$  Wahlkreisen schätzen wir also die Parameter der Gleichung

$$y_{it} = X_{it}\beta_i + \epsilon_{it} \text{ für alle } i = 1, \dots, K \text{ und } t = 1, \dots, d$$

unter der Annahme, dass die Korrelation der Fehler zwischen den Wahlkreisen Null ( $E[\epsilon_{it}\epsilon_{js}] = 0$  für alle  $t \neq s$ ), aber zwischen den Parteien eines Wahlkreises nicht notwendig gleich Null ist ( $E[\epsilon_{it}\epsilon_{jt}] = \sigma$ ).<sup>6</sup>

Allerdings verändert sich das Wettbewerbsmuster im Zeitverlauf: Bis 1980 gab es einen Dreiparteienwettbewerb zwischen SPD, CDU/CSU und FDP, gefolgt von einem Vier- bzw. Fünfparteienwettbewerb mit dem Einzug der Grünen und später von PDS/Linke in die politische Arena. Um dem Rechnung zu tragen, schätzen wir für jedes Wettbewerbsmuster separate Modelle. Ab 1990 führen wir separate Analysen für die alten und neuen Bundesländer durch, da sich insbesondere die Rolle der PDS/Linken innerhalb des Parteienwettbewerbs in den Wahlkreisen der alten und neuen Bundesländer stark unterscheidet. Während die PDS/Linke in den alten Bundesländern wenig konkurrenzfähig ist und keine Aussichten auf Direktmandate hat, kommt sie in den neuen Bundesländern dem Status einer Volkspartei nahe und erringt durchaus Direktmandate. Zu beachten ist, dass die Kategorisierung auf dem Wettbewerbsmuster sowohl in der Mehrheits- als auch in der Verhältniswahlkomponente basiert, so dass z. B. Wahlkreise nur dann als Vier-Parteien-Wettbewerb kategorisiert werden, wenn es für alle vier Parteien Wahlkreiskandidaten gibt.

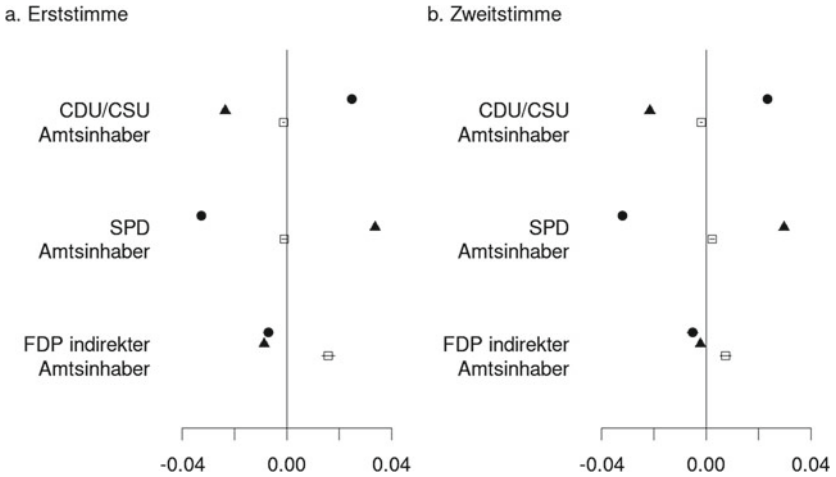
---

## 9.4 Ergebnisse

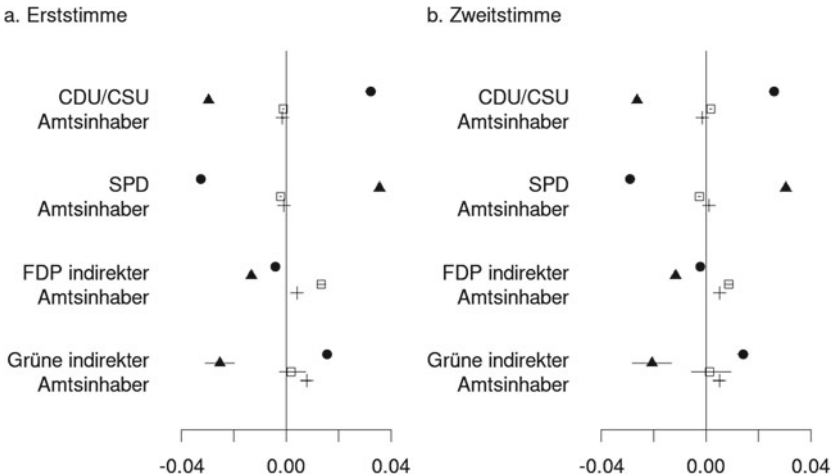
Die Abb. 9.2, 9.3, 9.4 und 9.5 veranschaulichen die marginalen Effekte der direkten und indirekten Amtsinhaberschaft auf die Erst- und Zweitstimmanteile jeder Partei. Es wird deutlich, dass im Allgemeinen die Effekte auf die Erststimmen leicht stärker sind als die auf die Zweitstimmen. Das bedeutet, dass die direkte Amtsinhaberschaft des Wahlkreismandats für die Erststimmen, und somit für die Bestimmung des Wahlkreissiegers, eine größere Rolle spielt als für die Zweitstimmen. Zudem sind die Effekte für direkte Amtsinhaber und damit für die großen Parteien stärker als für indirekte Amtsinhaber und damit die kleinen Parteien. Den

---

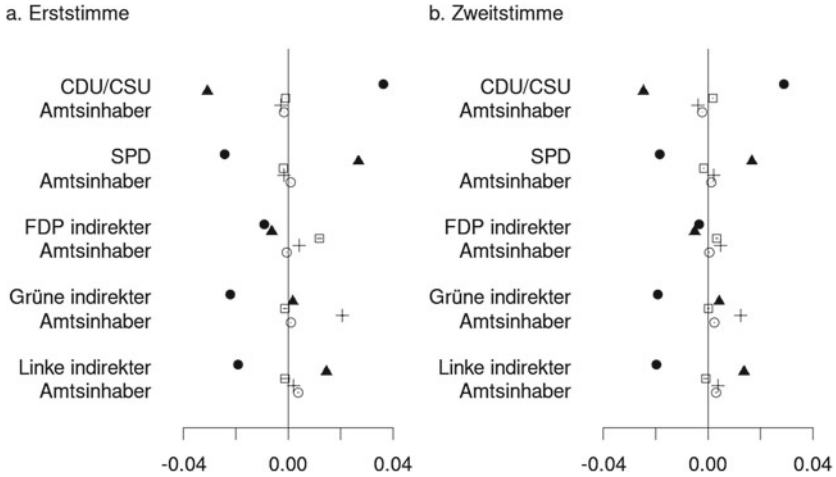
<sup>6</sup>Die Schätzungen werden mit dem Paket `systemfit` (Version 1.1–14) in R durchgeführt (Henningsen und Hamann 2007).



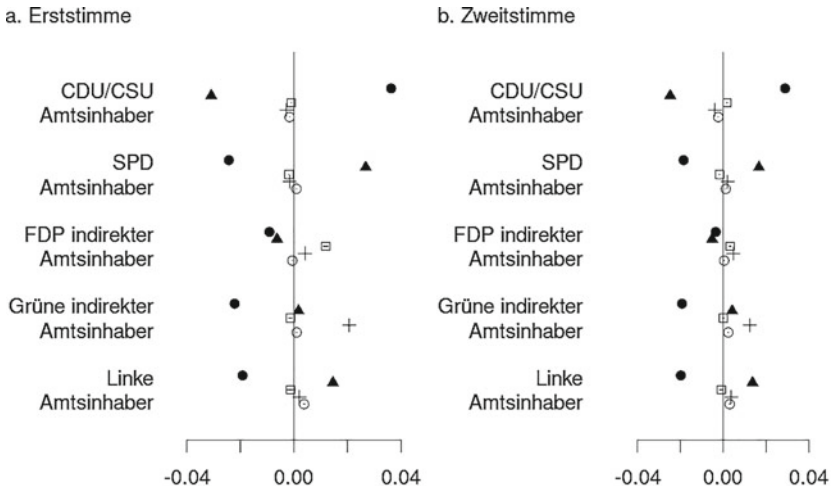
**Abb. 9.2** Effekte der Amtsinhaberschaft auf Erst- und Zweitstimmen von CDU (●), SPD (▲), FDP (□) für Wahlkreise mit Dreierwettbewerb



**Abb. 9.3** Effekte der Amtsinhaberschaft auf Erst- und Zweitstimmen von CDU (●), SPD (▲), FDP (□) und Grünen (+) für Wahlkreise mit Viererwettbewerb



**Abb. 9.4** Effekte der Amtsinhaberschaft auf Erst- und Zweitstimmen von CDU (●), SPD (▲), FDP (□), Grünen (+) und PDS/Linke (○) für Wahlkreise mit Fünferwettbewerb (West)



**Abb. 9.5** Effekte der Amtsinhaberschaft auf Erst- und Zweitstimmen von CDU (●), SPD (▲), FDP (□), Grünen (+) und PDS/Linke (○) für Wahlkreise mit Fünferwettbewerb (Ost)

Wahlkreis bei der letzten Wahl gewonnen zu haben bringt eindeutig einen stärkeren Stimmenvorteil mit sich als der Besitz eines Listenmandats. Über Erfahrung und Ressourcen als Mitglieder des Bundestags zu verfügen zahlt sich zwar in einem Stimmenbonus aus, lokaler Wahlerfolg bringt jedoch einen zusätzlichen Bonus.

Die ersten beiden Hypothesen betreffen das Vorhandensein positiver Spillover-Effekte der Amtsinhaberschaft auf die Zweitstimmen. Die empirischen Ergebnisse bestätigen diese Hypothesen nur teilweise. Während die Amtsinhaberschaft einen signifikant positiven Übertragungseffekt von 1 bis 4 Prozentpunkten auf den Zweitstimmenanteil der jeweiligen großen Partei in allen vier Wettbewerbssituationen hat, sind die Ergebnisse der indirekten Amtsinhaberschaft für die Zweitstimmenanteile der kleinen Parteien uneinheitlich. Für die FDP ist ein positiver Effekt während der Periode des Dreiparteienwettbewerbs sichtbar, dieser wird aber in den jüngeren Perioden des Vier- und Fünfparteienwettbewerbs geringer. Bei den Grünen ist es umgekehrt; die Wirkung der indirekten Amtsinhaberschaft war in den 1980er Jahren geringer und ist in der Periode des Fünfparteienwettbewerbs seit 1990 stärker. Für die PDS/Linke finden sich für die alten Bundesländer keine signifikanten Nebenwirkungen. In den neuen Bundesländern zeigt sich jedoch ein deutlich positiver Effekt der direkten Amtsinhaberschaft auf die Erststimmen der Partei.

Betrachtet man das Muster der Nebenwirkungen der direkten Amtsinhaberschaft der großen Parteien auf den Stimmenanteil der rivalisierenden Parteien, finden wir in der Tat starke Unterstützung für die dritte und vierte Hypothese. Wenn ein Amtsinhaber der CDU bzw. CSU kandidiert, wirkt sich dies stark negativ auf den Zweitstimmenanteil der SPD aus. Das Ausmaß dieses negativen Effekts entspricht in etwa dem Ausmaß der positiven Nebenwirkungen auf den Zweitstimmenanteil der CDU. Kandidiert ein Amtsinhaber der SPD im Wahlkreis, wirkt sich dies entsprechend negativ auf den Zweitstimmenanteil der CDU bzw. CSU auf Wahlkreisebene aus. Der Erst- und Zweitstimmenanteil der kleinen Parteien wird dagegen von Amtsinhabern der großen Parteien kaum beeinflusst. Dieses Muster finden wir für alle drei Untersuchungszeiträume, wenngleich der Effekt in der jüngsten Periode des Fünf-Parteien-Wettbewerbs abnimmt. In den neuen Bundesländern, mit der PDS/Linken als dritter Konkurrentin um Direktmandate, finden wir ein ähnliches Muster. Interessant ist hier, dass der positive Amtsinhabereffekt der CDU sich sowohl negativ auf den Erststimmenanteil der SPD, aber auch negativ auf den der PDS/Linken auswirkt. Dies verdeutlicht den besonderen Stellenwert der PDS/Linken innerhalb der neuen Bundesländer, in



denen sie als große Partei auftritt, die mit CDU und SPD um Direktmandate konkurriert.

Dies stützt unser Argument, dass die Anhänger der kleinen Parteien ihre bevorzugte Partei bei der Zweitstimmenwahl nicht aufgeben, vermutlich aufgrund koalitionsorientierten strategischen Wählens. Vielmehr deuten die Ergebnisse darauf hin, dass es einen stabilen, aber kleinen Teil der Wählerschaft gibt, der wahrscheinlich von Qualitätssignalen der Direktkandidaten wie der Amtsinhaberschaft beeinflusst wird.

Überträgt man diese Ergebnisse auf die Ebene des Parteiensystems, so zeigt sich, dass die bloße Existenz von Nebenwirkungen allein noch kein Beweis für eine von den Einerwahlkreisen ausgehende Fragmentierungsbremse in der Verhältniswahlkomponente des deutschen Mischwahlsystems ist. Obwohl sich der Kandidatenwettbewerb in den Wahlkreisen offensichtlich auf die Parteistimmen in der Verhältniswahlkomponente auswirkt und die beiden großen Parteien bei relativer Mehrheitswahl in den Wahlkreisen aufgrund der psychologischen Effekte, die bei Wettbewerben mit nur einem Sieger auftreten, erhebliche Vorteile haben, lässt sich dieser Vorteil nicht auf die Verhältniswahlebene übertragen. Die bessere Wettbewerbsposition der Kandidaten der beiden großen Parteien geht nicht zulasten der kleinen Parteien in der Verhältniswahlkomponente. Wir finden daher keinen Beweis für eine von der Mehrheitswahl ausgehende Wirkung zugunsten einer kleineren effektiven Parteienzahl des deutschen Parteiensystems.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahl keine Konsequenzen für das deutsche Parteiensystem hat. Im Gegenteil, die Ergebnisse verdeutlichen, dass ein Teil der Wählerschaft sehr sensibel auf die lokale Kandidatenkonkurrenz reagiert und es vorzieht, eine nationale Partei zu wählen, die sich auf lokaler Ebene als erfolgreich und kompetent erweist. Es liegt auf der Hand, dass die lokalen Amtsinhaber in der Lage sind, Bindungen zu ihren lokalen Wählern aufzubauen, unabhängig von der nationalen Partei oder zusätzlich zu ihr. Da dieser Effekt in Abhängigkeit von nationalen Parteischwankungen und -trends wirkt, könnte er einen stabilisierenden Effekt auf das Parteiensystem haben, der die derzeit stärkere nationale Partei weiter stärkt und damit die Regierungskoalition stabilisiert.

## 9.5 Schlussfolgerung

Ziel dieses Kapitels war es, die vermutete Wirkung von Mischwahlsystemen zur Verkleinerung der effektiven Parteienzahl zu untersuchen. Wir wollten die ursprüngliche Vermutung Duvergers empirisch überprüfen, dass sich die relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen negativ auf die Fragmentierung des Parteiensystems in der Verhältniswahlkomponente auswirkt. Angewandt auf das deutsche Mischwahlsystem identifizierten wir Amtsinhabereffekte als die wahrscheinlichste Quelle für einen solchen Effekt auf das Parteiensystem. Auf Grundlage unserer theoretischen Argumentation erwarteten wir jedoch keinen derartigen Duverger-Effekt. Der Grund liegt im koalitionsorientierten strategischen Wählen, das für das deutsche Mischwahlsystem typisch ist. Für den Normalfall der Koalition einer großen und kleinen Partei ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Anhänger kleiner Parteien ihre bevorzugte Partei in der Verhältniswahlkomponente aufgeben, während dies bei der Kandidatenwahl ohne Kosten möglich ist. Folglich erwarten wir, dass Nebenwirkungen der Kandidatenwahl nicht zu einer Schwächung der kleinen Parteien führen, sondern zu Lasten der rivalisierenden großen Partei gehen werden.

Die Replikation der Ergebnisse von Hainmüller und Kern (2008) mit unseren eigenen Daten und Methoden war der erste empirische Test. Wir zeigten, dass sich die Amtsinhaberschaft des Wahlkreismandats positiv auf den Zweitstimmenanteil der entsprechenden Partei auswirkt und dass selbst indirekte Amtsinhaber kleinerer Parteien ähnliche, wenn auch schwächere Spillover-Effekte auslösen. Wir untersuchten weiter, wie die Amtsinhaberschaft die Zweitstimmenanteile der anderen Parteien beeinflusst und finden ein konsistentes Muster, wonach die Bonus-Zweitstimmen für die Partei des Amtsinhabers zulasten der Zweitstimmen der rivalisierenden größeren Partei gehen. Die kleinen Parteien sind von der Amtsinhaberschaft der großen Parteien kaum betroffen. Dies bestätigt unser theoretisches Argument. Infolgedessen finden wir keine von der Mehrheitswahl ausgehende Wirkung zugunsten einer Verkleinerung der effektiven Parteienzahl. Wir interpretieren unseren Befund der positiven Nebenwirkungen der Amtsinhaber auf die Stimmen für die eigene Partei als Quelle eines stabilisierenden Effekts zugunsten der derzeit stärkeren großen Partei, die ihre Wahlunterstützung ausweiten kann, indem sie lokale Bindungen aufbaut und die Stimmen der kompetenzorientierten Wähler gewinnt, die sich zwischen den beiden großen Parteien je nach Valenzvorteil entscheiden.



# Schlussfolgerungen für das Wettbewerbsprinzip deutscher Bundestagswahlen: Lokale Wahlkreissiege unter bundesweiter Proporzbegrenzung

Das Wettbewerbsprinzip lokaler Wahlkreissiege unter landes- bzw. bundesweiter Proporzbegrenzung ist seit der ersten Bundestagswahl mit der Einigung auf das verbundene Mischwahlsystem der personalisierten Verhältniswahl festgelegt. Dieses Prinzip wurde lange nicht so klar auf den Begriff gebracht, weil es in der westdeutschen Republik bis 1987 fast automatisch erfüllt wurde. Die großen Volksparteien CDU, CSU und SPD erreichten jeweils Zweitstimmenanteile, innerhalb derer die gewonnenen Wahlkreismandate fast problemlos angerechnet werden konnten. Das änderte sich mit der Wiedervereinigung. Nachdem bei der Wahl 2009 insgesamt 24 Überhangmandate angefallen waren, schrieb man das Grundprinzip im 22. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Mai 2013 zum ersten Mal explizit als „Fundamentalregel“ fest, wonach „in jedem Fall“ ... *alle* zu verteilenden *Sitze* im Bundestag auf die konkurrierenden Parteien ausschließlich nach dem Maß ihrer im Bund erzielten *Zweitstimmen* verteilt werden“ (Meyer 2018, S. 524 zum BWahlG § 6 Abs. 2 bis 5).

Bei einer festen Anzahl von Wahlkreisen ist mit diesem Wettbewerbsprinzip eine nach oben offene Größe des Bundestags verbunden, wenn die lokal mehrheitsfähigen Parteien bundesweit nicht mehr die hohen Zweitstimmenanteile erreichen, innerhalb derer die gewonnenen Wahlkreismandate angerechnet werden können. Überhangmandate müssen aber mit Listenmandaten ausgeglichen werden. Im 19. Bundestag sind damit nicht mehr 50 % Wahlkreisabgeordnete und 50 % Listenabgeordnete vertreten, sondern 58 % Listenabgeordnete, sodass die nach wie vor 299 Wahlkreisabgeordneten nur noch 42 statt der vorgesehenen 50 % der MdB ausmachen. Die meisten Reformvorschläge, die eine Verkleinerung des Bundestags zum Ziel haben, laufen darauf hinaus, wenigstens das Verhältnis von direkt und indirekt über Listen gewählten Abgeordneten zu fixieren. Dies

geschieht in der Hoffnung, dass das neue Verhältnis wieder eine mehr oder weniger automatische Einhaltung des Wettbewerbsprinzips zur Folge hat. Die Parteien und die Wissenschaftler, die entsprechende Vorschläge machen, müssen sich die Kritik gefallen lassen, nur die Wahlssystemmechanik innerhalb mehr oder weniger erwartbarer Wahlergebnisse im Blick zu haben. Wo bleiben die zu erwartenden psychologischen Effekte nach Duverger?

Um die Wirkungsweise eines Wahlsystems zu verstehen, benötigt man ein Gesamtkonzept des Wahlprozesses auf der Mikroebene des Wählerverhaltens und der Makroebene des Parteienwettbewerbs. Ein solches Gesamtkonzept liefert die räumliche Theorie des Parteienwettbewerbs. Diese Theorie wenden wir auf deutsche Bundestagswahlen an und können so den Einfluss der institutionellen Regeln des Wahlsystems unter den empirisch gegebenen Bedingungen der Wählerpräferenzen und Parteistrategien abschätzen.

Wir sind in drei Schritten vorgegangen. Nach dem Einleitungskapitel beschreiben wir in Teil I zuerst die Entwicklung des Wahlrechts in Deutschland als der institutionellen Rahmenbedingungen, die für Wählerverhalten und Parteistrategien gelten. Dann stellen wir in Kap. 3 die räumliche Theorie des Parteienwettbewerbs als Grundlage unserer empirischen Analysen ausführlich dar. In Teil II wenden wir die Theorie auf das Wählerverhalten bei deutschen Bundestagswahlen an und ergänzen dabei die übliche Erklärung der Parteienwahl um eine Erklärung der Erststimme für die Wahlkreisandidaten. In Teil III geht es dann um unsere zentralen Fragen an verbundene Mischwahlsysteme: Bestätigt sich die Tendenz zum zentripetalen Parteienwettbewerb unter den Bedingungen der Mehrheitswahl in den Wahlkreisen im Unterschied zu zentrifugalen Kräften der Verhältniswahl (Kap. 7)? Sind daraus Folgen für die gewählten Wahlkreisabgeordneten im Unterschied zu Listenabgeordneten zu erwarten (Kap. 8)? Und kann man insgesamt für verbundene Mischwahlsysteme gegenüber reinen Verhältniswahlsystemen eine Bremsfunktion für die Parteienfragmentierung erwarten (Kap. 9)?

Die räumliche Theorie des Parteienwettbewerbs eignet sich für unsere Fragestellung, weil sie Parteien- und Wählerziele systematisch aufeinander bezieht und von der Entscheidungssituation, ob Kandidaten- oder Parteiwahl, abhängig macht. Dagegen konzentriert sich der sozialpsychologische Ansatz der Wahlforschung auf Einstellungen der Wähler und stellt die Verbindung zur Politik in erster Linie mit der Parteiidentifikation her. Wenn man letztere als psychologische Bindung an eine Partei interpretiert (Campbell et al. 1960, S. 295), die in der politischen Sozialisation im Elternhaus entstanden ist, schottet man die Wähler stark von der aktuellen Politik ab. Die Interpretation der Parteianhängerschaft als „running tally

of retrospective evaluations” (Fiorina 1981, Kap. 5) ist allerdings für eine Theorie anschlussfähig, die auf ein breit verstandenes *policy voting*<sup>1</sup> setzt.

Die räumliche Theorie erlaubt formale Modellbildung auf Basis bestimmter Annahmen über Parteien- und Wählerverhalten. Wir schränken die Vielzahl möglicher Annahmen durch Anwendung auf das deutsche Parteien- und Regierungssystem ein. So setzen z. B. disziplinierte Parlamentsparteien ihren Wahlkreisabgeordneten enge Grenzen bei der Entwicklung eines eigenen Politikprofils. Diese Anwendung auf eine besondere Situation und die empirische Messung der zentralen Variablen des Wählerverhaltens – Politikpräferenzen der Wähler, Wahrnehmung der Parteistandpunkte und durchschnittliche Einschätzung der Parteivalenzen – erhöht die Erklärungskraft der Theorie und erlaubt wirklichkeitsnähere Simulationen des Parteienwettbewerbs als rein formale Modelle. Auf diese Weise gelingt uns die systematische Rekonstruktion des deutschen Parteiensystems zum Zeitpunkt einer Bundestagswahl als Wettbewerbssystem um Wählerstimmen im selben Wählermarkt.

In der politischen Soziologie haben Wettbewerbstypologien für Parteiensysteme eine lange Tradition. Auf die These von Duverger (1959), in der Politik gebe es keine Mitte und Mehrparteiensysteme kämen durch Überlagerung von Dualismen zustande, haben wir bereits im Einleitungskapitel hingewiesen. Sartori (1976, S. 131–145) hat dieser Auffassung widersprochen und sein Parteiensystemtyp des polarisierten Pluralismus geht explizit von einer Partei oder einer Parteigruppe der Mitte aus, gegen die eine bilaterale Opposition aus rechten und linken Antisystemparteien um Stimmen kämpft, woraus ein zentrifugaler Parteienwettbewerb resultiert. Er weist dann ganze Länder wie Deutschland während der Weimarer Republik diesem Systemtyp zu. Sani und Sartori (1983) messen die Polarisierung von Parteiensystemen empirisch. Sie verwenden dazu die Links-Rechts-Selbsteinstufung der Wählerschaft der einzelnen Parteien und berechnen die Distanzen zwischen den Wählergruppen als Polarisierungsmaß. Dabei müssen sie wie wir selbst in Kap. 4 zuerst das Problem der Systemabgrenzung lösen, d. h. entscheiden, welche Parteien als relevant einzustufen sind.

Wir gehen bei der Lösung dieses Problems einen neuen Weg, wenn wir das Parteiensystem aus Wählersicht als die Menge der Parteien verstehen, die die meisten Wähler kennen und über die sie sich ein Urteil zutrauen. Je nach Art des Urteils ergeben sich dabei eher enge oder weite Systemabgrenzungen. Die weiteste Systemabgrenzung erzielt man in der Regel mit der Abfrage von

---

<sup>1</sup>Vgl. z. B. eine derartige Definition bei Fowler 2020, S. 143: „If voters are making their decisions according to the candidates’ policy positions, abilities, or likely performance in office, they are engaging in policy voting.“

Pauschalurteilen über die Parteien, engere Abgrenzungen ergeben sich bei der Abfrage von Parteistandpunkten bei konkreten Issues, während die Links-Rechts-Frage eine Mittelstellung einnimmt. Für den Stimmenwettbewerb in konkreten Wahlkämpfen kommt es dabei auf den „minimal set of *competitive divides* or *competitive dimensions*“ an (Kitschelt 2007, S. 531). Die Links-Rechts-Dimension fassen wir dagegen nicht als konkrete Konfliktdimension auf, sondern als Parteienheuristik der Wähler, die Konflikte der Vergangenheit zu einem „Superissue“ zusammenfasst. Sie erleichtert den Wählern die Orientierung im Parteiensystem, ohne dass sie damit bei ihrer Selbsteinstufung auf bestimmte ideologische Grundeinstellungen festzulegen sind. Aus diesem Grund ist die Links-Rechts-Dimension zur Messung der Polarisierung weniger geeignet als konkrete Streitfragen, bei denen die Wähler feste Überzeugungen haben.

Wir gehen von einem räumlichen Grundmodell für die Wahlfunktion aus, die die Distanz der einzelnen Wähler zu den Parteien auf der Links-Rechts-Dimension und die Parteivalenzen enthält. Letztere nehmen wir als das durchschnittliche Ansehen, als Kompetenzeinstufung oder als Urteil über die Regierungsfähigkeit, an, das wir einmal zusammen mit Links-Rechts aus den Pauschalurteilen abgeleitet haben (Kap. 5) und einmal einfach mit den durchschnittlichen Skalometerwerten der Parteien gleichsetzen (Kap. 9). Zu einem für die Parteien tauglichen Wettbewerbsmodell um Wählerstimmen wird das Grundmodell erst durch Hinzufügung von Parteidistanzen bei zentralen Wahlkampfthemen. Hier können die Parteien Stimmen durch Anpassungen an die Wählernachfrage gewinnen. Dabei werden neuen Parteien Wahlerfolge erleichtert, wenn die etablierten Parteien bei wichtigen Themen nicht die ganze Breite der Wählernachfrage abdecken (Kompaktheit der Parteipositionen im Vergleich zur Breite der Wählernachfrage, vgl. Kap. 6). Parteienwettbewerb ist nicht einfach Kampf um Wählerstimmen bei gegebenen Konfliktdimensionen, sondern zuerst auch Kampf um die politische Agenda. Voraussetzung für einen großen Einfluss strittiger Wahlkampfthemen auf das Wahlergebnis über das Grundmodell hinaus ist eine hohe Mobilisierung der Wählerschaft, die ihr die Wahrnehmung der Parteipositionen erleichtert, und Parteiangebote auf der jeweiligen Konfliktdimension dort, wo sie auch von vielen Wählern nachgefragt werden. Ein Vergleich der letzten Bundestagswahl der Bonner Republik mit den Bundestagswahlen 2009 bis 2017 zeigte, dass diese Voraussetzungen 1987 besser erfüllt waren als unter der Kanzlerschaft Angela Merkels.

Mit dem Grundmodell ergänzt um wichtige Wahlkampfthemen sind wesentliche Voraussetzungen erfüllt zur Anwendung des räumlichen Modells des Parteienwettbewerbs auf die besondere Entscheidungssituation bei deutschen

Bundestagswahlen unter den Bedingungen des Mischwahlsystems. Für die Links-Rechts- und die Politikdistanzen bei den einzelnen Wahlkampfthemen verwenden wir auch bei der Voraussage der Kandidatenstimme die Partei des Kandidaten als Bezugsobjekt. Dafür greifen wir in den Kapiteln 7 bis 9 auf verschiedene Maße der Valenz der Direktkandidaten zurück. Bei der Untersuchung des Parteien- bzw. Kandidatenwettbewerbs 2009 und 2013 unter Verhältnis- und Mehrheitswahlbedingungen können wir Hypothesen von zentrifugalen Kräften unter Verhältniswahl und zentripetalen Kräften unter Mehrheitswahl zum ersten Mal auf für das deutsche Mischwahlsystem bestätigen. Dabei unterstellen wir als Zielfunktion der Parteien für die Verhältniswahl Stimmenmaximierung und für die aussichtsreichsten Direktkandidaten in den Wahlkreisen Maximierung des Stimmenabstands zum ersten Verlierer und Minimierung des Stimmenabstands zum aussichtsreichsten Kandidaten für alle weiteren Kandidaten. Der zentripetale Effekt der Mehrheitswahl war bei den Wahlen 2009 und 2013 den Kandidatinnen und Kandidaten von CDU und CSU mit hoher Valenz zu verdanken. Weicht die Valenz der Partei auf nationaler Ebene stark von den Valenzen ihrer Direktkandidaten ab, kann das zu Problemen für eine einheitliche Wahlkampfstrategie führen. Für die Wahlkämpfe insgesamt überwiegt im deutschen Mischwahlsystem die für reine Verhältniswahlssysteme typische zentrifugale Tendenz. Die kleinen Parteien erreichen ihre Stimmenmaxima mit extremeren Positionen im dreidimensionalen Politikraum mit sozioökonomischer, umweltpolitischer und migrationspolitischer Dimension. Der Wettbewerb fördert die Parteidifferenzierung entlang einer Hauptdiagonalen, bei der die Gleichgewichtsposition der FDP rechts von der Union liegt und die Linke die linke Extremposition einnimmt.

Die Rolle der Kandidatenvalenz für die zentripetale Wettbewerbsdynamik unter Mehrheitswahl konnten wir für die aussichtsreichen Wettbewerber um das Wahlkreismandat allgemein bestätigen: Je höher deren Valenz, desto mehr nähern sie sich dem mittleren Wähler im Wahlkreis an. Dabei verwenden wir ein innovatives Maß der Links-Rechts-Position der Kandidaten: den Wahlkreismedian der von den Wahlkreiswählern wahrgenommenen Links-Rechts-Position der Partei der Kandidatin. Unser Skalierungsmodell extrahiert aus den ideologischen Parteiwahrnehmungen der nationalen Wählerschaft nationale Parteiwerte und Fehlerterme; letztere weisen typische Abweichungen nach Wahlkreisen auf. Nach unserer Interpretation kommen diese Abweichungen durch lokale Schwerpunktsetzungen der aussichtsreichen Wahlkämpfer zustande. Diese werden im Interesse ihres Wahlsiegs Themen ansprechen, bei denen der Parteistandpunkt näher am Medianwähler des Wahlkreises liegt als bei anderen Themen. Und dabei sind aussichtsreiche Kandidaten aller Parteien umso erfolgreicher, je höher

ihre Valenz ist. Die Kandidatenvalenz messen wir in diesem Fall als Differenz ihrer Erststimmenanteile und der Zweitstimmenanteile bezogen auf die Zweitstimmenanteile.

Duverger (1986) hat für das kompensatorische Mischwahlsystem eine moderierende Wirkung auf die Parteienfragmentierung vermutet, weil die Kandidatenstimme, konzentriert auf Kandidaten großer Parteien, auch entsprechende Zweitstimmen fördere. Wir untersuchten diese These mit Wahlkreisergebnisdaten ab 1961 und verwenden den aus der vorhergehenden Wahl herrührenden Amtsinhaberstatus als Valenz- bzw. Qualitätsmerkmal. Es lassen sich tatsächlich die erwarteten Bonusstimmen für die Partei der Kandidaten feststellen, die den Wahlkreis bei der vorherigen Wahl gewonnen hatten. Das sind in erster Linie CDU, CSU und SPD. Allerdings gehen diese Bonus-Zweitstimmen nicht zulasten der kleineren Parteien, sondern zulasten der anderen großen Partei, der SPD oder der CDU bzw. der CSU. Dieses Ergebnis stimmt mit der in Kap. 5 festgestellten Gegenläufigkeit der Mehrheitswahlrepräsentation (Anteil der Wahlkreisabgeordneten einer Partei an allen Wahlkreisabgeordneten) für CDU/CSU und SPD überein. Selbst wenn wir die Duverger-Vermutung widerlegen können, heißt das nicht, dass die Mehrheitswahl außer auf die Fraktionsanteile von Direkt- und Listenabgeordneten keine Folgen hätte. Über die Amtsinhaber stabilisiert sie die größte jeweilige Kanzlerpartei über die Zeit.

Der Hauptunterschied des deutschen Mischwahlsystems zu reinen Verhältniswahlsystemen ist erstens dem Einfluss der Wahlkreiswähler auf die Kandidatenwahl geschuldet, die stark von der Valenz der Direktkandidaten abhängt. Zweitens kann die Partei des Wahlkreissiegers mit Bonus-Zweitstimmen von Wählern rechnen, die sich in erster Linie zwischen den großen Parteien entscheiden, sodass ein Bonus für die Partei des Wahlkreissiegers ein Malus für die andere große Partei ist. Und drittens sind Wahlkreissiege keine rein lokalen Ereignisse, sondern hängen stärker als die Erfolge der Listenkandidaten von den nationalen Parteikompetenzen ab. Diese drei Wirkungen der personalisierten Verhältniswahl müssen im Zusammenhang mit dem dominanten Einfluss von ideologischer und Politik-Nähe zwischen Wählern und Parteien gesehen werden. Diese Nähe, gemessen für die einzelnen Wähler und nicht pauschal wie die Valenz, macht den Hauptbestandteil der nationalen Wahlfunktion aus, an der sich Parteien bei der Planung ihres Politikangebots orientieren. Wir ziehen aus unseren Analysen die Schlussfolgerung, dass das Mischwahlsystem über *first past the post* in den Wahlkreisen den Parteiendualismus und den Einfluss der Wähler auf die Regierungsbildung stärkt.



---

## Literatur

- Abney, Ronni, James Adams, Michael Clark, Malcolm Easton, Lawrence Ezrow, Spyros Kosmidis, und Anja Neundorf. 2013. When does valence matter? Heightened valence effects for governing parties during election campaigns. *Party Politics* 19 (1): 61–82.
- Adams, James. 2019. Spatial voting models of party competition in two dimensions. In *The Oxford handbook of public choice*, Bd. 1, Hrsg. Roger D. Congleton, Bernard Grofman, und Stefan Voigt, 187–207. Oxford: Oxford University Press.
- Adams, James, und Samuel Merrill III. 2014. Candidates' policy strategies in primary elections: Does strategic voting by the primary electorate matter? *Public Choice* 160 (1–2): 7–24.
- Adams, James, Samuel Merrill III, und Bernard Grofman. 2005. *A unified theory of party competition*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Adams, James, Lawrence Ezrow, und Zeynep Somer-Topcu. 2011. Is anybody listening? Evidence that voters do not respond to European parties' policy statements during elections. *American Journal of Political Science* 55 (2): 370–382.
- Adams, James, Samuel Merrill III, Elizabeth N. Simas, und Walter J. Stone. 2011. When candidates value good character: A spatial model with applications to congressional elections. *Journal of Politics* 73 (1): 17–30.
- Adams, James, Ethan Scheiner, und Jed Kawasumi. 2016. Running of character? Running on policy? An analysis of Japanese candidates' campaign platforms. *Electoral Studies* 44: 275–283.
- Aldrich, John H., und Richard D. McKelvey. 1977. A method of scaling with application to the 1968 and 1972 presidential elections. *American Political Science Review* 71 (1): 111–130.
- Alvarez, Michael R., und Jonathan Nagler. 2004. Party system compactness: Measurement and consequences. *Political Analysis* 12 (1): 46–62.
- Ansolabehere, Stephen, und James M. Snyder. 2000. Valence politics and equilibrium in spatial election models. *Public Choice* 103 (3–4): 327–336.
- Ansolabehere, Stephen, James M. Snyder, und Charles Stewart. 2001. Candidate positioning in U.S. House elections. *American Journal of Political Science* 45 (1): 136–159.

- Ansolabehere, Stephen, William Leblanc, und James M. Snyder Jr. 2012. When parties are not teams: Party positions in single-member district and proportional representation systems. *Economic Theory* 49 (3): 521–547.
- Aragones, Enriqueta, und Thomas R. Palfrey. 2002. Mixed equilibrium in a Downsian model with a favored candidate. *Journal of Economic Theory* 103 (1): 131–161.
- Ashworth, Scott. 2012. Electoral accountability: Recent theoretical and empirical work. *Annual Review of Political Science* 15: 183–201.
- Ashworth, Scott, und Ethan Bueno De Mesquita. 2009. Elections with platform and valence competition. *Games and Economic Behavior* 67 (1): 191–216.
- Austen-Smith, David. 1984. Two-party competition with many constituencies. *Mathematical Social Sciences* 7 (2): 177–198.
- Austen-Smith, David. 1986. Legislative coalitions and electoral equilibrium. *Public Choice* 50 (1–3): 185–210.
- Austen-Smith, David. 1996. Electing legislatures. In *Collective decision-making: Social choice and political economy*, Hrsg. Norman Schofield, 113–148. Dordrecht: Springer.
- Banks, Jeffrey, und John Duggan. 2005. Probabilistic voting in the spatial model of elections: The theory of office-motivated candidates. In *Social choice and strategic decisions: Essays in honor of Jeffrey S. Banks*, Hrsg. David Austen-Smith und John Duggan, 15–56. New York: Springer.
- Bargsted, Matias A., und Orit Kedar. 2009. Coalition-targeted Duvergerian voting: How expectations affect voter choice under proportional representation. *American Journal of Political Science* 53: 307–323.
- Bartels, Larry M. 2003. Democracy with attitudes. In *Electoral democracy*, Hrsg. B. Michael, MacKuen, und George Rabinowitz, 48–82. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Bechmann, Gotthard, Günther Frederichs, Werner Kaltefleiter, und Franz Urban Pappi, ZUMA, Mannheim. 1985. *ZUMABUS 5 (1980)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA1225 Datenfile Version 1.0.0. doi: <https://doi.org/10.4232/1.1225>.
- Benoit, Kenneth, und Michael Laver. 2006. *Party policy in modern democracies*. London: Routledge.
- Berger, Manfred, Wolfgang G. Gibowski, Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann, Manfred Küchler, Franz Urban Pappi, Dieter Roth, und Wolfgang Schulte. 2012. *Wahlstudie 1987 (Panelstudie)*. Köln: GESIS Datenarchiv. ZA1537 Datenfile Version 2.0.0. doi: <https://doi.org/10.4232/1.11459>.
- Berinsky, Adam. 2017. Measuring public opinion with surveys. *Annual Review of Political Science* 20: 309–329.
- Bernauer, Julian, und Simon Munzert. 2014. Loyal to the game? Strategic policy representation in mixed electoral systems. *Representation* 50 (1): 83–97.
- Besley, Timothy, und Stephen Coate. 1997. An economic model of representative democracy: A dynamic analysis. *The American Economic Review* 88 (1): 139–156.
- Blais, André, John H. Aldrich, Idridi Indridason, und Renan Levine. 2006. Do voters vote for government coalition? Testing Downs' pessimistic conclusion. *Party Politics* 12 (6): 691–705.
- Blondel, Jean. 1968. Party systems and patterns of government in Western democracies. *Canadian Journal of Political Science* 1 (2): 180–203.
- Bloom, Stephen, und Frank Thames. 2018. Whither the party vote bonus? Stand-down agreements in Ukraine's mixed-member system. *Electoral Studies* 52: 46–57.

- Boix, Carles. 1999. Setting the rules of the game: The choice of electoral systems in advanced democracies. *American Political Science Review* 93 (3): 609–624.
- Bølstad, Jørgen. 2020. Capturing rationalization bias and differential item functioning: A unified Bayesian scaling approach. *Political Analysis* 28 (3): 1–16.
- Bormann, Nils-Christian., and Matt Golder. 2013. Democratic electoral systems around the world, 1946–2011. *Electoral Studies* 32: 360–369.
- Bräuninger, Thomas. 2003. When simple voting doesn't work: Multicameral systems for the representation and aggregation of interests in international organizations. *British Journal of Political Science* 33 (4): 681–703.
- Bräuninger, Thomas, and Nathalie Giger. 2018. Strategic ambiguity of party positions in multi-party competition. *Political Science Research and Methods* 6 (3): 527–548.
- Bräuninger, Thomas, Marc Debus, Jochen Müller, and Christian Stecker. 2020. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*. Wiesbaden: Springer VS.
- Brody, Richard A., and Benjamin I. Page. 1972. Comment: The assessment of policy voting. *American Political Science Review* 66 (2): 450–458.
- Burden, Barry C. 2004. Candidate positioning in US congressional elections. *British Journal of Political Science* 34 (2): 211–227.
- Buttice, Matthew K., and Walter J. Stone. 2012. Candidates matter: Policy and quality differences in congressional elections. *Journal of Politics* 74 (3): 870–887.
- Callander, Steven. 2005. Electoral competition in heterogeneous districts. *Journal of Political Economy* 113 (5): 1116–1145.
- Calvert, Randall L. 1985. Robustness of the multidimensional voting model: Candidate motivations, uncertainty, and convergence. *American Journal of Political Science* 29 (1): 69–95.
- Calvo, Ernesto, and Timothy Hellwig. 2011. Centripetal and centrifugal incentives under different electoral systems. *American Journal of Political Science* 55 (1): 27–41.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller, and Donald E. Stokes. 1960. *The American Voter*. New York: Wiley.
- Carey, John, Simon Hix, Shaheen Mozaar, and Andrew Reynolds. 2013. Report from the field: two surveys of political scientists. In *Political science, electoral rules, and democratic governance*, Hrsg. Mala Htun und G. Bingham Powell, 62–73. Washington, DC: American Political Science Association.
- Carmines, Edward G., and Nicholas D'Amico. 2015. The new look in political ideology research. *Annual Review of Political Science* 18: 205–216.
- Carmines, Edward G., and James A. Stimson. 1980. The two faces of issue voting. *The American Political Science Review* 74 (1): 78–91.
- Carmines, Edward G., Michael J. Ensley, and Michael W. Wagner. 2012. Who fits the left-right divide? Partisan polarization in the American electorate. *American Behavioral Scientist* 56 (12): 1631–1653.
- Clark, Michael. 2009. Valence and electoral outcomes in Western Europe, 1976–1998. *Electoral Studies* 28 (1): 111–122.
- Clarke, Harold, and David M. Primo. 2007. Modernizing political science: A model-based approach. *Perspectives on Politics* 5 (4): 741–753.
- Converse, Philip E. 1964. The nature of belief systems in mass publics. In *Ideology and discontent*, Hrsg. David E. Apter, 206–261. London: Free Press of Glencoe.

- Coughlin, Peter J., und Shmuel Nitzan. 1981. Directional and local electoral equilibria with probabilistic voting. *Journal of Economic Theory* 24 (2): 226–240.
- Coughlin, Peter J., und Shmuel Nitzan. 1981. Electoral outcomes with probabilistic voting and Nash social welfare maxima. *Journal of Public Economics* 15 (1): 113–121.
- Cox, Gary W. 1987. Electoral equilibrium under alternative voting institutions. *American Journal of Political Science* 31 (1): 82–108.
- Cox, Gary W. 1990. Centripetal and centrifugal incentives in electoral systems. *American Journal of Political Science* 34 (4): 903–935.
- Cox, Gary W. 1997. *Making votes count*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Cox, Karen E., und Leonard J. Schoppa. 1998. „The consequences of ‘sticky voting’ in mixed member electoral systems.” Paper presented at the *Annual Meeting of the American Political Science Association*, Boston, Massachusetts, 3–6 September.
- Cox, Karen E., und Leonard J. Schoppa. 2002. Interaction effects in mixed-member electoral systems: Theory and evidence from Germany, Japan, and Italy. *Comparative Political Studies* 35 (9): 1027–1053.
- Dahl, Robert. 1971. *Polyarchy, participation and opposition*. New Haven: Yale University Press.
- D’Alimonte, Roberto, und Stefano Bartolini. 2002. *Maggioritario Finalmente? La Transizione Elettorale 1994–2001*. Bologna: Società editrice.
- De Vries, Catherine. 2007. *European Integration and National Elections: The Impact of EU Issue Voting on National Electoral Politics*. Amsterdam: Faculty of Social Sciences Vrije Universiteit.
- Debreu, Gerard. 1952. Existence of a social equilibrium. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 38 (10): 886–893.
- Dix, Manfred, und Rudy Santore. 2002. Candidate ability and platform choice. *Economics Letters* 76 (2): 189–194.
- Downs, Anthony. 1957. *An economic theory of democracy*. New York: Harper and Row.
- Downs, Anthony. 1968. *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Dryzek, John, und Christian List. 2003. Social choice theory and deliberative democracy: A reconciliation. *British Journal of Political Science* 33 (1): 1–23.
- Duggan, John. 2000. *Equilibrium equivalence under expected plurality and probability of winning maximization*. Mimeo: University of Rochester.
- Duggan, John. 2008. Candidate objectives and electoral equilibrium. In *The Oxford Handbook of Political Economy*, Hrsg. Donald A. Wittman und Bary R. Weingast, 64–83. Oxford: Oxford University Press.
- Duverger, Maurice. 1951. *Les partis politiques*. Paris: Armand Colin.
- Duverger, Maurice. 1959. *Die politischen Parteien*. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Duverger, Maurice. 1986. Duverger’s law: Forty years later. In *Electoral laws and their political consequences*, Hrsg. Bernard Grofman und Arend Lijphart, 69–84. New York: Agathon Press.
- Eaton, B. Curtis., und Richard G. Lipsey. 1975. The principle of minimum differentiation reconsidered: Some new developments in the theory of spatial competition. *Review of Economic Studies* 42 (1): 27–49.

- Eggers, Andrew, und Arthur Spirling. 2017. Incumbency effects and the strength of party preferences: Evidence from multiparty elections in the United Kingdom. *Journal of Politics* 79 (3): 903–920.
- Eguia, John. 2013. Challenges to the standard Euclidean spatial model. In *Advances in political economy*, Hrsg. Norman Schofield, Gonzalo Caballero, und Daniel Kselman. Berlin: Springer.
- Enelow, James M., und Melvin J. Hinich. 1982. Nonspatial candidate characteristics and electoral competition. *Journal of Politics* 44 (1): 115–130.
- Enelow, James M., und Melvin J. Hinich. 1982. Ideology, issues and the spatial theory of elections. *American Political Science Review* 76 (3): 493–501.
- Enelow, James M., und Melvin J. Hinich. 1984. *A spatial theory of voting*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Enelow, James M., und Melvin J. Hinich. 1985. Estimating the parameters of a spatial model of elections: An empirical test based on the 1980 National Election Study. *Political Methodology* 11 (3–4): 249–268.
- Enelow, James M., James W. Endersby, und Michael C. Munger. 1993. A revised probabilistic spatial model of elections: Theory and evidence. In *Information, Participation, and Choice: An Economic Theory of Democracy in Perspective*, Hrsg. Bernhard Grofman, 125–140. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Evrenk, Haldun. 2019. Valence politics. In *The Oxford handbook of public choice*, Hrsg. Roger D. Congleton, Bernard Grofman, und Stefan Voigt, Bd. 1, 266–291. Oxford: Oxford University Press.
- Fan, Ky. 1952. Fixed-point and minimax theorems in locally convex linear spaces. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 38 (2): 121–126.
- Feld, Scott L., und Bernard Grofman. 1991. Incumbency advantage, voter loyalty and the benefit of the doubt. *Journal of Theoretical Politics* 3 (2): 115–137.
- Ferrara, Federico, Erik S. Herron, und Misa Nishikawa. 2005. *Mixed electoral systems*. New York: Palgrave Macmillan.
- Fiebig, Denzil G. 2001. Seemingly unrelated regression. In *A companion to theoretical econometrics*, Hrsg. Badi H. Baltagi, 101–121. Malden: Blackwell Publishing.
- Fiorina, Morris P. 1981. *Retrospective voting in American National Elections*. New Haven: Yale University Press.
- Forschungsgruppe Wahlen. 1990. Sieg ohne Glanz: Eine Analyse der Bundestagswahl 1987. In *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987*, Hrsg. Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann, 689–734. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Forschungsgruppe Wahlen. 2019. *Politbarometer – Gesamtkumulation*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5100 Datenfile Version 2.0.0, doi:<https://doi.org/10.4232/1.13299>.
- Fowler, Anthony. 2020. Partisan intoxication or policy voting? *Quarterly Journal of Political Science* 15 (2): 141–179.
- Fox, Justin, und Kenneth Shotts. 2009. Delegates or trustees? A theory of political accountability. *Journal of Politics* 71 (4): 1225–1237.
- Fuchs, Dieter, und Hans-Dieter Klingemann. 1990. The left-right schema. Theoretical framework. In *Continuities in political action*, Hrsg. M. Kent Jennings und Jan van Deth, 203–234. Berlin: Walter de Gruyter.
- Gallagher, Michael. 1991. Proportionality, disproportionality, and electoral systems. *Electoral Studies* 10 (1): 33–51.

- Gallagher, Michael, und Paul Mitchell. 2018. Dimensions of variation in electoral systems. In *The Oxford Handbook of Electoral Systems*, Hrsg. Erik S. Herron, Robert J. Pekkanen, und Matthew S. Shugart, 851–871. New York: Oxford University Press.
- Gallego, Maria, und Normal Schofield. 2016. Do parties converge to the electoral mean in all political systems? *Journal of Theoretical Politics* 28 (2): 288–330.
- Gehlbach, Scott. 2013. *Formal models of domestic politics*. New York: Cambridge University Press.
- GLES. 2019a. *Vorwahl-Querschnitt (GLES 2009)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5300 Datenfile Version 5.0.2. doi:<https://doi.org/10.4232/1.13228>.
- GLES. 2019b. *Vorwahl-Querschnitt (GLES 2013)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5700 Datenfile Version 2.0.2. doi:<https://doi.org/10.4232/1.13231>.
- GLES. 2019c. *Vorwahl-Querschnitt (GLES 2017)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6800 Datenfile Version 5.0.1. doi:<https://doi.org/10.4232/1.13234>.
- Glicksberg, Irving. 1952. A further generalization of the Kakutani fixed point theorem, with application to Nash equilibrium. *Proceedings of the American Mathematical Society* 3 (1): 170–174.
- Gouret, Fabian, Guillaume Hollard, und Stéphane. Rossignol. 2011. An empirical analysis of valence in electoral competition. *Social Choice and Welfare* 37 (2): 309–340.
- Green, Jane. 2007. When voters and parties agree: Valence issues and party competition. *Political Studies* 55 (3): 629–655.
- Green, Jane, und Will Jennings. 2012. Valence as macro-competence: An analysis of mood in party competence evaluations in Great Britain. *British Journal of Political Science* 42 (2): 311–343.
- Grofman, Bernard. 1985. The neglected role of the status quo in models of issue voting. *Journal of Politics* 47 (1): 230–237.
- Groseclose, Tim. 2001. A model of candidate location when one candidate has a valence advantage. *American Journal of Political Science* 45 (4): 862–886.
- Groseclose, Tim. 2007. ‘One and a half dimensional’ preferences and majority rule. *Social Choice and Welfare* 28 (2): 321–335.
- Grynaviski, Jeffrey D., und Bryce E. Corrigan. 2006. Specification issues in proximity models of candidate evaluation (with issue importance). *Political Analysis* 14 (4): 393–420.
- Gschwend, Thomas. 2007. Ticket-splitting and strategic voting under mixed electoral rules: Evidence from Germany. *European Journal of Political Research* 46 (1): 1–23.
- Gschwend, Thomas, und Thomas Zittel. 2015. Do constituency candidates matter in German Federal Elections? The personal vote as an interactive process. *Electoral Studies* 39: 338–349.
- Gschwend, Thomas, Lukas Stoetzer, und Steffen Zittlau. 2016. What drives rental votes? How coalition signals facilitate strategic coalition voting. *Electoral Studies* 44: 293–306.
- Hainmueller, Jens, und Holger Lutz Kern. 2008. Incumbency as a source of spillover effects in mixed electoral systems: Evidence from a regression-discontinuity design. *Electoral Studies* 27: 213–227.
- Hare, Christopher, David A. Armstrong II, Ryan Bakker, Royce Carroll, und Keith T. Pool. 2015. Using Bayesian Aldrich-McKelvey scaling to study citizens’ ideological preferences and perceptions. *American Journal of Political Science* 59 (3): 759–774.
- Henningsen, Arne, und Jeff D. Hamann. 2007. systemfit: A package for estimating systems of simultaneous equations in R. *Journal of Statistical Software* 23 (4): 1–40.

- Hermens, Ferdinand A. 1964. *Verfassungslehre*. Frankfurt: Athenäum.
- Herrmann, Michael. 2014. Polls, coalitions and strategic voting under proportional representation. *Journal of Theoretical Politics* 26 (3): 442–467.
- Herrmann, Michael. 2015. *Strategisches Wählen in Deutschland: Logik und politische Konsequenzen*. Berlin: Springer-Verlag.
- Herrmann, Michael, und Franz Urban Pappi. 2008. Strategic voting in German constituencies. *Electoral Studies* 27 (2): 228–244.
- Herron, Federico, und Misa Nishikawa. 2001. Contamination effects and the number of parties in mixed-superposition electoral systems. *Electoral Studies* 20: 63–86.
- Hinich, Melvin J. 1977. Equilibrium in spatial voting: The median voter result is an artifact. *Journal of Economic Theory* 16 (2): 208–219.
- Hinich, Melvin J., und Michael C. Munger. 1996. *Ideology and the theory of political choice*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Hinich, Melvin J., und Michael C. Munger. 1997. *Analytical politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hinich, Melvin J., und Peter Ordeshook. 1974. The electoral college: A spatial analysis. *Political Methodology* 1 (3): 1–29.
- Hinich, Melvin J., und Walker Pollard. 1981. A new approach to the spatial theory of electoral competition. *American Journal of Political Science* 25 (2): 323–341.
- Hinich, Melvin J., John Ledyard, und Peter Ordeshook. 1972. Nonvoting and the existence of equilibrium under majority rule. *Journal of Economic Theory* 4 (2): 144–153.
- Hinich, Melvin J., John Ledyard, und Peter Ordeshook. 1973. A theory of electoral equilibrium: a spatial analysis based on the theory of games. *Journal of Politics* 35 (1): 154–193.
- Hodge, Carl C. 1987. Three ways to lose a republic: The electoral politics of the Weimar SPD. *European History Quarterly* 17 (2): 165–193.
- Hotelling, Harold. 1929. Stability in competition. *The Economic Journal* 39 (153): 41–57.
- Humphreys, Macartan. 2008. Coalitions. *Annual Review of Political Science* 11: 351–386.
- Humphreys, Macartan, und Michael Laver. 2010. Spatial models, cognitive metrics and majority rule equilibria. *British Journal of Political Science* 40 (1): 11–30.
- Inglehart, Ronald. 1989. *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt: Campus.
- Inglehart, Ronald, und Hans-Dieter Klingemann. 1976. Party identification, ideological preference and the left-right dimension among Western publics. In *Party identification and beyond*, Hrsg. Ian Budge, 243–273. New York: Wiley.
- Jackman, Simon. 2009. *Bayesian analysis for the social sciences*. New York: Wiley.
- Jessee, Stephen A. 2010. Partisan bias, political information and spatial voting in the 2008 presidential election. *Journal of Politics* 72 (2): 327–340.
- Jessee, Stephen A. 2020. Estimating individuals' political perceptions while adjusting for differential item functioning. *Political Analysis* 29 (1): 1–18.
- Kaase, Max. 1994. *Vergleichende Wahlstudie 1990 (Hauptbefragte, 1. Welle)*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA2517 Datenfile Version 1.0.0. doi:<https://doi.org/10.4232/1.2517>.
- Karp, Jeffrey A. 2009. Candidate effects and spill-over in mixed systems: Evidence from New Zealand. *Electoral Studies* 28: 41–50.
- Katz, Richard S. 2001. The problem of candidate selection and models of party democracy. *Party Politics* 7 (3): 277–296.

- Kedar, Orit. 2005. When moderate voters prefer extreme parties: Policy balancing in parliamentary elections. *American Political Science Review* 99 (2): 185–199.
- Kitschelt, Herbert. 2007. Party Systems. In *Oxford handbook of comparative politics*, Hrsg. Carles Boix und Susan C. Stokes, 522–554. Oxford: Oxford University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter, und Franz U. Pappi. 1972. *Politischer Radikalismus. Theoretische und methodische Probleme der Radikalismusforschung, dargestellt am Beispiel einer Studie anlässlich der Landtagswahl 1970 in Hessen*. München: Oldenbourg.
- Krasa, Stefan, und Mattias Polborn. 2012. Political competition between differentiated candidates. *Games and Economic Behavior* 76 (1): 249–271.
- Krasa, Stefan, und Mattias Polborn. 2018. Political competition in legislative elections. *American Political Science Review* 112 (4): 809–825.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Borschier, und Timotheos Frey. 2008. *West European politics in the age of globalization*. New York: Cambridge University Press.
- Kurella, Anna-Sophie. 2016. Hätten Direktkandidaten der AfD über die 5%-Hürde verholten? Eine Untersuchung des Kontaminationseffekts im Mischwahlsystem. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*, Hrsg. Harald Schoen und Bernhard Weßels, 205–222. Wiesbaden: Springer VS.
- Kurella, Anna-Sophie. 2017. *Issue voting and party competition. The impact of cleavage lines on German elections between 1980–1994*. Berlin: Springer.
- Kurella, Anna-Sophie., und Franz Urban Pappi. 2015. Combining ideological and policy distances with valence for a model of party competition in Germany 2009. *Journal of Theoretical Politics* 27 (1): 86–107.
- Kurella, Anna-Sophie, Thomas Bräuninger, und Franz Urban Pappi. 2018. Centripetal and centrifugal incentives in mixed-member proportional systems. *Journal of Theoretical Politics* 30 (3): 306–334.
- Laakso, Markku, und Rein Taagepera. 1979. 'Effective' number of parties: A measure with applications to West Europe. *Comparative Political Studies* 12 (April): 3–27.
- Lachat, Romain. 2018. Which way from left to right? On the relations between voters' issue preferences and left-right orientation in West European democracies. *International Political Science Review* 39 (4): 419–435.
- Lange, Erhard H. M. 1975. *Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956*. Meisenheim am Glan: Anton Hain.
- Laumann, Edward O., und David Knoke. 1987. *The organizational state. Social choice in national policy domains*. Madison: University of Wisconsin Press.
- Laumann, Edward O., und Franz Urban Pappi. 1976. *Networks of collective action. A perspective on community influence systems*. New York: Academic Press.
- Laussel, Didier, und Michel LeBreton. 2001. Conflict and cooperation: The structure of equilibrium payoffs in common agency. *Journal of Economic Theory* 100 (1): 93–128.
- Lin, Tse-Min., James M. Enelow, und Han Dorussen. 1999. Equilibrium in multicandidate probabilistic spatial voting. *Public Choice* 98 (1–2): 59–82.
- Lindbeck, Assar, und Jörgen. Weibull. 1993. A model of political equilibrium in a representative democracy. *Journal of Public Economics* 51 (2): 195–209.
- Lo, James, Sven-Oliver. Proksch, und Thomas Gschwend. 2013. A common left-right scale for voters and parties in Europe. *Political Analysis* 22 (2): 205–223.



- Maeda, Ko. 2008. Re-examining the contamination effect of Japan's mixed electoral system using the treatment-effects model. *Electoral Studies* 27: 723–731.
- Manow, Philip. 2010. Dimensionen der Disproportionalität. Erststimmen und Direktmandate in den Bundestagswahlen von 1953 bis 2009. *Politische Vierteljahresschrift* 51 (3): 433–455.
- Manow, Philip. 2015. *Mixed rules, mixed strategies. Candidates and parties in German's electoral system*. Colchester: ECPR Press.
- Mauerer, Ingrid. 2020. The neglected role and variability of party intercepts in the spatial valence approach. *Political Analysis* 28 (3): 303–317.
- McGann, Anthony. 2006. *The logic of democracy: Reconciling equality, deliberation and minority protection*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Meffert, Michael F., und Thomas Gschwend. 2010. Strategic coalition voting: Evidence from Austria. *Electoral Studies* 29: 339–349.
- Merrill, Samuel, III, und James Adams. 2001. Computing Nash equilibria in probabilistic, multiparty spatial models with nonpolicy components. *Political Analysis* 9 (4): 347–361.
- Meyer, Hans. 2018. Welche Medizin empfiehlt sich gegen einen adipösen Bundestag? *Archiv des öffentlichen Rechts* 143 (4): 521–553.
- Meyer, Thomas M., und Markus Wagner. 2020. Perceptions of parties' left-right positions: The impact of salience strategies. *Party Politics* 26(5): 664–674.
- Meyer, Thomas M., und Markus Wagner. 2019. It sounds like they are moving: Understanding and modeling emphasis-based policy change. *Political Science Research and Methods* 7 (4): 757–774.
- Miller, David. 1992. Deliberative democracy and social choice. *Political Studies* 40 (1): 54–67.
- Milyo, Jeffrey. 2000. A problem with Euclidean preferences in spatial models of politics. *Economics Letters* 66 (2): 179–182.
- Milyo, Jeffrey. 2000. Logical deficiencies in spatial models: A constructive critique. *Public Choice* 105 (3–4): 273–289.
- Moon, Woojin. 2004. Party activists, campaign resources and candidate position taking: Theory, tests and applications. *British Journal of Political Science* 34 (4): 611–633.
- Moser, Robert G., und Ethan Scheiner. 2004. Mixed electoral systems and electoral system effects: controlled comparison and cross-national analysis. *Electoral Studies* 23 (4): 575–599.
- Moser, Robert G., und Ethan Scheiner. 2005. Strategic ticket splitting and the personal vote in mixed-member electoral systems. *Legislative Studies Quarterly* 30 (2): 259–276.
- Niedermayer, Oscar. 2014. Aufsteiger, Absteiger und ewig ‚Sonstige‘: Klein- und Kleinstparteien bei der Bundestagswahl 2013. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (1): 73–93.
- Nohlen, Dieter. 2014. *Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie der Wahlsysteme*. Opladen: Budrich.
- Norman, Schofield, und Anna-Sophie Kurella. 2015. Party activists in the 2009 German federal elections. In *The political economy of governance: Institutions, political performance and elections*, Hrsg. Norman Schofield und Gonzalo Caballero, 293–311. Cham: Springer.
- Nyhuis, Dominic. 2016. Electoral effects of candidate valence. *Electoral Studies* 42: 33–41.
- Nyhuis, Dominic. 2018. Separating candidate valence and proximity voting: Determinants of competitors' non-policy appeal. *Political Science Research and Methods* 6 (1): 135–151.

- Osborne, Martin J., und Al Slivinski. 1996. A model of political competition with citizen-candidates. *The Quarterly Journal of Economics* 111 (1): 65–96.
- Page, Benjamin I., und Richard A. Brody. 1972. Policy voting and the electoral process: The Vietnam war issue. *American Political Science Review* 66 (3): 979–995.
- Palfrey, Thomas R., und Keith T. Poole. 1987. The relationship between information, ideology and voting behavior. *American Journal of Political Science* 31 (3): 511–530.
- Pappi, Franz Urban. 1996. Political behavior: Reasoning voters and multi-party systems. In *A New Handbook of Political Science*, Hrsg. Robert E. Goodin und Hans-Dieter Klingemann, 255–275. Oxford: Oxford University Press.
- Pappi, Franz Urban. 2011. Uninformierte Wähler und informiertes Elektorat: Wie gehen die Wähler mit dem Bundestags-Wahlssystem um? In *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Hrsg. Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher, 211–230. Frankfurt: Campus.
- Pappi, Franz Urban. 2013. Wahrgenommenes Parteiensystem und Stimmenwettbewerb in Deutschland seit 1980. In *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*, Hrsg. Bernhard Weßels, Harald Schoen, und Oscar W. Gabriel, 315–336. Wiesbaden: Springer VS.
- Pappi, Franz Urban, Thomas König, und David Knoke. 1995. *Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik. Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze. Ein deutsch-amerikanischer Vergleich*. Frankfurt: Campus.
- Pappi, Franz U., Manfred Berger, Matthias Jung, Dieter Roth, Wolfgang G. Gibowski, Max Kaase, Hans-Dieter Klingemann, Manfred Küchler, und Holli A. Semetko. 1996. *Vorwahlstudie zur Bundestagswahl 1994: Politik und Partei-Präferenz*. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA2600 Datenfile Version 1.0.0. doi:<https://doi.org/10.4232/1.2600>.
- Pappi, Franz Urban, Axel Becker, und Alexander Herzog. 2005. Regierungsbildung in Mehrebenensystemen: Zur Erklärung der Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. *Politische Vierteljahresschrift* 46 (3): 432–458.
- Pappi, Franz Urban, Alexander Herzog, und Ralf Schmitt. 2006. Koalitionssignale und die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (3): 493–513.
- Pappi, Franz Urban, Anna Sophie Kurella, und Thomas Bräuninger. 2017. Erststimmen generierende Merkmale der Direktkandidaten bei Bundestagswahlen. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27 (3): 305–326.
- Pappi, Franz Urban, Anna-Sophie Kurella, und Thomas Bräuninger. 2018. Die Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten vor den Bundestagswahlen von 1961 bis 2013. Stabilität der Konfliktstruktur bei wechselnder Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten. In *Wählerverhalten und Parteiensysteme im Wandel – 40 Jahre Politbarometer (Sonderausgabe ISI 60)*, Hrsg. Christof Wolf und Christina Eder, 20–28. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Pappi, Franz Urban, Anna-Sophie Kurella, und Thomas Bräuninger. 2019. Die Politikpräferenzen der Wähler und die Wahrnehmung von Parteipositionen als Bedingung für den Parteienwettbewerb und Wählerstimmen. In *Wahrnehmung – Persönlichkeit – Einstellungen. Psychologische Theorien und Methoden in der Wahl- und Einstellungsforschung*, Hrsg. Evelyn Bytzek, Markus Steinbrecher, und Ulrich Rosar, 1–30. Wiesbaden: Springer VS.
- Parsons, Talcott. 1951. *The social system*. Glencoe, Ill.: The Free Press.

- Patty, John W. 2005. Local equilibrium equivalence in probabilistic voting models. *Games and Economic Behavior* 51 (2): 523–536.
- Pepinsky, Thomas. 2019. The return of the single-country study. *Annual Review of Political Science* 22: 187–203.
- Peress, Michael. 2010. The spatial model with non-policy factors: A theory of policy-motivated candidates. *Social Choice and Welfare* 34 (2): 265–294.
- Plott, Charles R. 1967. A notion of equilibrium and its possibility under majority rule. *The American Economic Review* 57 (4): 787–806.
- Polborn, Mattias K., and James M. Snyder. 2017. Party polarization in legislatures with office-motivated candidates. *Quarterly Journal of Economics* 132 (3): 1509–1550.
- Powell, G. Bingham. 2019. *Ideological representation: Achieved and astray*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam. 1999. Minimalist conception of democracy: A defence. *Democracy's Value* 23: 12–17.
- Quinn, Kevin. 2004. Bayesian factor analysis for mixed ordinal and continuous responses. *Political Analysis* 12 (4): 338–353.
- Raabe, Johannes, Roland Kriffit, Joshua Vogel, und Eric Linhart. 2014. Verdientes Vorbild oder Mythos? Eine vergleichende Analyse der personalisierten Verhältniswahl auf Länderebene. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 8 (3–4): 283–305.
- Rattinger, Hans, Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, und Bernhard Weßels. 2011. *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. Baden-Baden: Nomos.
- Regenwetter, Michel, Bernard Grofman, A.A.J. Marley, und Ilia Tsetlin. 2006. *Behavioral Social Choice: Probabilistic Models*. Statistical Inference and Applications: Cambridge University Press.
- Riker, William H. 1982. *Liberalism against populism: A confrontation between the theory of democracy and the theory of social choice*. San Francisco: Freeman.
- Rivero, Gonzalo. 2011. *Integrity and separability in multidimensional voting models: ideology and nationalism in Spanish regional elections*. Estudio Working paper Nr. 265. Madrid: Fundación Juan March.
- Robertson, David B. 1976. *A theory of party competition*. Hoboken, NJ: John Wiley.
- Rodden, Jonathan. 2010. The geographic distribution of political preferences. *Annual Review of Political Science* 13: 321–340.
- Roemer, John. 1994. A theory of policy differentiation in single issue electoral politics. *Social Choice and Welfare* 11 (4): 355–380.
- Saiegh, Sebastián M. 2015. Using joint scaling methods to study ideology and representation: Evidence from Latin America. *Political Analysis* 23 (3): 363–384.
- Sanders, David, Harold D. Clarke, Marianne C. Stewart, und Paul Whiteley. 2011. Downs, Stokes and the dynamics of electoral choice. *British Journal of Political Science* 41 (2): 287–314.
- Sani, Giacomo, und Giovanni Sartori. 1983. Polarization, fragmentation and competition in western democracies. In *Western European party systems. Continuity and change* Hrsg. Hans Daalder und Peter Mair, 307–340. Beverly Hills, Cal.: Sage.
- Sartori, Giovanni. 1976. *Parties and party systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schanbacher, Eberhard. 1982. *Parlamentarische Wahlen und Wahlssystem in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlreform im Reich und in den Ländern*. Düsseldorf: Droste.

- Schattschneider, Elmer E. 1975. *The semi-sovereign people: A realist's view of democracy in America*. New York: Holt, Rinehart and Winston.
- Schoen, Harald. 1998. Stimmensplitting bei Bundestagswahlen: Eine Form taktischer Wahlentscheidung? *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29 (2): 223–244.
- Schofield, Norman. 2001. Generic existence of local political equilibrium. In *Approximation, optimization and mathematical economics*, Hrsg. Marc Lassonde, 297–308. Heidelberg: Physica.
- Schofield, Norman. 2003. Valence competition in the spatial stochastic model. *Journal of Theoretical Politics* 15 (4): 371–383.
- Schofield, Norman. 2005. A valence model of political competition in Britain: 1992–1997. *Electoral Studies* 24: 347–370.
- Schofield, Norman. 2007. The mean voter theorem: Necessary and sufficient conditions for convergent equilibrium. *The Review of Economic Studies* 74 (3): 965–980.
- Schofield, Norman, und Betül Demirkaya. 2013. Spatial model of elections in Turkey: Tracing changes in the party system in the 2000s. In *Advances in political economy*, Hrsg. Norman Schofield, Gonzalo Caballero, und Daniel Kselman, 317–330. Berlin: Springer.
- Schofield, Norman, und Gary Miller. 2007. Elections and activist coalitions in the United States. *American Journal of Political Science* 51 (3): 518–531.
- Schofield, Norman, und Itai Sened. 2005. Multiparty competition in Israel, 1988–96. *British Journal of Political Science* 35 (4): 635–663.
- Schofield, Norman, und Itai Sened. 2006. *Multiparty democracy. Elections and legislative politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schofield, Norman, Maria Gallego, und JeeSeon Jeon. 2011. Leaders, voters and activists in the elections in Great Britain 2005 and 2010. *Electoral Studies* 30: 484–496.
- Schröder, Valentin, und Philip Manow. 2014. Elektorale Koordination, legislative Kohäsion und der Aufstieg der modernen Massenpartei: Die Grenzen des Mehrheitswahlrechts im Deutschen Kaiserreich, 1890–1918. *Politische Vierteljahresschrift* 55 (3): 518–554.
- Serra, Gilles. 2010. Polarization of what? A model of elections with endogenous valence. *Journal of Politics* 72 (2): 426–437.
- Shapiro, Ian. 1996. *Democracy's place*. Ithaca: Cornell University Press.
- Shepsle, Kenneth A. 1972. The strategy of ambiguity: Uncertainty and electoral competition. *American Political Science Review* 66 (2): 555–568.
- Shikano, Susumu. 2009. Simulating party competition and vote decision under mixed member electoral systems. *AUCO Czech Economic Review* 3 (3): 270–291.
- Shikano, Susumu, und Joachim Behnke. 2009. Issuewahlen bei der Bundestagswahl 2005: Eine empirische Schätzung der Verlustfunktion der deutschen Wählerschaft. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*, Hrsg. Oscar Gabriel, Bernhard Weßels, und Jürgen W. Falter, 251–266. Wiesbaden: VS Verlag.
- Shikano, Susumu, und Konstantin Käppner. 2016. Valenz im ideologischen Parteienwettbewerb während des Bundestagswahlkampfes 2013. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013*, Hrsg. Harald Schoen und Bernhard Weßels, 245–270. Wiesbaden: Springer VS.
- Shikano, Susumu, und Dominic Nyhuis. 2019. The effect of incumbency on ideological and valence perceptions of parties in multilevel polities. *Public Choice* 181 (3–4): 331–349.

- Shikano, Susumu, Michael Herrmann, und Paul W. Thurner. 2009. Strategic voting under proportional representation: Threshold insurance in German elections. *West European Politics* 32 (3): 634–656.
- Shugart, Matthew S., und Rein Taagepera. 2017. *Votes from seats. Logical models of electoral systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Shugart, Matthew Soberg, und Martin P. Wattenberg. 2001. *Mixed-member electoral systems. The best of both worlds?* Oxford: Oxford University Press.
- Snyder, James M., Jr. 1994. Safe seats, marginal seats, and party platforms: The logic of party platform differentiation. *Economics and Politics* 6 (3): 201–213.
- Stoffel, Michael F. 2014. MP behavior in mixed-electoral systems. *Electoral Studies* 35: 78–87.
- Stokes, Donald E. 1963. Spatial models of party competition. *American Political Science Review* 57 (2): 368–377.
- Stokes, Donald. 1992. Valence politics. In *Electoral politics*, Hrsg. Dennis Kavanagh, 141–164. Oxford: Clarendon.
- Stone, Walter J. 2017. *Candidates and voters: Ideology, valence, and representation in US elections*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stone, Walter J., und Elizabeth N. Simas. 2010. Candidate valence and ideological positions in U.S. House elections. *American Journal of Political Science* 54 (2): 371–388.
- Stötzer, Lukas, und Steffen Zittlau. 2015. Multidimensional spatial voting with non-separable preferences. *Political Analysis* 23 (3): 415–428.
- Stubager, Rune, Henrik Bech Seeberg, und Florence So. 2018. One size doesn't fit all: Voter decision criteria heterogeneity and vote choice. *Electoral Studies* 52: 1–10.
- Taagepera, Rein, und Bernard Grofman. 1985. Rethinking Duverger's law: Predicting the effective number of parties in plurality and PR systems – parties minus issues equals one. *European Journal of Political Research* 13 (4): 341–352.
- Thurner, Paul W. 1998. *Wählen als rationale Entscheidung: die Modellierung von Politikreaktionen im Mehrparteiensystem*. München: Oldenbourg.
- Thurner, Paul W. 2000. The empirical application of the spatial theory of voting in multiparty systems with random utility models. *Electoral Studies* 19 (4): 493–517.
- Tomz, Michael, Joshua A. Tucker, und Jason Wittenberg. 2002. An easy and accurate regression model for multiparty electoral data. *Political Analysis* 10 (1): 66–83.
- Tulkens, Henry. 1978. Dynamic processes for public goods. An institution-oriented survey. *Journal of Public Economics* 9: 163–201.
- Wagner, Aiko. 2013. *Die Mikrofundierung von Duvergers Gesetz*. Baden-Baden: Nomos.
- Walczak, Agnieszka, und Wouter van der Brug. 2012. The electoral trade-off: How issues and ideology affect party preference formation in Europe. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 22 (3): 245–268.
- Weber, Max. 1919. *Geistige Arbeit als Beruf. Vier Vorträge vor dem Freistudentischen Bund. Zweiter Vortrag: Politik als Beruf*. München: Duncker & Humblot.
- Weber, Wiebke, und Willem E. Saris. 2015. The relationship between issues and an individual's left-right orientation. *Acta Politica* 50 (2): 193–213.
- Weßels, Bernhard, Harald Schoen, und Oscar Gabriel. 2013. Die Bundestagswahl 2009 – Rückschau und Vorschau. In *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahlen 2009*, Hrsg. Bernhard Weßels, Harald Schoen, und Oscar Gabriel, 13–29. Wiesbaden: VS Verlag.

- Westholm, Anders. 1997. Distance versus direction: The illusory defeat of the proximity theory of electoral choice. *American Political Science Review* 91 (4): 865–884.
- White, Jonathan. 2010. Left, right and beyond: The pragmatics of political mapping. *LEQS Paper* 24. London: London School of Economics.
- Whiteley, Paul. 1984. Perceptions of economic performance and voting behavior in the 1983 General Election in Britain. *Political Behavior* 6 (4): 395–410.
- Wittman, Donald. 1977. Candidates with policy preferences: A dynamic model. *Journal of Economic Theory* 14 (1): 180–189.
- Wittman, Donald. 1983. Candidate motivation: A synthesis of alternative theories. *American Political Science Review* 77 (1): 142–157.
- Wittman, Donald. 1990. Spatial strategies when candidates have policy preferences. In *Advances in the spatial theory of voting*, Hrsg. James M. Enelow und Melvin J. Hinich, 66–98. New York: Cambridge University Press.
- Zakharov, Alexei V. 2009. A model of candidate location with endogenous valence. *Public Choice* 138 (3–4): 347–366.
- Zellner, Arnold. 1962. An efficient method of estimating seemingly unrelated regressions and tests for aggregation bias. *Journal of the American Statistical Association* 57 (298): 348–369.
- Zittel, Thomas, und Thomas Gschwend. 2008. Individualised constituency campaigns in mixed-member electoral systems: Candidates in the 2005 German elections. *West European Politics* 31 (5): 978–1003.